TandemVipera.BlogSpot.com

Chronologische Sammlung[1] aller Beiträge unter dem Label VWL

Stand: 30.10.2012
Version: 2.2

Dieses PDF soll den Überblick über die volkswirtschaftlichen Beiträge (Label VWL) auf meinem Blog erleichtern. Es wird mit weiteren Beiträgen in der Zukunft fortlaufend ergänzt.

Autor: Heribert Genreith, 53773 Hennef

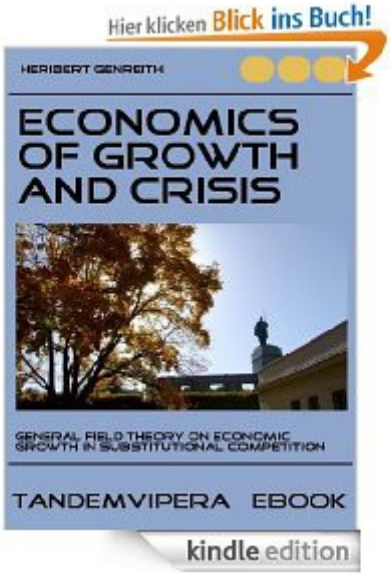
Webseite/Impressum: http://www.genreith.de
Blog: http://TandemVipera.BlogSpot.com

© Die von mir hier veröffentlichten Beiträge dürfen unter der Maßgabe der Beachtung des üblichen Zitierrechts von Jedermann zu journalistischen und wissenschaftlichen Zwecken weiterverwendet werden.

1Hier in umgekehrt zeitlicher Abfolge: der jüngste Artikel ist vorne, der älteste am Ende des Dokuments.

Dienstag, 30. Oktober 2012

Field Theory of Macroeconomics - Literature



The E-book "Economics of Growth and Crisis" (US-Version) is now international available atAmazon as a convenient readable Ebook for handheld devices.

Amazon US
Amazon Germany
Amazon Britain
Amazon France
Amazon Spain

International United States, United Kingdom,Africa, Asia & Pacific, Australia, Canada,Europe, India, Latin Amerika & Caribbian,Middle East.
(US Price is $8.95)

A free available HTML-Version of the Academic Preprint Book "Economic Engineering" (donateware)can be read on my homepage:

"Donateware": Doing pure science is a time consuming, costly and idealistic business. Selling mathematically sophisticated books can never give any realistic return on investment. Especially as the number of sold books is truly reciprocal to the number of qualitiy maths in it.
If I can help you with this freely available HTML-Text of the Academic Preprint Book *"Economic Engineering"*, you should feel free to make any donations for it. You can do it convenient by paypal or CC using the following *"Spenden"* button:

Thank's a lot! All donations will be used to do further science on theory and practical applications too. If you like to be mentioned here as a friendly donator, please just note *"Please mention me"* to your donation.

Literature:

(D) D. Peetz, H. Genreith, *Neues Makromodell: Die Grenzen des Wachstums: Finanz- vs. Realwirtschaft,* Die Bank, Zeitschrift für Bankpolitik und Praxis, Ausgabe 3/2011, S. 20-24.

(D) H. Genreith, Technical Paper zum Artikel in Die Bank 3/2011, S20-24, Ifara, Institut für angewandte Risikoanalyse, Febr. 2011

(D) H. Genreith, *Makroökonomische Feldtheorie,* ISBN 978-3-8423-8029-5, Books on Demand, Norderstedt, 2011

(E) D. Peetz and H. Genreith, *The financial sector and the real economy,* Real-World Economics Review, issue no. 57, 6 September 2011, pp. 40-47

(C) D. Peetz, H. Genreith, B. Yao-Hein, The limits of growth, Ifara Publication in Chinese Language, translation of D. Peetz, H. Genreith, Neues Makromodell: Die Grenzen des Wachstums: Finanz- vs. Realwirtschaft, Die Bank, 3/2011, S. 20-24., 2011

(E) H. Genreith, *Economic Engineering,* Academic Preprint, English Translation of *"Makroökonomische Feldtheorie"* with some advances, Preprint, Books on Demand, Nr. 949158, Norderstedt, August 2012.

(E) H. Genreith, *Economics of Growth and Crisis*, Amazon Kindle Edition, ASIN B009YLFM9U, Oct. 2012

Talks, Wiki, Blog:

(D) Talk at the University Luzern, IFZ Zug CH, 4/2011: *"Der Fehler im System – Wachstumsmodelle und Makroökonomie" Lesson I*, and *"Wie entstehen Inflation und Geldwertinstabilität?"*, *Lesson II*

(D) Talk at the University of Göttingen, D, 12/9/2012, *Das Kind im Bade, Zur Mathematik des Wachstums,* Video and Paper

(D) Podium Diskussion *"Neue Ideen für Revolutionen und Piraten: Alles schon mal dagewesen?"*, University Göttingen, 2012

(E) WIKI (in progress) to the Theory

(D)(E) TandemVipera Blog,: Language can be changed to english (E) by google-translation button.

(D)(E) TandemVipera Blog, LABEL Macroeconomics (VWL): Language can be changed to english (E) by google-translation button.

Donnerstag, 25. Oktober 2012

Mumps : Wo der Groschen Viertelspfennigweise fällt

Neue Einsichten beim Internationalen Währungsfonds: „...*Von anderer, ebenfalls autoritativer Stelle wird die bisher verfolgte Politik der Krisenbekämpfung durch scharfe Austerität plötzlich hinterfragt. Das Eingeständnis des Internationalen Währungsfonds (IMF), dass der in Prognosen verwendete Multiplikator von Veränderungen der Staatsausgaben deutlich höher als bisher angenommen ist, wird von einigen Marktkommentatoren als aufsehenerregend – in der Formulierung von Steen Jacobsen von der Saxo Bank sogar als die wichtigste Makro-Geschichte des Jahres – bewertet. Beträgt der fiskalische Multiplikator nicht wie bisher verwendet 0,5 – das heisst, bei einer Kürzung der Staatsausgaben um 1% fällt das Bruttoinlandprodukt um 0,5% –, sondern bewegt er sich in Wahrheit in einer* ***Bandbreite von 0,9 bis 1,7****, dann rücken Austeritätsprogramme in ein neues Licht: Bei einem Multiplikator von über 1 wird Austerität zur falschen Medizin, denn die Wirtschaft schrumpft rascher als der Staatshaushalt, und die Schuldenproblematik verschärft sich. Die Gefahr einer Abwärtsspirale haben zwar einige Ökonomen und Marktkommentatoren häufig betont, aber Worte des IMF haben grösseres Gewicht.*“. Im Klartext: endlich hat man begriffen, das staatliches Sparen nicht effektiv ist. Verwunderlich dass es so lange dauerte das zu Begreifen, denn die Sache ist schließlich lange bekannt und ökonomisch gesehen einigermaßen trivial (Beitrag 28. Januar 2010 und ff.). Und die ökonometrischen Messungen des IWF (engl. IMF) zeigen, dass es sogar noch schlimmer kommt als die Annahme von 2010, wo man auf eben genau die gemessenen 0,9 also knapp 1 käme. Im Schnitt sind es aber sogar 1,4 wegen diverser Nebeneffekte fehlender staatlicher Ausgaben. Oder anders herum und etwas verkürzt ausgedrückt: Wenn der Staat 1 Euro spart, dann verschuldet er sich (i.d.R., es hängt noch vom spez. Kapitalkoeffizient und Geschäftsbankenanteil ab, Details sieheMFT Seiten 135 ff.) um effektiv 1,40 Euro.

Jetzt könnte man natürlich auf die Idee kommen, der Staat müsse eben entsprechend das Gegenteil tun, also mehr ausgeben. Das ist zwar durchaus nicht verkehrt, jedoch ändert auch das nichts an der Schuldenspirale. Den Grund kann man im „Netz der Spinne“ finden. Denn zwar steigert die Zusatzausgaben des Staates automatisch das BIP, allerdings ebenfalls(!) die Verschuldung, und zwar wiederum um den Faktor von rund 1,4 da dass BIP eben auch zu knapp 140% kreditiert ist. Das Ergebnis bzgl. der Gesamt-Verschuldung *(engl.: total debt owned to market)* der Volkswirtschaft bleibt immer gleich. Bis der Groschen fällt, dauert es aber ebenfalls noch einige Zeit.

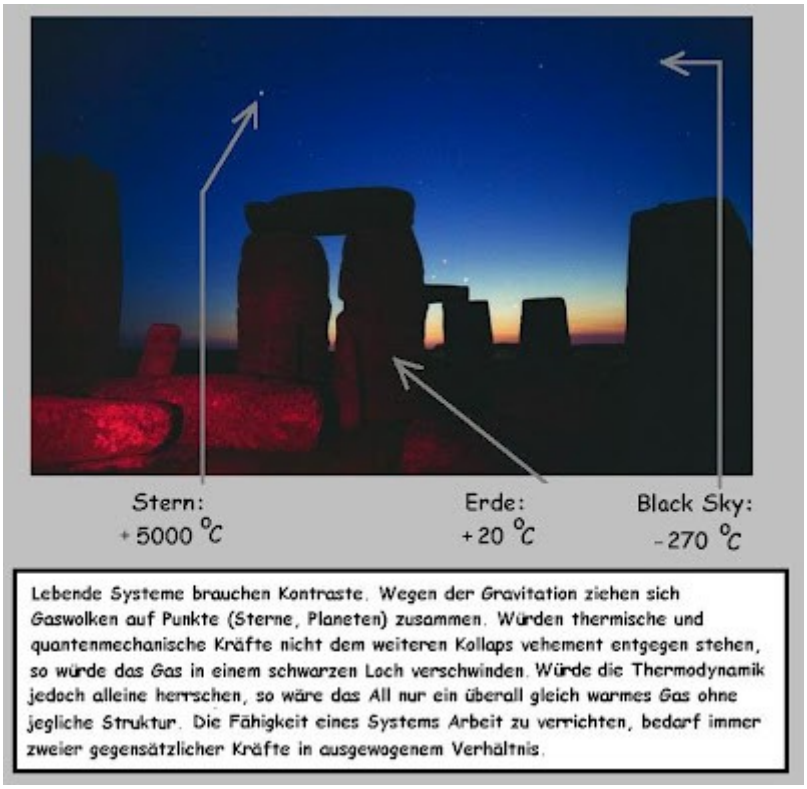
Denn der einzige Ausweg aus der Krise ist natürlich die effektive Vernichtung von Vermögen (geht auf unterschiedliche Art). Immerhin dämmert das dem IWF auch schon „...*In der Sicht von Buchheit und Gulati ist die Containment-Politik der Euro-Staaten gescheitert. Sie verweisen auf frühere Krisen, die zu Restrukturierungen der Schulden geführt haben. Während der Schuldenkrise lateinamerikanischer, asiatischer, afrikanischer und osteuropäischer Staaten in den 1980er und frühen 1990er Jahren habe das Rezept neben Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen auch eine Restrukturierung bestehender Verpflichtungen enthalten. Die privaten Gläubiger mussten wählen zwischen einer zeitlichen Verlängerung ihrer Forderungen mit begrenzten Verlusten und einem «haircut» mit entsprechend höheren Verlusten. Die mildeste Restrukturierung sei das «reprofiling» mit verlängerten Laufzeiten. Der Zwang zur Refinanzierung entfällt dann vorerst, und der Verlust der Gläubiger («net present value loss») bleibt begrenzt.*“.

Na bitte, es geht doch. Wenn auch Viertelpfennigsweise. Fragt sich allerdings, wie lange es dauert bis die Erkenntnisse im Mainstream ankommen, und auch die Regierung(en) begreift, das volkswirtschaftliche Schuldenabbau durch staatliches Sparen unmöglich ist: „...*Dies sei aber kein Grund, den Schuldenabbau zu stoppen - im Gegenteil: Arbeitslosigkeit sei "eine Folge unsolider Haushaltspolitik", sagte Schäuble. Lagarde hatte sich am Donnerstag dafür ausgesprochen, Griechenland bei seinen Sparprogrammen zwei Jahre mehr Zeit zu geben, um seine Krise zu überwinden....*““. Wie man sieht ist man auf beiden Seiten noch nicht soweit. Denn staatliches Sparen führt unmittelbar zu Arbeitslosigkeit, und längerer Aufschub ist nur gewonnene Zeit, ohne irgendeinen Effekt auf die Zunahme der Totalverschuldung.

Ziemlich lange dürften wir uns allerdings noch gedulden müssen, bis der Mumps der westlichen Welt kuriert wird, obwohl sich die Einsichten in die richtige Richtung mehren: ,,...,*Kritik an der offiziellen Schuldenpolitik äussert auch George Magnus von der UBS. Er bezeichnet die überbordende Notenbankliquidität als ansteckende Krankheit, als Mumps (most unusual monetary policies). Sie löse keine Probleme, schädige vielmehr die Wirtschaft, nicht zuletzt weil tiefe Zinsen die Spartätigkeit bremsen. Statt bescheidener Wachstumsrhetorik seien konkrete Schritte zur Verbesserung von Beschäftigung und Erwerbsquoten in Schuldenländern notwendig.*“

Dienstag, 14. August 2012

Die Endlösung der Eurofrage



Was für „Lösungen“ entscheidender Fragen sind schon vorgeschlagen worden, absurd, grotesk oder einfach nur dumm, wirklich lösend oder auch nur sozial ausgewogen war so richtig noch keiner. Das betrifft sowohl die Lösung der Finanz-, oder besser Verteilungskrise, noch den langsam aber sicher zum weltweiten Desaster eskalierende Nahostkonflikt. Die jeweils nächsten Ereignisse vorherzusagen ist fast schon langweilig, da leicht absehbar, allerdings auch wenig beruhigend.

In der Eurofrage schießen sich die Parteien zunehmend auf die „Endlösung“, das heißt unbegrenzte Banken- und Staatenrettung und völlige Vergemeinschaftung und Sozialisierung der Schuldenberge ein. Das dies nichts mehr mit kreativer Auslegung des Grundgesetzes zu tun hat, ist den meisten inzwischen auch klar geworden, und so peilt man nun eine Volksabstimmung an, wo der Bürger sein eigenes Todesurteil mit unterschreiben soll: „...*Nicht nur Schäuble und Brüderle ahnen, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem anstehenden Urteil zu Fiskalpakt und ESM feststellen könnte: Die Grenzen des Grundgesetzes sind erreicht. Weil es aber offizielle Linie fast aller Parteien ist, dass die Antwort auf die Krise "mehr Europa" sein muss, scheint ein Referendum unausweichlich."*

"Über was genau das Volk dann abstimmen müsste, und wann es soweit sein könnte, ist derzeit genauso unklar wie der Ausgang. Von einer politischen Union ist bisher vage die Rede, von abgegebener Souveränität, von gemeinsamer Haushaltspolitik. SPD-Kanzlerkandidaten-Bewerber Peer Steinbrück sieht eine Volksabstimmung schon in zwei Jahren kommen, Schäuble spricht von fünf Jahren, die Kanzlerin lässt alles offen....“ Das Problem dabei ist natürlich das, wenn schon die klassische Ökonomie und erst recht die Politik nicht weiß, was sie tun soll geschweige denn was wirklich zu tun wäre, der Wähler im allgemeinen steht da natürlich ebenfalls auf dem falschen Fuß. Und wie sollte man denn die Frage zur Volksabstimmung formulieren? „Wollen Sie mehr Europa?!“ oder besser „Wollen Sie mehr Schulden für die Sie und Ihre Kinder gerade stehen sollen?“. Die beiden beispielhaften Fragen sind im Prinzip gleich, die zu erwartenden Antworten sind dagegen krass unterschiedlich. Das Hauen und Stechen der unterschiedlichen Lobbygruppen alleine um die Formulierung der Volksabstimmung, als dann erst recht die Medienkampagnen im Vorfeld zum kompletten Kopfverdrehen der Wähler, das kann man sich ohne viel Phantasie recht lustig ausmalen. Bei

alledem wirkt besonders absurd der naive Glaube, das Zusammenlegen aller Schulden würde irgend etwas am Gesamtschuldenstand ändern. So dumm ist nicht mal „Müller's Lieschen“.

Aber in dem Glauben sind sich die SPD-Grünen mit den Unionsspitzen weitgehend einig. Aberwitzig natürlich Vorschläge wie vom neuen DIW-Chef Fratzscher, der als Lösung den EURO-Sumpf einfachdeftig erweitern möchte: „*...Der Ökonom Marcel Fratzscher gibt sich gern als überzeugter Europäer. So auch zu seiner Berufung als neuer Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Der Notenbanker hält es laut "Financial Times Deutschland" ("FTD") für sinnvoll, die Euro-Zone zu erweitern - am liebsten mit allen EU-Staaten. [Fratzscher]...die Ergebnisse des EU-Gipfels von Ende Juni wiesen in die richtige Richtung: "Eine europaweite Bankenunion trägt dazu bei, die Verwerfungen zu beenden." Das DIW-Kuratorium beschloss am Donnerstag erwartungsgemäß, den 41-Jährigen, derzeit noch Abteilungsleiter bei der Europäischen Zentralbank (EZB), zum 1. Februar 2013 an die Institutsspitze zu berufen. ...Eine Rezession in Deutschland erwartet der Ökonom nicht. Die augenblickliche Schwächephase dürfte bereits der Tiefpunkt sein, wenn sich die europäische Krise nicht verschärfe. "Das kommende Jahr dürfte stärker werden als dieses", sagte Fratzscher....*“. Nun ja, „hier werden Sie geholfen“...

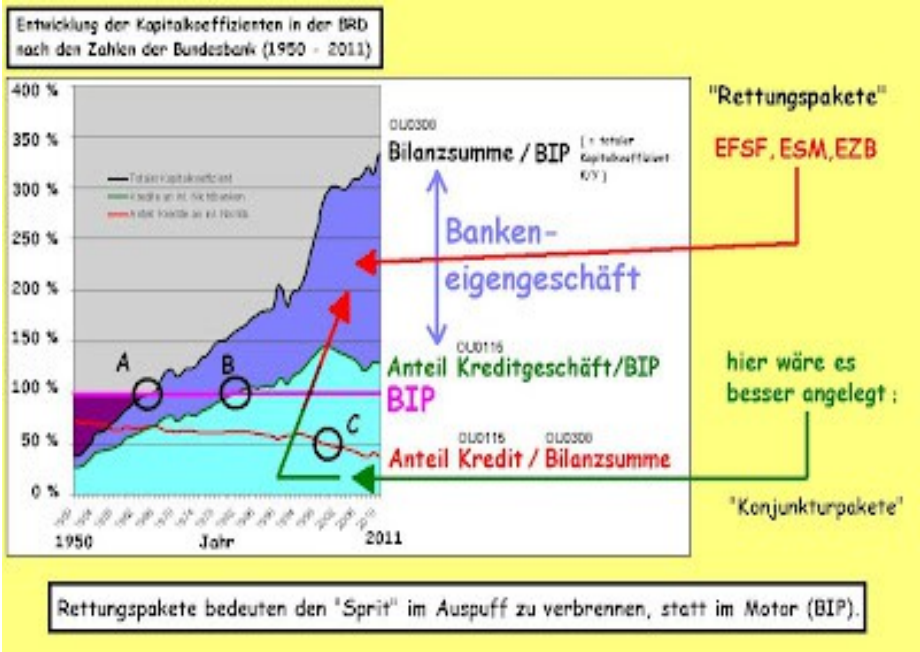
Sparprogramme, von Merkel und Schäuble favorisiert und teilweise bereits durchgesetzt bringen nichts, denn sie würgen nur das BIP ab, da gerade der Staat mit seiner (im allgemeinen sehr wohl berechtigten) Umverteilung der effektiv größte Arbeitgeber praktisch aller entwickelten Nationen ist. Das die BRD noch nicht eingeknickt ist, liegt speziell an zwei Dingen, erstens an der enormen Exportlastigkeit der Nation und zweitens an dem Fakt, dass gerade Deutschland noch gar nicht mit ernsthafter Sparpolitik begonnen hat. Und stattdessen weiter Schulden, Verpflichtungen und Garantien in seit den frühen 1920er-Jahren ungekanntem Ausmaß anhäuft. Die gleichen kontraproduktiven staatlichen Sparanstrengungen wie im Süden Europas, zu Lasten der Durchschnittsbürger und Schaffenden alleine, will man frühestens nach der nächsten gewonnen Wahl im Herbst 2013 beginnen. Bis dahin soll der deutsche Wahlbürger sich noch sicher fühlen können. Im wahrsten Sinne des Wortes wird er hierzulande „für dumm verkauft“.

Die Gegenposition wird von Hollande aus Frankreich, aber auch von Obama USA vertreten, die im Prinzip lautet: „Wenn die Investmentwahnsinnigen Geld und Anleihen brauchen, dann druckt denen doch gefälligst das Zeugs! Und zwar soviel wie sie brauchen, *so what's the problem?*“. In der Tat zwar keine langfristig gute Idee, aber eine die für ein paar Jahre durchaus noch gut funktionieren könnte. Die irgendwann fällige Hyperinfaltion richtet die Dinge dann schon wieder... Und zu guter Letzt noch die Idee des DIW-Chefs, die im Prinzip eine weitere Überziehung des naiven Glaubens ist, die Krise läge nicht an zuviel EURO's sondern an zu wenig EURO-Europa. Er hält es *„für sinnvoll, die Euro-Zone zu erweitern - am liebsten mit allen EU-Staaten.“*. Nun was würde das bringen? In der Tat, man muss es leider zugestehen, kurzfristig einiges. Denn die bislang nicht im EURO-System (öffentlich und privat) überschuldeten EU-Staaten würden dem Fass ohne Boden für ein paar Jahre tatsächlich wieder einen solchen verleihen: Denn dann könnten sich die ungeheure Menge überschüssiger Euro-Anlagen ungehindert in diese neuen Reservoirs ergießen, so lange bis diese ebenfalls komplett vollgelaufen wären und den griechischen oder spanischen Weg antreten dürften.

DIW: Gebt der Spinne frisches Futter!

Eine perfide, aber für ein paar Jahre keineswegs erfolglose Strategie, sofern einem nur das Schicksal der Investorengemeinde näher am Herzen liegt, als das Schicksal der Kinder und Enkel der schaffenden Bevölkerungen. Aber das eint ihn jedenfalls mit unserer aktuellen Politikelite, denen seit einigen Jahren Marktvertrauen weit vor Bürgervertrauen geht. Was alle, letztlich untauglichen Vorschläge eint, ist das Bedürfnis kurzfristig und rücksichtslos die Ansprüche des ausgeuferten Investmentbanking und Bankeneigengeschäftes zu bedienen.

Und dazu pumpt man das Geld mit Banken- und Staatenrettungen in genau den Teil des Finanzgeschäftes, der erst die gewaltigen Probleme geschaffen hat. Und wundert sich anschließend, das jedes Rettungspaket gleich wieder ein neues, noch höheres, impliziert. Um das phänomenologisch zu verstehen, schauen wir nochmal auf die Realdaten der BRD (für die EURO-EU der 17 sieht der Graph fast identisch aus, lediglich die Realwerte sind mit einem Faktor von rund dreieinhalb zu multiplizieren):



Statt das Geld sofort im Investmentbanking zu verbrennen, sollte man damit erst einmal des BIP füttern.

Das Problem bei allen „Vorschlägen“ der Bankenlobby und der auf deren Leimrute klebenden Politiker ist, dass die „Rettungs“-Milliarden faktisch ausschließlich in das Bankeneigengeschäft fließen. Denn das BIP ist längst vollgesogen mit Krediten und kann nicht viel mehr aufnehmen, und jede Rettungsmilliarde impliziert daher einen weiteren Renditeanspruch, der durch das BIP aufgefangen werden muss. Und damit natürlich

schon die nächsten Rettungsmilliarden.

Diese Art der „Rettung“ vergrößert somit ständig die volkswirtschaftliche Verschuldung (und damit aber natürlich auch die Vermögen der großen Kapitalbesitzer, die genau aus diesen Schulden bestehen), statt sie zu verringern, wie gerade von naiven Politikern allzu gerne geglaubt wird. Für das Auffangen der ständig selbst neuproduzierten Rettungspakete kann man nun zwei Auffangbecken einrichten: Einerseits ESM/EZB, die faktisch das Geld per Eigenanleihenkauf drucken (“Model Hollande“), oder durch Austeritätspolitik, die es den im BIP Schaffenden aus den arbeitenden Händen greift („Modell Merkel“). Das dritte „Modell Fratzscher“ ist nicht weniger perfide, es vergrößert lediglich temporär das zu plündernde Fass des europäischen Durchschnittsbürgers. Für das BIP und den Wohlstand der Allgemeinheit tragen alle diese Modelle nicht nennenswert bei, im Gegenteil.

Diese Art der Euro-Rettung ist in der Tat genauso sinnvoll, als wenn man bei seinem Auto den Sprit gleich im Auspuff verbrennt, anstatt in erst einmal durch den Motor zu leiten.

Viel Erfolg versprechender sind dagegen die so viel geschmähten Konjunkturpakete. Das bekannteste Beispiel der letzten Krisenzeit ist das deutsche Programm der „Abwrackprämie“ gewesen. Obwohl dessen Volumen, im Vergleich zur aktuellen Bankenrettung, geradezu verschwindend klein war, war ihr Erfolg um viele Größenordnungen höher. Nun, woran liegt das, einerseits das diese Programme so geschmäht werden, und andererseits, dass sie so relativ erfolgreicher sind? So geschmäht werden sie von Politik und Finanz-Lobbyisten deswegen, weil sie natürlich direkt das BIP antreiben, Konsum und Arbeitsplätze erhalten und neu schaffen, aber damit natürlich auch die Preise der Produkte einschließlich der Arbeit (Löhne) treiben, somit endlich also inflationär wirken.

Und damit im Endeffekt den relativen Wert der Vermögen und der damit unmittelbar einhergehenden privaten und öffentlichen(!) Schulden verringern. Würden EZB oder ESM statt Geld für Bankenrettung zu drucken, dieses für allgemeine Konjunkturstützen einsetzen, so könnte dies keinesfalls im Interesse der Finanzlobby sein. Und so wird gegen diese Art der „Endlösung der Eurofrage“ entsprechend scharf geschossen. So was sei „Kommunismus aus der tiefsten DDR-Schublade“ etc. pp., während die inzwischen Billionensubventionierung der Reichsten durch die Masse der Bevölkerung natürlich „völlig alternativlos“ sei. Mit der impliziten Behauptung verknüpft, schließlich hätten die Bürger, bzw. deren selbstgewählte Politiker (und mutmaßliche Versager), ja die Misere alleine zu verantworten und quasi alleine davon profitiert.

Eine komplette Verdrehung der Tatsachen, die eine wie die andere Behauptung, die aber weitgehend akzeptiert wird, nicht nur von der Politik sondern leider auch vom Wahlbürger selbst, der sich mehr oder weniger bereit erklärt hat, sich per Stimmzettel weiterhin zur Weihnachtsgans für wenige zu machen. In Europas Süden ist man da schon etwas weiter.

Hier muss man mal einen Abschnitt zum Thema der Subventionen einflechten. Subventionenwaren und sind der größte Teil der EU-Arbeit schon immer gewesen, anfangs waren mehr als 70% des EU-Haushalts alleine Subventionen an die Landwirtschaft. Die Gewichte haben sich etwas geändert, insbesondere durch die Finanzkrise. Faktisch ist sie jetzt zu einem Banken- und Anleihenrettungsfonds geworden, wobei die ursprünglichen BIP-Subventionen langsam zur relativen Marginalie mutieren.

Subventionen haben einen schlechten Ruf, der da lautet „Subventionen sind schlecht, weil sie nur den Markt verzerren...“, und daher nennt man noch lange nicht jede Subvention auch eine Subvention. Subventionen (lat.: *subvenire* = zur Hilfe kommen) sind aber nicht schlecht WEIL sie den Markt verzerren, sondern sie sind

genau DAZU DA, den Markt zu verzerren.

Tatsächlich besteht jedes staatliche Handeln grundsätzlich aus Subventionen für oder gegen irgendwas oder wen. Subventionen, und das sind nichts anderes als das staatliche Umverteilen von Geldern, und damit der komplette Staatshaushalt, ja sie sind sogar das einzige Mittel des Staates um in den Markt als solchen regulierend einzugreifen. „Subventionen“ sind dazu da um den Markt politisch zu beeinflussen, sie sind das einzige zur Verfügung stehende Mittel faktisch wirksamer Politik. Der Umstand dass staatliche Geldeinnahmen (negative Subventionen, Antisubvention) und staatliche Geldausgaben (positive Subventionen) je nach Gutdünken juristisch, politisch oder ökonomisch völlig anders bezeichnet werden, ändert nichts an der Tatsache, das dabei außerhalb des marktwirtschaftlichen Prinzips von Angebot und Nachfrage Gelder umverteilt werden.

So ist Hartz IV natürlich genauso eine Subvention wie die Einrichtung des EFSF oder ESM, oder derMehrwertssteuernachlass für Hoteliers. Steuern sind Antisubventionen, Steuernachlässe oder Kilometerpauschalen dagegen sind Subventionen. Genauso sind es Subventionen, wie staatliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen wie Unis oder Schulen, die nämlich marktwirtschaftlich für die Allgemeinheit niemals in gleicher Weise zugänglich wären. Genauso wie die Ausgaben für Sicherheitsbehörden wie Polizei oder Militär, die privatwirtschaftlich bestenfalls eine Soldateska für einige brutale Warlords darstellen würden. Natürlich nennt man das alles nicht „Subvention“, sondern staatliche „Investition“. Es ist aber genau dasselbe, weil ohne diesen staatlichen (politischen) Eingriff das System auf solidarische Weise nicht funktionieren könnte.

Wirklich schlimm an „Subventionen“ ist lediglich, dass sie ja nach politischer Meinungsbildung völlig unterschiedlich bewertet und bezeichnet werden, als auch oftmals an für das Allgemeinwohl wenig sachdienliche Bedingungen geknüpft sind. So zum Beispiel, dass sie natürlich Lobby abhängig sind, denn wer politisch den größten Einfluss aufbietet, der bekommt auch das meiste davon ab, inklusive einer zugehörigen allgemein wohlklingenden Bezeichnungdafür. Und was fast immer der Fall ist, einmal zugeteilte Subventionen laufen nahezu unbegrenzt: Will man wirklich mal eine abschaffen, so gelingt das wenn überhaupt nur dann, wenn man der Klientelgruppe ersatzweise dafür eine andere Subvention, Verzeihung Investition, zuteilt. So wird, nur zum Beispiel, die MWSt-Begünstigung der Hoteliers im Werte von rund 1,1 Milliarden Euro jährlich, mit Sicherheit nie wieder pauschal abgeschafft, sondern wenn überhaupt durch eine ähnliche Vergünstigung an anderer Stelle kompensiert werden.

Richtig dreist wird es allerdings besonders dann, wen man die staatlichen Subventionen nach oben, so etwa die faktische Steuerbefreiung von Investmentprodukten, als unumgängliche „Investition“ zum Wohle der Allgemeinheit bezeichnet, und die in der Summe geringeren Subventionen für die Abgehängten und Chancenlosen am unteren Ende der Gesellschaft als staatsfeindlichen „Kommunismus“ diffamiert. Diese ideologische Verblendung ist, neben der allgemeinen Unkenntnis über volkswirtschaftliche (Substitutions-) Zusammenhänge, eine der schlimmsten Hemmschuhe für eine gütliche Lösung der Finanz- und Verteilungskrise. Politik und Markt sind in Wahrheit die zwei wesentlichen gegensätzlich wirkenden Kräfte, die man in jedem gut funktionierenden System unbedingt braucht.

Das ist ein Grundprinzip aller Arbeit verrichtender Systeme: Man brauch dazu immer eine gravitative Kraft (hier der freie Markt), die Ungleichheit erzeugt, und eine thermodynamische Kraft (hier die Politik), die versucht wieder Gleichheit herzustellen. Überwiegt einer der beiden Kräfte vollständig, dann kommt das System nach endlicher Zeit zum erliegen: Sei es im Kommunismus, mit zu viel Gleichverteilung (erliegen der Arbeitswilligkeit mangels ökonomischen Antriebs), oder genauso im ungebremsten Kapitalismus mit zu viel

Ungleichheit (erliegen der Arbeitsfähigkeit durch effektiven Einkommensverlust der Konsumenten). Das Optimum liegt immer irgendwo zwischen den beiden Extremen.

Kommen wir nun zurück auf die Sache mit den Konjunkturpaketen. Die vergleichsweise hohe Wirksamkeit liegt darin begründet, dass dabei das Geld erst in das BIP eingespeist wird, bevor es nach endlicher Zeit natürlich ebenfalls wieder auf verschiedenen Konten bei den Finanzinstituten landet. So wurde die Abwrackprämie oder Verschrottungsprämie nach dem Erfolg in der BRD von vielen Staaten auch kopiert. Grundsätzlich sind solche Eingriffe am wirkungsvollsten, je tiefer sie in der gesellschaftlichen Hierachie ansetzen. Die Verschrottungsprämie war da etwas zwiespältig, da sie nicht die breite Masse begünstigte, sondern nur eine kleinere Gruppe von relativ gutverdienenden Durchschnittsbürgern, die zufällig gerade noch ein altes Auto (Altauto 9 Jahre oder älter, mind. 1 Jahr auf Halter angemeldet, Kauf eines Jahres- oder Neuwagens mit mindestens Euro 4 Abgasnorm) besaßen. Somit kamen unter den Konsumenten wirklich Bedürftige gar nicht zum Zuge, und auf der Seite der Produzenten wiederum nur die Autohersteller und Händler, wobei erstere noch lange nicht alle in Deutschland selbst ansässig waren. Und bei den Konsumenten konnten die kassierte 2500 Euro Subvention aufgrund deren Einkommens- und Vermögensverhältnissen durchaus mit vorhandenem Sparvermögen substituiert werden, was wiederum volkswirtschaftlich kontraproduktiv war. Trotzdem war es im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein erstaunlicher Erfolg.

Hätte man stattdessen allerdings die Hartz IV Bezüge pauschal um 100 Euro erhöht, der Erfolg wäre noch durch dringender und auch nachhaltiger gewesen: Denn Hartz IV Bezieher haben keine Vermögen zu substituieren sondern geben ihr Geld zwangsläufig sofort und vollständig in die lokale Wirtschaft. Dabei spielt es auch überhaupt keine Rolle ob sie das Geld „versaufen“, und damit den Arbeitsplatz einer Kellnerin finanzieren, oder das Geld für Lebensmittel aus dem Lidl einsetzen, wo es der Kassiererin „Emmy“ den Job erhält und gar neue schafft. Das Geld zirkuliert dann nämlich komplett durch den Wirtschaftskreislauf, um dann endlich wieder da zu landen, wo alles Geld (bis auf die relativ kleinen Barreserven) landet: Auf den diversen Konten der Banken als Einlage. Das einzige was die Finanzindustrie daran stört: Das Geld braucht ein paar Monate bis es dort liegt, und, durch die Ankurbelung der Wirtschaft steigt das Preisniveau und damit sinkt natürlich der relative Wert ihrer Vermögen. Aber auch der allgemeine Schuldenstand, was man dort erst recht nicht zugeben mag. Umso mehr investiert man daher gerne in Medienkampagnen und der Verbreitung gängiger Klischees, Ideologien und Diffamierungen.

Nun, eine echte Rettung des Euros, in dem Sinne dass er einerseits wertstabil und andererseits förderlich für den allgemeinen Wohlstand sein sollte, ist definitiv nicht mehr möglich. Das hatsystemtechnische Gründe, allerdings könnte man die Rückführung des Kapitalkoeffizienten sehr viel sozialverträglicher machen. Statt die Banken direkt zu subventionieren könnte man, nur so als Beispiel, jedem Bundesbürger ungeachtet seines Standes oder Alters, einfach monatlich 100 Euro als Konsumgutschein (mit z.B. 3 Monaten Gültigkeit) zuteilen. Das wären bei ca. 81 Millionen Deutschen also pro Jahr knapp 100 Mrd. Euro. Die würden direkt ins BIP fließen (da sie ausschließlich und direkt nur für Konsum zu verwenden sind) und dieses ebenso um diesen Betrag erhöhen (zumal 100 Mrd. Euro/ 50.000 Euro pro Arbeitsplatz = bis zu 2 Millionen neue Arbeitsplätze bedeuten) und ein nominales Wachstum von fast 4% erzeugen würden. Die Inflation würde natürlich ebenfalls um etwa diesen Wert pendeln, was wiederum die Schuldenstände innerhalb von 10 Jahren um fast 50% reduzieren würde.

Aber natürlich auch die realen Werte der Vermögen entsprechend halbieren und das ideologische Kampfgeheul im Gegenzug dafür locker verzehnfachen würde. Ergo, Aussicht auf etwas mehr ökonomische Vernunft: Null Komma Null. Nun denn, jedenfalls behauptet später nicht, ich hätte es euch nicht gesagt.

DEPPUS MAPPUS MAXIMUS : Der EnBW-Deal

Börsen sind Spekulantenbarometer: sie spiegeln wieder, welche Entwicklung der Preise von Finanzprodukten die Spielteilnehmer zukünftig erwarten. Börsen haben daher etwas mit Wirtschaft zu tun, sie „sind“ aber nicht die Wirtschaft, schon gar nicht die Realwirtschaft. Trotzdem wird fälschlicherweise in den Medien regelmäßig suggeriert, die Börsen seien ein direktes Abbild der Realwirtschaft, geht es ihnen gut, gehe es allen gut. Das ist selbst redender Unfug, auf die Spitze getrieben durch die Angewohnheit, nach jedem EU-Krisengipfel und zugehörigem „Rettungspaket“ sogleich ängstlich auf die Reaktionen der Börsen zu starren.

Die Entwicklungen und Reaktionen der wichtigsten Indices, so hier etwa der DAX, taugen durchaus als Stimmungsbarometer und damit als „Expertise des Bauchgefühls“ der Investoren bzgl. noch kommender Entwicklungen. So weit so gut, und ganz ähnlich, und i.a. etwas genauer, arbeitet derIfo-Geschäftsklima-Index, bei dem regelmäßig eine Reihe bedeutender Wirtschaftsteilnehmer nach ihrer Einschätzung der weiteren Ereignisse befragt werden. Die Ergebnisse sind erstaunlich ähnlich, wenn man die längerfristigen Grafiken einmal vergleicht:

Die tendenziellen Verläufe von DAX und Ifo-Index gleichen sich. Beides sind "Bauchgefühl"-Indices. Datenquelle. Wikipedia (DAX und. Ifo).

Wie man sieht lassen sich die Euphorie an den Börsen mit den Entwicklungen des Ifo-Index gut korrelieren, auch Wirtschaftskapitäne sind halt beeinflußbar von der Stimmung der Finanzindustrie. Und: schlimmer, sie unterliegen offensichtlich bei der mittelfristigen Einschätzung denselben Problemen, und gerade kurz vor einem großen Knall steigen sowohl der Spekulanten DAX als auch der Fachmann/frau Ifo-Index auf Höchststände. Wenn Börsenwerte sich kurzfristig stark ändern, dann hat das nur selten etwas mit der wirtschaftlichen Lage zu tun, es ist in aller Regel lediglich die aktuelle Änderung der Nachfrage nach dem zugehörigen Finanzprodukt, in diesem Falle eben nach einer bestimmten Aktie. Wer also über den Tellerrand von ein paar Jahren, dito Legislaturperioden, hinaus denken möchte, der braucht schon mehr als die Hilfe eines solchen Index. Und wer mehr als „Oma's Kleinhäuschen“ investieren möchte, der braucht also auch mehr Expertise, als ausgerechnet die des Bankberater auf der Gegenseite des Verhandlungstisches, dem da schon die Dollarscheinchen in den Augen glänzen.

Glücklich wähnte sich dagegen Verhandlungsgenie Mappus, wo auf der Verkäuferseite seine wohl „besten“ Freunde saßen. Da brauchte man sich dann nicht mehr in peniblen Kleinkram zu ergehen, wie etwa einer eigenständige Preisermittlung; ebenso das übliche peinliche Gezänke um die Beraterprämien konnte entfallen. Und natürlich, um die lästige Beteiligung von Parlamenten, Beamten und madigen Fliegen aus der Rechtsabteilung brauchte er sich dann auch nicht weiter zu kümmern, schließlich war er ja so schon von echten Freunden umgeben.

Wen wundert's, wenn sich Ministerpräsidenten als absolutistische Monarchen wähnen, die mit ihren besten Freunden im Hintergrund alleine die ökonomische Welt bewegen können. So Mappus Rex's Freund Dirk Notheis :“*Notheis studierte Betriebswirtschaft sowie Politologie und Philosophie. Ab 1992 war Notheis als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ministers Erwin Vetter (CDU) im Staatsministerium Baden-Württemberg tätig. Notheis engagierte sich frühzeitig politisch für die Junge Union. Von 1995 bis 1999 arbeitete er bei der damaligen Südwestdeutschen Genossenschafts-Zentralbank AG, Frankfurt. 1999 wechselte er zu Morgan Stanley. Seit 2006 ist er Mitglied des Vorstands der deutschen Morgan Stanley, seit Februar 2009 ihr Vorstandsvorsitzender.*“

Notheis promovierte übrigens zum Thema“*Ansatzpunkte und Strategien zur Akquisition von Unternehmensspenden: eine explorative Studie zum Spendenmarketing spendenakquirierender Organisationen.*“. Nun ja, „Honi soit qui mal y pense“. Jedenfalls eine glückliche Fügung also: „*Im Dezember 2010 kaufte das deutsche Bundesland Baden-Württemberg beraten von Morgan Stanley für 4,67 Milliarden Euro einen Aktienanteil von 45,01 % am baden-württembergischen EnergiekonzernEnBW. Mit Nebenkosten und Garantien kostete das Aktienpaket sogar 5,9 Milliarden Euro. Laut Staatsministerium Baden-Württemberg erfolgte die Vergabe an Morgan Stanley ohne Ausschreibung....Im Juni 2012 zeigte sich in einem öffentlich gewordenen E-Mail-Kontakt, dass Notheis Mappus’ Aussagen für die Preisverhandlungen aufgeschrieben hat und dass ein auf den wechselseitig persönlichen Vorteil bedachtes Verhältnis zwischen Notheis und Mappus geherrscht hat. So schrieb Notheis an Mappus, nachdem der Deal gelang: "Was für ein Nikolaustags-Geschenk!“ Er instruierte seinen Duz-Freund Mappus ausführlich vorab, seine Seilschaften spielen zu lassen, damit das für Morgan Stanley hochprofitable Geschäft abgeschlossen werden konnte: „so ein Deal ist nicht ganz einfach für Ordoliberale. Du solltest idealerweise einen renommierten Volkswirt haben, der das Ganze gut findet.“ „Es sollte jemand sein, der Dir einen Gefallen schuldet.““*

Naja, dass dürfte ja nicht so schwierig sein : "...*Dies und das „besondere Vertrauen der Verkäuferseite" in diese Bank nannte Mappus als Grund für die Beauftragung von Morgan Stanley Deutschland. Im Februar 2012 wurde aus einem Bericht der baden-württembergischen Landesregierung bekannt, dass auch die EdF Morgan Stanley als Beraterbank beauftragt hatte und dass die Investmentbank dadurch teilweise mit sich selbst verhandelt habe.....Die Zustimmung des Landtages zu einer Kapitalgarantie des Landes in Höhe von 5,9 Milliarden Euro wurde erst nachträglich – nach Unterzeichnung der Verträge – eingeholt. Mappus begründete dieses Vorgehen mit dem Eintreten eines „...unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses..." laut Artikel 81 der Landesverfassung* [was hier nach allgemeinen juristischem Verständnis auf keinen Fall gegeben ist, da selbst herbei geführt]. *Den für das Notbewilligungsrecht nach diesem Verfassungsartikel zuständigen Finanzminister Willi Stächele weihte Mappus erst wenige Stunden vor Vertragsunterzeichnung ein. Die bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart eingegangenen Anzeigen blieben trotz der Vorwürfe damals ohne Folgen....".*

Gravierend für diese unglaubliche Verfilzung zwischen politischen Gefälligskeitsfreunden, aber auch Teilen des Rechtsstaates, zeigt die Weigerung der Staatsanwaltschaft Stuttgart, trotz der ganz offensichtlichen Verfassungsrechtsverstöße überhaupt nur ein Ermittlungsverfahren (gegen mutmaßliche Parteifreunde) aufzunehmen. Und weiter: „...*Das Handelsblatt schrieb am 17. Oktober 2011: „Es war, sieht man von der Bankenrettung einmal ab, die größte Verstaatlichung in der Bundesrepublik. Der zu schlampig dokumentierte Deal erschwert die Suche nach den Schuldigen. Die Mappus-Regierung hat nicht viele Spuren hinterlassen. … Es war, sieht man von der Bankenrettung einmal ab, die größte Verstaatlichung in der Bundesrepublik. Gleichzeitig war … [es] das am dilettantischsten abgeschlossene Geschäft dieser Größenordnung, das je eine staatliche Organisation einfädelte. Es verstieß gegen Recht und Gesetz, es missachtete die Hoheit des Parlaments sowie verschiedene Rechts- und Haushaltsgrundsätze – von kaufmännisch ehrhaftem Verhalten einmal ganz abgesehen.".*"

Nach der für Mappus überraschend verlorenen Wahl änderten sich die Verhältnisse allerdings radikal:„...*Am 6. Oktober 2011 verkündete der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg sein Urteil zum EnBW-Kauf. Er urteilte, dass der damalige Finanzminister Stächele mit der Unterschrift unter die Notbewilligung zum Ankauf der EnBW-Aktien ohne Beteiligung des Parlamentes gegen die Verfassung des Landes Baden-Württemberg verstieß. Stächele trat am 12. Oktober 2011 als Landtagspräsident zurück....Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt seit Juli 2012 nun doch wegen Verdachts der Untreue gegen Mappus. Aus einem Gutachten des Landesrechnungshofes haben sich "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte" für den Tatverdacht ergeben. Mappus wird vorgeworfen, für die EnBW-Aktien mindestens 840 Millionen Euro zu viel gezahlt zu haben. Diese Zahl ermittelte ein weiteres Gutachten, das von der grün-roten Nachfolgeregierung in Auftrag gegeben und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton erstellt wurde. Am 11. Juli 2012 wurden die Wohnung von Stefan Mappus und rund 50 andere Objekte von der Polizei durchsucht. Am 13. Juli 2012 wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft auch gegen Ex-Finanzminister Willi Stächele und Ex-Staatsminister Helmut Rau (beide CDU) ermittelt."".*

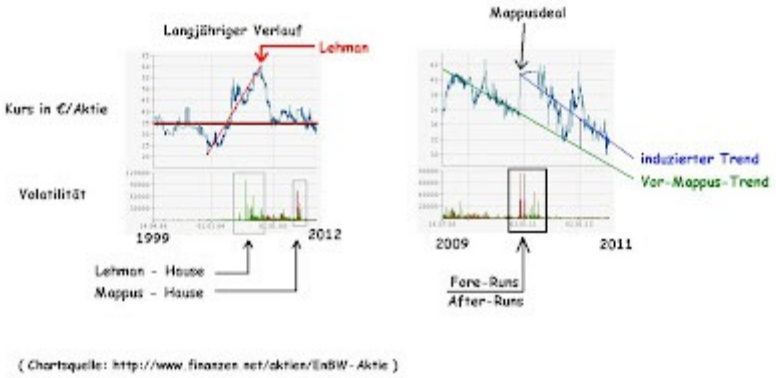
Aber Mappus hätte ahnen müssen, wie armselig er in den Händen eines gewieften Investmentbankers dastehen würde. So Notheis selbst in einemInterview von 2009 : *„...[karriere.de:]Ist Politik ein schmutziges Geschäft? [notheis:]Nein, ganz im Gegenteil. Politik war für mich immer die Freude an der Auseinandersetzung um das beste Argument und die Freude daran, die Strukturen der Gesellschaft so zu formen, dass alle Menschen gute Lebensbedingungen vorfinden. ... [karriere.de:] Ist in der Politik zu wenig wirtschaftlicher Sachverstand? [notheis:] Die Rekrutierungsmechanismen der Parteien lassen heute Karrieren von wirtschaftlich erfahrenen Menschen kaum mehr zu. Wenn Sie heute Berufspolitiker werden wollen, also erst Abgeordneter, dann Minister, müssen Sie sich schon ganz früh auf die reine Politik festlegen und die Ochsentour starten. Das heißt der Dreiklang - Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal - ist irgendwie zwangsläufig, weil systemisch bedingt. Diese Mechanismen limitieren natürlich den wirtschaftlichen Erfahrungsschatz in der Politik....“.*

In kompletter Selbstüberschätzung und Inkompetenz zahlte Mappus bei weitem mehr als notwendig gewesen wäre *„...Laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thorton wäre ein Preis von 34,05 Euro pro Aktie angemessen gewesen, Mappus hatte aber 41,50 Euro (inklusive Dividende) bezahlt. Mit der Expertise will Grün-Rot ihre Klage gegen die EdF vor dem Internationalen Schiedsgericht in Paris stützen. Das Land fordert von dem französischen Stromkonzern 2 Milliarden Euro des Kaufpreises zurück.“*. Und „nebenbei“ kamen ja noch 1,2 Milliarden an „Nebenkosten“ zu dem Dealpreis hinzu, ein Tatbestand der z.Z. noch nicht mal näher untersucht worden ist. Legal, illegal, scheißegal, für Politiker des Schlages Mappus spielen Parlament und Verfassung offensichtlich nur eine sehr nachrangige Rolle.

So schreibt die Frankfurter Allgemeine: *„..„Am Ende des Tages“ wirkten alle mit: Beim ENBW-Milliardengeschäft war die Zustimmung des Parlaments reine Formsache. Dennoch ist das Wirtschaftsdrama der private Verrat des Stefan Mappus. Am Anfang hatten Stefan Mappus und Dirk Notheis noch versucht, den ENBW-Kauf nach den Regeln der Verfassung zu schließen. ...Das machte die französischen Verkäufer nervös, denn ein Parlament ist unberechenbar. Also erteilte der Investmentbanker Notheis ihnen eine Lektion: „In der parlamentarischen Geschichte von Baden-Württemberg“, dozierte er in einer Mail an die Franzosen, „gab es keine Entscheidung der Regierung, die nicht vom Parlament verabschiedet wurde. Die parlamentarische Zustimmung ist eine reine Formalie.“ Tatsache: „Am Ende des Tages“, wie Mappus gern sagt, war die Zustimmung des Parlaments für das Milliardengeschäft reine Formsache. ...Und nicht er allein, alle wirkten mit: sein Kabinett (einstimmig), seine Landtagsfraktion (einstimmig) und die Koalitionsfreunde der FDP-Fraktion (einstimmig, bei einer Enthaltung). ...ENBW ist kein Paradebeispiel für die Fiesheit der Banker, sondern ein Paradebeispiel für die Gefahren, die lauern, wenn Politiker Manager spielen. Hat man diesen Kern des Skandals herausgeschält, finden auch all die Verstöße und bizarren E-Mails ihren Platz. Kauft der Staat mit Steuergeld, kommt es eben auf ein paar Euro mehr oder weniger pro Aktie nicht an. Dann können Kontrolleure im Parlament oder Kabinett zu Abnickern degradiert werden. „Kriegst Du Willi Montag früh in den Griff?“, erkundigte sich Notheis bei Mappus. Oder müsse man Finanzminister Stächele, der die Milliarden verpfänden sollte, doch schon Sonntagnacht einweihen? Kein Vorstand könnte*

mit seinem Aufsichtsrat so umspringen. ...Die Bürger hatten das große Pech, dass genau dieser Landeschef kaufte, dem „am Ende des Tages“ die zersetzende Wirkung seines Tuns auf Gewaltenteilung und demokratische Kultur egal war. Schnurzpiepegal war ihm das wirtschaftliche Risiko der Machtverschiebung von Staatsdienern auf staatsferne Dienstleister. ...Dass Mappus’ Vertrauter Notheis dessen Unerfahrenheit in Geschäftsdingen krass zum eigenen Vorteil ausnutzte - „Du brauchst keine zweite Fairness Opinion!“ - und bei der Gegenseite sogar für Mappus die Preise verdarb - „Mein Freund würde wohl auch für einen höheren Preis kaufen“ -, das kann man nicht mehr als Wirtschaftsdrama verstehen. So etwas hätte kein Banker gegenüber Kunden gewagt. Es war ein privater Verrat...“.

Bei alledem ist noch gänzlich ungeklärt, wer der Beteiligten bei dem „Geheim“-Deal auf Kosten der Steuerzahler die Hand aufgehalten und auch gefüllt bekam. Da sind zunächst mal die Tantiemen in mehrstelliger Millionenhöhe die Morgan Stanley einsteckte, und von denen Notheis vermutlich mindestens nach den Bankintern üblichen Regeln, ebenfalls per großzügigen Boni profitierte. Aber das wird lange noch nicht alles sein. Natürlich erstmal der Verkäufer, der natürlich statt des damaligen Börsenwertes um die 34 Euro nun stolze 41,50 Euro pro Aktie erhielt. Natürlich wird es das in der Branche übliche „Fore-Running“ gegeben haben. Denn immer wenn eine kleine Clique als einzige wissen, dass bald ein ordentlicher Deal ansteht, so decken sich diese im Vorhinein reichlich mit Aktien ein (oder stoßen sie ab, falls ein umgekehrter Schock ansteht). Das wird mit Sicherheit auch bei den Hauptbeteiligten zu finden sein, wenn man nur gründlich genug die Kontenbewegungen filzt. Insbesondere würde es mich nur wenig wundern, wenn der „gute Freund“ nicht nur schon Aktien, die schon seit geraumer Zeit auf Sinkflug waren, von EnBW besessen hätte, sondern im Vorfeld reichlich hinzu gekauft hätte. Um sie kurz nach dem Deal gewinnträchtig wieder abzustoßen.



Der Mappus-Deal bescherte der EnBW-Aktie ein Handelsvolumen, das zuletzt nur vor dem Lehman-Crash erreicht wurde. Der Mappus-Deal ließ den Handelswert der EnBW-Aktie sprunghaft von ca. 34 auf 41,5 € hochschnellen. Nach der künstlichen Hausse geht der langfristige Trend aber wieder auf den alten zurück.

Was man ja auch musste, denn natürlich hat die Aktie ihren alten Sinkflug nach der künstlichen Mappus-Hause weiter fortgesetzt und notiert zur Zeit so um die 30 Euro. Macht ja nix, ist ja nicht sein Geld, zumal es ja nicht weg ist, es ist jetzt nur in anderen Händen.... Eine alt bekannte Methode, die auch angesichts der bekannt gewordenen, zynischen und jedes Rechtsverständnis vermissen lassenden, Emails zwischen Notheis und Mappus als ziemlich sicher durch geführt gelten dürfte. Für so dumm, dass er das verbotene Forrunning selbst praktizierte, für so dumm halte ich Mappus allerdings auch wieder nicht. Der Vorteil des MP Mappus lag im Besonderen darin, dass er sich mit dem Giga-Deal als großer Wirtschaftslenker im damaligen Wahlkampf präsentieren wollte; als derjenige der dem Staat einer seiner vormals, ebenso von einer CDU-Regierung, veräußerte Preciose zurück eroberte. Eine Wahlkampffinanzierung für und auf Kosten seiner potentiellen Wähler also. Nur, die Atom-Katastrophe von Fukushima machte ihm wenige Tage nach dem Deal, der sonst auf sorgfältig legale Weise erst nach dem Wahltage zustande gekommen wäre, einen kräftigen Strich durch die Rechnung.

Chartsprünge durch solche Giga-Deals sind häufig durch kriminelles, aber schwer nachweisbares, Forrunning begleitet. In dem Chart werden leider gleichzeitige grüne Balken (Einkäufe) und rote Balken (Verkäufe) sich gegenseitig überdecken, so dass hier nicht alle Bewegungen sofort erkennbar sind. Am ersten Tag des Mappus-Deals ist aber die Situation ziemlich eindeutig: Den Einkäufen von Mappus (ca. 65.000 Einheiten) stehen Verkäufe der Aktionäre von satten 78.000 Einheiten gegenüber. Das ist ein sicheres Anzeichen für kriminelles Forerunning: Dabei kauft der Händler (Morgan Stanley oder andere Eingeweihte) kurz vor der Giga-Order Aktien zum billig Preis ein, wenige Minuten später kommt dann der Hauptdeal zum Maximumspreis hinterher. Der Gewinn wird auf Kosten des Hauptkäufers kassiert. Solche Insidergeschäfte sind aber verboten. Auch im Nachhinein ging das gewinnträchtige Spiel weiter, mit den After-runs. Da wurden weitere Aktien für das Mappuspaket aufgestockt, etwa 40.000 Einheiten, wo Aktionäre ihre Altaktien gewinnbringend weiter reichten. Im weiteren Verlauf kamen noch einige Zocker hinzu (grüne Einkäufe) die an eine weitere Hausse glaubten und so leichte Opfer für weitere Abzocke wurden. Die Firma dankt, und eine fleißige Staatsanwaltschaft sollte sehr gut durchleuchten, wer der beteiligten welche Aktienportfolios wann erwarb und wann er sie veräußerte. Da dürfte sich noch manch ein Name oder eine Verbindung von Interesse finden.

Kaum auszudenken, was passiert wäre, wenn Mappus seine letzte Wahl gewonnen hätte. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft würde weiter im Wege stehen, und nur die wenigen zäh recherchierende Journalisten würden so langsam aber sicher, wie im Falle Guttenberg, die Wahrheit ans Licht kitzeln. Während dessen aus Berlin von *„Mutti“* (so nannten Mappus und Notheis die Kanzlerin in ihren Emails) eine Solidaritätsadresse nach der anderen abgegeben würde um den „verdienten“ Staatsmann Mappus in BW auf dem Sockel zu halten. Zumal die Sache genauso eine Bundespolitische Entsprechung hat: *„...Dass heute, ein gutes Jahr später, wohl keine Landesregierung mehr so schnell ihr Parlament übertölpeln wird, könnte auf Dauer gar als Verdienst von Stefan Mappus gewertet werden. Auf Bundesebene muss schließlich noch immer das Bundesverfassungsgericht nachhelfen...“*. Wobei letzteres noch fraglich ist, bis zum 12. Septemberwill sich das Bundesverfassungsgericht dafür, oder dagegen, Zeit lassen.

Mit dem Untersuchungsausschuß in Sachen EnBW wird die Sache noch nicht gleich zu Ende sein, da wird noch manch ein Kalauer ans Tageslicht kommen, auch aus den Beteiligten wie Morgan-Stanley als auch aus EnBW selbst. Angesichts der Tragweite suchen die willigen Helfer des Deals längst das Weite, und jeder sucht Rettung mal in „Offenheit“ oder mal Deckung unterm Teppich: *„..Bei der CDU wächst die Angst, das Thema könne die Partei noch im Bundestagswahlkampf belasten. „Das kann im Untersuchungsausschuss des Landtages, beim Schadensersatzprozess und bei den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen weit in das Jahr 2013 hineinreichen“, sagte der ehemalige Ministerpräsident und heutige EU-Kommissar Günther Oettinger dem „Spiegel“. Zuvor war der Appell von Bundesministerin Annette Schavan für mehr Einigkeit in ihrem Heimatverband verhallt. Landeschef Strobl erklärte in der Zeitung „Die Welt“: „Unsere Probleme entstanden wahrlich nicht dadurch, dass die CDU Stefan Mappus nicht geschlossen genug gefolgt ist.“ Hauk sagte dem „Focus“, es wäre scheinheilig, „Geschlossenheit zu demonstrieren, wo keine ist“....“.*

Diese unglaubliche Polit-Posse ist dermaßen umfangreiche und blöde, dass man einem Drehbuchschreiber sein Werk wegen dem völlig durchgeknallten Plot gleich wieder zurück reichen würde. Es schreit aber gerade zu nach einer Verfilmung im satirischen Stile des „Schtonk“. Kaum zu übertreffen die Mischung aus Macht, Gier, Betrug und völliger Inkompetenz der Hauptverantwortlichen, eine Geschichte von Seilschaften und gegenseitigen Gefälligkeiten und rücksichtslosen Beutezügen auf Kosten Dritter, von den Mechanismen der

Politik und der Verfilzung mit privaten Unternehmen und Banken sowie der Desinformation der Öffentlichkeit gekrönt von Rechts- und Verfassungsbruch bis zum Abwinken.

Ein unglaublich Schauerspiel. Weniger unglaublich als der Plot ist allerdings, dass die Hauptverantwortlichen dieses Demokratiedesasters am Ende vermutlich juristisch wieder einigermaßen ungeschoren davon kommen werden. Man könnte es dann ggf. Staatsräson nennen. Oder je nach dem wie es läuft, vielleicht auch Staatsversagen.

Zum Abgewöhnen, ein paar der bislang bekannt gewordenen Emailauszüge:

- [Handelsblatt:] „Du solltest drei Landräte, ohne den Aufsichtsratsvorsitzenden, zu einem vertraulichen Gespräch zunächst ohne Angabe von Gründen ins Staatsministerium einladen“, diktierte Notheis. Bundeskanzlerin Angela Merkel müsste über die Verstaatlichung der Energie Baden-Württemberg (EnBW) zwar informiert werden. Aber, so Notheis, erst „kurz davor“.
- ,,Du solltest ihn anrufen und bitten, dass er das Meeting mit Sarko organisiert. Oder Du fragst Mutti [BK Merkel], ob sie Dir das arrangieren kann.“
- ,,Dein Bruder [René Proglio, Frankreich-Chef von Morgan Stanley und Bruder des Verkäufers Henri Proglio.] hat dem Deal bereits zu einem Preis von 40 Euro (pro Aktie) zugestimmt, und wir wissen, das ist mehr als üppig.“
- Mappus habe die Kanzlerin in der Hand, schrieb der Investmentbanker [an den Verkäufer, der zweifelte ob der Deal am Parlament vorbei möglich wäre...] . Der baden-württembergische Ministerpräsident kontrolliere 30 Prozent der Parteitagsdelegierten der CDU. Mappus „kann Angela mit seinen Truppen töten“, erklärte Notheis.
- Mappus brauche einen Anwalt, schrieb Notheis. „Mein Vorschlag wäre Gleiss Lutz, Herr Dr. Schockenhoff. Vorteil: verschwiegen und gut.“ Außerdem sei ein Medienberater nötig. „Würde hierzu Hering & Schuppener, Alexander Geiser nehmen“, riet Notheis. „Er wird den richtigen Spin bei FAZ, Handelsblatt, FTD etc. erzeugen und dich aufs Titelblatt bringen.“ Und um die Franzosen einzunorden, sei ein Treffen mit Präsident Sarkozy am besten. Hier setzte Notheis wieder auf die Kanzlerin. Zitat: „Du fragst Mutti, ob sie dir das arrangieren kann.“
- ,,Du wirst Anrufe von zahlreichen Banken bekommen“, schrieb Notheis an Mappus. „Sie werden dich drängen, ihnen ein Mandat zu geben. Du musst das alles ablehnen (!!) und sagen, dass du bereits vollständig beratungstechnisch aufgestellt bist. Bitte achte darauf, dass du das durchziehst. Das verursacht sonst erheblich Sand im Getriebe, und das kann ich jetzt nicht gebrauchen.“
- ,,Geht es auch, die Rechnung in ca. drei Wochen zu stellen und die Bezahlung nach der Wahl durchzuführen?“[Mappus an Notheis bzgl. Honorar für morgan Stanley] .Antwort Notheis: „Für dich mach' ich doch alles!“
- [swp:] "Wenn Du [Mappus] ihn [Finanzminister Willi Stächele] am Montagmorgen in den Griff bekommst, dann würde ich ihn doch nicht vorab informieren. Habe nochmals darüber nachgedacht."
- [Bild:] „Da hat sich das Land für 4,67 Milliarden einen Haufen Schulden eingekauft.“
- ,,Der Ex-MP scherzte in einer anderen Mail: „P.S.: Fall die Kohle nicht mehr reicht, spendier ich im Stami [Staatsministerium] warmes Essen und warme Getränke...““

Fortsetzung folgt demnächst in diesem Theater....

Donnerstag, 12. Juli 2012

Vermögenszwangsanleihe: Königsweg oder Ruin?

Das Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist jüngst mit einer durchaus naheliegenden Idee vorgeprescht: Eine Zwangsanleihe auf Vermögen um damit die galoppierenden Defizite des Staates, ausgelöst im besonderen durch die vielen Rettungsaktionen in der Finanzkrise, zu finanzieren.

Nun, solche Zwangsanleihen haben eine lange Tradition, und tauchen historisch immer im Zusammenhang mit Finanzkrisen auf. So schreibt die WELT zu den aktuellen Vorschlägen: „*Für den Abbau der öffentlichen Schulden , ...wird von weiten Teilen der Öffentlichkeit und der Politik nur ein Rückgang der Staatsausgaben als Instrument erwogen. Über die Alternative, nämlich Steuererhöhungen, denkt kaum jemand nach. Um die Diskussion zu öffnen, wurden deswegen im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) mögliche Alternativszenarien berechnet: eine einmalige Vermögensabgabe bzw. eine Zwangsanleihe auf große Vermögen....Damit könnte man den Schuldenstand in Deutschland ein deutliches Stück näher an die im Maastricht-Vertrag festgeschriebene 60-Prozent-Grenze zurückführen.*“

Und natürlich hat das ganze im Prinzip auch seine Berechtigung, und so schreibt die zum Springer Konzern gehörende WELT weiter in seinem erstaunlich guten Essay: „*...Wir befinden uns nun in der bemerkenswerten Situation, dass in den letzten 15 Jahren die Staatsausgaben aus guten Gründen nicht radikal heruntergefahren, aber trotzdem die Steuern gesenkt wurden. ...Die Verschuldungsquote von 81 Prozent des BIP ist nun Anlass für eine neuerliche Ausgabensenkungsrethorik.... Aber es gibt inzwischen auch immer mehr Stimmen, die laut über Steuererhöhungen nachdenken. Denn angesichts der Entwicklung der vergangenen Jahre kann man genauso gut die Perspektive einnehmen, dass die Steuern zu niedrig waren – und nicht die Ausgaben zu hoch. Das ist in den Schichten der wirtschaftlichen Eliten und der meinungsbildenden Kreise natürlich keine Nachricht, die auf Begeisterung stößt. ... Dabei ist auch zu bedenken, dass in Deutschland die Einkommenszuwächse der letzten 15 Jahre weitgehend bei den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung anfielen und die Verteilung entsprechend ungleicher geworden ist. Was auch gerne vergessen wird: Die Staatsschulden wurden ja niemandem aufgezwungen, sondern Vermögen, die nach Anlagemöglichkeiten suchen, haben sich in der Regel freiwillig für das Zeichnen von deutschen Staatsanleihen entschieden. Man kann das auch so interpretieren: Vermögende, die von den Steuerentlastungen und der Umverteilung von unten nach oben in den letzten Jahre profitiert haben, waren froh, dass es die Möglichkeit gab, dem deutschen Staat Geld zu leihen. Würde jetzt eine einmalige Vermögensabgabe bzw. eine Zwangsanleihe eingeführt, könnte man diese auch als ausgleichende Gerechtigkeit interpretieren. Die Umverteilung von Einkommen,*

die insbesondere in den letzten zehn Jahren von unten nach oben stattgefunden hat, würde wieder teilweise rückgängig gemacht. Man beachte: Das Aufkommen vermögensbezogener Steuern macht in Deutschland weniger als ein Prozent des BIP aus. In der OECD insgesamt liegt der Anteil doppelt so hoch. In Großbritannien bei über vier Prozent des BIP. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe könnten zumindest die Staatsschulden zügig zurückgeführt werden, die auf diverse Rettungsaktionen zurückgehen und manch einen Vermögensbesitzer bisher vor Verlusten bewahrt hat – zulasten aller Steuerzahler. …Von den auf Pump finanzierten Staatsausgaben der letzten Jahre und von staatlichen Rettungsmaßnahmen haben schließlich Vermögende am meisten profitiert. …Ob – wie in Frankreich im Gespräch – bei der Einkommensteuer ein Spitzensteuersatz von 75 Prozent durchsetzbar und klug ist, ist sicherlich eine offene Frage. Fest steht aber, dass in den Fünfzigerjahren ein solch hoher Satz der wirtschaftlichen Entwicklung der USA nicht geschadet hat.“

Der Spiegel berichtet : „*Der Club der Millionäre wächst - Krise hin oder her*. *...Und Deutschland ist ganz vorne mit dabei: Mehr als 950.000 Dollar-Millionäre gibt es hierzulande, nur in Japan und den USA sind es mehr. Insgesamt sollen die gut Betuchten dieser Welt rund 42 Billionen US-Dollar horten.“*

Viel Sympathie kann Spiegel-Online allerdings für eine Zwangsanleihe nicht sehen: *„...vom Griff "tief in die rote Mottenkiste" ist in der FDP die Rede..... "Interessant" nennt ihn ein Sprecher von Minister Wolfgang Schäuble - allerdings nicht für Deutschland, sondern für Staaten, in denen es "ein schwieriges Verhältnis" zwischen dem Steueraufkommen und dem Privatvermögen gebe. ….Das sehen die Forscher vom DIW ähnlich. "Gerade für die Krisenländer wären solche Instrumente eine sinnvolle Option, um die durchaus vorhandenen und zum Teil stark konzentrierten Privatvermögen zur Refinanzierung der Staaten heranzuziehen", sagte DIW-Experte Stefan Bach.....Zwangsanleihe, Abgabepflicht - bei solchen Worten gruselt es viele in Union und FDP. "Vollkommen ungeeignet und kontraproduktiv" nennt FDP-Finanzexperte Volker Wissing die Vorschläge. ..."Ich halte nichts von Zwangsenteignung", erklärte auch Norbert Barthle (CDU), der Chef-Haushälter der Unionsfraktion. Und CSU-Wirtschaftsexperte Hans Michelbach wetterte: "...Hauptleidtragende dieses Schuldenmodells würde wieder einmal die Mittelschicht sein, die schon jetzt die Hauptlast der Staatsfinanzierung trägt."“*

Ähnliche Instrumente schweben SPD und Grüne vor, nämlich eine Vermögensteuer: *„...Auch in der Opposition gibt es Vorbehalte. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin hält zwar den Grundgedanken des DIW für richtig, Vermögende an den Kosten der Krise zu beteiligen. "Sie zählen ja schließlich zu den Hauptnutznießern der Euro-Rettung", sagte Trittin der "Rheinischen Post". "Aber warum sollte sich der Staat das Geld bei den Vermögenden leihen, also neue Schulden machen - und ihnen dafür auch noch Zinsen zahlen?" Davon hält Trittin nichts. "Wir halten eine zeitlich befristete und zweckgebundene Abgabe auf Vermögen über eine*

Million Euro für sinnvoller. "“

Als Zwischenbemerkung sollte man vielleicht hier einfädeln, das unser großer Bruder USA bereits mit solchen Zwangsanleihen arbeitet. Der US-Bundesstaat Kalifornien erhebt seit November 2009 zur Bekämpfung akuten Geldmangels eine Zwangsanleihe von 10 % auf alle in Kalifornien erwirtschafteten Löhne : „...*Starting Sunday, cash-strapped California will dig deeper into the pocketbooks of wage earners -- holding back 10% more than it already does in state income taxes just as the biggest shopping season of the year kicks into gear. ...The extra withholding may seem like a small amount siphoned from each paycheck, but it adds up to a $1.7-billion fix for California's deficit-riddled books. From a single taxpayer earning $51,000 a year with no dependents, the state will be grabbing an extra $17.59 each month, according to state tax officials....California will probably continue to collect the tax at a higher rate for many years -- or find an additional $1.7 billion to slice from a future budget, an unlikely occurrence. All workers who have state taxes withheld will see their paychecks shrink....*“ Diese Zwangsanleihen sollen dann irgendwann den Betroffenen zurück gezahlt werden, wobei das aufgrund der Finanzlage Kaliforniens eher unwahrscheinlich ist. Das ganze hat erstaunlicherweise zu keinem großen Echo geführt. Der Grund dürfte simpel sein: Es traf und trifft natürlich nur die Schaffenden. Von Vermögenden ist und war hier keine Rede, und damit war das ganze selbstverständlich keiner übermäßigen Aufregung wert.

Nun ja, die vom DIW vorgeschlagene Zwangsanleihe auf große Vermögen wäre aus erster Sicht durchaus eine bedeutende Geldquelle für den Staat. Sie wäre auch gerecht und sie täte objektiv gesehen, wenn sie tatsächlich etwa nur auf wirklich große auf Cash- und Wertpapier-Vermögen angewendet würde, keinem der Betroffenen wirklich weh. Denn wenn jemand auf seinem Portfolio 20 Millionen hat, dann ist er danach mit 18 Millionen weder arm, noch merkt er es in irgendeiner Form in seinem Lebensstandard. Auf diese Art kämen nach Rechnung des DIW also erstmal 230 Mrd.€ in die Staatskasse. Nicht schlecht also.

Aber auch gut? Das ist jetzt ein sehr komplexes ökonomisches Thema, und die Antwort ein ziemlich lang gezogenes Jeiiiiiiin... Aber ich versuche trotzdem in relativer Kürze die wesentlichen ökonomischen (und teilweise politischen) Folgen zu erläutern:

(1) Zwangsanleihen sind historisch immer ein klarer Ausdruck dafür, dass dem Staat, bzw. seiner Währung, das Wasser bis zum Halse steht. Kurz- und Mittelfristig können sie funktionieren, langfristig sind sie regelmäßig der Vorbote einer später dann doch noch notwendigen Währungsreform.

(2) Für die tatsächlich Wirkung abzuschätzen, ist es von entscheidender Bedeutung, ob wir über ein geschlossenes (Nationalökonomie) oder offenes System (Nationalökonomie innerhalb einer sehr viel größeren globalen Ökonomie mit erheblichen Außenbeiträgen) reden.

(3) Das wahre Problem ist überall der viel zu hohe Kapitalkoeffizient. Langfristig wirksam sind solche Vermögensabzüge (egal ob Zwangsanleihe oder Steuer auf Vermögen) daher dann und nur dann, wenn sie auch zu effektiver Nettovermögensvernichtung (und damit Netto-Schuldenvernichtung) führen. Andernfalls führen sie nur zu einer Vermögensumverteilung, ohne im ökonomischen Summeneffekt etwas an dem totalen Kapitalkoeffizienten zu ändern, und damit auch ohne Änderung des Renditendrucks auf das BIP einhergeht.

Innerhalb einer geschlossenen Nationalökonomie wären Zwangsanleihen auf Vermögen, insbesondere auf Wertpapiervermögen, ein praktikabler Ausweg: Per Zwangsanleihe würden die überflüssigen Wertpapiere in eine renditelose staatliche Bad-Bank ausgelagert und damit dem Kapitalmarkt auf unbestimmte Zeit entzogen. Über die mögliche Rückzahlung sollte man sich dann keine Gedanken mehr machen, solange diese

nicht durch die Summe von Wachstum und Inflation faktisch entwertet wären. Aufgrund der heutigen Freiheit in internationalen Kapitalbewegungen aber, geht dieses Konzept nicht mehr so einfach auf. Man müsste daher schon die Grenzen für Kapitalverkehr dicht machen bzw. sehr stark reglementieren.

(4) Kurzfristig bis mittelfristig können Sie dagegen auch ohne unmittelbare Vermögensvernichtung hilfreich sein. Dafür spielen die ökonomisch-politischen Folgeeffekte wiederum eine sehr große Rolle. Das Stichwort ist hier natürlich erst einmal „Kapitalflucht". Sobald das Thema ernsthaft angepackt wird, wäre sicherlich ein gewisse Kapitalflucht von Vermögenden bzw. Vermögensverwalter anzunehmen. Dabei wird wiederum entscheidend sein, Wer, mit Welchen Kapitalwerten die Flucht Wohin(?) antritt.

Und da wird es jetzt kompliziert. Denn wer mit welchen Kapitalwerten wohin flüchten kann oder wird, das hängt von der Ausgestaltung der Randbedingungen entscheidend ab.

Dazu müssen wir nochmal einen Blick auf die Graphik des Gesamtgeschäfts der Finanzinstitute in der BRD werfen. Wie man sieht, ist das Problem das Investmentgeschäft mit einem Volumen von rund 6000 Mrd.€ gegenüber einem Realgeschäft für Kredite an die Wirtschaft und Konsumenten von um die 3000 Mrd.€. Probleme macht natürlich der größere Block, der durch keine Realwerte gedeckt ist. Würde man also dafür sorgen, dass überwiegend genau dieser überflüssige Wasserkopf abgebaut wird, dann hätte man tatsächlich etwas gewonnen: In diesem Bereich der Finanzwirtschaft wäre eine Kapitalflucht geradezu zu begrüßen. (Tatsächlich haben wir zur Zeit das umgekehrte Problem: Wegen der angeblichen Sicherheit deutscher Anlagen, ziehen wir Auslandskapital geradezu magisch an. Die totale Bilanzsumme hat hier inzwischen die 9000 Mrd. € Marke erreicht, und damit auch in etwa die maximale Belastungsfähigkeit der BRD. Siehe dazu ggf. Seiten 187-190 in MFT.)

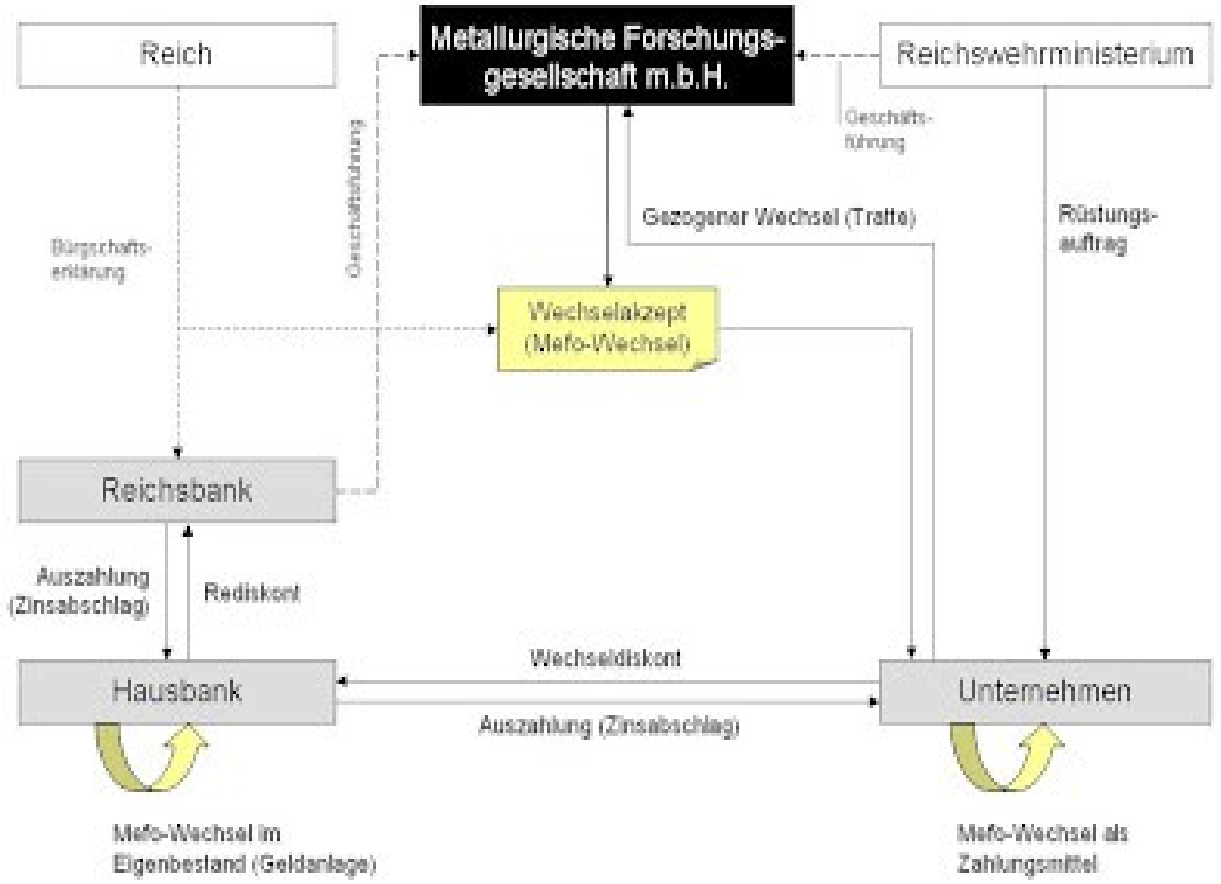
Wie wäre das nun zu erreichen? Nun dazu braucht es zwei Dinge. Erstens müsste sich die Vermögensabgabe vor allen Dingen auf Investmentprodukte beziehen, und nicht so sehr auf Cash. Und die zweite Bedingung wäre, dass das ganze Spiel auch nur National (bzw. EU-17-national) gemacht wird, damit das Investmentkapital überhaupt eine Möglichkeit zur Flucht hätte. Der Erfolg wäre dann simplerweise, das ganz andere Ökonomien dann diese Investmentlast schultern dürften. Machen aber alle großen Ökonomien dabei mit, dann bleibt alles beim alten (Was aber in den USA keinesfalls zu „befürchten" wäre, die Folge wäre mittelfristig ein Rückzug dieser ganzen Schrottpapiere in die USA. Und dafür die Einleitung des Kollaps dort, der mit einiger Verspätung dann allerdings wieder auf Europa zurück schlagen würde. Nun, die Weltökonomie ist eben ein geschlossenes System, und LANGfristig geht nichts ohne Vermögensvernichtung = Schuldenvernichtung.)

Ganz schlecht dagegen ist im allgemeinen eine größere Kapitalflucht aus dem Realgeschäft mit dem BIP. Also Kredite an Unternehmen und Konsumenten. Das muss man möglichst gering halten, sonst bekommt man den gleichen Effekt wie 1929: Obwohl damals die deutsche Wirtschaft florierte, sorgte das Platzen der Investmentblase in den USA dafür, dass die Investoren ihre guten Anlagen in deutsche Realwerte abzogen um mit dem Geld ihre Verluste an Schrottpapieren in den USA auszugleichen. Die Folge war die nächste Finanzkrise in Deutschland, nur 6 Jahre nach der von 1922/23 und damit der Grundstein für den Aufstieg Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

Für Hitlers Aufstieg waren die Finanzkrisen der Zwanziger nicht nur die notwendige Voraussetzung, sondern sie waren auch schon in der Begründung seiner Ideologie und Bewegung, und auch seines Judenhasses, von ganz entscheidender Bedeutung. Das muss man immer im Hinterkopf haben. Aber die Analogien gehen noch viel weiter. So schaffte es Hitler ja tatsächlich, sowohl die Finanzkrise als auch die Arbeitslosenkrise der

damaligen Zeit effektiv, zumindest kurzfristig, in den Griff zu bekommen. Wie funktionierte das eigentlich?

Der Schlüssel waren sogenannte Mefo-Wechsel. Vorläufer der Mefo-Wechsel waren die Öffa-Wechselab 1932, den Mefo-Wechseln folgten ab 1937 dann die Solawechsel der Golddiskontbank. Sogenannte Solawechsel sind Wechsel, bei denen der Aussteller gleichzeitig auch Hauptschuldner des Wechsels ist. Diese Schneeballsysteme funktionieren alle nach dem gleichen Grundprinzip, hier erstmal der Mefo-Wechsel:

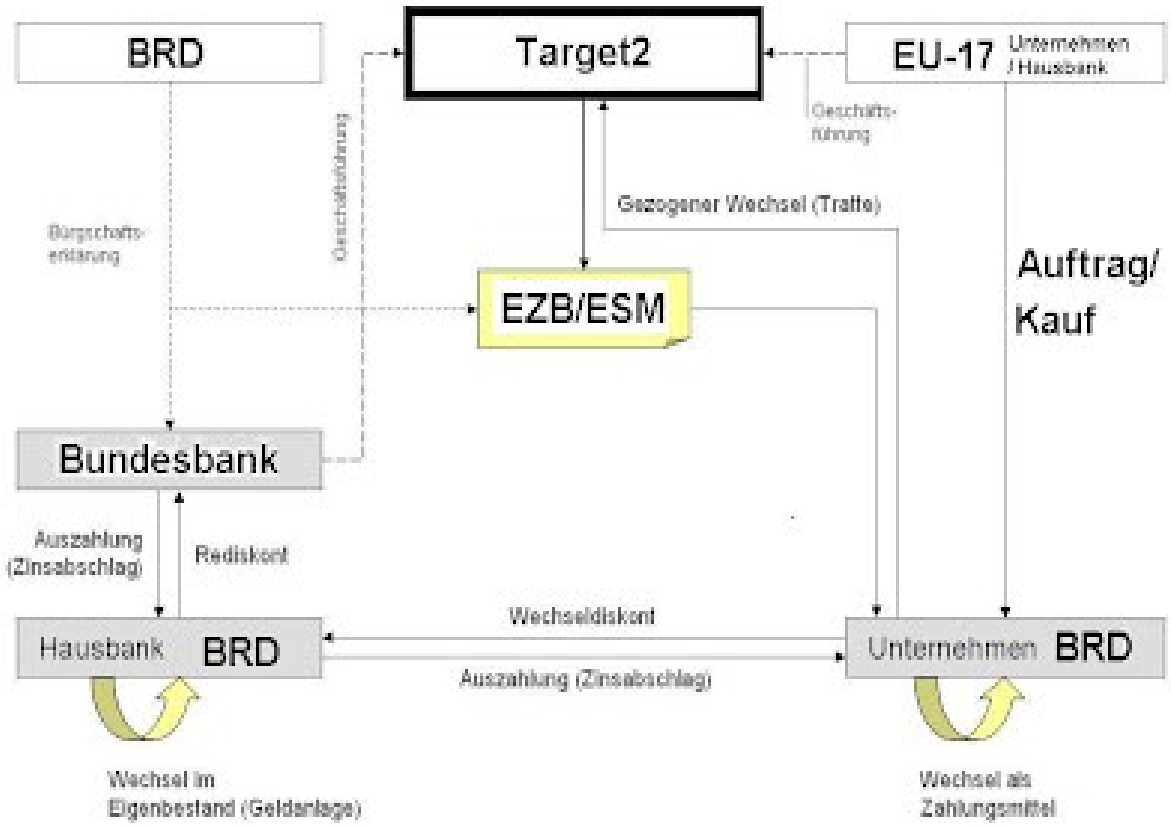


Über die Aufgabe der Mefo-Wechsel äußerte sich der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk in einem Brief vom 1. September 1938 an Adolf Hitler : *„Seit der Machtuebernahme ist bewusst der Weg beschritten worden, die grossen einmaligen Ausgaben der ersten Arbeitsbeschaffung und der Aufruestung durch Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Soweit sich dies nicht durch die normale Inanspruchnahme des Geld- und Kapitalmarktes, d.h. des jaehrlichen Zuwachses an Ersparnissen in Deutschland, ermoeglichen liess, erfolgte die Finanzierung durch Wechsel (Arbeits-und Mefowechsel), die bei der Reichsbank diskontiert werden, also durch Geldschoepfung.“*

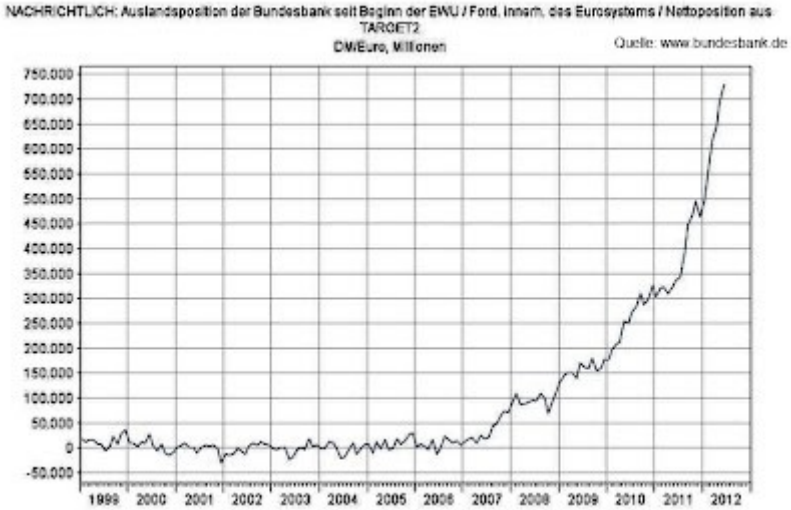
Um die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die damit auch verbundenen Aufrüstungskosten zu decken, wurde also eine Luftikusfirma, eine eigens zu diesem Zweck gegründete Scheinfirma namens Metallurgische Forschungsgesellschaft mbH (MeFo) ins Leben gerufen.Gleichzeitig diente die Mefo dazu, die Finanzierung der Aufrüstungsmaßnahmen „auf Pump“ zu verschleiern. Sie galten nicht als Staatswechsel, sondern als Handelswechsel und mussten im Reichshaushalt und im Reichsschuldbuch nicht ausgewiesen werden. Weil es sich bei den Gesellschaftern der Metallurgischen Forschungsgesellschaft mbH um angesehene Vertreter *[nämlich Siemens , Gutehoffnungshütte , Krupp und Rheinmetall; d.h. Kreditwürdig=Top-Rating AAA]* der deutschen Industrie handelte, konnte die Reichsbank die Wechsel zum Zwecke der Refinanzierung der Metallurgischen Forschungsgesellschaft mbH diskontieren . Die durch das Reichsbankgesetz vorgesehene Begrenzung der Staatsverschuldung *[d.h. auch Schuldenbremse und das Fiskalpaket sind nicht neu!]* wurde

durch die Mefo-Wechsel umgangen. Die Reichsbank stellte das Personal für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Wechselgeschäfte. Alle Unternehmen, die im Auftrag des Staates Aufgaben ausführten, stellten nun Mefo-Wechsel aus. Die Laufzeit der Wechsel betrug anfangs sechs Monate und wurde immer wieder verlängert, so dass die Wechsel letztendlich fünf Jahre im Umlauf waren. Statt auf die Fälligkeit zu warten, konnten die Remittenten den Wechsel diskontieren , also an eine Bank verkaufen. Die zur Refinanzierung der Mefo-GmbH erforderlichen Diskontierungsgeschäfte der Reichsbank waren aber nicht garantiert. Deshalb brauchten die Aussteller der Wechsel eine Sicherheit: Das Reich selbst stand daher für die Erfüllung der Wechselverbindlichkeiten der Mefo-GmbH ein.

Nun das klingt etwas kompliziert, es ist aber nichts anderes als exakt das aktuelle Target2-System. Da hat man es sich sogar noch etwas einfacher gemacht, indem man auf den überflüssigen Wechsel (weil verzinsbar und in Geld wechselbaren) Wechsel verzichtet und gleich Euros ausstellt.



Auch hier ist der Aussteller wieder gleichzeitig auch Hauptschuldner. **Target2-Konten sind inzwischen nichts anderes als Solawechsel** und haben für die BRD inzwischen schon die gigantische Summe von rund 730 Mrd. € (Stand: 30. Juni 2012) angenommen. Bis zum Jahresende könnte, wenn es im bisherigen Tempo weitergeht, sogar die Billionenmarke geknackt werden. Da sage mal keiner „Geschichte wiederholt sich nicht“. Die Saat ist die gleiche, die Ernte wird ebenfalls ganz ähnlich ausfallen.



Als Fazit kann man sagen: Vermögensabgaben ja, aber man muss den Fokus auf das Ziel richten, die Verhältnisse von totaler Bilanzsumme und BIP wieder ins Lot zu bringen. Der Glaube es sei ein Allheilmittel ist weit verfehlt. Nur wären Vermögensabgaben vorerst der weitaus bessere Weg, als die aktuellen Austeritätsprogramme. Langfristig geht jedoch nichts an einer unparitätischen Währungsreform vorbei, und zwar in allen großen Währungen. Entscheidend für den Weltfrieden ist es, dass möglichst bald zu begreifen, sonst ist der allgemeine Weltkrieg dieses Jahrhunderts unabwendbar.

Dienstag, 26. Juni 2012

Im Netz der Spinne

Schön das gerade die EM läuft und Deutschland noch im Rennen ist. Andernfalls würde den Deutschen Micheln nämlich eventuell auffallen, dass in Kürze das Parlament einen Vertrag durch winken wird, der in seinen konkreten Auswirkung am besten nur mit den Versailler-Vertrag in Folge des Ersten Weltkrieges zu vergleichen ist. Der hieß übrigens offiziell auch „Friedensvertrag“, seine Ernte dagegen Klang anders, nämlich „Zweiter Weltkrieg“.

„...Ministerpräsident Scheidemann trat in dieser Situation [Anm.: die ultimative Aufforderung zur Unterzeichnung] zurück: Am 12. Mai 1919 begründete er seinen Schritt mit der Frage: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte?“ Unter dem Druck des drohenden Einmarsches votierte die Nationalversammlung mit 257 gegen 138 Stimmen für die Annahme des Vertrags. Sein Parteifreund Bauer rief in der Sitzung aus: „Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewusstsein, dass es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, dass sie der Gewalt weicht, in dem Entschluss, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg...zu ersparen.“ Außenminister Müller (SPD) und Bell (Zentrum) unterzeichneten daher am 28. Juni1919 den Vertrag.....Der Vertrag konstatierte die alleinige Verantwortung des Deutschen Reichs und verpflichtete es daher zu [u.a.] Reparationszahlungen an die Siegermächte. Die

Delegation des Deutschen Reichs wurde zu den langwierigen mündlichen Verhandlungen über den Vertragsinhalt nicht zugelassen... Wegen seiner hart erscheinenden Bedingungen und seines Zustandekommens wurde der Vertrag von der Mehrheit der Deutschen als illegitim empfunden....“

Irgendwelche Ähnlichkeiten zum Fiskalpaket? Nun, diesmal ist der erste und zweite Weltkrieg zwar nur im Hintergrund, aber doch, ebenso vorhanden. Denn die Unterzeichnung des ESM-Vertrages und des „Fiskalpakt“ wird von den Parlamentariern erneut als unumgänglich wahrgenommen. Und natürlich entspricht der Euphemismus "Stabilitäts-Mechanismus" und „Fiskalpakt“ kaum der Wahrheit, tatsächlich ist es summa summarum ein **„Schuldenpakt“**, der auf die Vergemeinschaftung aller öffentlichen und privaten europäischen Schulden unter der Haftung besonders Deutschlands abzielt. Auch wenn Merkel erneut versicherte: "Keine EURO-Bonds solange ich lebe!" , so ist das schon jetzt nicht mehr wahr. Denn die Target2-Aussenstände der Bundesbank sind allein von Januar bis Mai um 200 auf jetzt knapp 700 Mrd.(bn.) Euro explodiert. Allein Spanien und Italien haben sich dort mit je rund 300 Milliarden selbst bedient. Da darf die Angela bei Gelegenheit ja mal ihren Wolfgang bitten, das Geld von den Beiden einzufordern.....vergessen sie's, das kommt nie zurück denn beide müssten auf das Verlangen hin sofort Konkurs anmelden. Und ESM, Bankenunion, Euro-bills, Schuldentilgungsfonds und weitere solcher Konstrukte sind finanztechnisch nunmal auch nichts anderes, auch wenn sie nicht so schrecklich klingen wie "Eurobonds".

Zwar ist der Einmarsch französischer Besatzungstruppen bei Nichtunterzeichnung heute nicht mehr zu befürchten, aber es droht andernfalls kaum weniger schlimmes: Würde die BRD im unmittelbaren Interesse der Deutschen handeln, dann dürfte sie sich keinesfalls auf den Deal einlassen und stattdessen Ade zum Euro sagen. Was dann aber natürlich den sofortigen Kollaps der Rest-EURO-Gruppe zur Folge hätte. Und in der Folge dessen ein Hauen und Stechen um Macht, Geld und Pfründe in den kollabierenden Finanzsystemen. Und Deutschland hätte schon wieder mal die „Kriegsschuldfrage“ am Allerwertesten. Stattdessen versucht man nun „*...zu retten zu suchen, was zu retten ist...*“, aber natürlich genauso wie damals, nicht zu retten ist.

Immerhin hat nicht nur die Linke, sondern auch Finanzminister Schäuble messerscharf erkannt, dass diese Art der Selbstaufgabe eigentlich illegal ist und die Aufgabe ganz wesentlicher Teile der Deutscher Souveränität einer Volksabstimmung bedarf. Man wird natürlich versuchen sich daran irgendwie vorbei zu mogeln, oder wenn Sie denn doch stattfinden sollte, die Wahlbürger wenigstens mit Schreckensszenarios soweit aufwühlen wird, dass sie dann doch lieber Beelzebub statt den Teufel an der Wand wählen. Die „Rettung“ des EURO's und Europas, das ist tatsächlich ein Teil der alten Kriegsschuldfrage die uns immer noch umtreibt. Und damit

von der Merkel-Regierung, aber auch der wesentlichen Opposition, praktisch zur Staatsräson erhoben wurde.

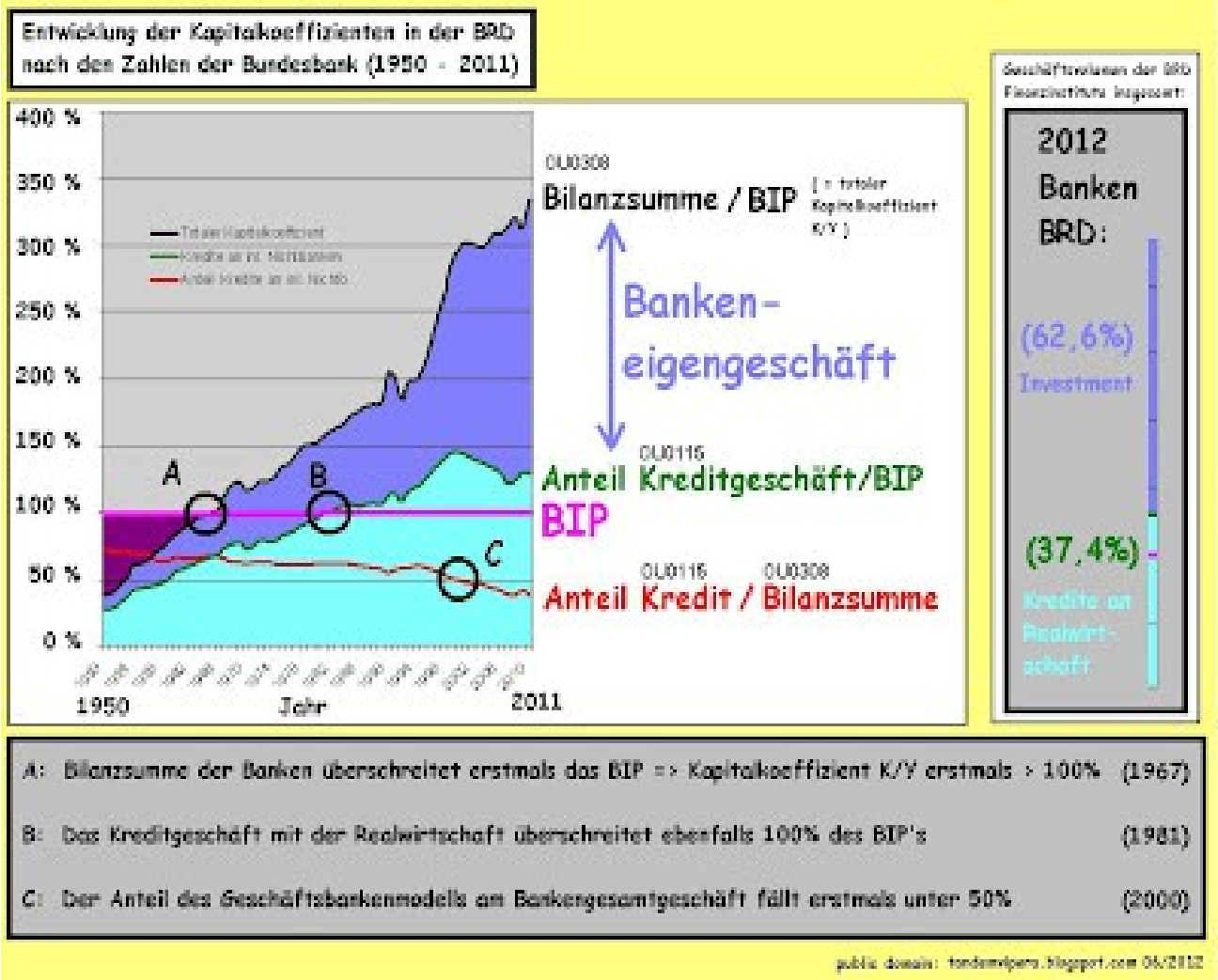
Warum aber sollte der europäische Gewaltakt nicht vielleicht doch funktionieren, Ruhe an die Finanzmärkte und ein einiges politisches Großeuropa hervorbringen, so wie es unser Parlament in kollektiver Verzückung glauben will?

Die Gründe sind relativ einfach zu verstehen: Eine Um- oder Gleichverteilung aller Schulden mindert die Gesamtschuldenlast um keinen einzigen Cent. Es spielt in der europäischen Gesamtrechnung keine Rolle unter welchen Finanztüfteleien man die Berge unbezahlbarer öffentlicher und privater Schulden versteckt. Es ist wie in jeder Familie: Wenn der Sohn seine Spielschulden an den lieben Vater weiterreicht, dann ist an der Malaisse der ganzen Familie nichts geändert, es bleibt bei den gleichen Forderungen, insbesondere wenn der liebe Papa und alle anderen Familienmitglieder ebenfalls schon hoch verschuldet sind. Man mag den einen oder anderen Gläubiger ein paar zusätzliche Tage damit täuschen können, mehr aber nicht.

Denn die Summe privater und öffentlicher Schulden, de facto die Gesamtbilanz der Finanzinstitute im EURO-Raum beträgt zur Zeit 33.9 Billionen (engl.: trillions) Euro, das EU-17 BIP dagegen nur 9,41 Billionen (engl.: trillions) Euro. Das ergibt einen Kapitalkoeffizienten von sagenhaften 3,6 oder 360% des BIP. Das ist noch schlimmer als in Deutschland, wo einer neuen Rekord-Bilanzsumme von 8.671 Mrd. (bn.) Euro ein BIP von 2571 Mrd. (bn.) Euro gegenüber steht, ergo ein Koeffizient von 337% des BIP's. Da kann man nun soviel zusammenlegen wie man will, oder alternative in soviele Sondertilgungsfonds verstecken wie man möchte, es wird dadurch ökonomisch keinen Deut besser.

Und weiteres Geld hinein pumpen bringt auch nichts, denn exemplarisch hier für die BRD, beträgt die Kreditierung des BIP's durch Kredite an Unternehmen und Konsumenten bereits 3.245 Mrd. (bn.) Euro, also bereits mehr als 126% des BIP's. Tatsächlich ist das BIP nämlich bis Oberkante Unterlippe vollgesogen mit Krediten, da nützt auch Easy-Money von den Zentralbanken wenig bis garnichts. Das billige Geld der EZB, aber natürlich genauso alle Arten der Rettungsschirme, geht deswegen praktisch ausschließlich in das Bankeneigengeschäft. Denn das längst am natürlichen Rand angelangte Kreditgeschäft macht nur noch 37,4% des Bankengeschäfts aus, das (für den Bürger) nutzlose und schädliche Investmentbanking dagegen ist mit 62,6% fast doppelt so groß. Das besonders schlimme dabei: Dieses mit Abstand größte Bankengeschäft wird von der Standard-Ökonomie überhaupt nicht wahrgenommen, sein mörderischer Einfluss auf das BIP wird im Gegenteil sogar vehement negiert. Und oben drein durch die ganzen Rettungsschirme und selbst Konjunkturprogramme noch prolongiert und verstärkt.

Warum das so ist, kann man auch theoretisch bestens belegen, der Einfachheit halber will ich es aber hier an einer Graphik erläutern:

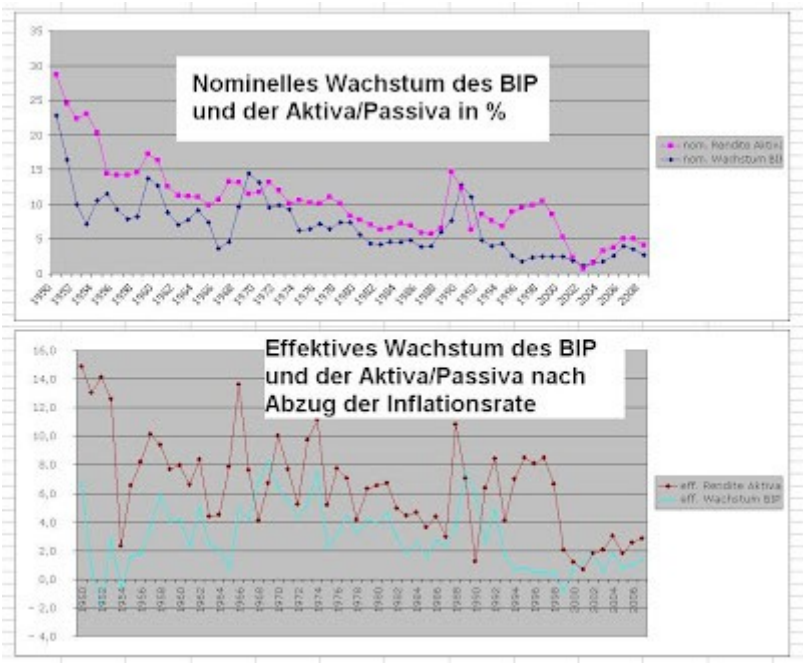


Dargestellt sind hier, nach den offiziellen Zahlen der deutschen Bundesbank, die Verhältnisse zwischen Kapital und Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1950 bis 2011 (*totaler Kapitalkoeffizient*, siehe dazu auch LINK1a und LINK1b). Wir normieren aufs BIP, um die Größenverhältnisse zu erhalten. Die obere Linie ist die Bilanzsumme aller deutschen Kreditinstitute im Verhältnis zum BIP. Bei Punkt (A) in 1967 überschritt dieses Verhältnis erstmals den Wert 100% und beendete damit die sogenannten Wirtschaftswunderjahre. Ab Punkt A schwenkt eine Ökonomie nämlich vom BIP dominierten zur Kapital dominierten Ökonomie um (siehe dazu auch LINK2).

Richtig unangenehm wird es aber erst ab Punkt B (1981), denn dann erreicht auch das unmittelbare Kreditgeschäft der Banken (sog. Geschäftsbankenmodell) bereits 100% des BIP. Ab hier ist das BIP im Prinzip vollgesogen mit Krediten. Eine weitere Kreditexpansion, ohne Bankeneigengeschäft, wird zunehmend unmöglich. Trotzdem geht noch was, und bis zum Jahr 2000 stieg die Kreditierung des BIP bis auf stolze 145% weiter an (im Klartext: das BIP wurde etwa alle 8 Monate einmal komplett per Kredit umgewälzt). Der K.O. kommt dann erst bei Punkt C (Jahr 2000), denn ab diesem Punkt sinkt das Bankengeschäft mit der Realökonomie unter 50% und die Banken werden ab nun immer stärker Investment lastig, also abhängig vom Geld- und Derivatehandel unter den Geschäfts- und Zentralbanken selbst. Das war der Zeitpunkt, an dem dann auch die erste ganz große Investmentblase platzte: Der DotCom-Crash. In der Folge nahm die Kreditierung des BIP's wieder ab und immer mehr Geld floss in das Bankeneigengeschäft. Inzwischen liegt der Anteil des Kreditgeschäfts am BIP mit 126% immer noch mehr als hoch (Umwälzung alle 9,5 Monate), aber die deutschen Kreditinstitute sind inzwischen zu 62,6% im Investmenthandel und nur noch magere 37,4% im BIP engagiert.

Bei einem Kapitalkoeffizienten von inzwischen knapp 3,4 bedeutet dies, das der investive Papierhandel des Bankeneigengeschäfts in der BRD mehr als zwei(!!) BIP's pro Jahr ausmacht. Es ist natürlich ganz klar, das dort auch die allergrößten Probleme auftauchen, und das das ganze leichte Geld das man den Banken gibt, fast ausschließlich in diesen gigantomanischen Bereich ohne echten Gegenwert versickert und nichts mehr für das BIP oder die Allgemeinheit abwerfen kann.

Schlimmer noch ist, was kaum einer sieht, das ab Punkt B selbst BIP Wachstum im Nettoeffekt nur noch zusätzliche Schulden aufbauen kann. Denn jedes BIP-Wachstum ist ab da, selbst unter Vernachlässigung des Bankeneigengeschäfts, immer Schulden produzierend und nicht mehr abbauend, da jedes Wachstum auf der Schuldenseite mit einem Faktor größer 1 zu Buche schlägt. Die Folge: Ab Punkt B kann kein noch so großes Wachstum der Wirtschaft einen irgendwie gearteten nachhaltigen „Schuldenabbau“ der Gesellschaft ermöglichen.



Aber auch vor dem Punkt B zeigt bereits ein Blick auf die historischen Daten, dass das Schulden-/Vermögenswachstum grundsätzlich im mehrjährigen Mittel immer über dem BIP-Wachstum lag. Die Ursache dafür ist der Preis des Kredits: Investoren verlangen einen Zinssatz, der ihnen am Ende des Investments (oder Sparvertrag etc.pp.) nicht einfach mehr Geld als vorher, sondern vor allen Dingen mehr Kaufkraft als vorher garantiert. Das nennt man einen „positiven Realzins“. Bis zum Punkt B kann er sich aufgrund der günstigen Nachfragesituation mit dieser Forderung in aller Regel durchsetzen, danach wird das im Realgeschäft aber immer schwieriger. Um trotzdem noch einen positiven Realzins zu erzielen „müssen“ die Banken dann zunehmend Geld „aus dem Nichts“ zaubern: Indem sie ohne realen Gegenwert im gegenseitigen Eigengeschäft, unter Mitwirkung der Zentralbanken, Geld aus Papieren, Derivaten und Wetten und Versicherungen von Wetten (ja sogar dieser komplette Unsinn zieht) „schöpfen“.

Das funktioniert im wesentlichen so, dass diese Banker viele ihrer im Grunde genommen haltlosen Papiere bei der Zentralbank als Sicherheit hinterlegen (hier spielt das Rating seine dubiose Rolle), und dafür richtig echtes Geld auf Risiko des Steuerzahlers erhalten. Bricht dann eines dieser Zockerpapiere in sich zusammen, dann können sich die Banken in der Nach-Lehmanzeit nun darauf verlassen, das die Steuerzahler, und nicht der im allgemeinen wohlhabende Investor dahinter, die Zeche zahlt.

Und damit kommen wir also noch mal auf die Frage zurück: Warum aber sollte der europäische Gewaltakt

nicht vielleicht doch funktionieren? Nun, weder Schuldenverschiebung noch Wachstum können am Dilemma etwas ändern. Auch der dritte Akt, nämlich Sparen des Staates bringt nichts, denn er ist der mit Abstand größte direkte und indirekte Arbeitgeber über seine Staatsquote (siehe auch LINK3). Pro Milliarde „gespartem“ Geld verliert er genauso viel an BIP und Kaufkraft der Konsumenten, und damit erhöht sich der Kapitalkoeffizient weiter zu Ungunsten der Real-Ökonomie. An Griechenland, Spanien und Italien sehen wir den Effekt, da staunt der Ökonom und der Politiker wundert sich.

Der vierte und letzte Akt, also die politische und fiskale Union Europas, dass mag eine politisch attraktive Utopie sein, mit Wirtschaft hat es jedoch praktisch nichts zu tun.

Im Gegenteil, mehr Europa hat bisher im wesentlichen nur mehr Gesetzes- und Subventionswirrwarr, mehr sündhaft teure Behörden ohne klare Abgrenzung aber mit überbezahlten Proporzstellenkegel; Parlamente ohne echte Gestaltungskraft, gewählt nach National ausgeklügelten Verteilungsprinzipien und eine Kommission, die im Zweifel alles alleine am Parlament vorbei ausdrechselt.. Von einem einigen Europa, mit einer einigen Regierung, gewählt nach dem Prinzip„*One Man, One Vote*“, davon sind wir unendlich weit entfernt. Europa war und ist in seiner jetzigen Verfassung immer nur eine Wirtschaftsgemeinschaft und sehr diffizieler Verteilungsklüngel gewesen, auch wenn das um viele Größenordnungen besser und erfolgreicher war, als die alten ökonomisch-militärische Erbfeindschaften vor dem letzten Krieg gewesen sind.

Finanzkrisen, dass sind im Kern immer nur **Verteilungskrisen**. Denn Geld ist ein reines Nominal und kann beliebig gedruckt werden. Geld ist aber der ultimative Verteilungsschlüssel einer kapitalistischen Welt: Macht und Wohlstand sind durch Geld repräsentierter Anspruch auf aktuelles BIP, und der hängt exakt an der Realtion(!) der Verteilung dieser Gutscheine auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ab. Die intrinsischen Symmetrien einer FIAT-Geldökonomie führen aber immer zu einem überproportionalen Vermögens- und Schuldenwachstum und schlimmer noch, immer zu einer über die Zeit zunehmenden Konzentration von Geld in einer kleinen, und von den wirklich Schaffenden weit entfernten Oberschicht der „1%“.

Die Utopie, die am Wochenende nun durch Parlament geritten werden soll, dieser Fiskalpakt ist nichts als ein Schuldenpakt und eine weitere Kapitulationsurkunde der Demokratien vor diesen obersten Einprozent. Am Grundproblem kann er so nichts ändern, jedenfalls nicht zum Guten. Trotzdem wird dem Parlament, selbst wenn die Masse der Parlamentarier die ökonomischen Zusammenhänge begreifen würde, kaum etwas anderes übrig bleiben. Die Alternativen sind nämlich nicht nur dünn, sondern würden den anschließenden Verteilungskrieg wieder in die Schuldschublade der Deutschen schieben. Wenn man nicht schon wieder den schwarzen Peter zu geschoben bekommen möchte, dann kann man das sinkende Schiff jetzt nicht verlassen, sondern man muss sich in das Unvermeidliche fügen: Der Kapitän geht als letzter von Bord, oder versinkt gemeinsam mit Mann und Maus in der Tiefe.

Die Lösung des Problems kann man auch der obigen Graphik entnehmen: Um wieder ins seichte Fahrwasser zu kommen, muss man die BIP-Linie kräftig anheben, mindestens um das doppelte, besser um das vierfache. Beim doppelten lässt man immerhin wieder den Punkt B hinter sich, beim vierfachen sogar auch den Punkt A. Prinzipiell bieten sich dabei zwei Strategien an, nämlich eine galoppierende Inflation oder eine unparitätische Währungsreform. Eine Inflation ist allerdings nicht wirklich hilfreich, der Grund ist das mit anziehender Inflation auch die Vermögenspreise, also insbesondere die Zinsen, ebenfalls entsprechend anziehen. Der Kapitalkoeffizient, und damit der negative Einfluss der erdrückenden Renditelast von zuviel Kapital auf das BIP, der bleibt dann voll erhalten. Nur bei einer Währungsreform wird das effektiv verhindert: Das Erfolgsrezept ist bekannt von 1924 und 1948, die Folge waren bei ersterem die „Goldenen Zwanziger“ und bei letzteren das, was wir uns alle Wünschen: Die "Wirtschaftswunderjahre".

Währungsreform vom 20.06.1948

(Quelle Bildzitat: www.besema.de)

Laufende (wiederkehrende) Leistungen:			Umstellungsverhältnis ALT (RM) : NEU (DM)
➢ Löhne, Gehälter, Miet- und Pachtzinsen, Abgaben			
➢ Renten, Pensionen (Beamte)			1 : 1
➢ Altgeldguthaben und –Barbestände:		prinzipiell	10 : 1
a) inländische Geldinstitute:		➔ Verbindlichkeiten aus Sichteinlagen	100 : 15
		➔ befristete Verbindlichkeiten	100 : 7,5
		➔ Landeszentralbanken	100 : 30
b) inländische natürliche Personen mit: Spar-, Fest- und Giroeinlagen, Bausparverträge	bis 60 RM	60 DM	Kopfquote
	über 60 RM		100 : 6,5
bei den zur Kriegsbeginn (01.01.1940) vorhandenen "Altsparguthaben" (Altsparergesetz vom 14.07.1953)			100 : 20
c) inländische Unternehmen, Gewerbetreibende, Personenvereinigungen, Freie Berufe	20.000	1.300 DM 60 DM sofort je Arbeitnehmer (Geschäftsbetrieb)	100 : 6,5
d) öffentliche Hand (Ansprüche gegen das Reich erloschen)	20.000	0	100 : 0
➢ Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen: Rentenbriefe, Kommunalschuldverschreibungen, und sog. **mündelsichere (Staats-) Anleihen**	20.000	1.300 DM	100 : 6,5
➢ Leistungen in die Sozialversicherung	100	100 DM	1 : 1
➢ Lebensversicherungsscheine (gesperte Prämienreserven)	20.000	1.300 DM	100 : 6,5
aber: Prämienzahlungspflicht nach dem 20.06.1948	50	50 DM	1 : 1
➢ RM-Verbindlichkeiten aus Kauf-/Werkverträge, Auseinandersetzungen zw. Gesellschaftern, Ehegatten, Verwandten, ...	9.000	9.000 DM	1 : 1
➢ RM-Verbindlichkeiten ggü. Angehörigen d. Vereinten Nationen	10.000	1.000 DM	10 : 1
aber: bei Widerspruch des ausländ. Gläubigers (Umstellungsvorbehalt)	9.000	9.000 DM	1 : 1
➢ Immobilien, sonstige: Kfz, Hausrat, Schmuck ...	X	X	1 Haus : 1 Haus
➢ Rohstoffe, Edelmetalle (Gold, Silber, Platin ...)	X	X	1 kg : 1 kg
➢ Unternehmen / Beteiligungen (Aktien...)	X	X	1 Aktie : 1 Aktie

Bildzitat entnommen bei: http://www.besema.de/Waehrungsreform1948-Umstellungstabelle.pdf
vollständiges Dokument zu finden bei: http://www.besema.de/info-wirtschaftsgeschichte.htm

Anders ist ein Entkommen aus dem Netz der Spinne nicht möglich. Aber das müsste man der europäischen Discordia erst einmal klar machen, bevor das kommende Hauen und Stechen die EU förmlich in seine Bestandteile explodieren lässt.

Sonntag, 26. Februar 2012

Never catch a falling knife.....Eurorettung, die Siebte.

Am Montag ist wieder Stimmtag. Der Ausgang der Investorenfütterung ist wie immer schon vorher bekannt: Die 620-Köpfige Herde stimmt mit deutlicher Mehrheit dafür.

So schreibt die Wirtschaftswoche**:** *„....Eurorettung zum Ersten, zum Zweiten und zum - mittlerweile siebten Mal: Am Montag stimmen die Abgeordneten über das Rettungspaket für*

Griechenland ab. Die Nein-Sager mehren sich…. Nach einer anschließenden Aussprache stimmen die Abgeordneten gegen 17 Uhr namentlich darüber ab, ob Griechenland über den Rettungsschirm EFSF hinaus weitere Hilfskredite bekommen soll. Es geht um neue Darlehen bis zu 130 Milliarden Euro. Hinzu kommen 24,4 Milliarden Euro, die aus dem ersten Hilfsprogramm für Griechenland vom Mai 2010 nicht ausgeschöpft wurden. Sie sollen künftig ebenfalls durch den EFSF-Fonds ausgegeben werden - statt wie bisher über Darlehen der einzelnen Euro-Länder. …"

Na, das ganze hat ein Ziel, zumindest vorgeblich: "*...Ziel ist es, dass Griechenland mit den Nothilfen und einem scharfen Reform- und Sparprogramm seinen Schuldenstand bis 2020 auf 120,5 Prozent der Wirtschaftsleistung drückt - von derzeit über 160 Prozent. Im Antrag heißt es zudem: „Die Notmaßnahmen dienen insgesamt der Sicherung der Stabilität in der Eurozone.*"*...*". Nun hatten wir das schon sechs mal, geholfen hat es nicht. Am Anfang lag übrigens Griechenlands Staatschuldenquote bei 120%, schon vergessen? Nach Sechs Paketen liegt sie nun bei 170%. Tolle Leistung. Und die Schafe wundern sich. Wie konnte das nur passieren? Ganz einfach, wenn man in ein Pleite Land noch mehr Geld, und damit Schulden, pumpt, kann man nicht erwarten dass der Schuldenstand dann zurück geht. Und nun soll bis 2020 der Schuldenstand wieder auf 120% zurückgehen. Womit wir also wieder am Anfang wären. Weitere acht Jahre, jährlich zwei Pakete, um dann wieder da zu stehen wo wir angefangen hatten? Und dann, oh Wunder, soll sich das auch ab dann noch selbst tragen können? Da muss die Herde wohl unter BSE im Endstadium leiden.

Denn nach dem jetzt angekündigten „freiwilligen" Schuldenschnitt wird natürlich die Schuldenlast wieder kontinuierlich ansteigen, bis zum nächsten Schnitt. Das folgt schon aus dem Grundgesetzt des FIAT-Geldes, Geld bzw. Vermögen auf der einen und Schulden auf der anderen Seite, sind immer die zwei Seiten der Medaille. Nein, Griechenland kann sich nur entschulden, indem es alle Geldbestände auf neue Drachmen ummünzt umd dann kräftig abwertet. Aber diese einfache Möglichkleit, die auf Kosten der internationalen Investoren gegangen wäre, wird nach der morgigen Zustimmung nicht mehr so einfach möglich sein: Denn die neuen Papiere mit langer Laufzeit, mit denen die Investoren nun beglückt werden, für diese soll ausdrücklich Britisches Recht und nicht Griechisches Recht gelten: *„...Insgesamt sollen private Gläubiger auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen gegenüber Athen verzichten. Für die restlichen 46,5 Prozent erhalten sie neue Wertpapiere. In Form einer 30-jährigen griechischen Anleihe mit EFSF-Absicherung fließen 31,5 Prozent, in Form von EFSF-Papieren mit ein oder zweijähriger Laufzeit weitere 15 Prozent. Zusätzlich gibt es zu der griechischen Anleihe ein Wertpapier, das vom Wirtschaftswachstum Griechenlands abhängt. Für die neuen Anleihen wird englisches Recht gelten.*"

Im Klartext: Diese neuen Tauschschulden lassen sich auch durch eine Neu-Drachme nicht mehr abwerten. Im Gegenteil, mit jeder Abwertungsrunde steigt der am griechischen BIP gemessene Anteil der Staatsschulden durch diese Altpapiere dann gleichermaßen. Auch hier haben sich die Parlamentarier, hüben wie drüben, wieder ins Bockshorn jagen lassen.

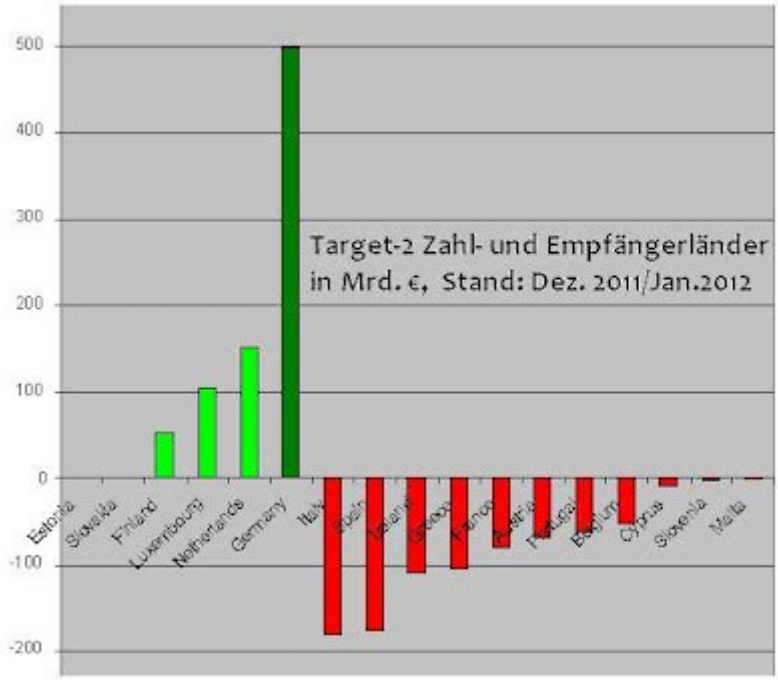
Aber nicht alle wollen zustimmen, denn "*...Mehrere Abgeordnete haben angekündigt, das Rettungspaket für Griechenland am Montag abzulehnen. Zuletzt hatte Innenminister Hans-Peter Friedrich als erstes Regierungsmitglied für einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone plädiert und damit für Aufsehen gesorgt....*". Natürlich hat der Mann Recht, und so schreibt die Rheinische Post: "*...Eine Pleite Griechenlands noch in diesem Jahr dürfte die deutschen Steuerzahler nach Schätzungen von Finanzexperten mit mindestens 50 Milliarden Euro belasten. Weil dies so ist, kommt es billiger, die jetzige Rettung erst einmal zu finanzieren....*". 50 Mrd. ist eigentlich im jetzigen Umfeld ein Butterbrot, aber dennoch wenig schmackhaft, wenn man in 2013 wieder gewählt werden möchte.

Bei der letzten Zustimmungspflichtrunde sagte Frank Schäffler noch *„..da ist noch nicht die Tinte drunter trocken, da reden wir schon über das nächste Rettungspaket.*"Diesmal ist noch nichtmal die Tinte drauf: *„..Für Diskussionen sorgte auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der ein drittes Hilfspaket für Athen nicht ausschließen wollte....*". Also schiebt man den Karren vor sich her und packt immer mehr darauf. Die Zeche dafür hofft man so über den Termin zu schieben, und wenn's schief geht, dann werden die schusseligen Sozialdemokraten schon dass Ruder übernehmen: *„Never catch a falling knife...*", sagt da der Amerikaner, da kann man sich nur böse schneiden und sei das Messer noch so schön. Aber so was macht die SPD aus geschichtlicher Erfahrung mit größter Begeisterung.

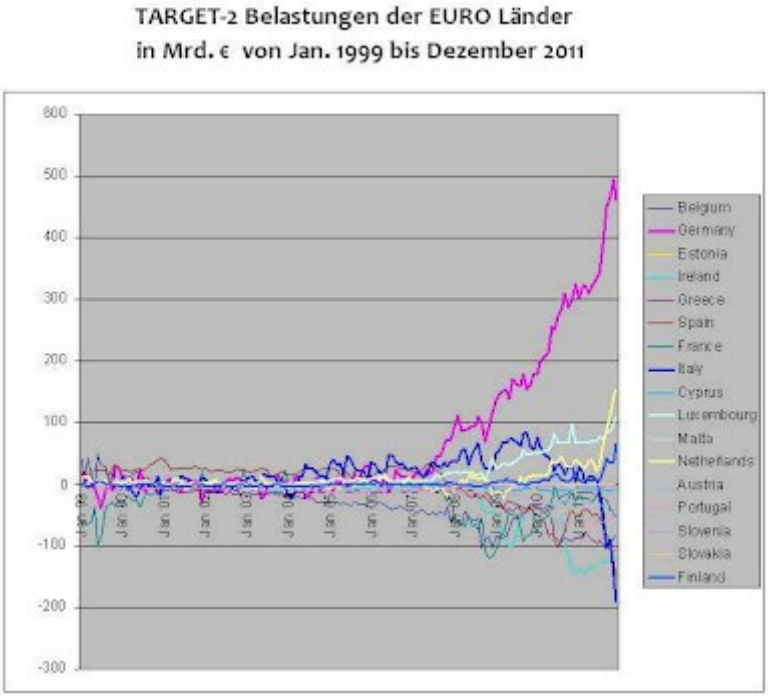
Und nicht nur das dritte Paket ist bereits in Vorbereitung, wo das zweite noch nicht mal verabschiedet ist, auch der IWF bindet seine Beteiligung ans zweite Paket an die Bedingung, dass der ESM, der in Kürze startet, auch gleich noch verdoppelt werden soll.

Bis Anfang 2007 wurden die Target-2-Schulden noch freiwillig glatt gestellt. Seit dem steigen die unbezahlten Außenstände der Bundesbank dramatisch an. Im Moment betragen sie fast exakt 500 Milliarden Euro.

Aber es kommt noch dicker: Es gibt einen noch eleganteren Trick den Deutschen Michel anzuzapfen. Hans-Werner Sinn und einige andere bedeutende Ökonomen haben bereits darauf aufmerksam gemacht. In dem dazu hoch interessanten Interview derFrankfurter Allgemeinen Zeitung resümiert er über unsere Bundeskanzlerin:"*[FAZ:] Wie fällt Ihr Urteil über die Verhandlungstaktik der Bundeskanzlerin aus?[H.W. Sinn:] Frau Merkel wird von der Wall Street, Obama, der City of London, Sarkozy, Barroso und allen Staatschef der südlichen Länder gedrängt, den Anlegern über die Bad Bank in Luxemburg, die letztes Jahr gegründet wurde [die EFSF], ihre toxischen Staatspapiere abzukaufen. Dagegen hat sie die Strategie des Durchwurstelns entwickelt. Sie macht ihr Portemonnaie auf, wenn der Druck zu groß wird, aber sie gibt nicht alles her, was sie hat, weil sie weiß, dass ihre Freunde dann kein Interesse mehr an ihr haben. Sie versucht ihr Bestes. Aber wir sitzen trotzdem in der Falle.*"



Gebe- und Nehmerländer für Target-2: Die BRD ist der absolute Zahlmeister, lediglich die Niederlande, Luxemburg (EU) und Finnland geben etwas dazu. Mächtig zugegriffen haben Italien und Spanien, natürlich auch Griechenland und sogar Frankreich. Gefolgt von Österreich, Portugal, Belgien und Zypern, alles Pleitekandidaten.

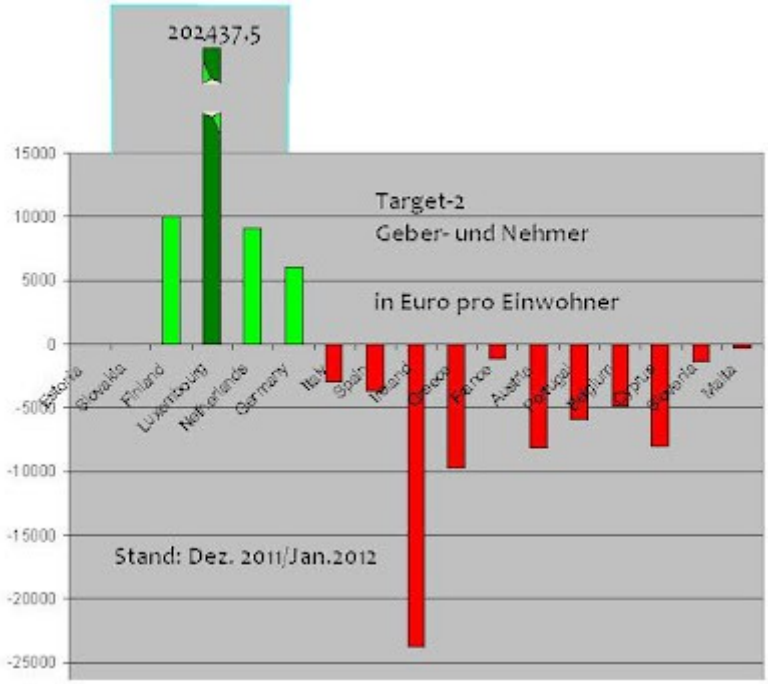


Der zeitliche Verlauf des Zugriffs: Gerade der jüngste Wackelkandidat, Italien, hat erst im letzten Jahr, dann aber richtig gründlich in die Taschen gegriffen. Es bediente sich praktisch alleine in 2011 mit satten 200 Mrd. Euro aus dem Target-2 Topf. Missbräuchlich versteht sich, denn für solche Tricksereihen war er nie vorgesehen. Aber nicht umsonst ist der Premier Mario Monti ein Finanzfachmann und wusste gleich, wie man am geräuschlosesten den Griechischen Fall für Italien, vorläufig jedenfalls, verhindern konnte. (Daten: Universität Osnabrück)

Denn die Investmentbranche hat schon seit Jahren die Hintertür des Bundesdeutschen Tressors gefunden: Die sogenannten TARGET-2 Kredite. Ein solches System hat im internationalen Finanztransfer durchaus seinen Platz: Es erlaubt im Prinzip größere Finanztransaktionen über Ländergrenzen hinweg, ohne dass dann jedesmal Käufer und Verkäufer dazu genötigt wären, mit Geldkoffern durch die Gegend zu fahren. Dabei übernimmt die Bundesbank praktisch einen intermeditären Part, indem sie das benötigte Geld der im Ausland zahlenden Bank vorschießt, um es der Empfängerbank auszuhändigen. Solche Systeme gibt es auch in den USA, aber das Europäische Target-2 System hat einen heftigen Schönheitsfehler: Es

muss nicht wie in den USA jedes Jahr einmal glatt gestellt werden. Also lassen die Südländer hier einfach anschreiben! So wie ein notorischer Säufer das in seiner Kneipe macht, nur das beim Target-2 System der Wirt den tiefen Schlaf des Gerechten hat. Und das hat inzwischen dramatische Ausmaße angenommen, denn schon seit der Lehman-Pleite wird diese praktische Möglichkeit intensiv genutzt. *(wer sich genauer damit beschäftigen will und wem die Ausführungen von Prof. Sinn zu komplex sind, dazu hier ein leicht verständliches PDF der taxpayers-europe.)*

Und da stehen der Rest Europas jetzt schon mit 500 Mrd. Euro bei uns in der Kreide. Natürlich wagt kein Deutscher Politiker oder Finanzverantwortliche zu fordern, dass diese Rechnung endlich mal glatt gestellt würde oder das man gar das Target-2-System endlich ändern sollte. Denn es geht gar nicht mehr, die Glattstellung genauso wie die Änderung würde unsere Südländer bereits jetzt in den Bankrott katapultieren. Gerade Spanien und Italien haben sich da kräftig bedient.



Die Target-2 Außenstände umgerechnet auf pro Kopf der Einwohner: In der BRD sind das "nur" 6090 Euro, bei den kleinen Niederlanden und Finnland allerdings noch deutlich mehr. Für die deutsche zwei-Kind Durchschnittsfamilie kommen so also mehr als 24.000 € an Schulden noch oben drauf. Luxemburg schießt hier natürlich mit mehr als 200.000 € pro Kopf den absoluten Vogel ab. Das Land hat nur halb so viele Einwohner wie Köln, aber die größten Finanzverschiebebahnhöfe. Trotzdem: Wenn der Euro kollabiert wird diese unglaubliche Zeche der Luxemburgischen Bevölkerung präsentiert werden.

Und deswegen wird man dieses Scheunentor zur Selbstbedienung weit offen lassen, die ausstehenden Gelder werden in Bälde dann auch die Billionenmarke knacken, seien sie sicher. Zurück kommt das Geld nie, denn es ist bei den Alk's längst nicht mehr vorhanden. Und alles auf Rechnung der arbeitenden Bevölkerung, die das ganze in Zukunft zusätzlich noch ab stottern sollen. Sie glauben nicht dass man in der EU wirklich so Grotten dämlich war, als man den Euro schuf? Der britische AußenministerWilliam Hague weiß es besser: *"...Großbritanniens Außenminister William Hague hat die Euro-Zone als "brennendes Haus ohne Ausgang" bezeichnet. "Es war Wahnsinn, dieses System zu schaffen, jahrhundertelang wird darüber als eine Art historisches Monument kollektiven Wahnsinns geschrieben werden", sagte der konservative Politiker in einem Interview mit dem konservativen Polit-Magazin "The Spectator". ...Deutschland werde schwächere Mitgliedstaaten der Euro-Zone wie etwa Griechenland für "den Rest ihres Lebens" stützen müssen, sagte Hague.* " (Zitat 29.09.2011).

Das interessanteste der Montagsabstimmung wird also sein, wie viele der Abgeordneten diesmal den Mut aufbringen, sich gegen diesen kollektiven Wahnsinn zu stellen. Mehr oder weniger als bei der Donnerstags-Résistance im letzten Jahr?

Never catch a falling knife.... Ganz sicher aber werden morgen mehr als 500 Parlamentarier begierig nach dem fallenden Messer greifen.

Freitag, 11. November 2011

TandemVipera Herbstbösachten 2011: Same procedure as every year...

Alle Jahre wieder kommt das Herbstgutachten im letzten Jahresquartal auf den Tisch. Die offiziellen Aussichten sind nicht gerade gut, aber in Wahrheit, noch viel zu gut. So wie letztes Jahr hier nun also das TandemVipera-Herbstbösachten.

Langsam wird es einsam um Merkozy. Griechenland k.o., Italien k.o., und die EURO-Union kurz vor dem Platzen. So die FAZ: „*Der Indikator, wie groß dieses Risiko ist, ist die Rendite für zehnjährige Staatsanleihen. Sind die Märkte misstrauisch, wollen sie für ihr Risiko besser entlohnt werden, die Rendite steigt. In dieser Woche ist das vor allem bei Italien passiert. Die Rendite der Staatsanleihe kletterte auf 7,2 Prozent....Ab wann genau das Zinsniveau gefährlich ist, hat der bekannte Vermögensverwalter Flossbach von Storch in einer Simulation ermittelt. Seine Berechnung basiert auf historischen Vergleichswerten, nach denen ein Teil der Staatsschuld in den kommenden zehn Jahren nicht mehr voll bedient werden kann, wenn der Anteil der Zinsausgaben*

an den Steuereinnahmen 30 Prozent übersteigt.“

Immer mehr EURO-Länder befinden sich nun in der Todeszone, und mit dem großen Italien ist der*point of no return* überschritten: „*"In den vergangenen Jahrzehnten hat kein Land lange in der Gefahrenzone verharren oder sie sogar wieder verlassen können, ohne seine nationale Währung drastisch abzuwerten", sagt Philipp Vorndran, der Kapitalmarktstratege von Flossbach von Storch. "Denn die Renditen steigen dann schnell an." Weil die Märkte immer besorgter werden. Eine Abwertung ist aber nicht möglich, weil Italien durch den Euro keine eigene Währung hat.“*

Auch wenn es noch keiner laut zugeben will, der EURO ist am Ende. Und das kann nun ziemlich schnell gehen. Kommissionspräsident Barosso kommt jetzt schon nicht mehr umhin, deutlicheWarnungen vor einem Zerfall Europas zu geben: „*Barroso warnte zugleich vor Populismus und Nationalismus in der EU. Auch Deutschland könne nicht von einer Spaltung Europas profitieren, sondern würde mit wirtschaftlichen Einbrüchen rechnen müssen. Es könne keinen Frieden und Wohlstand im Norden Europas geben, wenn es diese nicht auch im Süden und Osten des Kontinents gebe.“*. Barossos Lösungsvorschlag dagegen klingt ziemlich abstrus, seine Forderung ist, wie könnte es anders sein, mehr statt weniger EURO: Alle EU-Staaten sollten demnach dem SCHROTTO beitreten.

Auf internationaler Ebene ist man schon etwas weiter: „*Offenbar gibt es in Brüssel erste Überlegungen, dass die Euro-Zone in ihrer gegenwärtigen Form nicht zu halten ist. Die Nachrichtenagentur Reutersberichtet von mehreren Szenarien auf höchster diplomatischer Ebene, die eine Währungsreform mit dem Ausschluss schwacher Länder vorsehen.“*. Die Währungsreform ist also bereits in der diplomatischen Vorbereitungsphase, und der von Pippa Malmgren konkret geäußerte Verdacht damit weniger abwegig, als gedacht: „*Frankreich und Deutschland hätten seit Monaten "intensiven Kontakt in dieser Angelegenheit auf allen Ebenen", zitiert Reuters einen nicht namentlich genannten EU-Beamten. "Die Wahrheit ist, wir müssen genau die Liste derjenigen erstellen, die nicht teilnehmen wollen oder nicht teilnehmen können", sagte er weiter. Dabei müssten die Kriterien der Teilnahme sehr streng geprüft werden. Ein deutscher Beamter sagteReuters: "Man wird es immer noch den Euro nennen, aber mit weniger Staaten." “*.

Entscheidend für die Zukunft Europas und der BRD ist in den nächsten Monaten das Konzept, wie man die anstehende Währungsreform zu gestalten gedenkt. Denn während für die dann bereits Pleite gegangen Länder der Effekt in jedem Falle positiv wäre, so wäre dagegen für die „starken“ Länder wie die BRD, es absolut tödlich die bereits übernommenen „Rettungs“-Milliarden und Billionen per eins zu eins Ummünzung zu übernehmen oder auch nur zu garantieren. Wenn man es nicht schafft gigantische Investmentvermögen abzuschreiben, ist es bestenfalls nur eine Insolvenzverschleppung der noch „starken“ Staaten.

Was wir hier bisher sahen, war immer dasselbe Spiel: Mit jedem Dominostein der fällt, wird einfach die Kreditlinie weiter aufgebläht, und damit natürlich das internationale Investmentcasino, dass den ganzen Schaden zu verantworten hat. Bereits im September erklärte Kommissionspräsident Barroso:„*Over the last three years, Member States have provided aid and provided guarantees to the financial sector to the tune of 4,600 billion euros. It is time, in return, the financial sector contributes to society," said José Manuel Barroso, the president, in a speech on the state of the Union to the European Parliament in Strasbourg.“*. Nun also 4600 Mrd. Euro Geschenke an die Kreditwirtschaft in nur drei Jahren, und monatlich werden es mehr. Dagegen stehen entsprechende Lasten des kleinen Mannes, aber bislang keinerlei Gegenleistungen der Kreditwirtschaft. Im Gegenteil, selbst wenn die „freiwillige“ Beteiligung an der Griechenpleite wirklich zum Zuge käme, was noch lange und jetzt erst recht nicht sicher ist, dann kommen über die Rekapitalisierungswünsche der Banken dann wieder entsprechende Garantien und Geschenke durch die Hintertür aufs Konto. Nettoeffekt für den Steuerzahler im günstigsten Fall Null. Im ungünstigsten und wahrscheinlichsten Fall kommt sogar noch ein ordentlicher Buckel drauf, denn wegen der enormen Hebelung der Bilanzen der Investmentbanken, die zum Teil mit weniger als 5% Eigenkapital arbeiten, kommen die dann einsetzenden Bankenrettungsprogramme um diesen Hebel sogar teurer, und natürlich, auf alleinige Rechnung der Schaffenden in Europa.

Auch die schwache Hoffnung auf eine (einseitige) Einführung einer Kapitaltransfersteuer, immerhin hilfreich, dürfte ins Leere laufen. Zu stark ist die Bankenlobby in der EU-Politik, zu Groß die Panik der Politiker, und zu gering ihr tatsächlich vorgesehenes Volumen. So das Ergebnis des gerade endenden G20-Treffens: “*Die besonders von Deutschland und Frankreich geforderte Abgabe auf Finanzgeschäfte stößt international auf Widerstand. US-Präsident Barack Obama akzeptierte immerhin, den Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen....“*. Mehr als solch hohle Absichtserklärungen sind, wie immer, nicht heraus gekommen. Großbritannien hat das ganz aktuell noch einmal klargestellt:„*Der britische Finanzminister George Osborne hatte erst am Dienstag den Vorstoß von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy für eine Finanztransaktionssteuer brüsk zurückgewiesen. Wegen des Widerstands gegen dieses und andere Vorhaben, den auch andere EU-Ländern mit eigenen Währungen teilen, wird eine Einführung der Abgabe allein in den Eurostaaten diskutiert.“*

So sind halt unsere Finanzgenies. Wenn's schlecht geht ruft man nach staatlichen Subventionen und Garantien in unbegrenzter Höhe. Mit Marktwirtschaft hat das nun wirklich gar nichts zu tun. Geht es dann aber um ein bisschen Beteiligung am Schaden, dann wird das rigoros abgelehnt oder geschickt umgangen. Effektive Steuern auf Finanzprodukte wird von diesen schrägen Managern und Lobbyisten nämlich als eklatanter Verstoß gegen die Marktwirtschaft, Neidpolitik und Kommunismus gebrandmarkt. Ergo: Mit irgendeiner frei- oder auch unwilligen Beteiligung die einen solchen Ausdruck verdient, braucht also niemand ernsthaft zu rechnen. Ohne mutige Zwangsmaßnahmen und demokratische Daumenschrauben ist da kein einziger Blumentopf zu

gewinnen. Echte Demokraten also werden sich aus der Zwangsjacke der Kapitalindustrie befreien müssen.

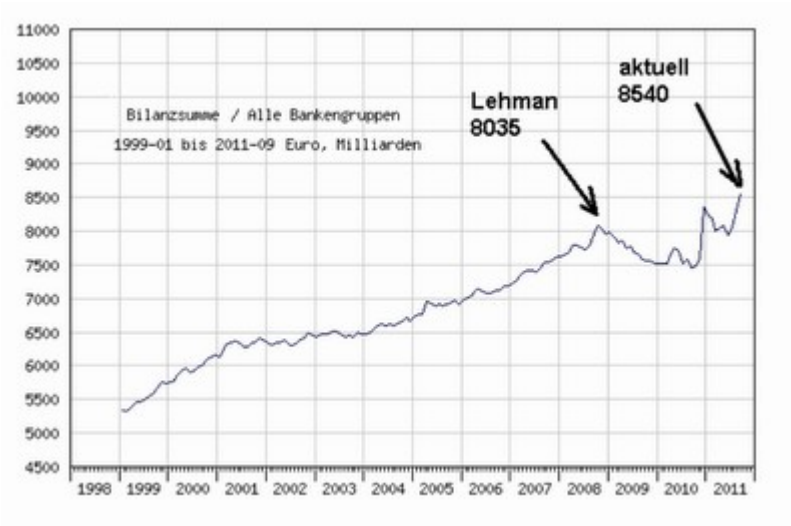
Und diese Zwangsmaßnahmen dürfen sich auch nicht im Kleinklein verlieren, also etwa läppische Finanztransaktionssteuern von vermutlich 0,01%, wie zuletzt angedacht wurde. Allein der bereits im September aufgelaufene Berg von 4600 Mrd. Euro an neuen Schulden und Garantien, die jetzt sukzessive alle fällig werden, sind bereits 200% des BRD BIP's und 50% des EU-Bip's. Allein die notwendigen Zinszahlungen für diesen Berg würde durch das noch mögliche Wachstum der ganzen Eurozone auf Generationen hin nicht auf zu bringen sein, geschweige denn wenn diese Summe in nun immer weniger „starken“ Länder Haushalt aufgehen würden.

Nun hat man neben Griechenland also auch faktisch Italien unter Kuratel gestellt. Wer glaubt, damit hätten's wir, wird vor den kommenden Krisentreffen die Augen verschließen müssen. Denn da kommen jetzt einer nach dem anderen. Spanien, Portugal, Irland, Belgien, Dänemark und auch Frankreich, die unmittelbar in Stress geraten, da sie einer der größten Investmentparadies-Banken der Welt, die BNP Paribas, unterhalten müssen. Und zu guter Letzt dann auch die BRD. Denn selbst die BRD befindet sich ja bereits im Abwärtsstrudel, der dieses Jahr nur durch den Effekt des kräftigen Außenhandelsüberschusses, den wir weltweit alleine mit China teilen, etwas abgedämpft wurde.

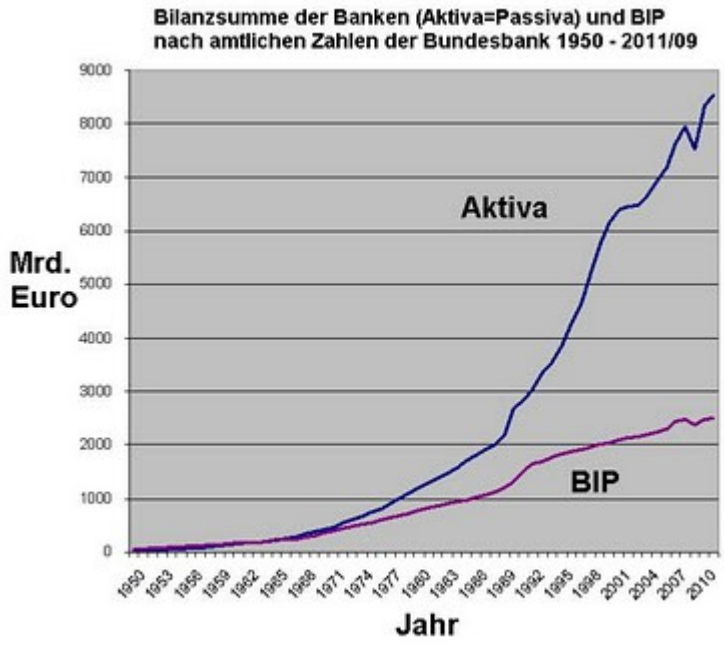
Im längerfristigen Mittel geht es mit dem BIP weiter abwärts, im nächsten Jahr wird es erneut eng und rezessiv: „*EU-Kommission warnt vor Rezession in Europa: Die Konjunktur in Europa ist völlig zum Erliegen gekommen. Für das folgende Jahr befürchtet die EU sogar einen Abschwung der Wirtschaft. ...Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der gesamten Union wird der Prognose zufolge „bis weit ins Jahr 2012 hinein stagnieren“ und im gesamten kommenden Jahr nur mehr um 0,6 Prozent wachsen...“*

Zudem kommen weitere Dominosteine zu den üblichen Verdächtigen hinzu: „*Nun hat die EU-Kommission Belgien, Malta, Polen, Ungarn und Zypern mit Sanktionsverfahren, weil sie ihre zu hohe Staatsverschuldung nicht zügig genug abbauen, gedroht. Finanzkommissar Rehn gab den Ländern bis Mitte Dezember Zeit, Pläne zum Schuldenabbau vorzulegen.....Deutschland wird im kommenden Jahr keine Konjunkturlokomotive mehr sein. ...Die Schulden Griechenlands dürften der Prognose zufolge in den nächsten Jahren völlig aus dem Ruder laufen. Die gesamtstaatliche Verschuldung werde 2012 und 2013 jeweils knapp 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen....“*.

Schauen wir zum Schluss noch einmal auf die Daten zur Entwicklung des Kapitalkoeffizienten.

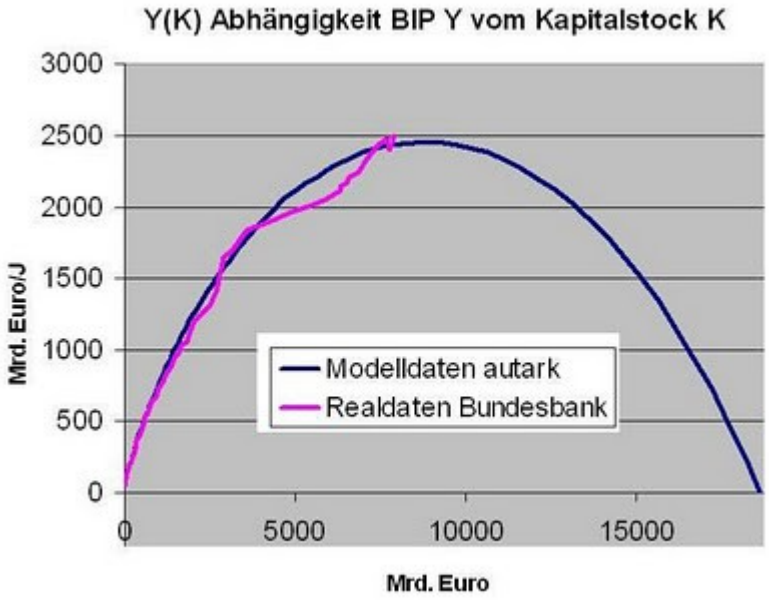


Nach den neuesten Daten der Bundesbank verzeichnen die Bankbilanzen der BRD einen neuen Allzeitrekord. Kurz vor dem Lehmandesaster betrugen diese 8035 Mrd. Euro um dann durch die internationalen Turbulenzen zwischenzeitlich auf etwas unter 7500 Mrd. zu fallen. Mit der Bankenrettung ist nun aber im September 2011 die Irrsinnssumme von knapp 8540 Mrd. Euro erreicht worden. Also gegenüber dem zwischenzeitlichen Tiefstand ein Plus von mehr als 1000 Mrd. Euro und selbst gegenüber dem Vor-Lehman-Stand ein Plus von mehr als 500 Mrd. Euro. Da kann kein BIP mithalten, dieses ist in der Zwischenzeit gefallen oder bestenfalls stagniert. Der Grund ist natürlich, das alleine die Zinsen nur für die Bilanzzuwächse alle in Zukunft noch möglichen BIP-Zuwächse sofort wieder auffressen. Die nächste Graphik zeigt BIP und Aktiva (Schulden identisch Vermögen) im Zusammenhang, jetzt bis 2011, zur Verdeutlichung:



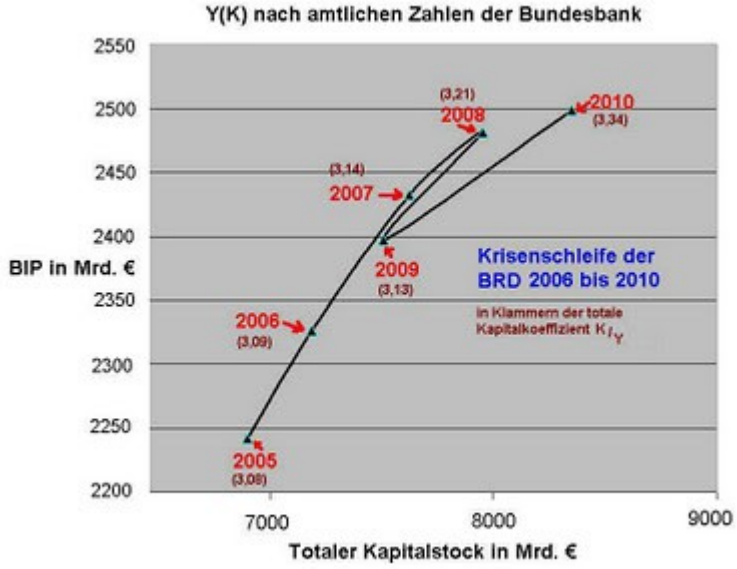
Die Schere zwischen Vermögen und Produktion klafft immer weiter auseinander, und das bei sinkendem oder stagnierendem BIP. Die Ursache für letzteres ist natürlich der steigende Renditedruck des Kapitals, dass seine Zinsen in letzter Konsequenz ja immer aus dem BIP ziehen muss.

Deutlicher wird das Problem, wenn man die Zahlen der Bankbilanzen und des BIP's statt einzeln über die Zeit aufzutragen, diese als direkte Funktion BIP Y in Abhängigkeit vom totalen Kapitalstock K darstellt, also Y(K):

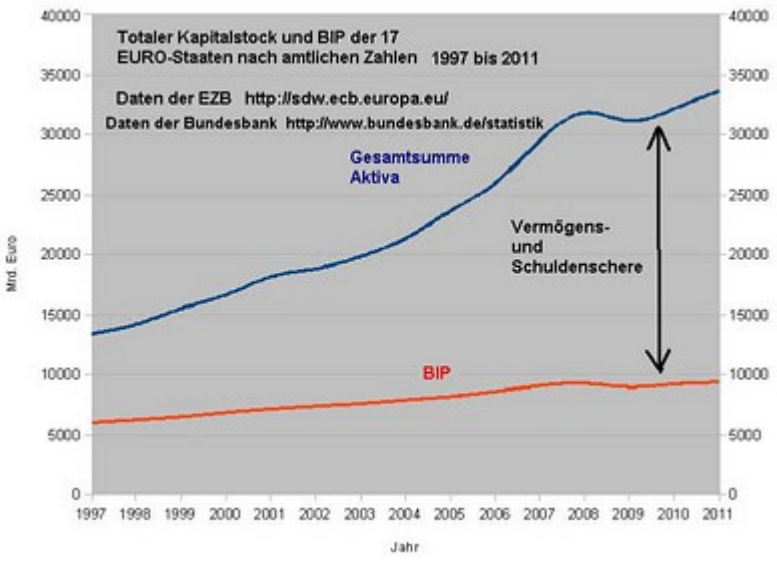


In obiger Graphik sehen wir die Realdaten (rot) und die Modelldaten (DMWM, blau) als Y(K) Plot aufgetragen. Wie wir sehen, befindet sich die BRD knapp vor dem Maximum ihrer Möglichkeiten. Sofern keine größeren Abschreibungen stattfinden, ist mit um etwa 2500 Mrd. Euro BIP (nach heutigem Geldwert) herum die Spitze erreicht. Langfristig geht es danach (real) nur noch abwärts. Die Abweichungen von der theoretischen Kurve sind im wesentlichen den Auslandsbeiträgen geschuldet, die in der blauen Kurve (autarke BRD) nicht berücksichtigt sind. Die erste negative Abweichung bei einem BIP um 1300 Mrd. Lag an der etwas zu spendablen Anfangszeit der BK Kohl-Jahre, die geringe Überperformance um die 1700 Mrd. Euro an der Hinzunahme der DDR und der damit Verbundenen Erhöhung des BIP's aufgrund des Bevölkerungszuwachses. Die kräftige Underperformance oberhalb der 2000 Mrd. Euro BIP Marke resultierte aus der DotCom-Blase, die eine enorme Menge ausländischen Kapitals in die deutsche Bilanzsumme spülte und entsprechenden Druck auf die BIP-performance ausübte.

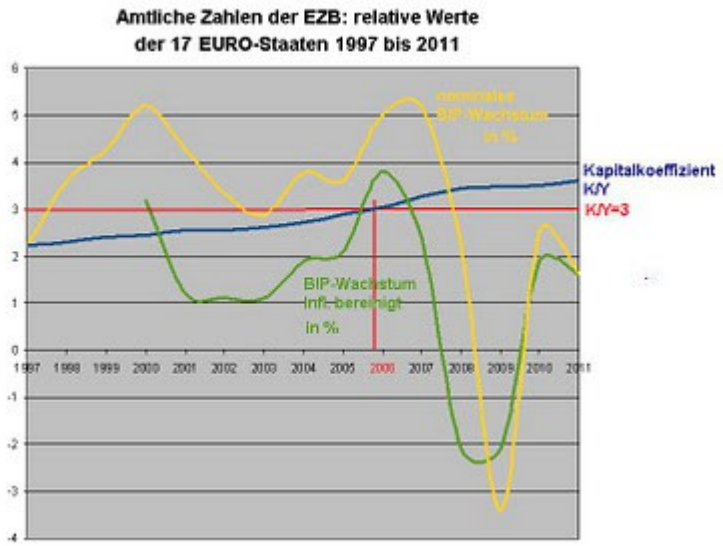
Das besondere an den Realdaten ist aber nun, am Ende der Fahnenstange, das kleine „Schweineschwänzchen“, also der Knubbel in dieser Darstellung ganz oben. Den können wir uns in der nächsten Darstellung in Vergrößerung genauer anschauen:



Diese Schleifenbildung ist nun ein deutliches und typisches Zeichen für eine rezessive Krise. Denn was wir hier sehen ist, dass obwohl immer mehr Kapital ins System eingespeist wird (Kapitalkoeffizient K/Y in roten Klammern bei den Jahreszahlen), das BIP nicht mehr folgen kann, sondern unter der Last einbricht. Hier also bei K/Y=3,21 im Jahre 2008. Ende 2009 geht der Kapitalkoeffizient auf 3,13 zurück, und das BIP wieder etwas Luft bekommt und wieder wächst. Gleichzeitig wächst aber auch wieder der Kapitalkoeffizient und erreicht Ende 2010 den Wert von 3,34. Die neuesten Zahlen der Bundesbank zeigen, dass er im September 2011 nun sogar schon bei etwa 8540/2500=3,42 liegen dürfte (die endgültigen Zahlen für 2011 werden wir erst in einem halben Jahr vollständig und korrekt haben). Der Kapitaldruck erreicht jedenfalls einen neuen Rekordwert, die Folge wird unmittelbar sein, dass entweder nun das BIP die erhöhten Kapitalzinsen schultern muss, oder wenn das nicht klappt, das Kapital erneut einbrechen muss, wie nach der Lehmanpleite.

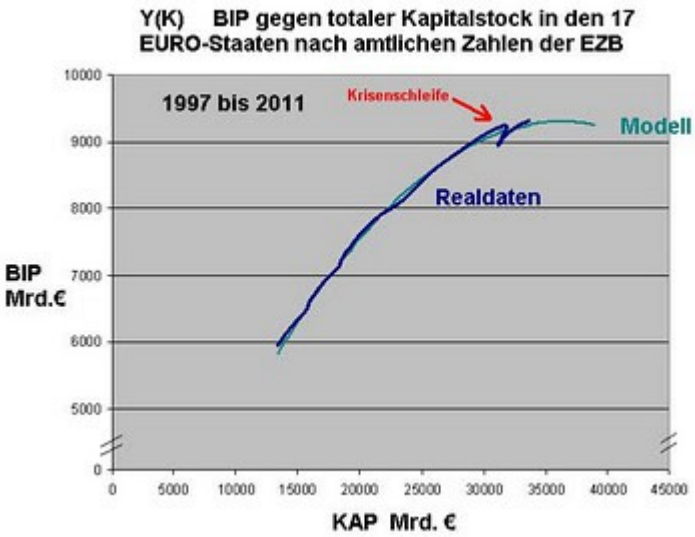


Nun schauen wir auf das BIP der EURO-Union der 17 Länder. In obiger Graphik sehen wir die Entwicklung des totalen Kapitalstocks und des BIP für die 17 Euro-Länder in absoluten realen Zahlen der EZB. Natürlich sehen wir die gleiche zunehmende Schere zwischen Vermögen und BIP, die die Zinszahlungen öffentlicher UND privater Schulden zunehmend unmöglich macht. Aus dem „Dead Man Walking“ -Modell wissen wir, dass dieser Effekt ab einem Kapitalkoeffizienten von etwa 3 virulent wird (theoretisch: Ohne Inflationseffekt ab e=2,71. Mit dem intrinsischen Inflationseffekt wird es ab 3 kritisch und etwa ab 3,5 kommt man nie wieder aus der Malaise heraus....siehe ggf. auchMFT).

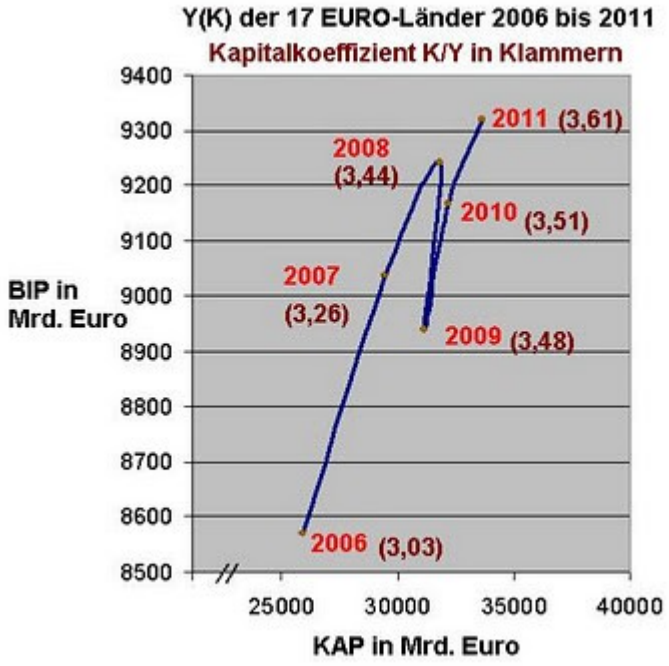


In der nächsten Graphik schauen wir uns die relativen Werte an: Die Blau Linie ist der Kapitalkoeffizient, die gelbe das nominale Wachstum des BIP, und die grüner Linie inflationsbereinigt das Wachstum nach offiziellen(!) Zahlen. Sehr schön zu erkennen, wie die Krise mit dem Überschreiten der K/Y = 3 Marke in 2006 einsetzt. Der Kapitalkoeffizient der 17 EURO-Staaten liegt inzwischen bei über 3,5 und ohne ausreichende Kapital- und Schuldenvernichtung ist da keine Hoffnung mehr in Sicht.

Das sich die EU nur noch im Kreise bewegt, sieht man wiederum an der abhängigen Funktion Y(K), also BIP in Abhängigkeit von der Größe des totalen Kapitalstockes der 17 EURO-Länder:

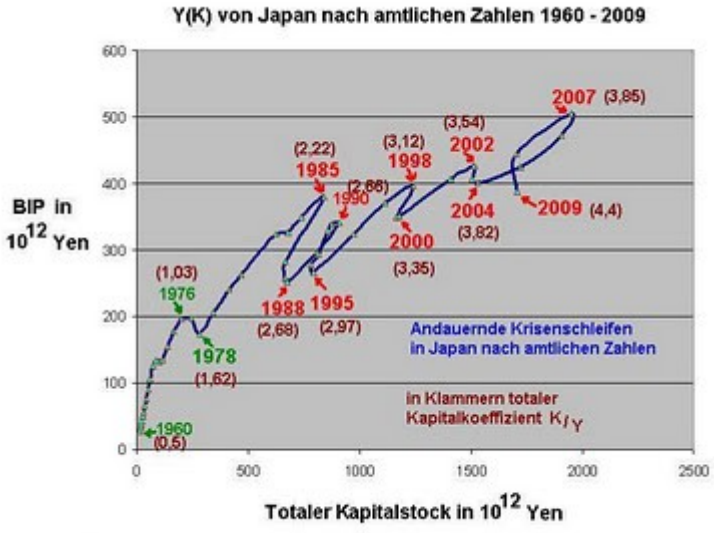


Auch hier sehen wir in der Y(K) Darstellung wieder die typische erste Krisenschleife kurz vor dem Ende der theoretisch möglichen ungestörten Entwicklung, wie man sie oben rechts gut erkennen kann. Und dasselbe noch mal im Detail:



Von 2006 bis 2008 stieg der Kapitalkoeffizient von 3,03 auf 3,44 was immerhin stolze 13,5% Zuwachs in nur zwei Jahren ausmacht. In 2011 dürfte der Koeffizient schließlich auf etwa 3,61 steigen und die nächste Krisenschleife in 2012 einleiten.

Das dies tatsächlich so ist, zeigt exemplarisch deutlich dieselbe Funktion für Japan im folgenden Bild:



Japan hat im Vergleich zur BRD eine rasantere Nachkriegsentwicklung durch gemacht, es war in den 70er-Jahren ein Wachstumsmotor von derselben Performance wie heute China. Bereits 1968überholte Japan daher die BRD in der Rangliste der weltweit stärksten Wirtschaftsnationen. In 1976 überstieg dann erstmals der japanische Kapitalkoeffizient die Marke von 1 (in der BRD war das etwa 1967), was mit dem Phasenwechsel vom BIP-getriebenen zur Kapital-getriebenen Volkswirtschafteinhergeht.

Den ersten Knick erhält Japan von 1976 bis 1978. Zu dieser Zeit öffnete sich Japan zunehmend dem freien Welthandel, was Japan attraktiver für Investitionen machte. Der Kapitalkoeffizient machte in dieser kurzen Zeit einen ungewöhnlich heftigen Sprung (von 1,03 auf 1,62 also um mehr als 57%) dem das BIP so schnell nicht folgen konnte. Dieser Knick ist auch einer Reihe von Deviseninterventionen zu verdanken, die in der Folge der Kündigung des Goldstandards für den US-Dollar folgte, an den der Yen damals stark gebunden war.

Die Japanische Malaise begann aber erst 1985, als der Kapitalkoeffizient den eigentlich noch erträglichen Wert von 2,22 erreichte. Die ungewöhnlich hohe Attraktivität Japans für ausländisches Kapital, die bis heute trotz Rekord-Staatsverschuldung von 200% immer noch anhält, erzeugte aber nun bereits die erste richtige Spekulationsblase. Gewissermaßen als Blaupause der US-Immobilienkrise die ab 2007 die Weltwirtschaft in die Krise riss, waren damals schon die Anlagen und Immobilienpreise in Japan auf astronomische Höhen explodiert und brachen nun zusammen. Und der Kapitalkoeffizient erreichte jetzt schnell die Größe e=2,71 und dann in 1996 schon über 3.

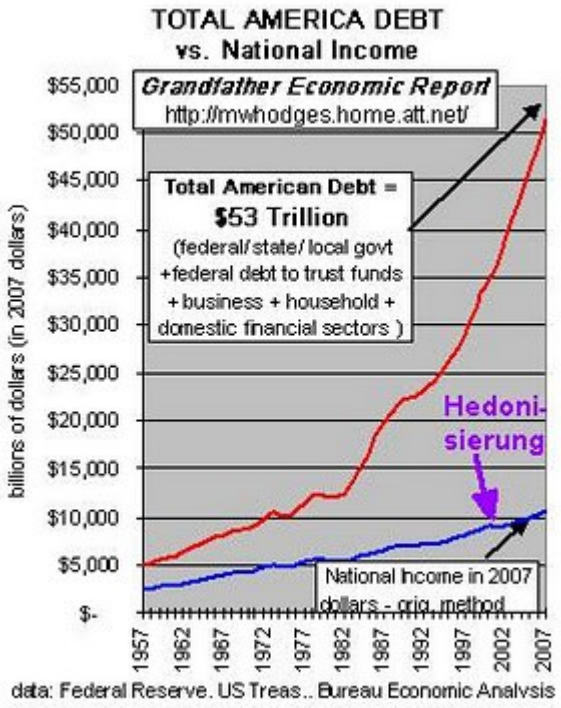
Seit dem dreht die Japanische Ökonomie eine Krisenschleife nach der anderen. Die internationale Ökonomie hat diesen Zustand treffend „bubble-economy“ getauft. Oder auch die Bezeichnung „verlorenes Jahrzehnt“ Japans. Gemeint waren damit eigentlich die 1990er Jahre, aber es ist eine der üblichen Untertreibungen, denn tatsächlich dauert diese verlorene Jahrzehnt bereits 26 Jahre und ein Ende ist überhaupt nicht in Sicht.

Und das mit brutalen BIP Einbrüchen die zum Teil sogar die 20%-Marke deutlich überschreiten, und das in kürzeren Abständen, wie man der Graphik leicht entnehmen kann. Nur der außerordentlichen Leidensfähigkeit und Gelassenheit der Japaner, die diese ja gerade dieses Jahr nach dem verheerenden Tsunami und der Atomkatastrophe von Fukushima demonstrierten, ist es zu verdanken das es in Japan zu keinen übergroßen Spannungen kam. Man bedenke, der letzte Einbruch in Deutschland nach Lehman betrug kaum 5%. Natürlich hat Japan die Möglichkeit, seinen Yen-Kurs kräftig zu manipulieren und Geld ins System zu schießen, um überhaupt noch klar zu kommen, und das wird auch regelmäßig genutzt. Die folgenden Crashes werden dafür aber immer heftiger, wie wir in der Graphik sehen.

Was wir dabei aber lernen können: Spätestens ab Kapitalkoeffizienten um die 3 kommt eine Ökonomie in eine sogenannte „bubble-economy“ oder „verlorenes Jahrzehnt“, wobei mit den üblichen monetären Methoden kein dauerhaftes Entrinnen mehr möglich ist.

Das Prozedere ist dann immer „the same procedure as everywhere“: Wenn der Kapitalkoeffizient zu schnell und/oder kräftig steigt, dann kracht das BIP unter der Renditelast zusammen. Auf den Einbruch reagiert die nationale Politik dann regelmäßig mit Konjunkturprogrammen, Subventionen und weiteren monetären Stützungen (QE quantitative easing) und Deviseninterventionen. Daraufhin erfolgt eine kurzfristige Erhohlung des BIP's, die bei bereits sehr hohen Kapitalkoeffizienten aber nicht nachhaltig sein kann. Bis dann der durch die weitere Kreditausdehnung erneut erhöhte Renditedruck das BIP wieder in die Knie zwingt. Vor dem theoretisch mögliche Maximum der Volkswirtschaftlichen Entwicklung entsteht dadurch ein durch dirigistische Maßnahmen induzierter Stau, der sich in Form von rezessiven Krisenschleifen manifestiert.

Bei den Zahlen der USA haben wir, wie übrigens in sehr vielen Ländern, das Problem überhaupt an verlässliche Zahlen zu kommen. Denn nicht alle staatlichen Statistikinstitute weisen überhaupt vollständige Zahlen für die totale Bilanzsumme der dort ansässigen Banken aus. Meist sind nur bestimmte Teilsummen zu bekommen, die aber nicht viel nützen.



Bei den US-Zahlen ist besonders verheerend, das dort seit den 1990er-Jahren das BIP hedonisiert ausgewiesen wird. Das heißt es werden gar keine Realzahlen des BIPs (GDP gross domestic product) mehr ausgewiesen, sondern nur noch statistisch massiv hochinterpolierte Daten. Den dadurch erzeugten Knick in den US-Daten kann man ganz gut erkennen. Tatsächlich ist das BIP der USA seit den 1990er-Jahren real nicht mehr gewachsen. Was nicht zuletzt auch daran erkennbar ist, dass die Realeinkommen der US-Mittelschicht heute auf dem Niveau der 1980er Jahre sind.

Für Länder wie China sind überhaupt keine wirklich verlässlichen Zahlen zu bekommen. Allerdings, die Zahlen die ich bislang einsehen konnte zeigen, dass der Kapitalkoeffizient auch in China schon recht nahe an den kritischen Werten um 3 angelangt ist. Was wenig verwundert, da China in den letzten Jahre wie kein anderes Land riesige Geldmengen angezogen hat, insbesondere resultierend aus der Schuldenfinanzierung der USA. So sind die Immobilienpreise in China genauso wie in Japan in den 80ern bereits bedrohlich überzogen. Auch hier ist das Platzen einer gewaltigen Blase in nicht allzu langer Zeit zu befürchten.

Bleibt als Fazit die Frage, was uns in 2012 erwartet. Wie immer ist das schwierigste an der Prognose die Voraussage...insbesondere wenn es um kurzfristige Details geht. Die langfristige Vorhersage ist dagegen ein Kinderspiel.

Nun, wir haben die Situation das sich praktisch alle relevanten Ökonomien in Krisenschleifen befinden. Aufgrund mangelhafter Zahlen können wir für USA und China nicht sicher sagen, ob die Krisenschleife gerade auf Rezessionskurs ist oder nicht. Für die EU und die BRD gilt dies aber

sicher. Die politische Ebene in der EU und der BRD hat bisher nicht gezeigt, dass sie das Wesen der Finanzkrise begriffen hätte. Weiterhin werden Schuldenprobleme mit dem auftürmen neuer und umverteilen weiterer Schulden bekämpft. Das kann beim besten Willen nicht funktionieren, im Gegenteil die Schärfe der Krise wird noch verstärkt.

Mit dem Exitus von Irland und Griechenland ist die Krise tief ins Bewusstsein gedrungen, mit Italien wird sie unbeherrschbar. Auf der Kippe stehen nun auch andere. Belgien und Frankreich geraten in Kürze in den Strudel. Obwohl die Zusammenhänge zwischen zu großem Kapitalstock und BIP auf der politischen Ebene nicht begriffen wird, so hat sich doch bereits die Ahnung breit gemacht, dass die „Rettungsschirme“ endlich nicht funktionieren werden.

Der wirtschaftliche Effekt des Exportüberhangs des Export-Vizeweltmeisters BRD kann nur solange wirksam bleiben, wie das Ausland diese Produkte tatsächlich nachfragt und bezahlen kann. Da China, Japan, Großbritannien und die USA, und ganz besonders die EU-EURO-Partner allesamt kriseln, ja wie die USA kurz vor der Insolvenz stehen, kann dieser Sondereffekt niemals nachhaltig sein. Auch können die verschiedenen internationalen Versuche die Krise mit frischem Geld zu bekämpfen nicht funktionieren, da sie den Renditedruck auf die nationalen BIP's nur weiter erhöhen.

Sollen volkswirtschaftliche Schulden sinken, dann müssen national angelegte Vermögen sinken. Denn volkswirtschaftliche Schulden und Vermögen sind in unserem Geldsystem absolut identisch. Alle bisherigen Rettungsversuche gehen dagegen den umgekehrten Weg. Eine Einsicht, hinsichtlich einer massiven und effektiven, und nicht nur marginalen, Besteuerung von Vermögen, Kapitalgewinnen und Kapitaltransfer, oder der ersatzlosen Abwicklung insolventer Investmentinstitute, oder der Behinderung, Trennung oder Verbotes des Derivatehandels, ist weltweit nicht einmal im Ansatz erkennbar. Und werden auch 2012, von einigen Marginalien einmal abgesehen, kaum besser werden.

1.) Wir dürfen daher in 2012 von einer neuen Rezession wie nach der Lehmanpleite ausgehen. Der Startpunkt wird durch einen zunächst unscheinbaren Aufhänger gegeben werden, wie es auch die relativ kleine Bank Lehman Brothers war. Das dürfte bis spätestens etwa Mitte 2012 zu erwarten sein. Der langfristige Trend (DMWM) sagt ein Minus -1% voraus, wegen der üblichen Schwankungen um den Mittelwert und der diesjährigen guten Konjunktur wird daher das von den Wirtschaftswaisen avisierte Miniplus von 0,8% nicht halten, wir müssen mit einem Rückgang um die -2% in 2012 rechnen. Kommt es in den kommenden Monaten aber bereits zu einem massiven Kollaps, dann sind allerdings alle Zahlenspiele reinste Makulatur.

2.) Die Überlegungen zu einer Währungsreform werden auf politischer Ebene in der EU in 2012 konkrete Formen annehmen. Die Kreditindustrie werden dabei allerdings alle Hebel in Bewegung

setzen um Politiker und die Bevölkerung weiter zu verunsichern und in ihrem Interesse zu manipulieren. Bis zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich (22. April 2012 evtl. zweiten Wahlgang am 6. Mai 2012) wird man mit allen Mitteln den EURO verteidigen, wozu auch unbegrenzte Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB gehören werden. Danach nur noch bedingt und in Abhängigkeit von der Schwere der bis dahin eingetretenen sozialen und politischen Verwerfungen. Der zeitlich verschobene Wahlkampf in der BRD (voraussichtlich der 15. oder 22. September 2013) spielt da ein wichtige Rolle, da je nach den Ereignissen besonders in Frankreich, entweder in 2012 tabula rasa bezüglich des EURO's gemacht werden muss, oder aber die Gelddruckmaschine EZB bis mindestens Ende 2013 bis zur kompletten Überhitzung hochlaufen muss.

3.) Vor allen Dingen die Südländer werden anhand der Abgabenseite die Auswirkungen für den Bürger am ehesten und schärfsten spüren. Aber auch Frankreich und Großbritannien, wo es zu Ausschreitungen kommen wird. Deutschland wird etwas besser abschneiden und daher vergleichsweise ruhig, wenn auch nicht ganz ruhig, bleiben.

4.) Der Wahlkampf in den USA (Wahltag ist erst der 6. November 2012) lähmt die bislang wichtigste Industrienation 2012 in allen Entscheidungen, die wirklich etwas bewegen könnten. Wirtschaftlich positive Signale sind aus dieser Richtung nicht zu erwarten. Organisationen wie Occupy Wallstreet und Tea Party auf der politisch anderen Seite, könnten aber zu sozialen Eskalationen in den USA beitragen, die sich früher oder später aber auch sonst spontan entfalten werden.

5.) Die Kriege in Nordafrika, Nahost- und Asien werden in weitere gefährlichere Dimensionen vordringen. Die arabische Revolution wird von den alten Eliten und Islamisten an sich gezogen. Nicht nur Syrien ist zur Zeit immer noch ein ungelöstes Problem einer mordenden Diktatur in Nahost. Die versprochenen Demokratien in Tunesien, Libyen und Ägypten werden die Erwartungen der revolutionären Bevölkerungen an verbessertem Wohlstand nicht erfüllen können und neue, meist antiwestliche, Ventile suchen.

6.) Neben einem Angriff auf den Iran durch Israel mit oder ohne die USA, wird es zu neuen Blockbildungen kommen. China, Russland und die Türkei werden die Vormacht der USA in der Region nicht mehr einfach akzeptieren und zunehmend gegensätzliche Partei ergreifen. Zudem besteht ein innenpolitisch-wirtschaftliches Interesse verschiedener Staaten an solchen Konflikten. Im Rahmen des Wahlkampfes in den USA ist daher auch seitens des Friedensnobelpreisträgers Obama und seiner Administration ein spontanes Umdenken und Eintritt in das iranische und auch weitere Kriegsabenteuer möglich.

7.) Ein großer Unsicherheitsfaktor ist China, denn obwohl genaue Zahlen nicht verfügbar sind, ist

ein Platzen der Finanz- und Immobilienblase dort jederzeit denkbar. Neben der weltwirtschaftlich massiven Auswirkung ist die Frage der innen- und außenpolitischen Wirkung auf China und die Welt, auch und besonders in militärischer Sicht, kaum kalkulierbar. Selbst ein „chinesischer Frühling“ ist in der Folge eines Finanzblasen-Kollapses keineswegs undenkbar.

Samstag, 3. September 2011

Das Wesen der Finanzen, sind Bilanzen, Bilanzen, Bilanzen.

Liebe Blog-Gemeinde, ich habe seit Ende Juli keinen neuen Beitrag mehr geschrieben. Das lag natürlich einerseits an der Urlaubszeit und andererseits daran, dass ich die Zeit zum fertig stellen meines neuesten Buches benötigt habe. Es enthält, wie sollte es anders sein, die theoretische Ausarbeitung der Volkswirtschaftlichen Theorie, wie sie mit dem „Dead Man Walking"-Modell hier im Blog bereits in einem kleinen Rahmen angeschnitten wurde.

Deutschland, die EU und die USA, der Euro und der Dollar haben seitdem weiter den Weg beschrieben, den wir schon 2009 vorhersehen konnten. Der Grund für diese stoische Abfolge von Misserfolgen der Politik und Zentralbanken liegt darin begründet, dass man in der klassischen Ökonomie nie in der Lage war, die gegenseitigen Abhängigkeiten von Kapital und Bruttoinlandsprodukt richtig zu beschreiben.

Wie sich bei der genauen Analyse zeigt, liegt dies an einem erstaunlich einfachen Fehler: Das was in der Betriebswirtschaft Gang und Gäbe ist, nämlich eine Bilanz zu ziehen die auf Aktiva und Passivaseite korrekt auf geht, wurde in der Volkswirtschaft bislang unterlassen. Der inzwischen wichtigste und größte Posten, dass Bankeneigengeschäft oder Investmentbanking, kommt darin nämlich gar nicht vor.

Nimmt man diesen Posten aber in die Bilanz auf, so ergibt sich alles andere förmlich von selbst. Nicht nur dass dann BWL und VWL Konzepte fließend in einander übergehen, auch neue Dinge wie „Systemrelevanz", und erst recht alte Bekannte der Volkswirtschaft, wie z.B. die Grenznutzentheorie oder das Zweite Gossensche Gesetz, der Begriff des volkswirtschaftlichen Sparens, Angebots-Nachfrage-Relation oder das Wesen der Inflation und seine Berechenbarkeit oder der Effekt und Bedeutung der Globalisierung purzeln einem aus einfachen Bilanzierungsgründen dann regelrecht entgegen.

Feldtheorien sind ein mathematisches Kalkül zur Beschreibung physikalischen Effekte, die durch Kräfte und ihre Wechselwirkungen hervorgerufen werden. Für die Ökonomie gilt dies genauso, denn deren wesentliche Kräfte, die Gesamtheit der Produktion und die Gesamtheit des Kapitals, stehen in einem ursächlichen Zusammenhang und Wechselwirkung.

Der Begriff Feldtheorie mag abschreckend erscheinen, jedoch bedeutet er im Kern nicht viel mehr, als dass das Fundamentalprinzip „Von Nichts kommt Nichts" über Bilanzgleichungen und ihre systematische Behandlung berücksichtigt wird. Im Kern Bilanzen also, die in der Betriebswirtschaft noch nie ein Geheimnis darstellten. Ein zusätzliches Element einer Feldtheorie ist allerdings die Möglichkeit, Zusammenhänge aus den inneren Symmetrien eines Systems herzuleiten. Wie wir sehen werden, kann die gesamte Ökonomie, Mikro- und Makro, feldtheoretisch völlig problemlos in ein und dasselbe Gebäude zusammengefasst werden.

Der Unterschied zwischen Mikro- und Makroökonomie besteht im wesentlichen in der Größe des Systems, nämlich zwischen offenen und geschlossenen Systemen. Die gemeinsame Bilanzgleichung zeigt aber auch, dass die sogenannte Substitutionskonkurrenz für Betreibe und Staat von unterschiedlich gravierender Bedeutung ist.

Natürlich wird in diesem Zusammenhang auch erklärt, wie genau Staatsverschuldung funktioniert und warum sie so schrecklich hoch ist.

Das Buch „Makroökonomische Feldtheorie: Allgemeine Theorie des ökonomischen Wachstums in Substitutionskonkurrenz" ist nun bei Amazon und in jeder Buchhandlung bestellbar. KostenloseRezensionsexemplare stehen für Fachjournalisten zur Verfügung.

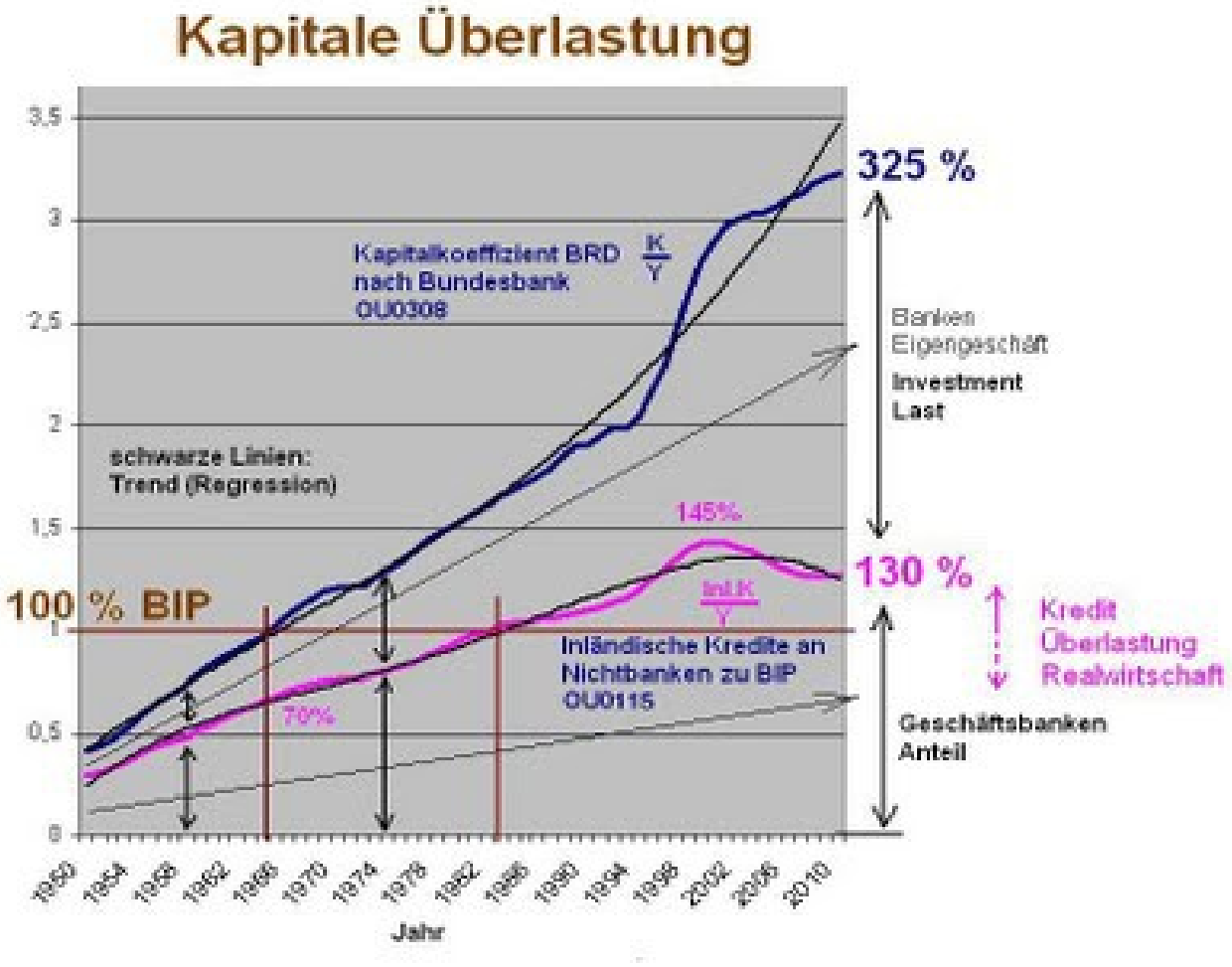
Die Bedeutung des Kapitalkoeffizienten

Der Kapitalkoeffizient ist das Kernproblem der Krise und die mit Abstand wichtigste Größe, um deren Verringerung man sich wirklich bemühen muss. Der Kapitalkoeffizient K/Y, also das Verhältnis von Kapital zu BIP,ist in der Ökonomie ein bekannter Begriff. Er wird allerdings nicht einheitlich verwendet, insbesondere weil für die Kapitalmenge K meist nur eine Teilmenge der tatsächlichen Bilanzsumme aller Banken genommen wird. Dazu später noch etwas.

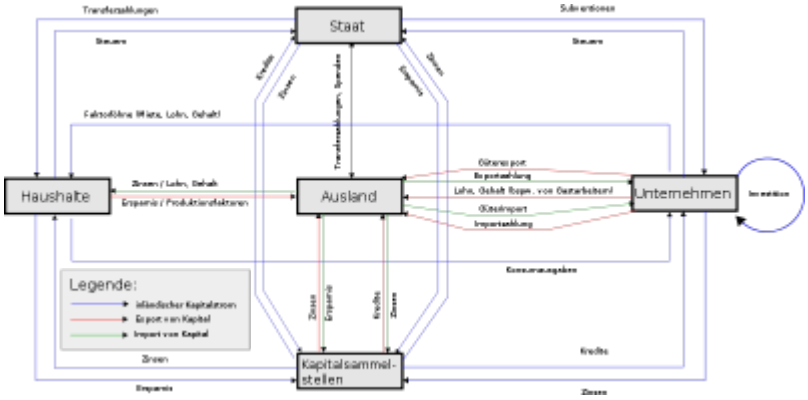
Zunächst mal einige grundsätzliche Bemerkungen. Kapital ist eine Bestandsgröße, gemessen etwa in Euro. Das Bruttoinlandsprodukt BIP ist dagegen eine Stromgröße, gemessen in Euro/Jahr. Rein formal ist der Kapitalkoeffizient K/Y dann aber nicht dimensionslos, wie es sein sollte, sondern hat die eigentlich unsinnige Einheit Euro/(Euro/Jahr)=Jahr. Nun muss man also sich ein paar Gedanken um das Y machen, denn da muss eigentlich ebenfalls eine Bestandsgröße stehen, nämlich dem Grunde nach die Gesamtheit der handelbaren Güter und Dienstleistungen, also nicht nur das aktuelle BIP, sondern zusätzlich die Summe der aus vergangenen BIP's noch handelbaren Güter.

Das erweckt also den Eindruck, dass dort eine höhere Zahl, in Einheiten von ebenfalls Euro, nämlich Sum(a_i * BIP_i), stehen müsste, die die Anteile a_i der vergangenen BIP's enthielte. Der Effekt wäre, das alles nicht ganz so schlimm aussähe. Nun, dem ist aber in der Tat nicht der Fall. Denn das vom statistischen Bundesamt jährlich ermittelte BIP enthält auch sämtliches BIP, dass durch den Handel mit Gebrauchtartikeln erwirtschaftet wird, also etwa Gebrauchtautos oder Immobilien oder der Flohmarkt uvm. Auch das Argument, die Kapitalwirtschaft erwirtschafte ja auch noch einen guten Teil BIP zieht nicht zur Entlastung, auch dieser Anteil, etwa Gewinne und Löhne der Finanzwirtschaft, ist natürlich schon in der ermittelten Zahl des BIP's enthalten. Aus diesem Grunde ist der jeweils aktuelle BIP-Wert berechtigterweise durchaus als Bestandsgröße in Euro zu verwenden, und der Kapitalkoeffizient damit tatsächlich dimensionslos zu verwenden.

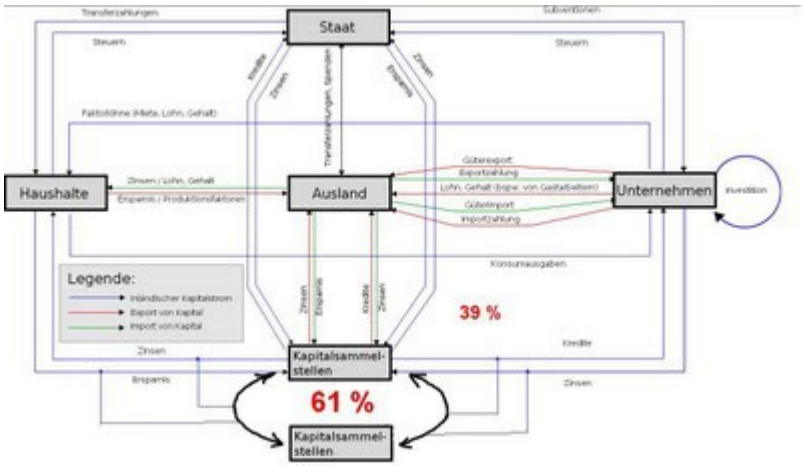
Die Bedeutung des Kapitalkoeffizienten ist deshalb so wichtig, weil er das Verhältnis von, prinzipiell wertlosem, Geld zu den damit handelbaren wertvollen Gütern und Dienstleistungen herstellt. Insbesondere ist er auch frei von Inflationseffekten, weil sowohl das Kapital und das in Kapitaleinheiten gerechnete BIP den Effekt enthalten und sich dieser damit im Quotienten herauskürzt.



Und nun zum Problem der klassischen Ökonomie mit diesem Koeffizienten: Kapitalstock wird in der klassischen Volkswirtschaftslehre meist mit dem Kapitaleinsatz in der Realwirtschaft gleichgesetzt. In unserer Graphik also mit der unteren Kurve, und nicht mit der oberen. Was man macht ist nämlich, dass man den, inzwischen weit überwiegenden Anteil des Investmentbankings, völlig aus der volkswirtschaftlichen Betrachtung ausklammert. Das führt dazu, dass im klassischen Wirtschaftskreislaufmodell das Bankeneigengeschäft überhaupt nicht vorkommt. Dieser, unter den maßgeblichen Ökonomen und Politikberatern weit verbreitete Ansatz führt zu dem Missverständnis, das wir ja unter einer Überlast von nur 30% zu leiden hätten, was als beherrschbar erscheint. In Wahrheit beträgt die Überlast aber 225%, ein Wert der jedem Baustatiker die Haare zu Berge stehen lässt, und deswegen kracht es seit 2000 ja auch an allen Ecken und Enden im Finanzgebälk.



Die Behauptung die dahinter steckt ist die, dass wegen angeblich fehlender Kredite oder Ausgaben in die Realwirtschaft dieses gegenseitige Eigengeschäft keine Rolle spielen sollte. Die Behauptung ist aber gleichbedeutend mit der Behauptung, dass der dem Volumen nach heute größte aller Wirtschaftsteilnehmer gar kein Wirtschaftsteilnehmer sei. Um sich das in Zahlen klar zu machen: Der Staat, als einer der größten Wirtschaftsteilnehmer hat in der BRD ein Staatsquote um die 1000 Mrd. Euro pro Jahr. Das ist weniger als ein halbes BIP. Das Investmentbanking alleine kommt aber auf rund zwei BIP's, ist also locker viermal so groß. Während Ersterer bei Ökonomen großes Bedenken auslöst, kommt Zweiterer dagegen so gut wie nicht vor.



Tatsächlich ist der ökonomische Kreislauf wie in obiger Graphik zu erweitern, und zwar um den inzwischen in der BRD fast doppelt so großen Anteil des Bankeneigengeschäftes, der natürlich genauso erheblich in den Fluss von Zinsen. Krediten und Ersparnissen eingreift, wie alle anderen Wirtschaftsteilnehmer auch.

Was kann man, außer meckern natürlich, tun um den neuralgischen Kapitalkoeffizient auf ein erträgliches Maß zurück zu führen? Technisch ist die Frage leicht zu beantworten, politisch aber mehr als heikel. Dazu hier mal eine Sammlung von Möglichkeiten, um weitere Ideen möchte

ich eindringlich bitten:

A Unparitätische Währungsreform

Technisch: Die schnellste, einfachste und gerechteste Methode ist die unparitätische Währungsreform. Es werden Löhne, Preise, Mieten 1:1 und Vermögen und Schulden 10:1 in neues Geld getauscht. Da der Kapitalkoeffizient zur Zeit bei etwa 3,25 liegt, wäre der dann nur noch 0,35. Zum Beginn des Wirtschaftswunders lag er in der BRD bei 0,3. Und um die Sache rund zu machen, führt man am besten gleich noch ein neues Geldsystem ein, dass einen unmäßigen Anstieg des Kapitalkoeffizienten in den nächsten Jahrzehnten per Konstruktion vermeidet (z.B. sog. Schwundgeld).

Politisch: Das Problem ist natürlich die politische Durchsetzungsfähigkeit. Jeder Politiker, der das Problem so direkt angeht, riskiert nicht nur seine Karriere, sondern sicher auch sein physisches Leben. Denn Kapitaleigner reagieren ausgesprochen allergisch auf nominell kleinere Zahlen auf ihren Konten. Da hilft es auch nicht, den Kapitaleigner klar machen zu wollen, dass 1 Milliarde schlechter Euros bei weitem nicht so reich machen wie 100 Millionen guter NeuEuros. Soviel Mut will man von keinem Politiker wirklich verlangen. Helden sind selten.

B Galoppierende Inflation

Technisch: Eine rasante Inflation ist ein Effekt, der früher oder später auch von selbst kommt. Inflation führt zum Anstieg aller Preise und damit zu einem nominellen Anstieg des BIP auch im Verhältnis zum Kapitalstock. Der Kapitalkoeffizient sinkt im gleichen Maße, wie der effektive Wert von Vermögen und Schulden.

Politisch: Insbesondere im Falle einer Hyperinflation geht das aber nicht ohne Chaos ab. Denn so schnell wie die Preise dann steigen, können die Einkommen nicht mithalten. Bis zur fälligen Währungsreform verhungern daher reihenweise die Menschen der unteren Schichten. Kriminalität und Revolten sind unvermeidlich. Da man dafür aber im Prinzip 'nichts' tun muss, wird es als der gangbarste Weg angesehen. Denn das können wir perfekt.

C Banken pleite gehen lassen

Technisch: Eine Maßnahme, die man 1929 machte. Das war durchaus vernünftig, zumal man damals in den USA diese Maßnahme damit flankierte, dass man das als so schädlich erkannte Investmentbanking unterband. Der Kapitalkoeffizient geht dadurch zurück. Das Gesetz dazu wurde allerdings zunehmend ausgehölt und in den 1990er Jahren endgültig aufgehoben, und, den Salat haben wir jetzt. Bankenpleiten sind natürlich auch nicht schmerzlos, lassen sich aber durch

geeignete Maßnahmen, etwa eine Entschädigung für Kleinanleger und staatliche Kredite für geschädigte Unternehmen der Realwirtschaft, abfedern.

Politisch: Hat man sich heute das Gegenteil andrehen lassen. Statt all die riskanten Assets, Schulden und Vermögen einfach den Bach runter gehen zu lassen, was den Kapitalkoeffizienten nachhaltig senkt, hat man aus diesen privaten Schulden nachhaltig noch schlimmere öffentliche Schulden gemacht. Wie schnell eine Erholung funktioniert, wenn man Pleite Pleite sein lässt, anstatt private Schulden zu sozialisieren, zeigt Island:"*...Island war eines der ersten Opfer der Finanzkrise: Der Bankensektor des Landes brach 2008 zusammen. Der einst als einer der reichsten und sichersten Länder der Welt geltende Inselstaat stand kurz vor dem Kollaps. Doch nach dem tiefen Fall arbeitet sich der Staat in beeindruckender Geschwindigkeit wieder nach oben. ....2011 soll die Wirtschaft des Landes um 2,2 Prozent wachsen, für 2012 werden 2,9 Prozent prognostiziert. Das Budgetdefizit wird voraussichtlich 1,4 des Bruttoinlandsprodukts betragen - deutlich weniger als in vielen EU-Staaten. ....Island hatte den Staatsbankrott vor allem dadurch vermieden, dass es sich weigerte, die Anleihengläubiger der Pleitebanken zu retten. Dies sorgt immer noch für Spannungen mit einigen europäischen Staaten. Im April hatte Island deshalb kurz davor gestanden, auch bei Moody's und S&P auf Junkstatus zu rutschen. Die Insulaner hatten in einer Volksabstimmung eine 5,6 Mrd. Dollar schwere Einigung mit dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden abgelehnt. Dabei ging es um Entschädigungen für ausländische Kontoinhaber der Pleite gegangenen Landsbanki."*

Das alles zurück zu führen, das hieße Bad Banks entschädigungslos auflösen und Garantien zurück nehmen, dass ist wohl kaum weniger einfach als die Durchsetzung einer Währungsreform.

D Kapitalbesteuerung

Technisch: Eine durchaus vernünftige Lösung, wenn man sich nicht mit Kleingeld aufhält. Zunächst würde etwa eine 1% Grundsteuer auf die komplette Bilanzsumme der Banken etwa gut 80 Mrd. Euro Steuereinnahmen pro Jahr bringen. Genug um die zur Zeit, im Dienste dieser Banken durchgeführten Rettungsmaßnahmen, zu finanzieren. Dafür dürfte es natürlich keinerlei Ausnahmen geben, das eine lausige Prozent muss abgedrückt werden. Allerdings darf man den Kreditinstituten, die diese Belastung an Ihre Kunden weiterreichen müssten, erlauben, diese Summe nach eigenen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auf ihre Kundschaft zu verteilen. Also etwa einen Abzug orientiert am Risiko oder an werbetechnischen und konkurrenztechnischen Massnahmen der Finanzprodukte. Das ist dann auch nicht mehr Sache einer ineffektiven und teuren staatlichen Verwaltung. Hinzu käme eine Finanztransaktionssteuer und/oder Finanzimport und Exportbeschränkungen und Kontrollen. Diese werden jetzt schon von einigen Staaten wieder eingeführt, da man gesehen hat, dass man andernfalls durch ausländisches Kapital förmlich kannibalisiert wird. Eine Finanztransaktionssteuer wirkt sich insbesondere auf das Mikrosekunden-Computertrading aus, bei dem auch kleinste und kurzzeitigste Kursschwankungen zum

elektronischen Abpumpen von Geld genutzt werden. Ach ja, und auf Finanzprodukte, die lediglich aus Wetten auf irgendwelche Indizes bestehen und/oder ihrem Wesen nach nichts anderes als eine Lotterie darstellen, darauf, auf solche abgeleitete Finanzderivate gehört wie auf jedes normale Produkt des Wirtschaftslebens zusätzlich auch noch die normale Mehrwertsteuer von z.Z. 19%, und ggf. dann noch die Lotteriesteuer.

Politisch: Den Jammerschrei der Finanzindustrie kann man sich lebhaft vorstellen, der Untergang der gesamten Welt und Kultur würde prophezeit. Insbesondere gilt die Behauptung, dass bei solchen Besteuerungen eine gefährliche Kapitalflucht einsetzen würde. Woraus folgt, dass solche Steuern auf Kapital nur international „einen Sinn machen" würden. Nun, soviel Koks gibt es in ganz Berlin auf Jahresfrist nicht, um ein internationales Finanzgremium zu so einer gemeinsamen Entscheidung zu bringen. Ergo, also nie.

Die Wahrheit ist aber: Erstens, Kapitalflucht in großem Umfange ist überhaupt nicht möglich, schließlich sind alle maßgeblichen Volkswirtschaften mit Vermögen und Schulden schon längst bis Unterkante Oberlippe abgefüllt. Zweitens, sind einseitige Kapital-Besteuerungen, insbesondere für Kapitalzufluchtsländer wie Deutschland, umso effektiver, je einseitiger sie sind. Denn dann wird Kapital, und insbesondere das volatile und schnell fließende Investmentkapital, in andere Länder abgedrängt, die sich dann mit dem Renditenproblem rumschlagen dürfen. Und, drittens, ist es marktwirtschaftlich korrekt, denn es sind die Staaten, die den Kapitaleignern ihr BIP und ihre Infrastruktur zu Verfügung stellen, und dafür dürfen sie auch einen marktgerechten Preis verlangen. Je nach Bedeutung des Kapitalmarktes könnten dann unterschiedliche Staaten ganz unterschiedliche Besteuerungen und Gebühren ansetzen und damit die längst verloren gegangenen Steuerungsmöglichkeiten des Staates auf den Finanzmärkten wieder erlangen.

Eine weitere Wahrheit ist aber auch: Besteuerung alleine hilft langfristig nichts. Zwar entlastet es kurz- und vielleicht auch mittelfristig den Staat, aber wenn die Steuern gleich wieder ausgegeben werden, landen sie erneut auf irgendwelchen Konten, und führen den Kapitalkoeffizienten nicht zurück. Um den Kapitalkoeffizienten zu senken muss man also im Auge behalten, dass entweder eine ausreichende Verdrängung des Kapitals stattfindet oder andernfalls ein ordentlicher Teil der Zusatzeinnahmen bei der Zenralbank schlicht vernichtet wird, etwa im Tausch gegen auslaufende Staatsanleihen ohne diese zu erneuern, um den erwünschten Effekt erreichen zu können.

E Löhne erhöhen

Technisch: Man kann das Problem auch von der anderen Seite angehen. Nämlich das BIP dadurch relativ zum Kapitalstock zu erhöhen, indem man sich konsequent und massiv für die allgemeine Erhöhung der Einkommen einsetzt. Würde man, als drastisches Beispiel, per Dekret die

Einkommen verdreifachen, so hätte das den Effekt, dass sich sehr schnell auch die Preise verdreifachen würden. BIP und Kapitalstock wären dann wieder ausgeglichen, der Kapitalkoeffizient bei 1:1, ohne dass man den Kapitaleignern unmittelbar, das heißt nominell, etwas weg nehmen müsste.

Politisch: Naja, dass Programm würde noch nicht mal die Linke versuchen, es widerspricht viel zu elementar dem allgemeinen Denken. Den vereinigten Jammerschrei der Real-Industrie und Finanzindustrie kann man sich lebhaft vorstellen, der Untergang der gesamten Welt und Kultur, wenn nicht des gesamten Sonnensystems, würde prophezeit. In der Tat müsste eine solche Maßnahme mit vorübergehender Abschottung bzw. Zollkontrolle der Märkte einhergehen, weil sonst die Aussenhandelsgleichungen völlig aus dem Ruder liefen. Zudem müssten die Lohnsteigerungen zweistellig real sein, und nicht so lau wie jetzt:"*Die Inflation ist unerbittlich: Obwohl die Bruttogehälter in diesem Jahr zum Teil deutlich gestiegen sind, bleibt vielen Menschen kaum mehr als zuvor. Mitunter rutschen die Beschäftigten beim realen Einkommen sogar in ein Minus."*

F Staatsverschuldung erhöhen

Technisch: Das nunmehr angeordnete Sparen des Staates ist tatsächlich kontraproduktiv, die in der BRD ins Grundgesetz gehievte Schuldenbremse wird sich noch als katastrophaler Kälberstrick der Demokratie erweisen. Denn staatliches Sparen hilft nur dem Kapitalbesitzer, für die Realwirtschaft ist es ein absolutes Desaster. Denn der Staat ist direkt oder indirekt, bei einer Staatsquote von fast 50%, der größte einzelne Arbeitgeber der Nation. Staatliches Sparen kann nur über Arbeitsplatzverlust, sowie Abgabenerhöhung und Infrastrukturverlust erkauft werden. Die Erhöhung der Staatsquote bringt dagegen BIP, und letztlich Inflation, und damit ein Sinken des Kapitalkoeffizienten.

Politisch: Die Schuldenbremse im GG ist das größte Ei, dass sich die deutsche Demokratie seit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 je gelegt hat. Es macht die Demokratie zum faktischen Büttel und Sklaven der Finanzindustrie. Staatsverschuldung darf nicht am BIP, sondern muss am Kapitalstock gemessen werden. Der Staat muss einen gleichbleibenden Anteil am Kapitalstock in sein Land investieren, denn auch die Wirtschaft ist vom Kapitalstock regiert. Die Schuldenbremse wirkt sich dagegen nur als Inflationsschutz der Kapitaleigner zum Preise einer langfristigen Verslummung der Republik aus. Die USA macht uns vor, wie es eigentlich richtig ist: Wenn die Kapitaleigner rollierende Staatsanleihen haben wollen, dann bitte drucke Ihnen doch welche. So drückte sich schon mal der bedeutende US-Ökonom Nouriel Roubini aus. Natürlich führt das mittelfristig zu einer anziehenden Inflation, aber nur die senkt den Kapitalkoeffizienten effizient und führt die Kuh langfristig vom Eis, wenn auch mit gebrochenen Hufen.

G exponentielles BIP-Wachstum generieren

Technisch: Die letzte, und leider auch Das Letzte, ist die Generierung eines extremen BIP-Wachstums. Durch einfache Konsumsteigerung, die in letzter Konsequenz immer nur eine Substitution von einem Produkt mit einem anderen sein kann, ist nur noch ein geringes Wachstum zu erzielen. Viel zu wenig um die Verschuldungsspirale zu beenden. Exponentielles Wachstums kann nur durch den Zwangskonsum eines ausgedehnten Krieges erzeugt werden. Krieg ist das erheblichste Konsumprogramm überhaupt, es verbraucht im Eskalationsfalle Milliarden täglich.

Politisch: Neben der Inflation leider am einfachsten durchzusetzen. Nicht nur, dass sich immer ein passender Anlass finden lässt, durch den steigenden Stress der Volkswirtschaften und ihrer Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Finanzkrise kommen die Gelegenheiten, ja sogar die Notwendigkeiten, kriegerischer Auseinandersetzungen förmlich von alleine. So zuletzt in Libyen und weitere werden mit Sicherheit folgen: „*Es ist der größte Waffendeal aller Zeiten. Für 60 Mrd. Dollar wollen die Amerikaner in den kommenden Jahren Kriegsgerät an Saudi-Arabien liefern, es geht um 72 Kampfflugzeuge, 170 Kampfhubschrauber und Raketenabwehrsysteme. Nach einer Zeit relativer Zurückhaltung rüsten die Saudis als einer der größten Waffenimporteure der Welt massiv auf, um sich gegen die Bedrohung durch den Iran zu wappnen. Für die USA ist der Waffendeal ein doppelt gutes Geschäft: Zum einen liegt es gleichermaßen im Interesse der Amerikaner wie des sunnitischen Königshauses in Riad, den Einfluss des schiitischen Regimes in Teheran zu begrenzen. Zum anderen nutzt das gigantische Rüstungsgeschäft der US-Industrie. Im Schatten des seit Jahren andauernden Streits um das iranische Atomprogramm dreht sich in der Golfregion eine Rüstungsspirale, die neben Amerikanern, Briten, Franzosen, Russen und Chinesen auch deutschen Unternehmen Exportchancen eröffnet. Auf insgesamt 110 Mrd. Dollar beliefen sich nach Berechnungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri im vergangenen Jahr die Verteidigungsausgaben in der Region - 2,5 Prozent mehr als 2009. Allein die Saudis stecken laut Sipri jährlich mehr als zehn Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung.....Die Erwartung der Industrie an die Politik ist daher eindeutig, wie Claus Günther, Rüstungsvorstand des Technologiekonzerns Diehl, kürzlich sagte: "Wenn die Regierung selbst wegen begrenzter Mittel nicht mehr so viele Aufträge geben kann, so kann sie uns aber bei Exporten unterstützen."*“

Mittwoch, 6. Juli 2011

There isn't enough cocaine in Hollywood

...um sich die Story von Dominique Strauss-Kahn auszudenken, schreibt die Asian Times: „*Here's a word of thanks to the New York Post for reminding me to stay away from fiction. Never mind that Rupert Murdoch's print platform here in New York City has an knife to twist in the morbid flesh of District Attorney Cyrus Vance, Jr, whose liberal instincts latched onto the most politically-correct accuser in recent history: a "very pious devout Muslim woman", a refugee from rape and genital mutilation in her native Guinea, assaulted by the head of the world's top economic agency, the International Monetary Fund. There isn't enough cocaine in Hollywood to inspire scriptwriters to invent such a poster-child for political-correctness.*“.

Möglicherweise liegt es ja daran, dass das Zeugs bereits in Berlin verbraucht wurde, um sich die Welt wieder rosig zu schnupfen. Gejubelt wird von den Junkies der Berliner-Republik zur Zeit über einen Rückgang des Staatsdefizits und das man dem Wunsch der Liberalen-Kiffer nach Steuersenkungen, diesmal sogar für die popelige Masse statt schnöder Hoteliers, nach kommen müsse. Wieviel, für wen, warum und wieso, nichts genaues weiß man nicht, aber für die Sommerpause muss das reichen, und dann gell, schaunmermal.

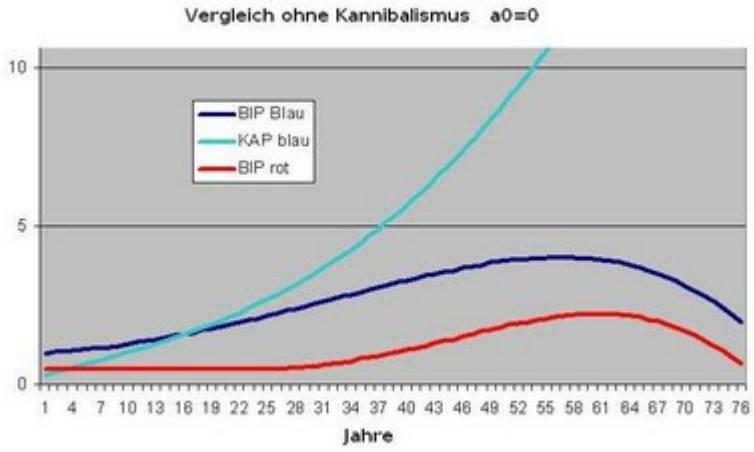
Natürlich ist der Termin 2013 „rein zufällig“ vor der Wahl, genauso zufällig wie die Steuerentlastung der Hoteliers die knapp nach einer wohlwollenden Spende der zuständigen Lobby an Gelb-Schwarz und unmittelbar nach der gewonnenen Wahl 2009 erfolgte. Wieviel es sein soll ist unklar, klar ist nur das sich relativ wenige Hoteliers in der Zwischenzeit über vier bis fünf Milliarden freuen durften, und noch weniger Finanzgenies über rund 1000 Mrd. an Zuwendungen, Stützen und Garantien oder abgekauften Schrottaktien. Eine Milliarde für die Steuerzahler, wenn sie denn kommt, macht bei gut 40 Millionen Steuerbürgern, wovon allerdings nur die Hälfte Sozialabgaben vollumfänglich bezahlt, dann knapp 2,50 Euro pro Monat. Genug also, dass sich die deutsche Durchschnittsfamilie alle vier Wochen zu viert eine Currywurst teilen kann. Die dort verknappten Leistungen und erhöhten Sozialbeiträge fängt das keinesfalls auf, dafür müssten die angestrebten Entlastungen schon im hohen zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich liegen. Ohne viel Koks ist daran nicht zu denken.

Also bringen wir unsere Junkies ein wenig auf den Boden der Tatsachen zurück. Zunächst kommt das Wort „Defizitrückgang“ beim Wähler, zum Glück der Regierung, oft genug als „Schuldenrückgang“ an. Das ist natürlich nicht der Fall. Es heißt lediglich, dass die weitere Schuldenzunahme nicht ganz so schnell erfolgt wie zunächst befürchtet wurde. Unaufhaltsam

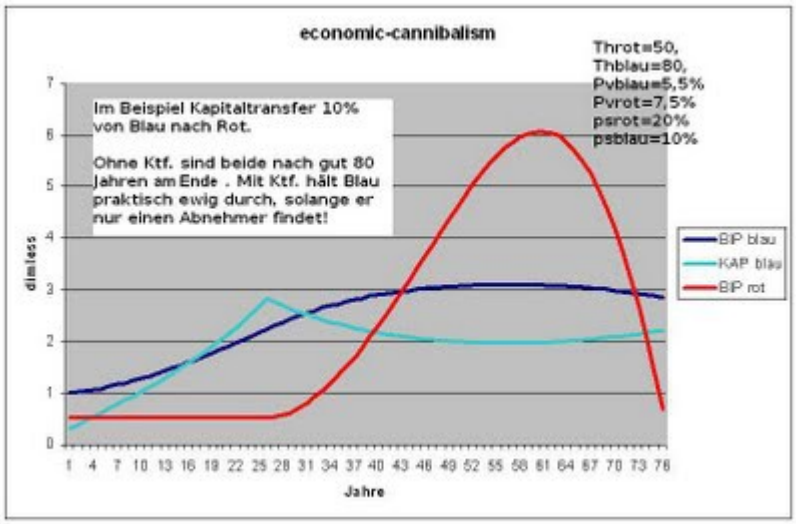
zunehmen tut sie natürlich trotzdem, und bei den nun avisierten minus(!) 2,9 statt minus 3,1 % bleibt es auch nur dann, wenn nicht noch mehr „schief“ geht, als sowieso schon. Aber auch da gilt: Ohne viel Koks ist daran nicht zu denken. Denn auch in den Kriselländern, allen voran aktuell Griechenland, nehmen trotz Sparprogrammen die Schulden nicht ab, sondern weiter zu. Und das kann sich auch nicht ändern, eventuelles Wachstum hin oder her. Denn um Staatsschulden zu verringern reicht es nicht aus, das EU-Schuldendefizit der erlaubten minus 3% einzuhalten, man müsste natürlich auf deutlich positive Werte kommen. Wenn man aber Schulden in Höhe von 150% des BIP's hat, die zu etwa 5% zu verzinsen sind, dann braucht man nämlich einen staatlichen(!) Überschuss von plus 8% um ein halbes Prozentchen zu tilgen. Wohl gesagt in der staatlichen Bilanz. Und das ist noch was ganz anderes als das Wachstum der Volkswirtschaft. Also, ohne viel Koks ist daran auch nicht zu denken.

So hat sich die Schuldenuhr in der Zeit seit Merkel und Westerwelle um fast 300 Mrd. hochgedreht, zur Zeit steht sie bei 2.028.316.000.000 € (2028 Milliarden Euro). Und das ist nur die offizielle Staatsverschuldung, die noch nicht fälligenGarantien plus all die Bad Banks Einlagen die die Regierung in der BRD und in der EU eingegangen ist, würden, wenn Sie direkt und nicht erst nach Fälligkeit gebucht werden müssten, die Uhr bereits deutlich über die 3000 Mrd. € Marke drehen. Dass dieses Kartenhaus trotzdem in der BRD noch hält, hat einen simplen Grund: da Schulden nie zurück gezahlt, sondern immer nur gegen neue und noch höhere Schulden rolliert werden, kommt es also auf das Vertrauen der Investoren an, dass diese Rollierung auch beim nächstenmal noch funktioniert. Und da steht sich die BRD im weltweiten Vergleich eben sehr gut. Würde man auch der BRD nicht mehr vertrauen, dann würde das gesamte Kartenhaus der westlichen Welt unmittelbar kollabieren.

Und damit sollten alle Kokser nochmal daran erinnert werden, dass das Kernproblem der Finanzkrise, die in Wahrheit seit 2000 grasiert, nach wie vor völlig ungelöst ist: Der viel zu hohe Kapitalkoeffizient. Der führt nämlich dazu, dass auch jedes denkbare Wachstum nicht ausreicht, um den exponentiell steigenden Renditebedarf dieses Tyrannosaurus Rex zu stillen.



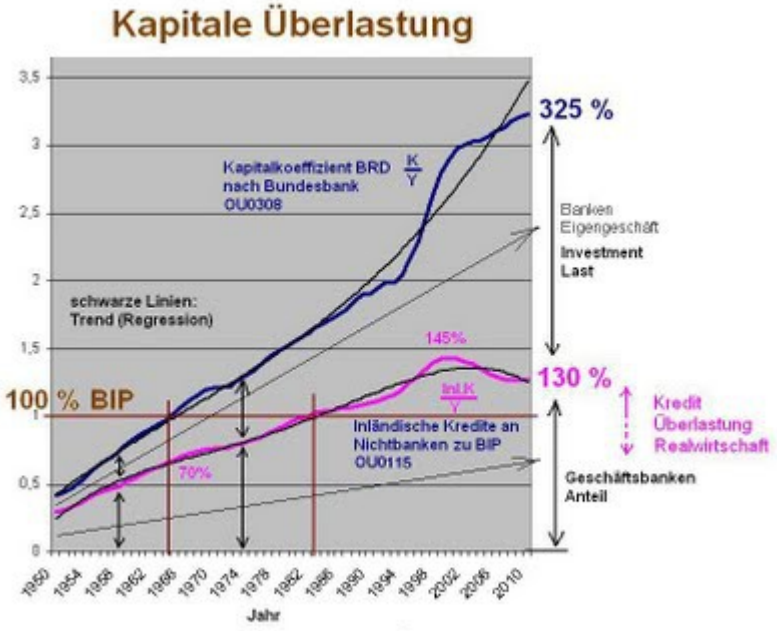
Bevor wir dieses Monstrum nochmal näher betrachten, ein kurzer Abstecher zu dem Thema, warum es Volkswirtschaften wie der chinesischen und deutschen Exportweltmeister noch so gut geht, und warum der Schuldenkönig USA, trotz schlimmerer Zahlen als Griechenland, ebenfalls noch einigermaßen über die Runden kommt. Dazu berechnen wir an Hand des DMWM einfach den Effekt, wenn eine Modellvolkswirtschaft Kapital exportiert, im Werte vom 10% seines BIP's, und eine zweite, zunächst schwächere Volkswirtschaft dieses annimmt, und damit zusätzliches BIP und Exporte generiert. In der ersten Graphik sehen wir, nur zum Vergleich zur zweiten Graphik, den Fall ohne eine solche Wechselwirkung: Beide Volkswirtschaften haben natürlich den üblichen Verlauf in ihrer Entwicklung des BIP (der Kapitalstock ist in der Graphik nur für Blau angegeben, hier interessiert im wesentlichen die beiden BIP's). Dabei nehmen wir im Modell an, dass die rote Volkswirtschaft 25 Jahre später startet und nur halb so groß ist wie blau (Pseudo-USA und Pseudo-China). Das Maximum des BIP's von Rot bleibt dabei auch unter dem Maximum von Blau, wie kaum anders zu erwarten war.



In der zweiten Graphik sehen wir den, insbesondere bei dem Verhältnis USA – China gut beobachtbaren, erheblichen Effekt eines solchen Kapitaltransfers: Während nun Rot raketenartig wächst, und das BIP von Blau deutlich überholt, stagniert das BIP von Blau auf einem, noch guten, Niveau. Wichtiger dabei ist aber noch, dass nun Rot wegen der dortigen Kapital-Blasenbildung früher, und heftiger, als sonst wieder abstürzt, während Blau es schafft, sich über deutlich längere Zeiträume am Leben zu erhalten.

Den Preis, den Blau bezahlt, ist eine totale Konsumorientierung, und damit Verlust der weltweiten Konkurrenzfähigkeit seiner Industrie, der Preis für Rot ist der viel zu schnelle Aufstieg, und Absturz:„*...Sollte es zu einer Krise im Land kommen, etwa durch das Platzen der Blase an den Immobilienmärkten, könnten Banken gewaltige Probleme bekommen. Die Zahl der ausgefallenen Kredite könnte einen Wert von mehr als zwölf Prozent erreichen. Es fehle ein Plan, wie mit dieser Problematik umzugehen sei, kritisiert Moody's. ....Analysten weisen vor allem infolge der unsicheren Lage auf dem Immobilienmarkt und der hohen Kredite an die Lokalregierungen darauf hin, dass mehrere Banken pleitegefährdet seien. Erst kürzlich hatte die Ratingagentur Fitch den Ausblick für die Note für Kredite in Landeswährung auf negativ gesenkt. Nach Schätzungen von Standard& Poor's könnten bis zu 30 Prozent der an die Regionen vergebenen Kredite ausfallen....“*. Die offiziellen chinesischen Daten sind nicht besonders zuverlässig, nach meiner Kenntnis liegt aber der Kapitalstock in China bereits bei ca. 280% des BIP, und damit bereits bedrohlich nahe vor dem Kritischen Wert von 3.

Die Situation sieht für die BRD ganz ähnlich aus. Auch hier sammelt sich durch die vergleichbare Stellung in der Weltwirtschaft viel zu viel Kapital an, der neue Rekordwert wurde Ende 2010 mit 8.352.277.000.000 Euro, also mehr als 8352 Milliarden Euro, oder fast 8,4 Billionen erreicht. Die Folge ist natürlich ein viel zu hoher Renditedruck auf das BIP, der nur so lange zu ertragen ist, wie die Welt in der Lage und bereit ist, die überschüssige deutsche Produktion abzunehmen.



Und nun zu den Realzahlen der BRD: In obiger Graphik sehen wir das Verhältnis von Kapitalstock zu BIP, in der Ökonomie mit dem Begriff Kapitalkoeffizient bezeichnet. Darunter, nach dem gleichen Schema berechnet, der Koeffizient der inländischen Kredite an Nichtbanken, d.h. der Anteil des normalen Geschäftsbankenmodells am gesamten Kapitalstock, ebenfalls im Verhältnis zum BIP, jeweils nach realen Zeitreihen der Bundesbank. Um es nochmal zu betonen, es sind reine Realzahlen, keine Modelldaten, und sie fordern vom Betrachter keine mathematischen Kenntnisse, sondern nur den gesunden Menschenverstand.

Das Problem liegt eben darin, dass das BIP beim besten Willen nicht mehr in der Lage ist, die gewaltigen Kapitalmengen zu absorbieren. So erreichte das Verhältnis Kapitalstock zu BIP bereits Ende der 60er-Jahre ein Verhältnis von 1:1 und in den 80er-Jahren dann auch das Verhältnis von Krediten in die Realwirtschaft zu BIP den Gleichstand. Bis zum Höhepunkt des Kapitalistischen Wirtschaftssystems um das Jahr 2000 erreichte letzterer etwa 145%, also fast das anderthalbfache des BIP's. D.h. es wurde deutlich mehr als das komplette BIP kreditfinanziert.

Was die Politik in den USA und EU mit ihren gewaltigen Geldspritzen erreichen wollte war nun, diesen sowieso schon überzogenen Kreditbedarf weiter zu steigern, was natürlich nicht mehr geht, und man sich seitdem wundert, das die Finanzspritzen unterm Strich fast ausschließlich in eine weitere Vergrößerung des schädlichen Investmentanteils der Banken geht und diesen weiter aufbläht. Statt einer Erhöhung des Geschäftsbankenanteils hat es sogar einen Rückgang auf etwa 130% gegeben, was immer noch die natürlich Grenze des BIP's übersteigt. Es ist der tiefere Grund, warum all die Rettungspakete in ihrer jetzigen Form keinerlei Chancen auf mittel- oder gar langfristige Änderung des Kernproblems hergeben.

Das ist ein altes Problem entwickelter Volkswirtschaften, und war auch vor der letzten

Jahrhundertkatastrophe, ausgerechnet von Vertretern der Kapitalseite, erkannt worden: Der deutsche Sparkassenverband warnte schon eindrücklich in seiner Kundenzeitschrift im Jahre 1891, gut zwei Jahrzehnte vor der Katastrophe des Ersten Weltkrieges: ***"Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben... So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet."***.

Denn die einzige Lösung des Problems steckt in einer massiven Rückführung des Kapitalkoeffizienten. Dazu gibt es aber nur schmerzhafte Lösungen, wobei sich immer nur die Frage erhebt, auf wessen Kosten. Dass die Finanzwirtschaft das nicht sehen möchte ist einleuchtend, dass es die Politiker nicht sehen können, ist entweder Uninformiertheit oder Schlimmeren geschuldet. Sei es Dummheit, Feigheit oder Korrumpiertheit , oder eben zuviel Koks in der Birne geschuldet.

In dem Zusammenhang ist der Panzerdeal an Saudi-Arabien alsSymptom der Krise zu sehen: „*Die Bundesregierung hat sich angeblich für einen Verkauf von 200 „Leopard"-Kampfpanzern an Saudi-Arabien die Zustimmung Israels und der USA eingeholt. Das Königreich sei der letzte Stützpfeiler in der instabilen Region."*. In der Tat war es für alle Beobachter erstaunlich, dass aus Israel keinerlei offizieller Protest zu hören war, obwohl der normalerweise schon bei einer Kiste Gewehrmunition kommt. Tatsächlich erweist sich der Deal als abgesprochen und dient nicht nur der Versorgung der deutschen Rüstungsindustrie, und ihrer Investoren, mit Gewinn und Renditen. Die 200 Leopards der modernsten Kategorie sollen tatsächlich gegen den Iran in Stellung gebracht werden. Wobei man sich auf den „ letzte Stützpfeiler" der Region, und darauf das er nicht bald einbricht, verlassen muss.

Krieg in Arabien, war da nicht was? Ja, der deutsche Michel hat es schon fast vergessen, seit bald vier Monaten tobt ein europäisch-arabischer Krieg in Libyen, der schon längst die Tragweite des ursprünglichen UN-Mandats übersteigt. Und das ist ganz sicher nur der Anfang, und das wissen die Strategen von Washington über London, Paris, Berlin, Moskau und Peking ganz genau.

Nun, den Verbleib des in Hollywood fehlenden Koks haben wir also geklärt, das Schicksal der Welt noch nicht ganz. Und ohne Koks, ist auch gar nicht daran zu denken.

Dienstag, 19. April 2011

Das Drehbuch der Geschichte...

...ist manchmal so simpel wie der Plot eines miesen „Schlage-tot-“Films. So vorhersagbar wie die nächste Action von Bruce Willis, so absehbar sind die nächsten Schritte in der Finanz-, oder inzwischen besser, Weltkrise. Das Griechenland nicht zu retten ist, war jedem der einen Taschenrechner bedienen kann, von Anfang an klar. Trotzdem wurde es vehement dementiert, und wird auch jetzt noch von ein paar Knallchargen des laufenden Films geleugnet.

Dito natürlich die anderen Pleitekandidaten, zur Übung darf sich jeder diese selbst auf zählen. Und die sollen nicht entschuldet, sondern nur, vorwiegend auf die BRD, umgeschuldet werden. Und damit auf den deutschen Pausenclown und Steuerzahler, dem man nun genüsslich das Fell bis weit über beide Ohren zieht. Das lustige daran ist, er merkt es nicht wirklich, er hält es für zusammenhanglosen Zufall. Wenn Krankenkassen Pleite gehen interessiert das kaum einen aus dem geneigten Auditorium, dagegen die drohende Insolvenz privater Gläubiger sofortige großzügige Reaktionen der Merkeltruppe generiert.

Zu den nächsten Akten der Tragikomödie zählt die absehbare Desintegration eines der wichtigsten Knallchargen des Films, der EU. Denn, „Bravo, Bravo,..!!“ die Isländer und jetzt auch die Finnen, bislang unbeachtete Randfiguren des komischen Dramas, wollen aus der Umschuldungsorgie aussteigen, und verweigern möglicherweise die Befüllung des Freibierfasses für private Schuldner. Aber auch sein dramatischer Konterpart weiss, wie man sich die Gunst des vergnügten Publikums gewiss sein kann, und eifert dem voraus. Die USA mag dem nicht nach stehen und gibt nun den nächsten „griechischen“ Schurken. Natürlich eine ganz dicke Nummer größer, versteht sich.

Damit das ganze einen ordentlichen Climax bekommt, läuft natürlich alles auf einen dramatischen Höhepunkt zu, wo die Männer Helden und die Frauen heilige Seelen sein dürfen, und sich am Ende die Überlebenden der neuen Ordnung in die Arme fallen. Bevor das passiert, wird aber noch der rote Schurke dazwischen fahren, aber, pssst....., das ist noch ein Geheimnis!

Zwischen durch gibt es ab und an einen der lustigen „running gag's“, so wenn wieder der gagigeTepCo-Clown kommt, der ab und an eine kleine Explosion produziert oder wieder mal eine grünschimmernde Brühe von links nach rechts durchs Bild pumpt. Eine Gefahr für irgendeinen der Zuschauer besteht oder bestand dabei aber zu keiner Zeit, Klaro! Während dessen hat der Weltenbrand genügend Gelegenheit an Fahrt aufzunehmen, während den stümpernden Akteuren die Munition schon auszugehen droht. Nostradamus hätte seine Freude daran gehabt.

Wie in jedem guten Hollywood-Schinken agieren Regie und Produzent im Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung und bleiben dem zahlenden Publikum weitgehend unbekannt. Denn wie jeder Film ist das Drehbuch der Geschichte nicht nur ein Kunstprojekt, sondern vorallen Dingen ein ökonomisches Produkt. Und da geht es eben nicht so sehr um die gefeierten Knallchargen auf der Leinwand, sondern vorwiegend um die Rendite der Geldgeber.

Wie das Drehbuch der Geschichte funktioniert, darüber konnte ich Anfangs des Monats vor Finanzfachleuten zwei Vorträge halten, deren Kopie Sie unter Vortrag I und Vortrag II ansehen können. Die Folien sind zwar zum Teil selbsterklärend, aber nicht ganz. Daher werde ich in der kommenden Zeit noch einige Beiträge zur Erläuterung verfassen.

Mittwoch, 19. Januar 2011

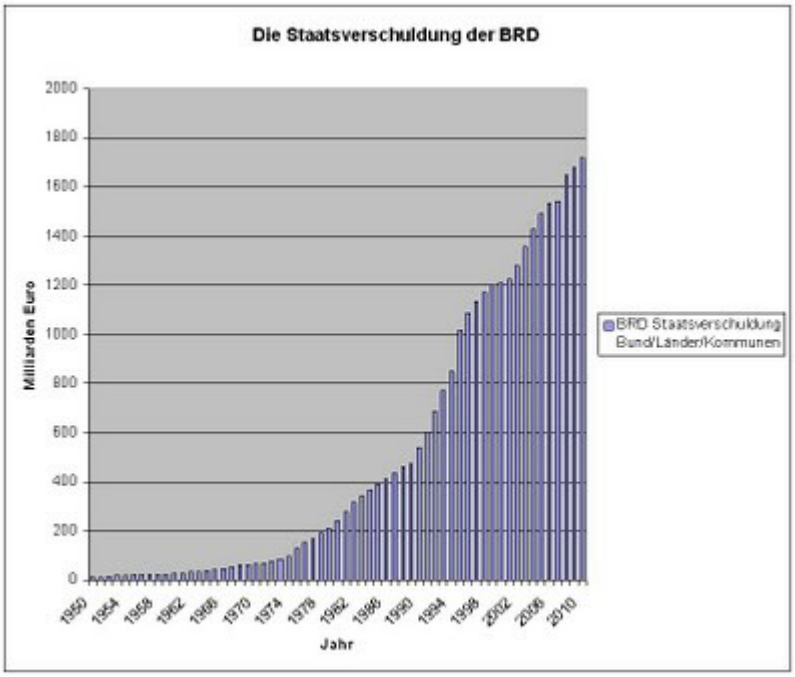
Den Bürge(n)(r) sollst du würgen: Der Haushalt NRW oder der Mythos Staatsverschuldung

Gestern titelte der Spiegel: *„Es ist ein schwerer Schlag für die Minderheitsregierung in Düsseldorf: Das nordrhein-westfälische Verfassungsgericht hat den rot-grünen Nachtragshaushalt 2010 quasi außer Kraft gesetzt. Das Urteil könnte weitreichende Folgen haben, denkbar sind sogar Neuwahlen.*“. In der Erklärung des Gerichts heißt es: *"Mit dieser ist der Landesregierung aufgegeben worden, bis zu einer Entscheidung im Normenkontrollverfahren gegen das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 von einem Abschluss der Kassenbücher für das Haushaltsjahr 2010 abzusehen und bis dahin keine weiteren Kredite auf der Basis des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 aufzunehmen."*.

Das Verfahren, dessen Ausgang noch unklar ist, wurde durch eine Anzeige der NRW Opposition von CDU und FDP gegen die amtierende Minderheitsregierung unter Frau Kraft, SPD, in Gang gesetzt. Der Anlass war die hohe Neuverschuldung die von bislang 6,6 Mrd. Euro (CDU/FDP) auf nun 8,4 Mrd. Euro (SPD/Grüne) klettern soll. Der Knackpunkt dabei ist, dass der NRW Finanzminister in den Haushalt auch Mittelrückstellungen verplante, die für zukünftig mutmaßlich anfallende Kosten der Bankenrettung, hier besonders der Landesbank WestLB, anfallen dürften. Von den 1,8 Mrd. Euro Kostensteigerung entfallen somit alleine 1,3 Mrd. Euro auf die von der CDU mitverursachten WestLB Pleite.

Das kann der Opposition nicht recht schmecken, da es in allen Haushalten bisher üblich war, in der Zukunft anfallende Kosten erst dann zu veranschlagen, wenn sie tatsächlich auf der

Türschwelle stehen. Das hatte immer den Vorteil, dass die „Erblastfrage" auf eine Zeit verschoben wurde, wo ihre Ursache längst nicht mehr aktuell war und somit leicht der dann jeweilig amtierenden Regierung angelastet werden konnte. Und die jeweils neuen Amtsträger konnten sich meist darauf verlassen, dass ein kräftiges Wirtschaftswachstum das implizierte Defizit schon mindern würde und man schließlich selber in Gelddingen nicht prinzipiell anders verfahren würde als die jeweiligen Vorgänger.



Nun, das klappt in Zukunft aber nicht mehr so richtig. So liegt unsere Staatsverschuldung zur Zeit bei offiziell „nur" 1715 Mrd. Euro, was verschleiert das der Löwenanteil der Neuverschuldungen seit 2008 in sogenannten Sondervermögen geparkt ist, die erst mal nicht als Schulden bilanziert werden. Das vorläufige Urteil aus NRW hat nun zwei spannende Themen zur Folge:

Gib es Neuwahlen in NRW und damit die 10.te Wahl dieses Jahr? Eine Regierung ohne Haushalt ist normalerweise dazu gezwungen. Andererseits ist eine Neuwahl, nach den aktuellen Umfragen, für die klagende Opposition vermutlich ein heftiger Bumerang. Und so verhält man sich, trotz des ersten Erfolges, in der Opposition auch lieber auffallend ruhig.

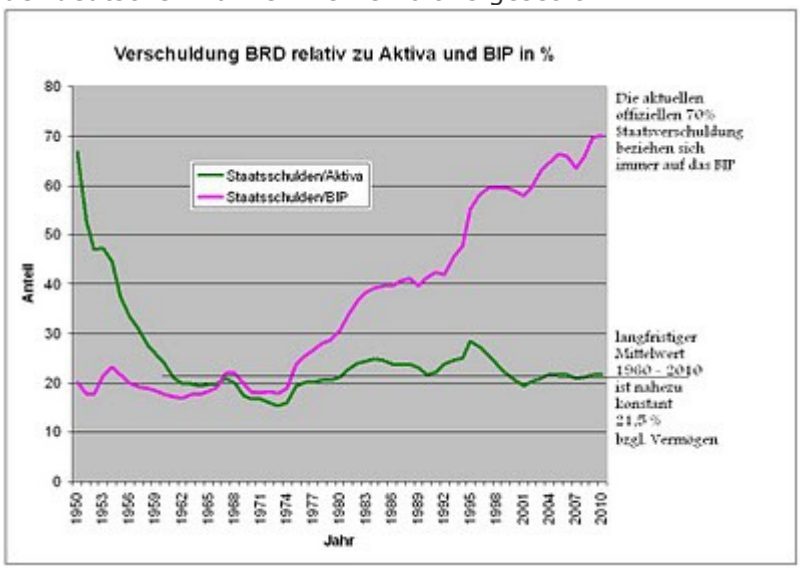
Zweitens: Wie fällt die Entscheidung in der Hauptsache aus? Letztlich geht es um die Frage, ob ein solcher Haushalt, der zukünftige vermutete Kosten bereits einpreist, rechtmäßig ist. Wird auf „Nein" entschieden, dann steht NRW ohne gültigen Haushalt da, na gut. Wenn aber auf „Ja" entschieden wird, hieße das eventuell auch im direkten Umkehrschluss, dass praktisch alle Haushalte in der BRD unrechtens sind, da sie eben das naheliegende genau nicht tun. Möglich natürlich ist auch eine salomonische Entscheidung um den heißen Brei herum. Also, spannend.

Womit wir also wieder bei den Sondervermögen wären, in denen europaweit bis 2010 sagenhafte 4600 Mrd. Euro versenkt wurden. Die Behauptung ist dabei, dass wären ja alles nur Bürgschaften (Garantien) und nur wenig bereits definitiv versenktes Geld. Man könne das also nach Marktberuhigung wieder zu Geld, vielleicht sogar mit Gewinn unterm Strich, machen. Nur, das ist völlig illusorisch. Denn bei diesen ausgegliederten Assets handelt es sich praktisch ausschließlich um die schlechtesten der schlechten Derivate, und die lassen sich in einer Zeit, wo selbst sichere Assets wie Dollarstaatsanleihen bereits unsicher sind, nie mehr zu positivem Geld machen. Denn obwohl 4600 Mrd., die Summe der schlechtesten Assets, deren öffentliche Bürgschaft selbst das vereinte Europa an den Rand des Ruins bringen wird, so sind es doch gerade einmal 14,3 % von knapp 32.000 Mrd. Euro der EU-Bankbilanzen. Und faul sind noch viel mehr, und dieser Anteil schon so gut wie verloren. Plus das, was demnächst noch dazu kommt, denn faul sind in Wahrheit längerfristig an die 50%.

Nun, unter Bankern gilt der geflügelte Spruch „Den Bürgen sollst du würgen". Durch die Übernahme dieser privaten Schulden in öffentliche Schulden gilt also ab nun „Den Bürger sollst du würgen", wenn es um die Rückzahlung all dieser Asset-Vermögen geht. Überhaupt ist der

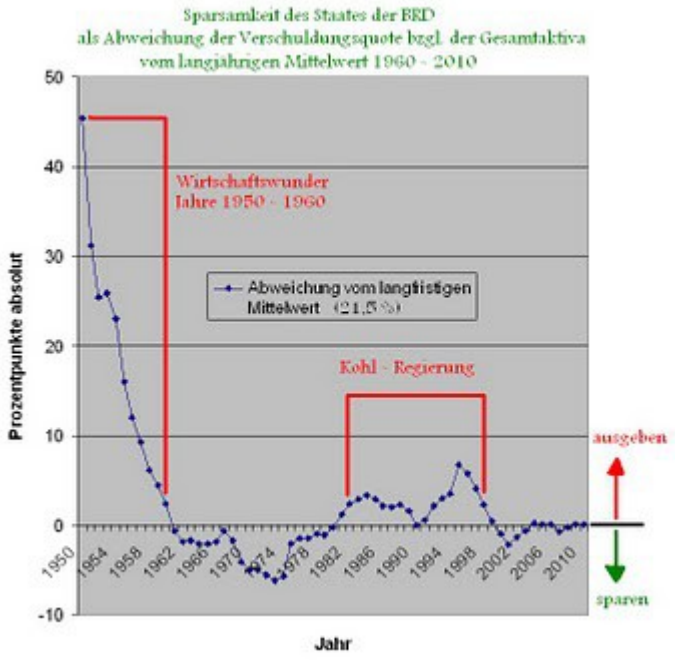
Kapitalwirtschaft ein unglaublicher Coup geglückt: Alle Welt redet über ausufernde Staatsverschuldung, als wenn dass das alles verursachende Problem wäre, und nicht über das Ausmaß der privaten Verschuldung, die bei weitem größer ist. So ist in der BRD der Anteil der Staatsverschuldung am BIP zwar rund 70%, was kaum die halbe Wahrheit ist aber schon bedrohlich klingt und ist. Gemessen an der Gesamtverschuldung sämtlicher Haushalte von zur Zeit rund 7585 Mrd. Euro sind es aber nur rund 22,6%. Die restlichen 77,4 % dagegen sind privat.

Zeit also, sich dem Mythos Staatsverschuldung mathematisch anzunehmen. In zweiten Graphik habe ich zunächst einmal die offiziellen Zahlen für Staatsverschuldung, BIP und Aktiva der deutschen Banken ins Verhältnis gesetzt.

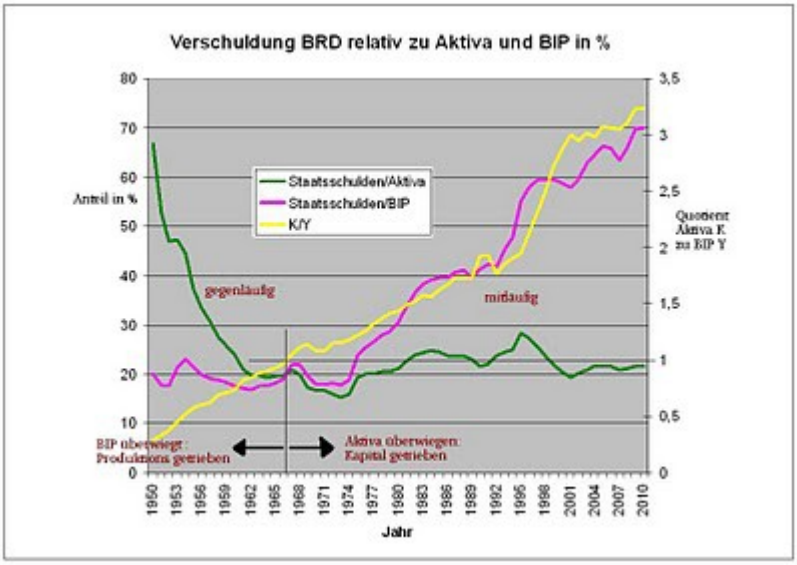


Da sehen wir zunächst etwas überraschendes: Obwohl die Staatsverschuldung (erste Graphik oben) in den letzten Jahrzehnten dramatisch zu genommen hat, ist ihr langfristiges Verhältnis bzgl. der Gesamtschulden nahezu konstant geblieben: Seit 1960 liegt sie bei durchschnittlich 21,5% der bundesdeutschen Aktiva. Davor waren es dagegen bis zu 70%, genau konträr zum in der Öffentlichkeit diskuttierten Wert im Verhältnis zum BIP: Das lag von 1950 bis 1960 immer um obige 20% und stieg danach auf den heutigen Wert von rund 70%. In der Zeit von 1960 bis 1975 sehen wir zudem, dass sich die Verhältniszahlen zu Aktiva und zu BIP kaum unterscheiden.

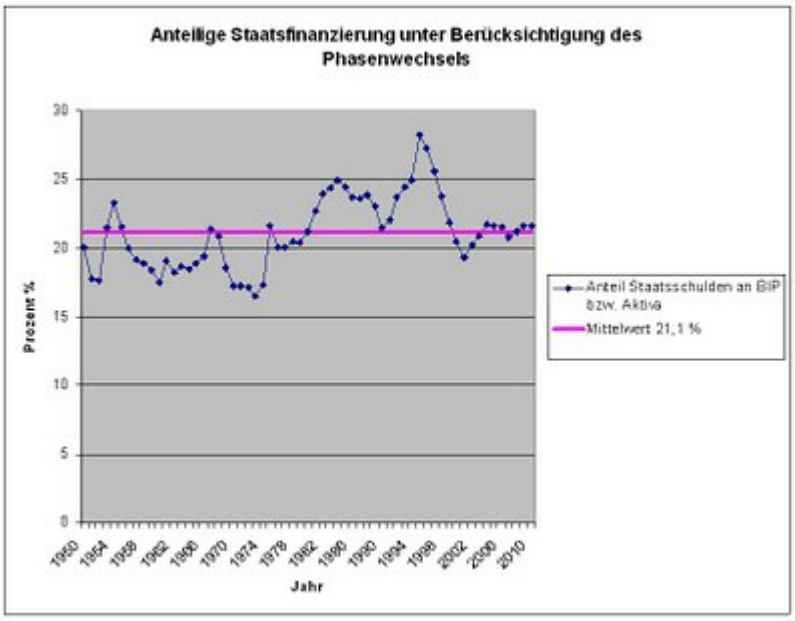
Seit den 60er Jahren hat sich also keineswegs die Staatsverschuldung exorbitant erhöht, sondern sie bleib bei einem konstanten Anteil der gesamtem Kapitalaktivität der Volkswirtschaft von rund 21,5 %. Nun betrachten wir die Abweichungen von diesem Mittelwert etwas näher:



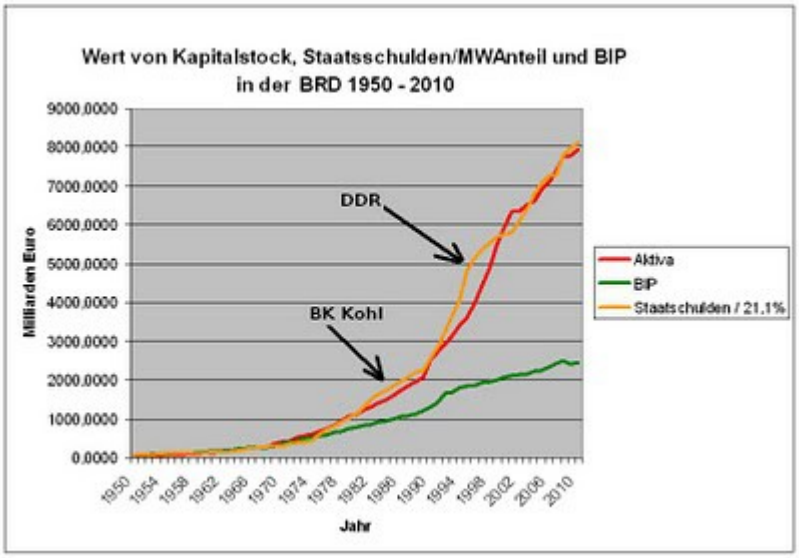
Wir sehen in den Wirtschaftswunderjahern 1950 bis 1960 ein stark erhöhte Investitionsquote des Staates. Dies ist verständlich, denn der Aufbau nach der Stunde Null benötigte weit mehr Kapital, als es der private Sektor alleine hätte bewältigen können. Danach aber blieb diese Investitionsquote nahezu konstant, lediglich die Zeit der Kohlregierung ragt ein wenig heraus, da sie den Kapitaleinsatz des Staates um bis zu 8%-Punkte gegenüber dem Mittelwert steigerte, was vor allen Dingen mit der Eingliederung der ehemaligen DDR einhergeht.



Da steckt also System dahinter, so sehen wir auch, dass am Anfang der Wirtschaft eine hohe Investitionsquote des Staates im Verhältnis zur Gesamtverschuldung zu einer konstanten oder sogar sinkenden(!) Verschuldung im Verhältnis zum BIP führt, also sogar gegenläufig ist. Nach dem Wechsel in den 60er Jahre aber verhält es sich umgekehrt, steigt die Verschuldung bezüglich der Gesamtverschuldung, dann steigt sie auch bezüglich des BIP, ist also mitläufig. Es findet Mitte der 60er-Jahre offensichtlich ein Übergang zwischen einer BIP-dominierten und Kapital-dominierten Volkswirtschaft statt.

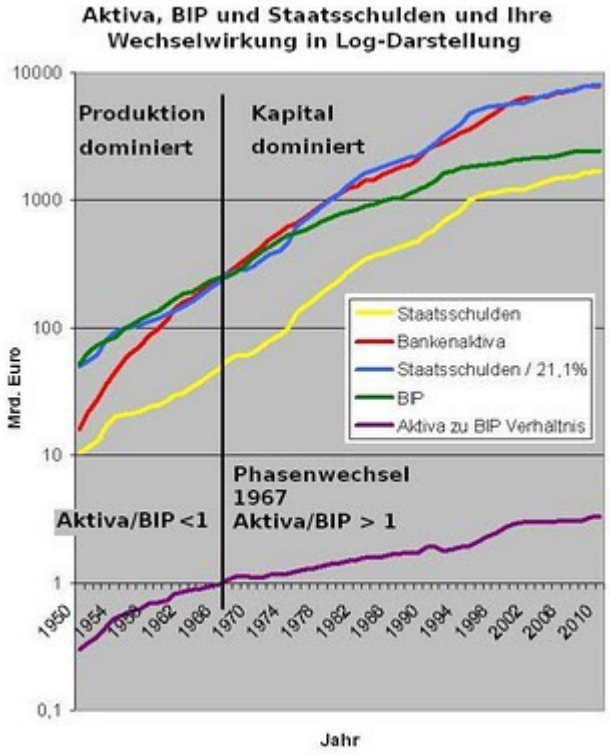


Nimmt man nun als relevante Größe bis zum Phasenwechsel das BIP, und danach die Vermögen, so kommt man zu obigem Bild: Der Kapitaleinsatz des Staates bleibt über den gesamten Zeitraum der Volkswirtschaft von 1950 bis 2010 bei erstaunlich niedrigen 21,1% im langfristigen Durchschnitt.



In der nächsten Graphik sind nun die Staatsschulden mit genau diesem Mittelwert von 21,1% linear skaliert worden. Wie wir sehen, verläuft die Staatsverschuldung in den letzten Jahrzehnten also absolut parallel mit der privaten Verschuldung. Von einem überbordenden Kapitaleinsatzes des Staates, und somit Staatsverschuldung, kann angesichts dieser Realzahlen also beim besten Willen keine Rede sein.

Der Staat macht also nichts anderes als jeder Privatier auch, da sind nur marginale Unterschiede erkennbar. So ist sein Betrieb, die BRD, sogar vorbildlich finanziert, am Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital hat sich langfristig nichts geändert.



In der letzten Graphik sehen wir des Pudels Kern. Denn genau im Jahre 1967 überschritt das Aktiva zu BIP-Verhältnis nach amtlichen Zahlen den Wert 1 (untere violette Linie). Die Darstellung ist hier logarithmisch gewählt, da sonst wegen des exponentiellen Anstiegs der langfristigen Werte das Verhalten am Beginn der Entwicklung kaum sichtbar wäre. Die Staatsverschuldung (gelbe Linie absolut, blaue Linie mit 21,1% skaliert) läuft, wie man deutlich sieht, zunächst parallel der Entwicklung der Produktion (grüne Linie), und nach dem Phasenwechsel dann parallel zu den Vermögen (rote Linie).

Zusammen fassend darf man sagen:

Von einer ausufernden Staatsverschuldung kann keine Rede sein. Im Gegenteil ist die BRD seit Beginn solide bewirtschaftet worden mit einem konstanten Kapitaleinsatz von etwa 21,1 % der jeweils relevanten Ressource.

Entgegen besseren Wissens (genauer: entgegen besserer Zahlen der Bundesbank, die man nicht verstanden hat) haben alle Regierungen super solide wie eine gut geführte Aktiengesellschaft gewirtschaftet. Die demokratische Kontrolle hatte bislang sogar so gut funktioniert, dass der Eigenkapitaleinsatz immer konstant geblieben ist und nur hier und da unwesentlich vom Mittelwert abwich.

Die Krise der Staatsfinanzen ist auch nur eine Krise des Geldsystems als ganzes wegen dem dem System inne wohnenden Zinseszinseffekts. Dies wirkt in etwa so, als wenn die externen Aktionäre (die Kapitalbesitzer) ständig Kapitalerhöhungen des Betriebes vornehmen, die den Wert der Stammaktien (der Schaffenden) zunehmend unterminieren.

Nun haben der Staat, aber auch die Mehrzahl der Bürger und die Journalisten der Mainstreammedien, sich allerdings dumm schwätzen lassen und in den vergangenen zwei Jahren gigantische private Schulden verbürgt und in Sondervermögen geparkt, die demnächst die solide Quote von 21,1% gewaltig in die Höhe treiben wird. Was notwendig wäre, wäre eine Neuausgabe von Aktien, die wieder einer gerechten Verteilung entsprächen.

Wenn andernfalls die Stammaktienbesitzer reihenweise von der Stange gehen, braucht sich sonst niemand zu wundern.

Eingestellt von H. Genreith um Mittwoch, Januar 19, 2011 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL, Wahl 2011

Reaktionen:

Montag, 4. Oktober 2010

Dead Man Walking V: Zur mathematischen Rigorosität des DMWM

Nicht jede Wissenschaft ist so vertraut mit der Methode der mathematischen Modellbildung wie die theoretische Physik. Für viele Leser dieses Blogs, insbesondere unter klassischen Ökonomen, ergeben sich daher ein paar grundsätzliche Fragen zum hier vorgestellten DMWM.

Dies sind insbesondere:

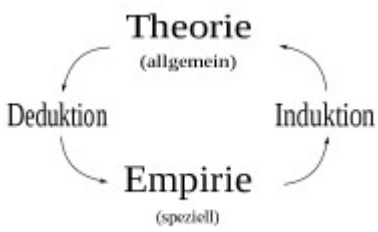
Warum macht man überhaupt eine mathematische Modellierung, welchen grundsätzlichen Vorteil hat das gegenüber qualitativen und empirischen (statistischen) Überlegungen?

Wie macht man so etwas denn sinnvoller Weise?

Warum kann denn dann irgendein Modell A, gegenüber einem anderen Modell B, einen größeren Anspruch auf Richtigkeit für sich reklamieren? Wieso taugen insbesondere das IWF 2005 Modell oder das Harrod-Domar Modell so wenig?

Nun, warum macht man mathematische Modellierungen? Es ist so, dass sich in jeder modernen Wissenschaft Experiment und Theorie gegenseitig ergänzen können und müssen. Dieser Wechselwirkungsprozess funktioniert, indem empirische Beobachtungen, das können gezielte Experimente oder eben Statistiken (wie die der DeStatis und Bundesbank) oder nur Umfragen sein. Der Erfolg solcher Experimente ist eine Kenntnis über die Wirkungen, die ein gegebenes System zeitigt. So in unserem Fall etwa die statistisch belegte Tatsache, dass der Kapitalstock i.d.R. exponentiell und bei weitem stärker wächst als das zugrunde liegende BIP, welches im Gegensatz dazu endlich in eine Stagnationsphase mündet. Oder das mit dem Wachsen des Kapitalstockes einerseits natürlich der (nominale) Reichtum zunimmt, aber im praktischen Gleichschritt auch die Armut. Zufall oder Regel?

An diesem Punkt setzt Theoriebildung ein. Denn wenn man aufgrund der Daten zu einer Idee über die zugrunde liegenden Ursachen kommt, dann lässt sich so etwas relativ einfach in eine Differentialgleichung formulieren, die dann nur noch integriert werden muss. Im Idealfall gelingt das auch analytisch, in sehr vielen Fällen muss man aber numerisch integrieren, was praktisch immer geht. Außer bei so komplexen Modellen, wie etwa Klimamodellen, die auch heute noch die Rechenpower selbst der modernsten Rechner überfordern.



Der Vorteil der Theoriebildung ist genau diese Rückführung eines Systems auf seine elementaren Ursachen. Denn erst wenn man die genügend verstanden hat, kann man wirksame Maßnahmen an den Wurzeln des Übels ansetzen, anstatt immer nur an den Symptomen herum doktern zu müssen. Hinzu kommt noch die Erfahrung aus vielen naturwissenschaftlichen Problemen, dass ausgesprochen komplexe Systeme meist aus der Kombination ganz weniger und meist simpler Ursachen folgen (so genannte Emergenz). Das macht die Theoriebildung eben so stark. Insbesondere entwickeln sich aus der dann möglichen mathematisch stringenten analytischen Betrachtung neue Zusammenhänge, die wiederum durch Experimente verifiziert, oder falsifiziert, werden können und müssen. Und dann beginnt das Karussell von neuem, bis, möglichst alles, stimmig ist.

Nun, wie macht man so etwas in rigoroser Weise? Das ist leider an den Unis, so meine Erfahrung, kein so gängiges Thema. Auch gerade bei theoretischen Physikern, die wie keine andere Naturwissenschaftler gründlich auf mathematische Modellbildung getrimmt sind, wird das zwar in allen Variation durchgekaut, aber letztlich doch häufig der Intuition, der Übung und praktischen Erfahrung überlassen. So stellt man Modelle schnell "aus dem Bauch heraus" auf, da man einfach im Urin hat, wie das am besten funktioniert. So habe ich es beim DMWModell natürlich auch erstmal gemacht.

Zur tieferen Begründung des DMWM, und im Besonderen auch als Ideensteinbruch für junge Ökonomen, schreibe ich nun diesen Beitrag zum Verständnis der Methodik und als Aufruf zur Weiterentwicklung durch interessierte Ökonomen. Denn da ist, wie wir sehen werden, noch viel Luft nach oben drin. Das Folgende setzt aber einiges an mathematischen Grundverständnis voraus: Wer sich als Natur- oder Ingenieurwissenschaftler mit solchen Modellierungen regelmäßig auseinander setzt kennt diese. Ökonomie ist im Grundsatz eigentlich ebenfalls eine Ingenieurswissenschaft, sie wird allerdings oft mehr in der philosophischen Ecke angesiedelt bzw. sie bildet gar eine eigene Zwitter-Fakultät (WiSo-Fakultät), was der Sache allerdings weniger gerecht wird und viele aktuell augenfällig gewordene Mängel erklärt.

Nun, welche grundsätzlichen Ansprüche stelle ich an ein mathematisches Modell (Theorie)?

Erstens: Es muss natürlich das im Experiment (Statistik) tatsächlich beobachtete Verhalten mit ausreichender Genauigkeit wiedergeben. Und zwar nach Möglichkeit global, das heißt über den gesamten Verlauf des Systems, und nicht nur lokal (d.h. nur für einen kleineren Bereich).

Zweitens: Es muss Konsistenzbetrachtungen stand halten. So etwa sollten Erhaltungsgrößen auch erhalten bleiben. Das drückst sich in so genannten Kontinuitätsgleichungen aus.

Drittens: Im ersten Ansatz sind wir natürlich mit einer nur globalen Übereinstimmung zwischen Theorie und Experiment schon zufrieden, ohne gleich jedes Detail erklären zu wollen (wissenschaftlich ökonomisches Handeln: erstmal das Grobe, der Feinschliff kommt später). Im Idealfall, einer Kascade der wechselseitigen Beeinflussung zwischen Theorie und Experiment, stimmen aber am Schluss die theoretischen und gemessenen Werte praktisch überein, denn jedes gute Modell lässt sich durch hinzufügen weitere Einflussgrößen (Ursachen) bzw. Anpassungen verbessern (Wirkungserklärung). Also für den Anfang gilt immer: So einfach wie möglich. Aber nicht einfacher! (Denn Letzteres führt direkt zu singulären und inhaltsleeren Gleichungen).

Viertens: Mathematisch nicht so hauptsächlich aber wichtig ist, dass die behaupteten Ursachen begründbar und nachvollziehbar sein sollten ("gesunder Menschenverstand"). Und natürlich muss es mathematisch (physikalisch) sauber sein, aber dass ist eigentlich nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit (eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung).

Kommen wir also zu unserem speziellen Problem: Gesucht ist eine Lösung für den Zusammenhang zwischen Kapitalstock (Aktiva bzw. Passiva, K(t)) und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP, Y(t)) im zeitlichen Verlauf einer Volkswirtschaft.

Das es einen Zusammenhang zwischen Kapitalstock und BIP gibt, ist ganz offensichtlich und ist auch allgemein akzeptiert. Nur, wie sieht er konkret aus?

Die „aus dem Bauch"-Modellierung sieht so aus: Ich habe eine vernünftige Idee über die Ursachen (Änderungsraten df/dt), und dann schreibe ich die einfach mal als Differentialgleichung (DGL), bzw. da wir die Abhängigkeit zweier Größen suchen, als Differentialgleichungssystem (DGLS) hin. Außerdem probiere ich erstmal einen linearen Ansatz, weil der einfacher ist und erfahrungsgemäß oft schon die Lösung bringt. Dann teste ich die Lösung auf Konsistenz, wenn's geklappt hat ist es o.k., wenn nicht, muss ich halt was an meinem Ansatz ändern, in dem ich mir etwa noch mal tiefere Gedanken über die Ursachen mache.

Aber man kann das auch mathematisch rigoroser formulieren: Zunächst haben wir zwei Funktionen, die gesucht werden. Die Änderungsraten d/dt der Funktionen linkerseits sind die Wirkungen, die Funktionen auf der rechten Seiten die dafür (mutmasslich) verantwortlichen Ursachen.

dY/dt= F(t,Y(t),K(t),pi(t)...) und dK/dt= G(t,Y(t),K(t),qi(t)...)

Die Funktionen F und G sind, falls man keine Superidee hat, natürlich zunächst völlig unbekannt. Sicher ist nur, dass sie von der Zeit t, als auch jeweils von der anderen Einflussgröße Y(t) und/oder K(t) abhängig sein müssen. Dazu kommen noch weitere Parameter, nämlich die, eventuell zeitabhängigen Funktionen pijkl(t) und qijkl(t), das können Prozentsätze oder was auch immer für Parameter sein. Aijkl und Bijkl sind einfache Konstanten.

Nun kann man aber einen mathematischen Trick machen, der bei jeder anständig analytischen Funktion gut fluppt: Nämlich eine Darstellung als Taylorreihe:

dY/dt= Sum (Aijkl pijkl(t) Y^(i)j K^(k)l, …)
dK/dt= Sum (Bijkl qijkl(t) Y^(i)j K^(k)l, …)

Das geniale an der Taylorentwicklung ist, dass sich jede unendlich differenzierbare Funktion durch eine Reihe von konvergierenden Approximationen ersetzen lässt. So weit so gut, aber nun kann man erstmal die führenden linearen Terme nutzen. Die höher gradigen Terme spielen nämlich rund um den Entwicklungspunkt nur eine kleine oder gar keine Rolle (Aijkl bzw. Bijkl =0). Aus diesem wohl begründeten Fakt heraus, darf ich tatsächlich erstmal einen einfachen linearen Ansatz probieren. Der ist nämlich mindestens lokal, und wenn ich Glück habe, auch sogar global gültig. Also jetzt nur die führenden Terme der Taylorentwicklung:

dY/dt= A000*p0000 + A0100*p0100*Y + A0001*p0001*K + …..
dK/dt= B000*q0000 + B0100*q0100*Y + B0001*q0001*K + …..

Das ist also die erste Stufe der Vereinfachung, denn Terme wie p0101*Y*K oder p0204Y^2*K^4 oder p2201*d2Y/dt2*K etc. pp. fallen erstmal weg, weil sie zumindest lokal, d.h. zumindest auf einem sehr engen Bereich Delta-t, keine Rolle spielen.

Als nächste Stufe sinnvoller Vereinfachungen ziehen wir die Aijkl und Bijkl einfach in die Parameterfunktionen pijkl und qijkl rein, und schreiben also:

dY/dt= y0 + p1*Y + p2*K
dK/dt= k0 + p3*Y + p4*K

Dies ist nun das allgemeinste lineare Modell (*). Hier muss nun die, ökonomisch begründete, Diskussion über den Sinn und die Ausgestaltung der Parameterfunktionen y0,k0,p1,p2,p3,p4 (t) einsetzen. Diese Funktionen sind im allgemeinen Funktionen der Zeit, ggf. aber sind es Pseudo-Konstanten (also so gut wie konstant), oder gar Konstanten, insbesondere können sie auch identisch Null sein.

In die nächsten Überlegungen fließen nun ökonomische und mathematische Konsistenzbetrachtungen ein. Also überlegen wir uns, was die Parameter y0,k0,p1,p2,p3,p4 für eine Bedeutung haben. Die Parameter y0 und k0 ergeben keinen großen Sinn, denn ihre Bedeutung wäre ein sowohl von Y als auch von K völlig unabhängiges Wachstum. Hier könnte man ggf. aber mit der Wirkung von Schattenwirtschaften, wie Tauschhandel oder Falschgelddruckerei Sinn hinein definieren. In einer einigermaßen rechtschaffenden Gesellschaft können wir sie mit gutem Recht zu Null setzen, da sie vermutlich eine nur geringe Rolle spielen:

dY/dt= p1*Y + p2*K
dK/dt= p3*Y + p4*K

Bleiben noch die Parameterfunktionen p1 bis p4. Fangen wir mit erster Gleichung an. Wann wächst die Volkswirtschaft, ohne Kapitaleinsatz, aus sich selbst? Nun ja, wenn man sich ganz lieb hat. Nämlich durch das Bevölkerungswachstum. Zumindest für die BRD kann man das aber gegen das BIP-Wachstum durch Kapitaleinsatz vernachlässigen, denn die Bevölkerung ist in den Nachkriegsjahren bis heute erstaunlich stabil gewesen. Anders in typischen Einwanderungsländern, wie der USA, wo die Zuwanderung das natürliche Wachstum überwiegt. Man kann also p1=0 setzen. Muss man aber nicht, man kann eine geeignete Formulierung von p1(t) auch nutzen, um den Effekt des Bevölkerungswachstums der arbeitenden Bevölkerung auf das BIP zu studieren. Aber hier jetzt:

dY/dt= p2*K
dK/dt= p3*Y + p4*K

Aus Konsistenzgründen sollte nun p2=-p4 sein, denn das Kapital wächst durch Verzinsung aus

dem BIP. Neben der Verzinsung aus Investitionen wächst es natürlich auch noch durch die Spareinlagen aus den Einkommen aus dem BIP, ergo ist p3=ps, die Sparquote, in der Ökonomie oft mit S(=ps*Y) bezeichnet. Die Sparquote wiederum ist eine Pseudokonstante, denn die deutsche Sparquote ist langjährige kaum verschieden von um die 10%, somit ps(t)=ps=const. Damit ist man fast fertig:

dY/dt= -pn(t)*K
dK/dt= ps*Y + pn(t)*K

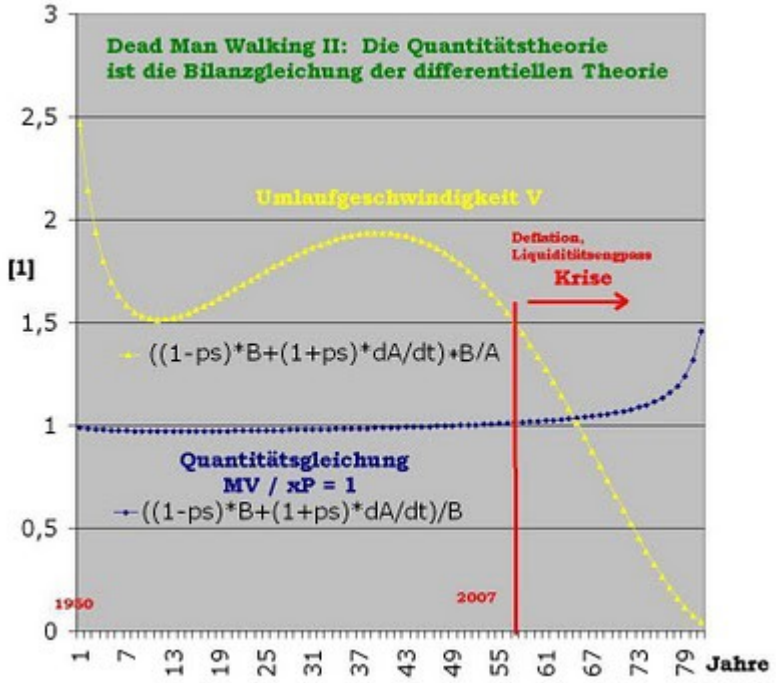
In die konkrete Formulierung von pn(t) (im IWF Modell Buchstabe g) wiederum benötigt eine Annahme über das Verhältnis von Investitionen in die Realwirtschaft zu den Eigengeschäften des Finanzsystems. Mit

pn(t)= pv – pr(t) := pv – pv*a*exp(-(t-T)/T)/e

habe ich jetzt lediglich eine einfache Verlaufsform eingesetzt, die von der empirisch belegten Aussage ausgeht, dass mit der Zeit und exponentiell steigenden Kapitalstöcken das BIP nicht mehr genügend ertragreiche Renditequellen besitzt, so dass der Eigenhandel, d.h. das Investmentbanking, stetig zunimmt. Statt dessen kann man hier natürlich auch aus den statistischen Daten die tatsächliche Verteilung zwischen Realwirtschafts- und Investmentanteilen heraus kitzeln und in das Modell anstelle von obiger Formel investieren.

An dieser Stelle muss man aber zugeben, dass es durchaus verschiedene Möglichkeiten gibt, die Funktionen p2 bis p4 zu gestalten. So wollen klassische Ökonomen die Gleichheit von p2=-p4 nicht gerne einsehen. Denn die klassische Ansicht ist, dass in p2 nur die Menge des in die Realwirtschaft unmittelbar investierte Kapital einfließt, das Geschäft aus dem Interbankenhandel mit Derivaten und Wetten etc. pp. dagegen nicht. Ergo, sollte der Betrag von |p4|>>|p2| deutlich größer als der von p2 sein können, was den negativen Effekt von zuviel Kapital deutlich entschärfen würde. Dem ist allerdings entgegen zu halten, das auch beim Bankeneigenhandel der Gewinn immer aus dem BIP kommen muss. Denn irgendwer muss am Schluss der Kette von Verkäufern und Käufern die Papiere bezahlen. Und der letzte in der Kette entzieht dabei dem BIP Kapital, wenigstens um den Betrag den er demjenigen drauflegen muss, der ihm die Papiere mit Gewinn verkauft. Die Zinsen also. Und das Geld gibt er dann nicht mehr für ein neues Auto aus, sondern legt sich die Lehman-Zertifikate in den Tresor. Oder eine Firma, die ihre Gewinne in solche Papiere anlegt, anstatt neue Maschinen zu kaufen oder Leute einzustellen, weil sie sich höhere Gewinne mit Ami-Schulden versprechen.

Andererseits: Probieren Sie’s aus und setzen sie andere Funktionen ein. Dafür sind solche Modelle ja gerade da. Und dann schauen Sie, ob die reale Entwicklung des Systems besser oder schlechter approximiert wird.



Und, schauen Sie, ob das System dann immer noch konsistent ist! Denn so eine Kontinuitätsgleichung stellt die so genannteQuantitätstheorie der Ökonomie M*v=x*P dar. Und die ist im Dead Man Walking Modell tatsächlich erfüllt, der Quotient Mv/xP=1 ist nämlich eine Erhaltungsgröße der Ökonomie und sie bleibt tatsächlich die ganze Zeit konstant (blaue Kurve) und läuft erst aus dem Ruder, wenn das System schließlich kollabiert. Die sehr geringfügigen Abweichungen resultieren aus der Tatsache, dass das DMWM numerisch mit einer Excelltabelle integriert wurde, was immer zu leichten Rundungsfehlern führt.

Vergleichen Sie bitte auch den aus dem DMWM resultierenden Verlauf der Umlaufgeschwindigkeit (gelbe Kurve) mit den Aussagen der Wikipedia zum empirischen Geldumlauf: *„...Damit eine Volkswirtschaft störungsfrei funktioniert, muss die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes möglichst konstant sein. Tatsächlich aber sinkt die Umlaufgeschwindigkeit in Deutschland seit 1981 stetig...*", Auch im DMWM fällt die Umlaufgeschwindigkeit seit den 1980er Jahren. Und weiter: *„...Für V2 wurde für eine Reihe von OECD-Ländern ein langfristig U-förmiger Verlauf nachgewiesen...*". Nun, das ist genau der qualitative Verlauf wie im DMWM.

Eine tiefere Begründung erhält die alte Ökonomenweisheit Mv/xP=1 auch durch einen Vergleich mit physikalischen Problemen. Denn, schaun wir mal:

dr/dt+div j = 0

Das ist eine normale Kontinuitätsgleichung, wie wir sie aus der Physik kennen. D.h. in diesem Falle, dass die Quelle für einen Strom j die Ladungen r sind. Und, es bedeutet, dass die Ladung eine Erhaltungsgröße ist. Das gilt in allen Systemen mit Erhaltungsgrößen. Man kann die Gleichung auch als Vierer-Vektor schreiben:

Div (j,r) =0

Die Vierer Divergenz ist Div(j,r):= (d/dx,d/dy,d/dz,d/dt)*(jx,jy,jz,r) = (ve * j + dr/dt) =0, mit ve:=Einheitsgeschwindigkeit.

In der Ökonomie gilt nun

vM-xP=0.

Die Einheiten sind für M und P jeweils Euro, für v und p sind es Ereignisse 1/Jahr. Umgeschrieben in so einen Vierervektor steht nun da:

Div(M,-P)=0

Es handelt sich daher bei der Quantitätstheorie genau um die Kontinuitätsgleichung, wie wir sie aus der Physik für elektrische Ströme Div(j,r)=0 kennen, wobei es sich hier aber um Geldströme handelt. Wobei die Preise die Funktion einer (Ladungsquelle) haben. Anders ausgedrückt Die Preise (der Konsum) sind die Quelle der Geldströme (Vermögen). Wer hätte das geahnt...genauer ausgedrückt: Da steht minus P, wobei P das Preisniveau ist. Ergo steigt das Preisniveau (Inflation) so schädigt das die Vermögen, sinkt es (Deflation) stärkt es die Vermögen und schädigt natürlich das BIP.

(**Ergänzung 05.10.:** Wie man an obigem Plot (blaue Kurve) sieht, geht die Quellfreiheit des Systems in der endlichen Krisenphase verloren. Dies liegt natürlich daran, dass am Ende des Systems extrem viel Kapital ins System eingespeist wird. So drucken ja inzwischen alle westlichen Zentralbanken fleißig Geld. Das wirklich interessante ist aber nun: **Der Verlust der Quellfreiheit ist systemimmanent.** Sie geht am Ende wegen des exponentiellen Zinseszinseffekt auf jeden Fall verloren. Entweder müssen immer mehr Leute immer wackeligere Papiere kaufen, und wenn die es nicht tun, dann muss der Staat das Zeugs übernehmen, damit das System nicht kollabiert. Und weiter kann man sehen: Wegen Div(M,-P)=0 kriegt man das System nur dann wieder quellfrei, wenn man das Preisniveau P entsprechend kräftig erhöht, also inflationiert. Was Politik und Finanzwesen zur Zeit also unternehmen, ist nur der Zwangsläufigkeit des Systems geschuldet. Wobei man hofft, der letzten Konsequenz der Inflation und Hyperinflation zu entgehen. Nur, die Hoffnung darf man sich abschminken, irgendwann stellt sich das System wieder quellfrei. Was Formeln leider nicht aussagen können ist, ob dies einigermaßen schmerzfrei oder im Chaos enden wird.)

Natürlich kommen solche Analogien zwischen Physik und Ökonomie nicht von ungefähr, denn die Mathematik und die theoretische Physik beschäftigt sich mit Strukturen. Ob Ladungs- oder Geldströme, es macht keinen Unterschied, Namen sind Schall und Rauch. Die Strukturen sind maßgeblich. Und die Makroökonomie ist eine typische mechanische Struktur von Strömen und Quellen.

Hier sei noch zu bemerken, dass die hier beschriebene Methodik und das DMWM natürlich noch erweiterbar sind, durch die Hinzunahme weiterer Einflussgrößen, insbesondere von Außenhandelsungleichgewichten. Das geht recht einfach durch einen weiteren Kopplungsparameter an die Nachbarökonomie. Weitere Varianten sind das Testen von Ökonomien, die auf Investmentbanking verzichten oder die andere Geldsysteme besitzen etc. pp. Natürlich wird das dann immer komplexer und ist nur mit viel Numerik zu erschlagen.

Somit kommen wir abschließende zu der Frage, warum ein Modell A besser oder schlechter als Modell B ist? Die Antwort erschließt sich aus oben gesagten. Die Nagelprobe ist immer die Frage, das heißt der Test, ob die Realität global und mit vertretbarer Genauigkeit wieder gegeben wird, und ob das System insgesamt, sowohl mathematisch als argumentativ bzgl. der Ursachen, konsistent ist.

Das IWF Modell hatten wir hier bereits im Fokus, es ist schlichtweg singulär und sinnfrei. Ein Vergleich mit dem allgemeinsten linearen Modell (*) zeigt nun die Abstrusität deutlich: Erstens enthalten die Gleichungen (1’) dY/dt = g*Y (2’) dI/dt = g*I (3’) dK/dt = g*K keinerlei gegenseitige Abhängigkeiten, was schon ein Ausschlusskriterium ist, und zweitens setzt man faktisch die Rate der arbeitenden Bevölkerungsentwicklung gleich mit der Rate des exponentiellen Wachstums g des Kapitalstockes. Anders gesagt: Damit die Folgerungen des IWF’s annähernd aufgehen, müssten wir heute den Faktor 3,25/0,4 * Einwohnerzahl 1950 an Bevölkerung haben, also etwa 560 Millionen, statt 81. Und die müssten auch noch eine Beschäftigungsquote wie in den Wirtschaftswunderzeiten haben.

Kommen wir noch zum Harrod-Domar Modell. Nun, das Modell bringt so widersprüchliche Ergebnisse, dass es zu Recht keine große Anerkennung gefunden hat. Dito eine Reihe vergleichbarer Systeme. In Bezug auf unser allgemeines System sieht man den Fehler wieder bei den Grundgleichungen: So beginnt die Herleitung mit dY/dt = 1/v * dK/dt. Mathematisch hat er also erstmal alle linearen Terme zu Null gesetzt. 1/v ist eine Konstante, entsprechend p0011. So was könnte man machen, wenn man vorher die eigentlich führenden Terme schlüssig weg diskutiert hätte. Hat er aber nicht, sondern nur eine schwammige Vermutung genommen und die empirisch nicht belegbaren Effekte ignoriert. Zwar ist hier Y=Y(K) schon mal abhängig formuliert, o.k., aber was steht denn da: Das BIP wächst gleichförmig mit dem Kapitalstock. Kurz um: Hier

wird die Behauptung zur Voraussetzung der dann folgenden Ableitungen gemacht.

Naja, wie sagte Meister Einstein anno dazumals: Der Kern des Wissenschaftlers ist, dass er sich noch wundern kann.

Eingestellt von H. Genreith um Montag, Oktober 04, 2010 1 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL

Reaktionen:

Freitag, 10. September 2010

Dead Man Walking IV: Das karge Brot des Mathematikers

Das "Dead Man Walking Modell" ist ja nun ein typisches Wachstumsmodell. Interessant ist es nun natürlich, vergleichend die in der Standardökomie aber tatsächlich verwendeten Modelle zu untersuchen. Die Wikipedia gibt dafür, dankenswerterweise, einen guten und schnellen Überblick, ohne sich gleich durch massenhafte Ökonomie-Schmöker wälzen zu müssen.

Vorab möchte ich die bezeichnende Schlussbemerkung des obigen Artikels zitieren: *"Diese Formel wird vom Internationalen Währungsfonds in seiner Studie von 2005 zum Investitionsverhalten benutzt. Er spricht dabei von „Standard-neoklassischem Wachstumsmodell". Wobei allerdings die meisten Gleichungen tautologisch sind, also für ganz unterschiedliche Wachstumsmodelle, also auch für das Harrod-Domar-Modell gelten."*

Nun, wie sieht denn nun dieses tautologisch-standard-neoklassische „allgemeingültige" Wachstumsmodell aus, dass die Grundlage aller tatsächlichen Entscheidungen für das Weltwirtschaftssystem ist?

Zunächst schauen wir uns das Modell, in der dort üblichen Schreibweise an:

(1) Y_t = (1+g)*Y_(t-1)

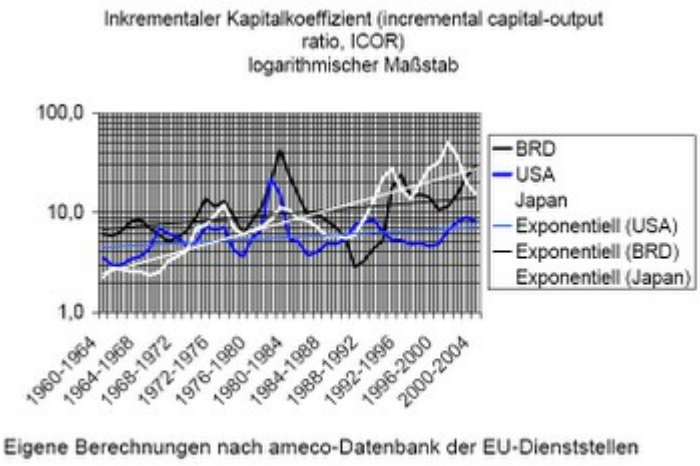
(2) I_t = (1+g)*I_(t-1)

(3) K_t = (1+g)*K_(t-1)

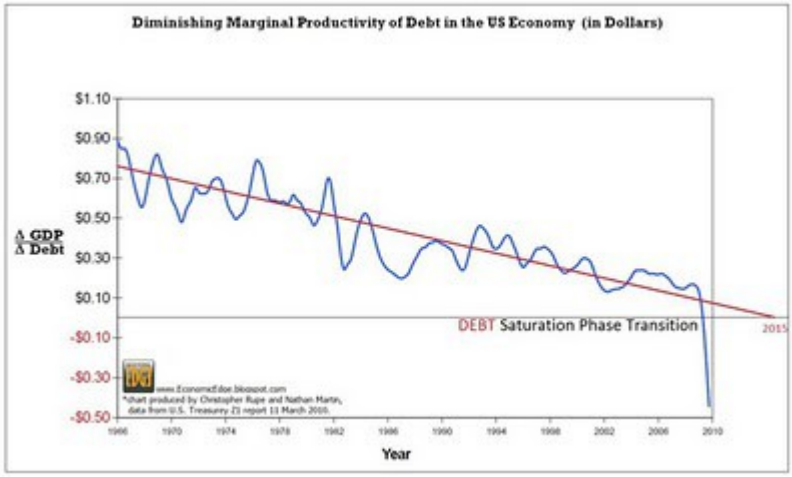
Dabei sind die Größen folgendermaßen definiert: Y ist das Bruttoinlandsprodukt, also das BIP. I ist die Bruttoinvestition und K ist der Kapitalstock. Die Größe g ist das jährliche Wachstum des BIP. Der Index _t heißt immer das letzte Bezugsjahr, _(t-1) dann natürlich das jeweils voran gegangene Jahr.

Aus diesen Gleichungen werden dann wichtige Folgerungen gezogen, die endlich in dem so genannten Koeffizienten der Kapitalwirksamkeit, engl.: productivity of debt: i* = I_t/K_t = ..., also Bruttoinvestitionen pro Aktiva bzw. Passiva gipfelt.

Bilder sprechen mehr als tausend Worte, daher hier zwei Bilder des identischen Umstands. Einmal das Bild (Quelle Wikipedia), das die Währungsexperten nach obiger Formel eigentlich erwarten würden:



Und nun das Bild, das nach den hoch offiziellen Daten der US-Census-Behörde (Quelle: SWARMUSA) in Wahrheit vorliegt:



Fällt ihnen da was auf? Zwar sind die beiden Graphen unterschiedlich skaliert, so oben offizielle Version logarithmisch, was die Dramatik des Effektes sogar noch stark unterdrückt. Nun, beim Ersten geht es jedenfalls mächtig aufwärts, bei Zweitem dagegen mächtig abwärts! Da läuft wohl etwas grausam schief. Denn die obere Graphik ist das, was unsere ökonomischen und politischen Verwalter als eisernen Maßstab für ihre Entscheidungen nehmen.

Warum das so problematisch ist, dass sieht man, wenn man die klassische Herleitung des Wachstumsmodells des Internationalen Währungsfonds einmal in die Notation des DMWM übersetzt:

(1') B_t = (1+pw)*B_(t-1)

(2') pn*A_t = (1+pw)*pn*A_(t-1)

(3') A_t = (1+pw)*A_(t-1)

Das sind die klassischen Formeln in unserer DMWM-Notation. Die Bedeutung der Größen B (BIP), A (Aktiva=Passiva), pn (Investition) können Sie dem Beitrag DMWM entnehmen, den Wert Wirtschaftswachstum pw dem Beitrag zur Ökonomie auf meiner Homepage.

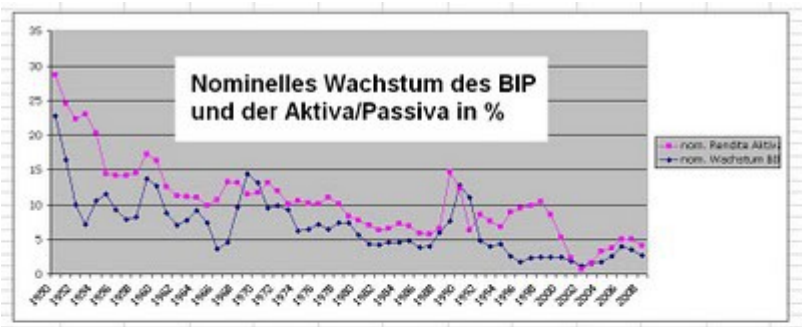
Schon bei der Aufstellung dieser Gleichungen sieht man die zwei Fehler der Klassiker: Erstens wird vereinfachend angenommen, dass alle Größen mit gleicher Rate g (das ist unser pw) wachsen. Nun, Vereinfachungen in Modellen sind nicht grundsätzlich zu verteufeln, aber man muss sich immer dabei überlegen, ob eine solche Vereinfachung angemessen und praktikabel ist.

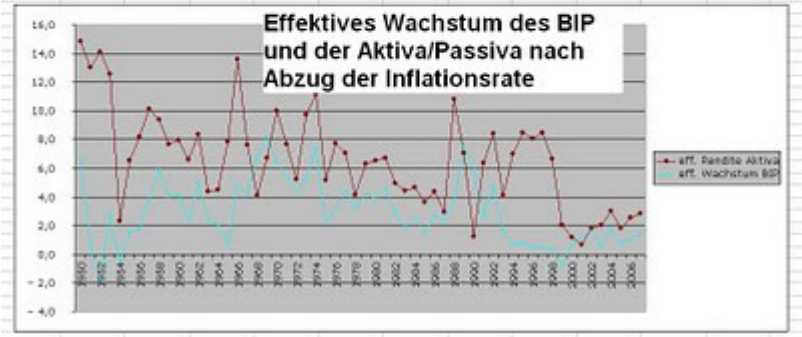
Aber schon ein einfacher Blick auf die Wachstumsraten von BIP und Aktiva über einen längeren Zeitraum zeigt, dass dies unmöglich gerecht fertigt ist:

Die Wachstumsraten sind klar und deutlich unterschiedlich. Aber selbst ohne die Kenntnis der Graphik ist es äußerst gewagt, eine solche vereinfachende Annahme hier einfließen zu lassen. Denn jedem Banker ist klar, das die Kapitaleigner immer etwas mehr haben wollen, als das Wirtschaftswachstum alleine hergeben würde. Und die dann unweigerlich einsetzende zunehmende Spreizung, nicht zuletzt wegen des Zinseszinseffektes, ist nun wirklich kein Geheimnis.

Aber es kommt noch viel schlimmer: Die drei Gleichung stellen nun ein Gleichungssystem dar, aus dem weitere Folgerungen hergeleitet werden. Wir sehen aber sofort, dass das System singulär ist, denn Gleichung (2) und (3) sind nicht unabhängig, sondern unterscheiden sich nur um einen Faktor, den man einfach ausdividieren kann. Die Folgerungen aus (hier unwissentlich) singulären Gleichungssystemen sind aber immer dubios, um es mal ganz vorsichtig auszudrücken. Mathematisch gesehen sind sie prinzipiell so sinnlos wie unzulässig.

Eigentlich muss man die Singularität des Gleichungssystems schon sehen, wenn man sich die Vereinfachung des Wachstumskoeffizienten g anschaut. Denn es ist schon der Erfahrung widersprechend, dass der Zins der Kapitalwirtschaft gleich dem Wirtschaftswachstum ist, denn er ist grundsätzlich immer höher, wie folgendes Bild zeigt:





Zweitens setzt die Verwendung eines identischen g in (1) und (3) voraus, dass BIP und Kapitalstock dauerhaft die gleiche Größe besitzen. Denn andernfalls wächst oder schrumpft der jeweils andere exponentiell stärker. Und dann sind notwendigerweise auch die g unterschiedlich. Man könnte hier jetzt frecher weise unterstellen, dass eben nur der Anteil des Kapitalstockes der vom BIP tatsächlich gebraucht wird verzinst würde, und der Rest eben nicht, um das Gleichungssystem zu retten. Aber natürlich weiß jeder, das alles Kapital verzinst sein will, nicht nur das was für Investitionen in die Realwirtschaft tatsächlich gebraucht wird. So ein innerer Widerspruch ist symptomatisch für ein singuläres Gleichungssysteme.

Das Problem, genau an dieser Stelle ist, dass die Gleichungen des BIP und des Kapitalstockes als unabhängig und nicht wechselwirkend betrachtet werden. Das kann nicht funktionieren, und man muss es eigentlich schon sehen, wenn man versucht die Gleichheit aller drei g's zu begründen. Aber man sieht es spätestens, wenn man die wundersam anmutende, völlig unabhängige gleiche Wachstumsgleichung

(1') Y_t = (1+g)*Y_(t-1) = Y_(t-1) + g* Y_(t-1)
(3') K_t = (1+g)*K_(t-1) = K_(t-1) + g* K_(t-1)

umschreibt in die (mit DeltaT=1 Jahr) völlig äquivalente Differentialgleichung:

(1') dY/dt = g*Y
(3') dK/dt = g*K

Die hat natürlich eine simple Lösung, nämlich einfach

(1') Y(t)=Y0*exp(g*t)
(3') K(t)=K0*exp(g*t)

d.h. beide Größen wachsen, unabhängig voneinander, bis in alle Ewigkeit auf beliebige Größen. Spätestens an diesem Punkt müsste einem die völlige Unsinnigkeit des Modells auffallen. Wenn man es sich mit der Modellbildung aber nicht so einfach macht, dann kommt man ganz schnell auf die einzig vernünftige Idee, nämlich dass die Gleichungen (1) und (3) verkoppelt werden müssen. Denn grundsätzlich gilt erstmal

(1') Y_t = a*f(Y_(t-1)) + b*g(K_(t-1))
(3') K_t = c*h(K_(t-1)) + d*j(Y_(t-1))

Da wir aber von einem linearem Verhalten ausgehen können, schreiben wir

(1') Y_t = a*Y_(t-1) + b*K_(t-1)

(3') K_t = c*K_(t-1)) + d*Y_(t-1)

Das sieht jetzt schon so ähnlich aus, wie bei den Klassikern, aber jetzt kommt der wichtige Schritt, wo die Ökonomie das Wasser lässt: Da das BIP in aller Regel Kapital finanziert wächst, kann man a=0 setzen. Es kann zwar aus sich selbst wachsen, aber aus eigenem Saft, etwa durch Steigerung der Arbeitskraft, geht das kaum und nur sehr langsam. (Zudem ist es noch nicht einmal das, was wir untersuchen wollen. Aber genau den Unfug haben die Klassiker gemacht: Die haben b=0 gesetzt, und weils so schön einfach war, gleich d auch noch.) Also schreiben wir richtigerweise:

(1') Y_t = b*K_(t-1)
(3') K_t = c*K_(t-1)) + d*Y_(t-1)

Jetzt sind die Gleichungen nämlich korrekt verkoppelt. Jetzt fehlen uns nur noch die unbekannten b,c,d. Die können grundsätzlich natürlich auch wieder Funktion vieler Einflussgrössen sein, so insbesondere f(t,b,c,d,Y,K). An dieser Stelle dürfen wir jetzt aber tatsächlich ein paar sinnvolle Vereinfachungen vornehmen. Und, wir schreiben die Gleichung jetzt gleich von einer stümperhaften Differenzengleichung in eine mathematisch nahrhaftere Differentialgleichung um:

(1') dY/dt = b*K
(3') dK/dt = c*K + d*Y

Nun, d ist offensichtlich die volkswirtschaftliche Sparquote ps, die natürlich auch den Kapitalstock erhöht. Bleiben noch b und c. Die sind nun aus einsehbaren Gründen gleich groß, aber entgegengesetzt, und stellen die Netto- bzw. Bruttoinvestitionsquote pn dar (Netto oder Brutto, je nachdem ob man es aus Kapital oder BIP-Sicht betrachtet). Also:

(1') dY/dt = -pn*K
(3') dK/dt = pn*K + ps*Y

pn als Funktion der Zeit pn(t) ist jetzt nur noch der Erfahrung entsprechend adäquat zu modellieren, siehe z.B. unser DMWM, und man ist fertig.

Der Unterschied zwischen der fälschlicherweise erwarteten und der tatsächlich vorliegen Kapitaleffektivität, ist mehr als eine Marginalität. Denn dadurch wird die Wirksamkeit der zur zeitigen riesigen Kapitalspritzen in die Wirtschaft der USA und Europas bei weitem überschätzt. Man glaubt daher nämlich felsenfest, dass man die Funktion (3) kräftig füttern müsste, damit dann automatisch die Funktion (2) ansteigt und daraus folgt, dass dann auch die Funktion (1), das BIP, wachsen müsste. Nun sind aber gerade Funktion (3) und (2) singulär, und damit das ganze Gedankengebäude hinfällig.

In Wahrheit ist der Koeffizient der Kapitalwirksamkeit i*=dY/dK bzw. =dB/dA in unserer Notation. Und da nun halt mal dA tendenziell größer als dB, und, dB inzwischen Null oder sogar negativ auf mittelfristige Sicht ist, sind die exzessiven Kapitalspritzen der Gegenwart, entgegen ihrer Intention, völlig kontraproduktiv.

Kennen Sie den Spruch: "Mutter, es kommen mehr Gäste als erwartet. Schütt' doch noch mehr Wasser in die Suppe!"? Nun, es werden eben nicht mehr Leute satt, wenn man einfach einen Eimer Wasser in die Suppe kippt. Und wenn dann irgendwann die Hälfte der Welt verhungert ist, und sie dann noch einen Enkel haben der partout keine Mathe lernen will, dann sagen Sie ihm: „Liebes Kind, die halbe Welt ist verhungert, weil es Leute wie dich gibt, die nicht gerne Mathe gemacht haben!".

Das es viel hilft, kann ich allerdings nicht versprechen.

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, September 10, 2010 2 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL

Donnerstag, 22. Juli 2010

Das Eiervirus, oder: Die Krise in einfachen Worten

Da kommt also Ihr Nachbar zu Ihnen, und möchte sich drei Eier leihen. Sie kennen ihn gut, also geben Sie ihm die Eier. Ihnen fehlen jetzt zwar die nächsten Tage drei Frühstückseier, aber für den freundlichen Herrn machen Sie das gerne. Der Nachbar wiederum denkt sich, ach wie praktisch, und kommt nun dauernd mit solchen Wünschen. Dann werden Sie irgendwann nicht mehr so freundlich sein, sondern fordern: Ich gebe Ihnen drei Eier, wenn Sie mir nächste Woche vier Eier dafür zurückgeben. Das vierte Ei ist der Lohn dafür, dass ich drei Tage auf mein Frühstücksei verzichten muss.

Nun, wie der Ökonom sagen würde, das vierte Ei ist der Zins dafür, dass sie vorübergehend Konsumverzicht zum Wohle eines Anderen leisten. Daran ist auch erstmal gar nichts auszusetzen, und die Menschen haben das im Prinzip schon immer so gemacht. Bleiben wir also mal bei unseren Eiern. Stellen Sie sich vor, sie sind Bewohner eines Dorfes. Sie tauschen also gegenseitig ihre Produkte, drei Eier für ein Brot, ein Brot für anderthalb Kannen Milch, 144 Brote für eine Ziege etc. pp. Außerdem verleihen Sie schon mal die Produkte ihrer Hühner, also so wie oben beschrieben etwa drei Eier, für die Sie dann aber später vier Eier, also verzinst, zurück bekommen.

Auch daran ist immer noch nichts auszusetzen. Allerdings ist so ein Handel etwas unbequem, so sind die Umrechnung von Eier in Brot und Brot in Ziegen usw. ziemlich kompliziert. Zudem hat nicht jeder Handelspartner dass, was sie wollen, oder er will nicht das haben, was sie geben können. Schlimmer noch, es kann sein das Ihr Handelspartner im Moment gar nichts hat. Er kann Ihnen lediglich glaubhaft versprechen, dass er ihnen irgendwann vier Eier gibt, etwa sobald seine Hühner wieder gesund und glücklich sind. Oder er verspricht Ihnen eine Dienstleistung, etwa Ihre Hütte demnächst wieder mal gründlich zu putzen.

Auch daran gibt es nicht viel zu rütteln, denn Sie handeln ja alle mit Dienstleistungen und Naturalien, die sich zwangsläufig mehr oder weniger schnell verbrauchen, und irgendwo gleichen sich die gegenseitigen Ansprüche im Laufe des Jahres wieder aus. Vor allen Dingen, niemand kann diese Güter horten, denn sie sind alle nur sehr begrenzt haltbar.

Aber halt! Eines der Dinge ist doch sehr haltbar, nämlich das Versprechen. Denn das ist Ehrensache und es verfällt normalerweise nie. Das gilt auch noch nächstes Jahr, wo all die aktuellen Eier und Brote längst verfault sind. Wenn Sie jetzt ein ganz schlauer Dorfbewohner sind, der in der Lage ist weit über den Tellerrand zu blicken, dann werden Sie solche Versprechen sammeln. Sie werden noch nicht einmal auf ihre unmittelbare Einlösung drängen, im Gegenteil.

Wenn ihr Nachbar, der ihre Hütte putzen wollte, nun Rückenschmerzen hat, dann werden sie ihm sagen: Na gut, dann werde erstmal wieder gesund, aber da ich solange warten muss, musst Du dann zweimal meine Hütte putzen. Ist Ihnen da etwas aufgefallen? Sie haben nämlich jetzt Anspruch auf acht Eier statt auf nur drei!

Und ihr Nachbar kann weder seine Eier noch seine Arbeitskraft horten, um Ihnen demnächst auf einen Schlag seine Schuld zu zahlen. Er muss im Gegenteil schon bald seine Arbeitsleistung, oder besser die Legeleistung seiner Hühner steigern, damit er bei gleich bleibendem Lebensstandard zurecht kommt. Oder er muss das Versprechen noch einmal, um den Preis eines neuerlich größeren Versprechens, verlängern. Dann gehören Ihnen schon 16 Eier!

Wenn Sie nun richtig schlau sind, machen sie das mit möglichst vielen Dorfbewohnern und sammeln soviel Versprechen wie möglich. Und damit die vielen Versprechen nicht vergessen

werden, schreiben sie die alle auf ein Papier. Was die weniger schlauen Dorfbewohner zunächst gar nicht bemerken ist, dass Ihnen irgendwann der dauerhafte Anspruch auf die komplette Produktion des Dorfes zustehen wird.

Auf der nächsten Dorfversammlung werden Sie sich, von den ob Ihrer Großzügigkeit dankbaren Gemeindemitgliedern, selbstverständlich zum Bürgermeister wählen lassen. Denn längst sind Alle von Ihrem Wohlwollen abhängig geworden. Sie werden natürlich auch nicht so dumm sein, alle Versprechen gleichzeitig einzulösen, sondern immer nur soviel dass sie davon gut leben können, ohne noch ein Huhn hüten zu müssen. Und die restlichen Versprechen wachsen immer weiter, weil sie im Gegensatz zu den Produkten der Gemeinschaft nicht regelmäßig verfallen und die Schuldner ihre Produktion nur begrenzt steigern können.

Die gegenseitigen Versprechen der Dorfbewohner haben allerdings noch einen Nachteil, sie sind zwischen konkreten Personen geschlossen. Sie könnten sie natürlich weiter veräußern, so etwa wenn Sie vom Müller einen Sack Mehl haben wollen, geben sie ihm dafür das Versprechen ihres Nachbarn über vier Eier oder einen Hausputz. Das ist alles noch recht hinderlich, vielleicht will der Müller was ganz anderes als Eier oder eine saubere Bude. Als Bürgermeister sorgen sie daher erst einmal dafür, dass diese Schuldscheine anonymisiert werden, dass heißt Sie rechnen Eier, Brote, Milch, Ziegen, Arbeitsleistung usw. in eine gemeinsame Größe um und schreiben die auf das Papier.

Und als Bürgermeister sorgen Sie auch dafür, dass diese Papiere gesetzliches Zahlungsmittel werden und Sie garantieren mit den Muskel bepackten Dorfbütteln dafür, dass die Verpflichtungen daraus auch streng eingehalten werden.

Nun wird es für Sie Zeit, Nägel mit Köpfen ein zu schlagen. Was sie jetzt noch brauchen sind Banken. Denn was nützt es Ihnen, wenn die schönen Schuldscheine mit den versprochenen Zinsen nur so rum liegen und Sie auf deren Einlösung warten müssen. Die Banken sorgen nun dafür, dass diese Schuldscheine gehandelt werden. Denn der Hühnerzüchter, der um ein neues Huhn zu kaufen sich dieses mühsam von seinen Eierüberschüssen absparen müsste, dem können Sie die Scheine ja auch, gegen ein weiteres Zinsversprechen leihen, damit er sich damit gleich ein paar dutzend neue Hühner beschafft. Von deren frischen Eiern zahlt er nächstes Jahr locker die paar Zinsen.

Und, viel wichtiger, auch die von Anderen Schuldnern versprochenen Zinsen werfen jetzt ihrerseits wieder Zinsen ab.Und jetzt beginnt ihre Dorfwirtschaft so richtig zu brummen. Denn Sie und der Hühnerzüchter verdienen jetzt beide prächtig. Lediglich muss der Eierproduzent jetzt immer mehr Frühstückseierkonsumenten finden, um seine wachsenden Überschüsse zu konsumieren. Im Gegensatz zu Ihrer Schuldvermehrung auf dem Bankkonto hat das aber prinzipielle natürliche Grenzen, aber erstens merkt das lange Zeit noch keiner und Sie schert es sowieso nicht. Denn bis dahin sind sie schon längst unter der Erde.

So funktioniert das ganze erstmal umwerfend gut, denn Alle machen das Beispiel nach, die Produktmengen steigen und die Konsumquote Ihrer immer dicker werdenden Dorfbewohner, die als Hühnerhüter ja auch was abkriegen, steigt ebenfalls. Das einzige was noch viel schneller steigt, sind ihr Vermögen und ihre Popularität. Bald wird man ihnen Denkmäler in dem wachsenden Städtchen aufstellen und sie müssen bereits eine Stadtmauer drum herum ziehen, damit die neidischen Nachbarn ihr ehemals idyllisches Dörfchen nicht plündern.

Das alles kostet Geld, und dafür müssen Sie natürlich Steuern eintreiben und eine Staatsbank gründen. Jetzt schlagen Sie den letzten Nagel ein: Mit der Staatsbank übernehmen sie auch das Geldmonopol, indem sie freundlicherweise den ganzen Kladderadatsch vereinfachen: Statt das jeder seine Schuldscheine persönlich signiert, geben Sie jedes Jahr frisches Geld aus, und zwar immer etwas mehr, als die wachsende Wirtschaftskraft ihres Gemeinwesens eigentlich wert wäre.

Das können Sie machen, da sie das voraussehbare Wachstum des kommenden Jahres bereits „einpreisen". Das wird man später den Schlagschatz nennen, und den können Sie sich erstmal selbst unter den Nagel reißen. Sollte die Wirtschaftsleistung doch einmal sinken, dann müssten Sie eigentlich Schuldscheine einstampfen, aber wo kämen wir denn da hin.

Die Ununterscheidbarkeit der einzelnen Schuldtitel durch das anonymisierte Geld hat zu dem den allgemein unterschätzten, aber entscheidenden, Vorteil, dass man Geld und Zinsgeld nicht mehr auseinander halten kann. Das bricht dem Zinseszinseffekt seinen ungehobelten Weg: So verdoppelt sich bei nur moderaten 7,2% Zins pro Jahr eine gegebene Summe in nur 10 Jahren, aus z.B. 10.000 Eiern werden dann 20.042. Ohne Zinseszinseffekt wären es dagegen „nur" 17.200. Aber viel dramatischer ist das auf eine Generation von 35 Jahren gerechnet: Dann werden es schon 113.977 sein, ohne Zinseszinseffekt können Sie Ihren Kindern dagegen nur magere 35.200 Eierversprechen vererben.

Nach 70 Jahren sind es dann schon 1.299.077 statt nur 60.400 Versprechen. Die Dorfbevölkerung müsste dann für Ihre Enkel förmlich Eier „scheißen", um das noch zu tilgen. Das müssen Sie aber nicht, denn es reicht Ihnen bzw. Ihren Enkeln völlig aus, wenn die nur ihre ganze Arbeitskraft aufbringen, um ihnen wenigstens die jährlich fälligen Zinsen zu überweisen. Aber auch das klappt nicht mehr allzu lange, denn nach einer weiteren Generation sind aus Ihren 10.000 Eiern bereits sagenhafte runde 15 Millionen Eier geworden.

Wenn das ihr Nachbar mit den drei Eiern gewusst hätte, er hätte auf das Frühstück verzichtet. So oder so, die Produktion ihrer Dorfbevölkerung kann mit diesen Steigerungsraten prinzipiell nicht mithalten. Das ist die schlechte Nachricht. Die Gute ist: Bis dahin haben alle Dorfbewohner längst vergessen, warum Sie so reich, und so schrecklich viele der Anderen so arm sind.

Nun, Sie ahnten es schon, so ein Verspechen auf Papier nennt man Geld. Und zwar richtiges FIAT-Money, wie der Ökonom sagt, Geld dessen Deckung alleine auf Schuld und staatlicher Garantie beruht. "This note is legal tender for all debts, public and private" steht daher deutlich auf jedem Dollarschein geschrieben: Diese Note ist legales Zahlungsmittel für alle öffentlichen und privaten Schulden. Inbesondere gilt eine komplette Gleichheit von Schulden auf der Einen, und Guthaben auf der anderen Seite.

Dies war nicht immer so, denn da die Menschen den eventuell hohlen Versprechungen ungern vertrauten, wollte man lieber einen echten Gegenwert sehen, also Kupfer, Silber und Goldmünzen, deren Metallwert der Höhe des Versprechens entsprach. Denn diese Metalle hatten und haben, aufgrund ihrer relativen Seltenheit und technischen Gebrauchsfähigkeit, einen realen Wert.

Solche Metallwährungen haben Vor- und Nachteile. Der Vorteil ist, dass wegen der Seltenheit der Metalle die Geldmenge nicht unbegrenzt wachsen kann. Der Nachteil ist, dass man praktisch neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein zweites Neben-BIP der Edelmetallwirtschaft braucht. Außerdem taugt solches Geld schlecht zum Bezahlen wertvoller Produkte, etwa eines Hauses.

So war zur Zeit des Augustus eine römische Sesterze eine Unze Kupfer, also rund 30 Gramm schwer. Dafür bekam man zwei Brote. Umgerechnet auf heutige Brot- und Hauspreise wären also gut fünf Tonnen Sesterzen für letzteres fällig. Mit Goldstücken, dem 8,2 Gramm schweren Aureus, wären es immer noch über 16 Kilogramm. Zudem kommt durch die nur begrenzt mögliche Ausdehnung der Edelmetallproduktion eine schnell wachsende Wirtschaft sehr bald in einen Geldmangel bzw. Deflation. Die Römer glichen dass durch immer schlechtere Geldqualität aus. Die schweren Sesterzen, die den Gegenwert von vier Assen hatten, verschwanden. Das römische Ass, von anfänglich rund 9 Gramm Gewicht und etwa 25 mm Durchmesser, wog am Ende des Reiches kaum ein Gramm und war klein wie ein Fingernagel.

Deswegen stieg man irgendwann auch offiziell auf Scheidemünzen und Papiergeld um. Der Wert wurde also zunehmend auf das, hoffentlich glaubwürdige, Versprechen des Staates reduziert, dass der Besitzer der Scheidemünze oder Geldnote auf Verlangen eine bestimmte Menge Gold oder Silber ausbezahlt bekäme.

Letzteres Versprechen warfen die Amerikaner 1971 endgültig über Bord, als von ausländischen Gläubigern tatsächlich große Goldmengen eingefordert wurden, die die USA in der geforderten Höhe gar nicht mehr hatte. Seitdem ist auch der Dollar reines FIAT-Money. Und damit sind der Geldhortung und Vermehrung keine prinzipiellen Grenzen mehr gesetzt, ganz im Gegenteil zum Bruttoinlandsprodukt. Denn letzteres lässt sich weder horten noch unbegrenzt erhöhen.

Und so war es auch immer dieser Effekt der Geldvermehrung, die alle großen Imperien in die Knie zwang. Denn diese prinzipielle Geldvermehrung auf Kosten des BIP hat langfristig verheerende Folgen: Erstens haben am Ende der Entwicklung, aufgrund des Garantieversprechens, nur mehr die Kapitalbesitzer das volle Anrecht auf das gesamte BIP der Schaffenden, und zudem akkumuliert das Vermögen zunehmend in die wenigen, und größten, Hände. Als das römische Reich im vierten Jahrhundert zerbrach, war es immer noch konkurrenzlos reich und mit Abstand technologisch führend, seine Armee die best ausgebildete überhaupt. Nur war keiner mehr da, der den staatlichen Apparat, allem voran das Militär, noch bezahlen konnte.

Denn die Superreichen wollten es nicht, und die römische Bevölkerung konnte es nicht. Die anfängliche Truppenstärke der Legionen von 6000 Mann viel gegen Ende des Reiches auf nur 1000 Mann, wobei die meisten zudem Fremdenlegionäre, meist Germanen, waren. Denn insbesondere die Oberschicht, die traditionell die Offiziere stellte, waren nicht bereit ihre verwöhnten Söhne in den gefährlichen Job ziehen zu lassen, sondern kauften sich von allen Verpflichtungen frei. Die dekadente Oberschicht war so reich, dass man selbst Bill Gates höchstens durch den Dienstboteneingang ins Haus gelassen hätte. Viele Landgüter waren da schon so riesig, dass sie typischer Weise die Größe des Saarlandes hatten, ganz Nordafrika gehörte endlich nur noch sechs Familien.

Auf den Feldern schufteten ausländische Sklaven, die billiger kamen und anspruchslos sein mussten. Schließlich kollabierte das BIP, das Scheidegeld wurde nicht mehr angenommen und machte wieder der alten Naturalwirtschaft Platz. Das Reich war endlich militärisch wehrlos geworden und wurde nun von den "Barbaren" der Völkerwanderung okkupiert.

Die waren eigentlich gekommen, in der Hoffnung sich in einem Land, wo Milch und Honig fließen, laben zu können. Und nicht um es zu zerstören. Da dort aber nichts mehr funktionierte, konnte man es nur noch plündern. Dabei waren die Grundprinzipien der Vermögensakkumulation und deren verheerenden Folgen für das Gemeinwesen schon lange vorher römischen Denkern und auch Politikern aufgefallen.

So schon den Gracchus Brüdern Tiberius und Gaius, die den Untergang des römischen Republik durch eine Vermögensreform abwenden wollten. Tiberius wurde deswegen 131 v.Chr, und sein jüngerer Bruder 10 Jahre später, durch die Nobilität ermordet. Die Kennedy-Brüder lassen grüßen. Das Ergebnis war ein fürchterlicher, mehr als 100-jähriger Bürgerkrieg der erst 27 v.Chr. durch die Kaiserwürde des Augustus in ein neues reformiertes Zeitalter mündete. Um dann nach gut 200 Jahren wieder etwa am selben Punkt anzukommen.

Dieses Schema lässt sich ohne große Mühe durch alle Jahrhunderte weiterverfolgen, das spanische, französische und das britische Imperium, sie alle starben am selben Virus, der historisch meist von scheinbar vordergründigen militärischen Niederlagen übertüncht wird.

Selbst der Untergang des Ostblocks vor 20 Jahren ist weniger auf Freiheitswillen der Bevölkerung denn auf finanzieller Auszehrung durch überbordende Schulden, vor allen Dingen außenwirtschaftlich, zurück zu führen, die durch das eigene schwache BIP nicht mehr aus zu gleichen waren. Und es ist der Virus, dem auch die Supermacht USA in absehbarer Zeit zum Opfer fallen wird.

Das ganze hat nun aber noch ein ökonomisches „Geschmäkle": Obwohl diese Zusammenhänge, dem Grunde nach, schon lange bekannt sind, werden sie von der Standardökonomie völlig ignoriert. In den üblichen Lehrbüchern der Ökonomie stellt das Kapital immer nur eine externe Größe dar, aus der man halt Kredite zur Investition heranziehen kann. Eine fundamentale Wechselwirkung, am Anfang gewollt und positiv, die aber am Ende der Entwicklungszeit in eine drastisch negative Abwärtsspirale mündet, das wird schlicht negiert. Natürlich gibt es immer wieder Ökonomen, die diese fundamentalen Zusammenhänge anmahnen, jedoch finden diese kaum Gehör.

Das ist dem Umstand zu verdanken, dass nach den regelmäßigen Finanzkatastrophen, wie in den 1920er-Jahren der Weimarer-Republik, die Menschen erstmal mit dem nackten Überleben und danach mit dem Aufräumen und Neustart beschäftigt sind. Und beim Neustart einer Volkswirtschaft, wie 1948 nach der Währungsreform, läuft das Wirtschaftswunder so locker, gerade auch Dank einer soliden Kreditwirtschaft, dass sich niemand gerne mit den Gefahren

beschäftigen möchte, die typischerweise zwei oder drei Generationen später aufkommen werden. Gerade auch weil das Kreditgeschäft am Anfang einer Volkswirtschaft für alle Parteien ein segenreiches Geschäft darstellt. Denn eine Wirtschaft, die nur gestützt auf eigene, in der Regel geringe, Überschussreserven investiert, wächst nur sehr langsam oder stagniert sogar auf geringem Niveau.

Der negative Effekt der überproportionalen Vermögensakkumulation tritt dagegen erst sehr viel später in Erscheinung und wird zudem statistisch durch kurzfristige volkswirtschaftliche Schwankungen nach oben und unten leicht unkenntlich gemacht. Zudem ist jede Kritik am Geldsystem ideologisch verbaut, spätestens seit der Philosoph und Vater der Kommunistischen Idee Karl Marx sein Werk „Das Kapital" verfasste.

Jeder Ökonom oder gar Politiker, der an den üblichen Regeln der Finanzwelt eine Fundamentalkritik äußert, sieht sich, geradezu reflexartig, von allen Seiten dem allfälligen Vorwurf des gleichmachenden Sozialismus und Kommunismus, oder subtiler dem Vorwurf des Neidpolitikers, ausgesetzt. „...In den letzten sieben Jahren kam es durchschnittlich jedes Jahr zu einer internationalen Währungskrise. Wer profitiert von solchen Krisen? Nicht der Arbeiter, nicht der Kapitalanleger, nicht die wahren Produzenten von Vermögenswerten. Die Gewinner sind die internationalen Geldspekulanten. Weil sie von Krisen leben, helfen sie mit, Krisen zu schaffen. ...Die Stärke der Währung einer Nation beruht auf die Stärke ihrer Wirtschaft....Diese Maßnahme wird uns keine Freunde unter den internationalen Geldhändlern einbringen, aber unsere Sorge gilt in erster Linie den .. Arbeitern und einem fairen Wettbewerb überall auf der Welt. ...Ich bin entschlossen, dafür zu sorgen, dass der .. nie wieder ein Spielball in den Händen der internationalen Spekulanten sein wird."

Nun, wer wohl sprach diese Worte? Nein, es war nicht Marx oder sein Landsmann Erich Honecker, es war in der Tat der erzkonservative Richard Nixon, als er im August 1971 in einer Fernsehansprache die Einlösepflicht der Golddeckung des Dollars aufkündigte.

Der langfristige Trend bis zum Abgleiten in ein Finanzdesaster ist aber immer der gleiche. Die Dauer solcher volkswirtschaftlichen Lebensphasen lässt sich zudem gut abschätzen. Sie hängt mathematisch etwas komplexer und empfindlich von der volkswirtschaftlichen Sparquote ps und der effektiver Verzinsung pv der Vermögen ab. Als grobe Faustformel für die kritische Zeit, in der eine Volkswirtschaft in Schwierigkeiten gerät, gilt $Tc \approx 3/pv$. Für Deutschland betrug die durchschnittliche effektive Verzinsung seit 1948 etwa 4,7%, also $Tc \approx 3/0{,}047 = 64$ Jahre.

Womit wir ungefähr in das Jahr 2012 als kritisches Datum gelangen. Wir befinden uns also nunmehr wieder in einer kritischen Zeit einer Volkswirtschaft mit positiver effektiver Verzinsung, die in jedem Jahrhundert mit schöner Regelmäßigkeit auftritt.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, Juli 22, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL

Reaktionen:

Freitag, 9. Juli 2010

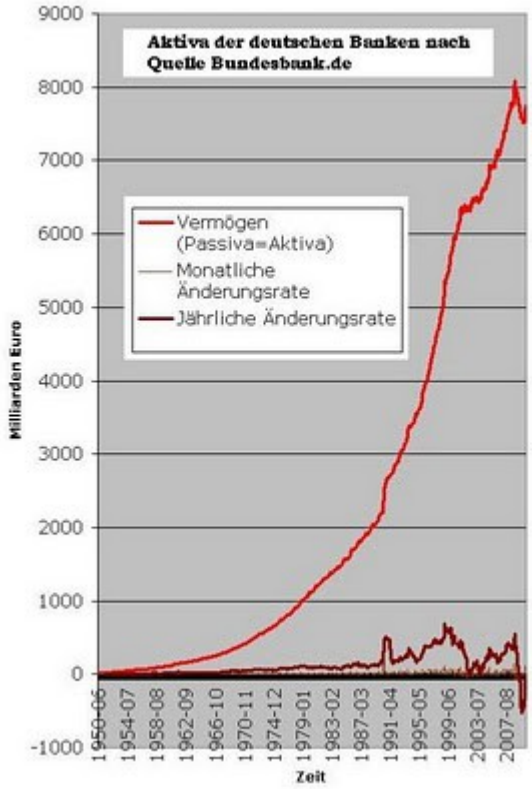
Ackermann-Knick und Wirtschaftsmikado: Ein Blick auf die aktuellen Zahlen

Es sind wieder ein paar Monate ins Land gegangen, und somit Zeit und Möglichkeit die Entwicklung der Volkswirtschaft anhand der offiziellen Statistiken zu beobachten.

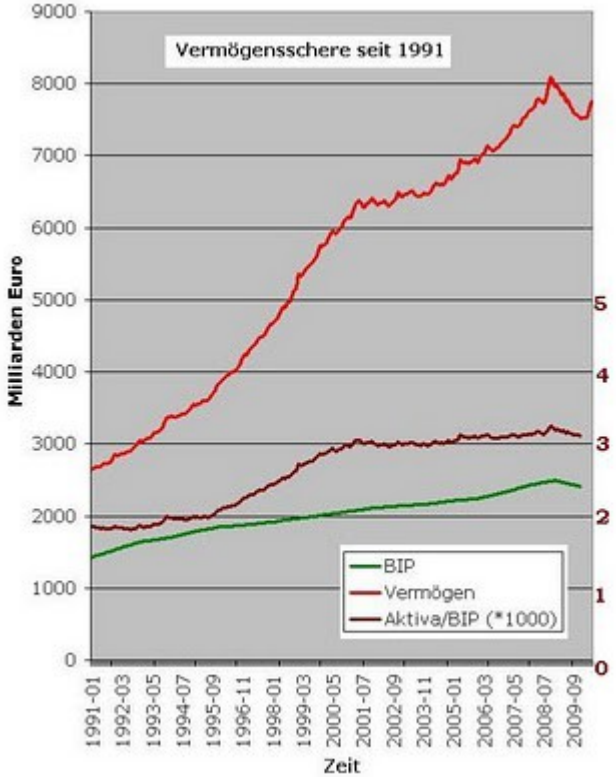
Von entscheidender Bedeutung ist dabei natürlich die Entwicklung des Aktiva/BIP-Verhältnisses. Dazu ziehen wir wieder die Zahlen der Bundesbank heran, die zur Zeit bis zum Mai 2010 reichen und betrachten die erste Graphik. Hier die Zahlen seit 1950 bis zum Mai

2010, in Milliarden Euro, wie sie die Bundesbank als Summe aller Finanzinstitute für Deutschland ausweist. Die eklatante Steigung ist unverkennbar, insbesondere wenn man bedenkt, dass das BIP 2009 gerade einmal gut 2400 Mill. Euro aufweist.

Die gleichmäßig exponentielle Steigung, die auf Grund der Zinseszinsdynamik der Vermögen nicht anders zu erwarten ist, weist auf den ersten Blick drei Unregelmäßigkeiten auf: a) Um 1990 ein heftiger Sprung nach oben, der durch die Hinzunahme der DDR entstanden ist. Viel neues Geld für wenig BIP. b)Um 2000 der DotCom-Einbruch. Zwar steigen die Aktiva (=Passiva=Vermögen) weiter an, aber der Dämpfer ist deutlich erkennbar. c) der Dritte Knick 2008 ist allerdings anders: er weist erstmalig deutlich nach unten, um rund 5% übrigens. Dieser kam nach der Lehmannpleite.



Der letzte Knick stimmte erstmal hoffnungsvoll, denn wenn die Vermögen zurück gehen, dann bestünde auch eine Chance das neuralgische Aktiva zu BIP Verhältnis zu verbessern. Dazu betrachten wir die letzte Entwicklung von 1991 bis 2010 genauer in der nächsten Graphik.



Da der Einbruch der Aktiva (das sind die Werte der Assets, Kredite etc. pp.) mit einem Einbruch des BIP um ebenfalls etwa 5% in 2009 einherging, hat sich an dem Aktiva/BIP-Verhältnis von mehr als 3 kaum etwas getan, hier ist keine Verbesserung zu erkennen. Bemerkenswert auch der gut erkennbare Anstieg des Aktiva/BIP-Verhältnis von noch erträglichen 2 auf nicht mehr schmerzfrei verkraftbaren 3 und mehr. Dieser Ansteig fällt genau mit der Freigabe des Investmentbankings für Geschäftsbanken durch die USA in den 90er-Jahren zusammen.

Allerdings muss man sich fragen, wo die fast 600 Mrd. Euro geblieben sind. Lehman Brothers verursachte lediglich einen Gesamtschaden von 50 bis 75 Milliarden Dollar, daran kann es nicht hängen. Das lässt sich aus den Zahlen der Bundesbank leider nicht direkt heraus lesen. Die Gesamtzahl der Aktiva (=Anlagen, Assets, Kredite usw.) ist zwar immer mit den Passiva (=Einlagen, Vermögen) ausgeglichen.

Unklar ist die Außenhandelsbilanz der Kreditwirtschaft, auf die nicht so mit Argusaugen geschaut wird, wie auf die Außenhandelsbilanz der Realwirtschaft. Unklar auch, wie eine Bank überhaupt Geld weg bekommt, denn selbst wenn man lausige Assets verkauft, man bekommt ja frisches Geld oder andere Assets im Tausch dafür. Geld wird, außer beim Pleitegehen von Anleihebegebern, nie vernichtet sondern wandert lediglich in andere Hände. Wo also blieb die erkleckliche Summe?

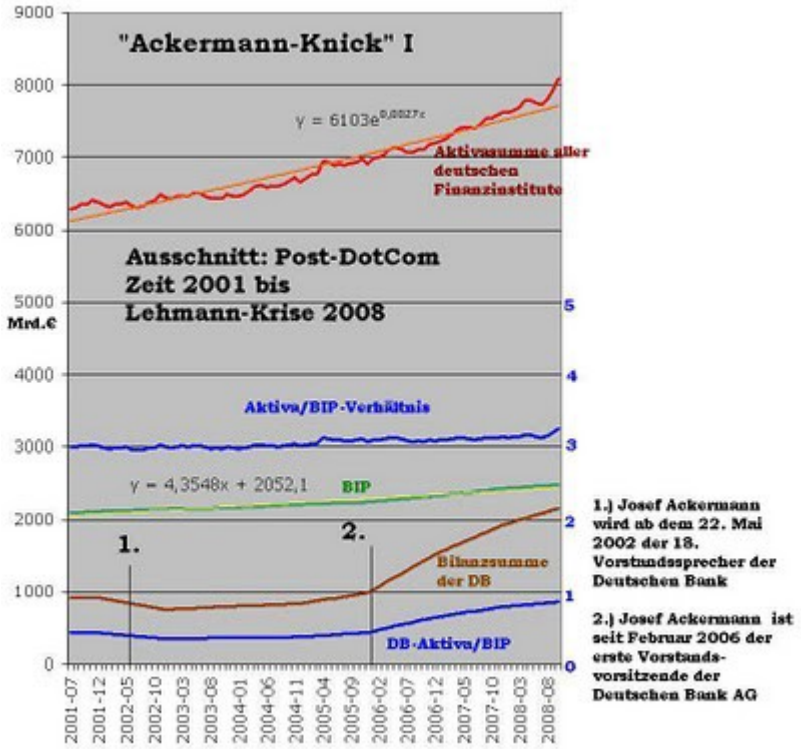
Bei der Suche nach der Kohle wird man, wen wundert's, bei einer der größten Investmentbanken der Welt, der Deutschen Bank fündig. In deren Geschäftsbericht finden wir die verlorenen Milliarden. Denn die Ackermann-Bank verringerte Ihre Bilanzsumme in 2009 um mehr als 700 Mrd. Euro, nämlich von 2202 auf 1501 Mrd. Euro.

Geht man in die einzelnen Positionen, so sehen wir auch, wo der Unterschied entstanden ist. Er entstand aus der Aktiva Position *„Zum Fair-Value bewertete finanzielle Vermögenswerte"*, wobei der Löwenanteil der Unterpunkt *„Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten"* ist. Allein dieser Punkt macht ein Minus von 630 Mrd. Euro aus. In der ausgeglichenen Bilanz findet sich der Punkt in den Passiva (=Einlagen) unter *„Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten"*, und die Fair-Value Summe entsprechend unter*„Zum Fair-Value bewertete finanzielle Verpflichtungen"*, die von 1334 auf gute 722 Mrd. Euro (-612 Milliarden Euro) zurück gingen.

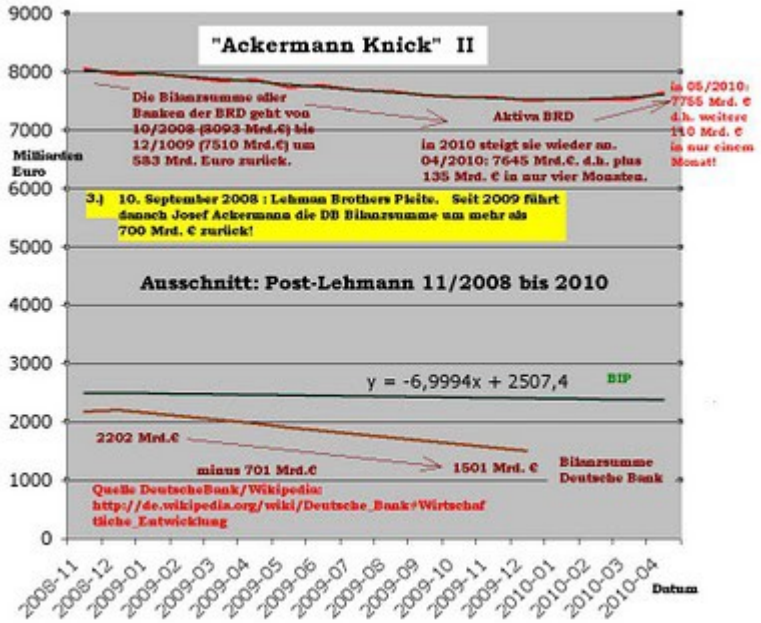
Den deutlichen Knick in der Gesamtdeutschen Bilanz verdanken wir also nur einer einzigen, aber der mit Abstand größten Investmentbank unter Leitung von Hr. Ackermann. Deswegen dürfen wir den Bilanzeinbruch ruhig „Ackermann-Knick" taufen. Leider geht aus der Bilanz nicht hervor, wer

der Leidtragende der verringerten „finanziellen Verpflichtungen" der Deutschen Bank ist.

Dazu zunächst einmal die folgenden Graphiken:



In obigem Ausschnitt sehen wir den Effekt, den Josef Ackermann auf die Bilanz der DB hatte. Vor bzw. seit seinem Antritt in 2002 dümpelte die DB so vor sich hin, mit einer Bilanzsumme von weniger als 1000 Mrd. Euro, immerhin schon rund die Hälfte des damaligen deutschen BIP's. Als Ackermann dann 2006 zum Chef erkoren wurde, ging die Post erst so richtig ab. Mit Hilfe des Investmentbankings katapultierte er bis 2008 die Bilanzsumme auf sagenhafte 2202 Mrd. Euro, was fast dem gesamten deutschen BIP entsprach. Und das alleine in einer einzigen Bank vereint, kein Wunder also wenn Merkel den Acki zum Geburtstagskaffee einlädt, denn man befindet sich ja auf „Augenhöhe".



Mit dem Lehman Crash änderte sich die Situation. Denn jetzt kamen die Finanzderivate, mit denen Ackermann dass gigantische Volumen aufgebaut hatte, in Verruf. Man muß sich allerdings fragen, ob es sich hier um Verluste oder reine Luftbuchungen handelt. Denn das ausgewiesene Eigenkapital ist für 2008 knapp 32 Mrd. € (=1,5% der Bilanzsumme) und für 2009 knapp 38 Mrd. € (=2,5% der Bilanzsumme). Hier also gar kein Verlust, sondern sogar ein Gewinn von rund 6

Mrd. oder rund 19%. Eine Rendite, mit der Ackermann zuletzt gut prahlen konnte. Wenn man bedenkt, wie winzig das Eigenkapital im Verhältnis zur Gesamtbilanz immer noch ist, muss einem aber böses schwanen.

Interessant ist auch der Posten „*Forderungen aus dem Kreditgeschäft*" unter Aktiva. Das ist nämlich genau das klassische Geschäftsbanken Geschäft mit der Realwirtschaft. Dieser Posten betrug in 2008 gut 269 Mrd.€ und in 2009 nur noch gute 258 Mrd.€. Einerseits sieht man daran, dass das klassische Geschäft in 2008 nur 12,2 % und in 2009 leicht verbessert nur 17,2 % ausmachte. Weit mehr als 80 % der Geschäftstätigkeit ist also das Investment, oder besser gesagt, das Aufblasen von Bilanzen ohne realen Hintergrund. Andererseits sieht man auch daran, wie wenig eigentlich die Realwirtschaft vom riesigen Geldkuchen benötigt und warum die Banken so sehr auf Derivatehandel angewiesen sind.

Der fragliche Posten ist nun nach der Fair-Value-Methode bewertete Finanzderivate. „Fair-Value", also fairer Wert, ist eine neuere Bilanzierungsmethode, um den Banken die Möglichkeit zu geben, Werte, für die es aktuell gar keinen Markt mehr gibt, noch mit einem positiven Wert zu bilanzieren, statt sie ganz abschreiben zu müssen.

Interessant zu wissen wäre es jetzt natürlich, wie sich der Passiva-Posten genau zusammen setzt, also wer die fraglichen Papiere mit seinen Einlagen hält. Das geht aus der Bilanz natürlich nicht hervor sondern ist das Geschäftsgeheimnis der DB. Im idealen Fall wäre es eine reine Luftbuchung. Also etwa Ackermann kauft in 2006, sagen wir, Derivat-Papiere zum Preis 100. Die steigen in der Hausse bis 2008 auf 500 und werden nach Marktpreis bilanziert und ermöglichen den Aufstieg. Nach 2008 werden sie eigentlich wertfrei, werden aber zum Fair-Value mit 200 bilanziert. Das wäre dann immer noch ein Gewinn, aber da nie realisiert eine Luftbuchung ohne das je ein Euro mehr geflossen wäre, als die ursprünglichen 100.

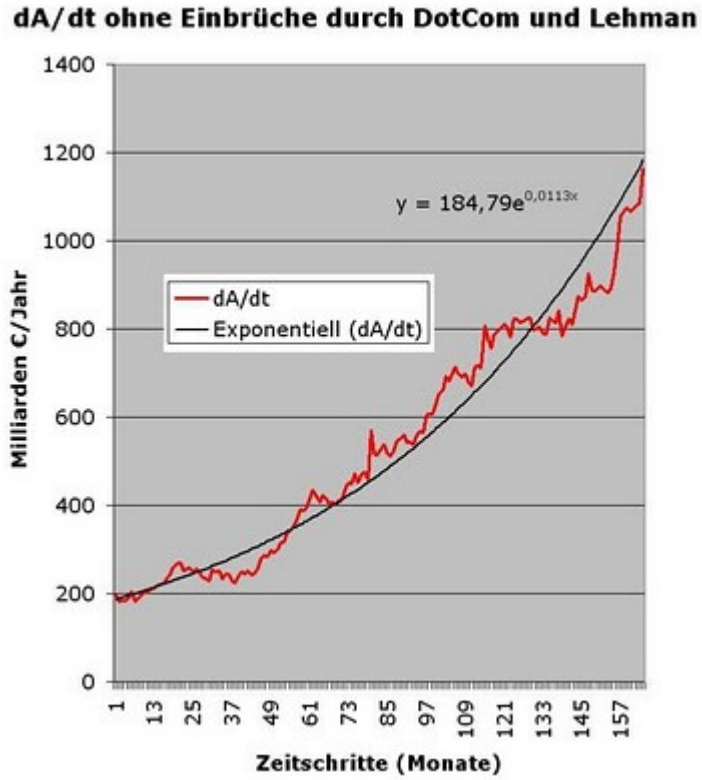
Wahrscheinlicher jedoch ist, dass sich auf der Passiva Seite eine Unzahl von Banken und Personen aus Europa und der ganzen Welt tummeln, die zu ganz unterschiedlichen Zeiten und Preisen dort eingestiegen sind. Wenig wundern würde mich, wenn dazu auch die von uns so geliebten, staatlich gestützten und depperten Landesbanken der Bundesländer gehören. Deren Bilanzen geraten dann unter den entsprechenden Bilanzierungsdruck in Stress, für den im Zweifelsfall natürlich wieder der deutsche Michel einstehen soll. Jedenfalls zeigen die Zahlen, wie fragil und Investment abhängig die deutsche Finanzwirtschaft, allen voran die Deutsche Bank, ist.

Der Stress lässt sich wiederum gut an den Änderungsraten dA/dt der Aktiva ablesen. Die Änderungsrate ist im Prinzip die effektive Verzinsung der Aktiva, sofern der finanztechnische Netto-Außenhandelsbeitrag nahe bei Null ist. Es sind genau diese Renditen die für die effektive Belastung des BIP's sorgen und den Arbeitern und Angestellten der Realwirtschaft das Geld aus der Tasche saugen. Der Effekt ist dann, dass trotz Gewinn- und Produktionssteigerungen aller Orten der inflationsbereinigte Nettobetrag des verfügbaren Einkommens der Bevölkerung, im Schnitt, nachlässt.

Da die Gesamtaktiva/passiva A exponentiell wachsen, muss aus (finanz-)mathematischen Gründen auch deren Änderung dA/dt exponentiell wachsen, um die Renditeforderungen zu erfüllen. Nun sehen wir in den tatsächlichen Zahlen ein paar Buckel und Täler. Die Buckel erfreuen den Kapitalverwalter, die Täler erzeugen Stress. Die erste nichtmarginale Abweichung vom exponentiellen Trend seit 1950 sehen wir in dem kräftigen Buckel von 1990. Dieser resultiert aus der Übernahme der DDR und des nahezu 1:1 Umtausches der Ost-Mark in D-Mark. Das Geld hat sich die Finanzwirtschaft in die Tasche gesteckt, im BIP gibt es keinen solchen kräftigen Buckel! Im Gegenteil, an diesem Buckel zahlt der kleine Mann bis heute ab, ohne Aussicht auf ein Ende.

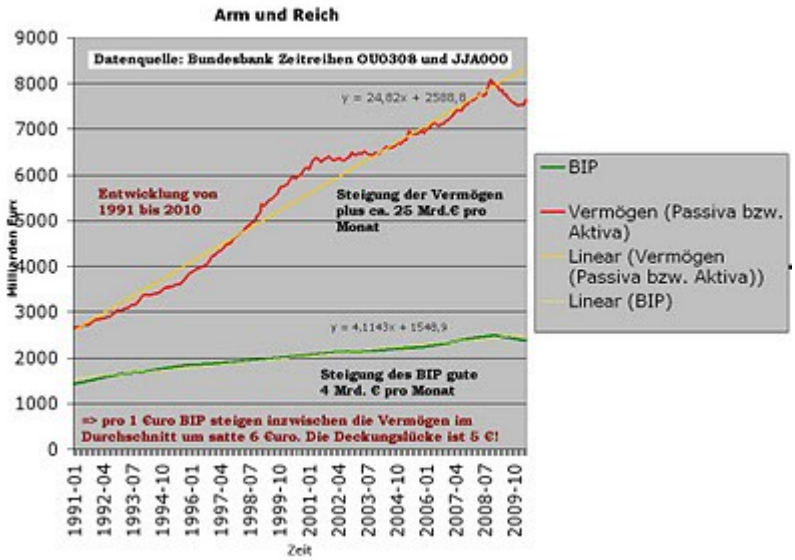
Nach der Wende folgte Kohl's zweiter genialer Finanzcoup, die Einführung des Euros. Seit 1994 bestand das Europäische Währungsinstitut, ab 1999 war der Euro die verbindliche Buchungswährung. Die bereits angehäuften Unmengen von Geld trafen auf den startenden Internetboom, in denen Garagenfirmen schnell zu Milliardenunternehmen und viele genauso schnell wieder abstürzten. Zum erstenmal war der Bogen total überspannt, es kam zur DotCom-Krise der Jahrtausendwende. Nach nur zwei Jahren Abstieg folgte aber sogleich der nächste exponentielle Aufstieg, um in 2008 mit der Lehmannpleite erneut abzustürzen, und seit 2009 beginnt schon wieder der nächste exponentielle Anstieg.

Dies sieht man besonders schön, wenn wir die Anstiege, nach der DDR-Blase, einfach einmal aneinander reihen, unter Auslassung der beiden Abstürze:



Wir sehen dann den exponentiellen Anstieg, wie ihn die Finanzindustrie dringend bräuchte um zufrieden zu sein, was das stagnierende BIP aber unmöglich je noch hergeben kann.

Der Absturz in 2009 ergab zum ersten mal eine negative Differenz zum Vorjahr. Wir sehen daran, wie sich in kürzer werdenden Abständen immer neue Blasen aufstauen, die zu immer tieferen Abstürzen führen. Es ist der seit 2000 wirksame Verteilungskampf zwischen Vermögen und BIP. Warum es vor allen Dingen ein Verteilungskampf ist, sehen wir auch in der nächsten Graphik:



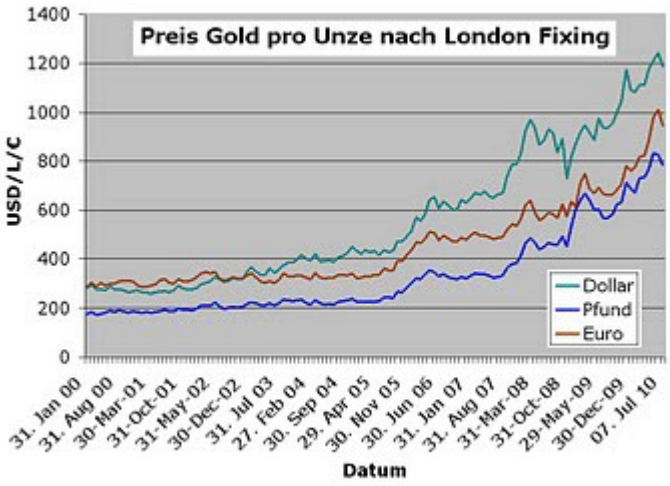
Zum Vergleich sind hier die offiziellen Zahlen der Aktiva- und der BIP-Entwicklung seit 1991, sowie deren Ausgleichsgeraden auf Monatsbasis, aufgetragen. Im Durchschnitt der letzten zwei Jahrzehnte stiegen die Vermögen im Monat um 24,82 Mrd. und das BIP um durchschnittlich 4,1 Mrd. Euro. Das heißt, pro 1 Euro zusätzlicher Produkte wurden durchschnittlich 6 Euro Vermögen geschaffen.

Es besteht daher eine zunehmende Deckungslücke von wenigstens 5 Euro pro Euro Wachstum. Und jeder zuviel gedruckte Euro stellt einen weiteren realen Anspruch gegen das hoffnungslos unterlegene BIP dar! Bei dieser massiven Waffenungleichheit hat der Schaffende und seine Volksvertreter kaum eine Chance auf den Sieg im Verteilungskampf.

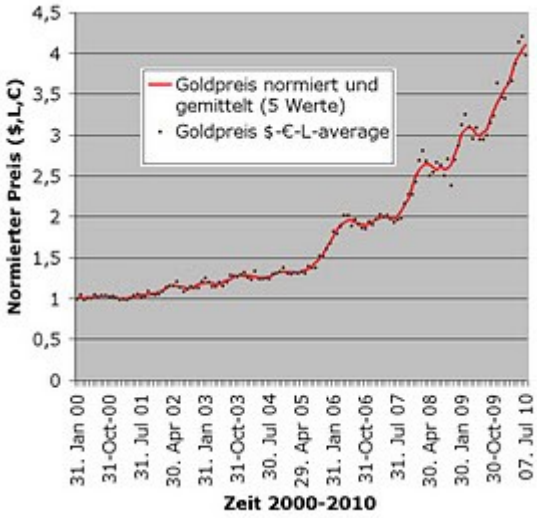
Im Gegenteil, aus Volksvertretern sind längst Kapitalvertreter geworden. So bestehen die aktuellen Sparbeschlüsse in keinem Punkt aus der Belastung der Vermögen, die genau diese Deckungslücke verursachen. Ganz kontrovers dazu werden die abhängig Beschäftigten, egal ob 1-Euro-Jobber oder Spitzenverdiener, weiter massiv und zusätzlich belastet.

Von den Kapitalvertretern wird in diesem grausamen Krieg nur eines vergessen: Man sägt mit der jetzigen Finanzpolitik genau den Ast ab, auf dem man sitzt. Nicht nur das Kapital in letzter Konsequenz allein durch die Schaffenden der Realwirtschaft in aller Welt erzeugt wird, es wird auch allein durch deren Schaffen garantiert und erhalten. Mit dem fleißig gedruckten und zur Verfügung gestellten Geld bläst man nur kurzfristige Blasen auf und mit der Kostenfinanzierung durch die kleinen Leute ruiniert man zuerst den Durchschnittsbürger, dann die Wirtschaft und schließlich im finalen Kollaps die Währungen. Und damit genau die Vermögen, die man zur Zeit um jeden Preis schützen will.

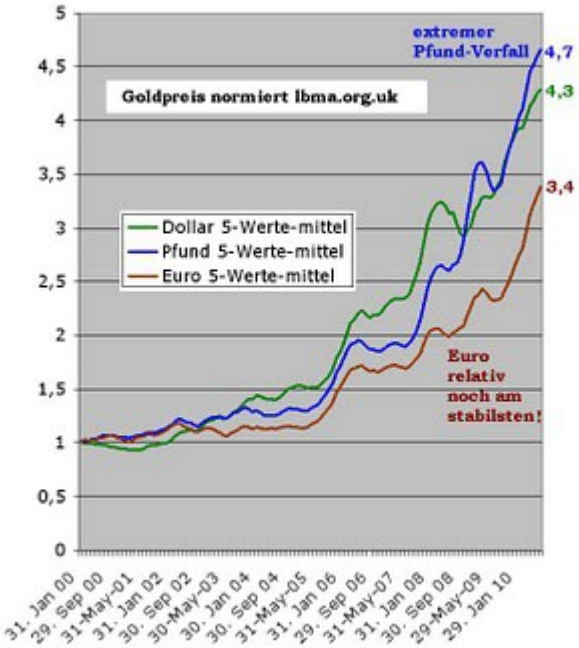
So kommen wir schließlich auf die Beobachtung des Goldpreises zurück. Denn mangels einer Krisen freien westlichen Währung, gibt nur dieser als externer Währungsstandard ein einigermaßen zuverlässiges Bild des Zustandes des Geldes wieder:



Zunächst mal die unbereinigten Zahlen seit 2000. Der Anstieg des Goldpreise in Dollar, Pfund und Euro setzt sich weiterhin fort. Seit einigen Tagen hat er allerdings einen leichten Knick nach unten erfahren, der sich aufgrund der schwankenden Dollar/Euro-Relation vor allen Dingen in Euro gerechnet deutlich zeiogte: So fiel der Preis in wenigen Tagen von rund 1050 auf 950 Euro pro Unze, während in Dollar gerechnet der Preis weiterhin um 1200 Dollar verharrte.



Realistischer ist der gemittelte, normierte und geglättete (5-Monatsmittel) Wert des Goldes. Hier sehen wir einen unverminderten Anstieg und eine mehr als Vervierfachung des Wertes in nur zehn Jahren. Ob der leichte Einbruch der letzten Tage statistisch relevant ist, muss sich erst noch in den nächsten Wochen zeigen. Vermutlich liegt es daran, dass die gestressten Banken und Anleger zur Abwendung von Pleiten zur Zeit einiges von ihren eisernen Reserven locker machen müssen. Aber immerhin war der Anstieg der seit Jahresbeginn nicht ganz so darstisch, wie man erwarten durfte. Das dürfte als Zeichen zu deuten sein, dass die gigantischen Rettungsprogramme, insbesondere die 750 Milliarden für den Euro, vorläufig noch Wirkung zeigen.



Zum Schluss noch ein Blick auf die gemittelten Werte der drei Währungen: Hier sieht man die deutlichen Unterschiede zwischen Euro und Dollar und Pfund. Letztere leiden nämlich viel stärker unter realer Inflationstendenz. Insbesondere das hoffnungslose Pfund und auch der US-Dollar, dessen Wirtschaftsdaten um keinen Deut besser lauten als die der Griechen. Nur mit dem Unterschied, dass vom Greenback die ganze Welt abhängt und ihn so lange stützt wie nur irgend möglich.

Die nächsten Blasen lauern aber nun in den Startlöchern. Sei es die chinesischen Immobilien oder die amerikanischen, insbesondere die ab 2011 fällig werdenden notleidenden Kredite für Gewerbeimmobilien, die die Subprimekrise im Volumen weit übertreffen werden. Sei es die anstehenden Refinanzierungen von Krisenstaaten, Hedgefonds, Großindustrien und Banken weltweit, die Nullzinsfalle der Zentralbanken oder die Eigenankäufe von Anleihen, es liegen scharfe Minen allenthalben herum.

Wo es zuerst kracht? Schwer zu sagen, es ist wie beim Mikado: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren.

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, Juli 09, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL

Reaktionen:

Freitag, 23. April 2010

Euro ade, schulden tut weh!

Nun ist es soweit, Griechenland IST pleite. Heute kam der erwartete Notruf, den man glaubte bis über den Tag der NRW-Wahl hinausschieben zu können. Nun wird Geld von IWF und EU angefordert, denn die vom Kapitalmarkt geforderten Zinsen übersteigen inzwischen schon die astronomische 10% Marke.

Das vorher zu sagen war natürlich so wenig schwierig, wie vor einem Jahr die Griechenlandpleite als solche. Und auch die nächsten Kandidaten stehen Schlange, man

kann sich nur über die Reihenfolge und den Zeitpunkt streiten, nicht aber über die Tatsache an sich.

Dem völlig konträr gegenüber steht die politische Rhetorik, letztes Jahr sollte niemals ein EU-Staat pleite gehen, vor kurzem war die Hilfezusage Merkels und der EU nur für den "völlig unwahrscheinlichen Fall" der Insolvenz behauptet worden. Alles Larifari, genauso wie die jetzt eingeredete Überzeugung, das die griechischen, und auch sonstigen Schulden der Staaten, zurückführbar, ja wenigstens bedienbar, seien.

Das sind sie natürlich nicht, sie sind nur für den Preis noch höherer Schulden umzufinanzieren. So bedeuten 7,2% Zinsen eine Verdoppelung der Schuld in nur 10 Jahren. Die geforderten Zinsen von 10,5 % für griechische Anleihen würde bedeuten, das in nur 10 Jahren aus 330 Mrd. mehr als 895 Mrd. Euro Schulden werden. Zwar muss Griechenland nicht alles sofort refinanzieren, dieses Jahr nur so um wenigstens die 40 Mrd., und dann sukzessive den Rest, aber das ändert nur geringfügig die Zeitschiene. Da kann sich der Staat soviel tot sparen wie er will, die Schulden steigen gnadenlos weiter.

Und natürlich auch für die restlichen PIIGS, aber auch für Deutschland, ja selbst die USA und China. Denn die Bondkrise, sprich die Notwendigkeit die exponentiell gestiegenen Anleihenmengen regelmäßig zu rollieren, betrifft alle gleichermaßen. So sind es nicht nur die offenen Beihilfen, welche nichts anderes als Schuldenübernahmen ohne Aussicht auf ein Ende sind, sondern auch die indirekten Kosten die auf die noch solventen Schuldner überschwappt: So stiegen in letzter Zeit natürlich auch die Refinanzierungszinsen der BRD.

Der Grund ist einfach: Auch Deutschland muss dieses Jahr mindestens 440 Mrd. Euro durch neue Anleihenemissionen rollieren. Und da hat in der Logik des Marktes die faktischen Hilfszusagen der EU und der BRD einen Ketteneffekt: Erstens muss Deutschland nach dem EU-Schlüssel rund 27 % der Refinanzierung Griechenlands übernehmen, sei es nun direkt oder via IWF und sonstiger Konstruktionen, und das sind von 40 Mrd. schon mal knapp 11 Milliarden. Wobei das wohl nicht das Ende der Fahnenstange ist, denn die Haushaltskommision der EU findet in Athen ständig weitere Löcher, das Defizit dürfte in Wahrheit nahe der 15% Marke liegen.

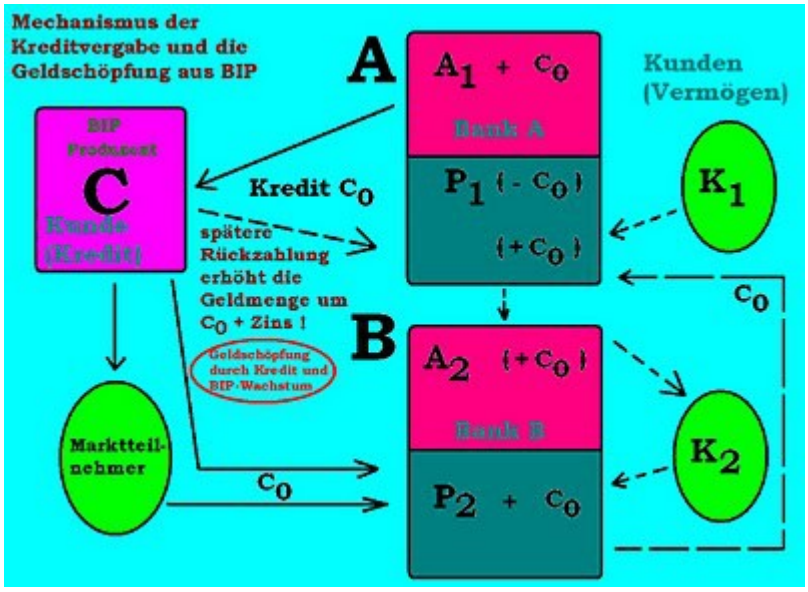
Zweitens aber ist der Bondmarkt inzwischen völlig überfrachtet, die USA etwa müssen jährlich um die 1500 Mrd. Euro refinanzieren. Deutschland steht jetzt mit seiner Bondrendite von um die 3% in direkter Konkurrenz u.a. zu den 10% Bonds der Griechen. Die sie selbst garantiert, und wegen diese Sicherheit selbstverständlich selbst etwas mehr auf den Tisch legen muss. Kein Wunder sonst, wenn die Griechenanleihen zuletzt mehrfach überzeichnet waren. Nicht trotz, sondern wegen der hohen Aufschläge in Verbindung mit, letztlich Merkels, Sicherheitsgarantien, denn es sind ja sichere Megagewinne. Gegenüber der letzt jährigen Rendite dürfte dann Deutschland im Laufe seiner eigenen Emissionen jetzt rund 2% zusätzlich herausrücken müssen, von 440 Mrd. sind das weitere knapp 9 Mrd. Euro. Und damit alleine 20 Mrd. für diese Jahr, Tendenz steigend, und auch nur wenn vorläufig nicht viel mehr passiert.

Nun gibt es noch das beliebte Märchen, dass man Schulden zum Verschwinden bringen könnte. Man kann sie zwar, scheinbar, zurückzahlen, aber eben volkswirtschaftlich niemals zum Verschwinden bringen. Bestenfalls gelangen sie nämlich in andere Hände. Zum Verschwinden bringt man Schulden nämlich nur, wenn eine Anleiheemittent tatsächlich keinen Pfennig mehr zahlt oder bezahlt bekommt.

Andernfalls sind die Summen aller volkswirtschaftlichen Schulden, öffentliche wie private, zum prinzipiellen Wachsen verdammt. Denn unser Geldsystem ist einfach so konstruiert. Schulden und Geld, und damit Vermögen, sind absolut identisch! Auf dem Dollarschein steht es daher auch explicitis verbis: „This note is legal tender for all debts, public and private". Geld wird heute alleine durch Schulden eines Anderen gedeckt.

Will man also Schulden zum Verschwinden bringen, so geht das ausschließlich durch Vermögensvernichtung.

Warum das so ist, dazu muss man sich klar machen, wie Geld entsteht und wie es verschwinden kann. Also Geldschöpfung und Geldvernichtung, wie funktioniert das? Für die Geldschöpfung gibt es zwei Methoden, einmal durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen, via Kreditvergabe, und andererseits durch Anleiheemissionen von Staat, Banken und Firmen.



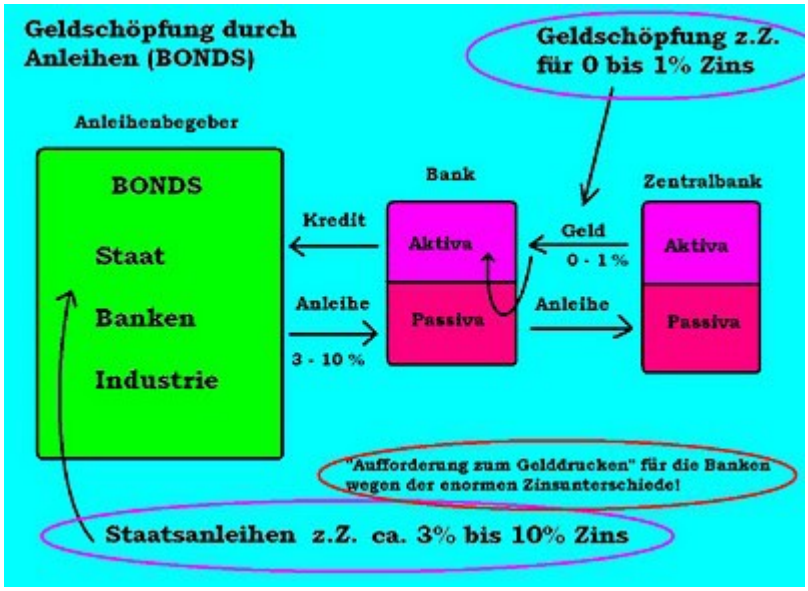
Dazu zunächst die bekanntere Methode, durch Schaffen von handelbaren Güter. Auf obigem Bild sind A und B zwei oder mehrere Banken, C ist ein Produzent handelbarer Güter. Letzterer ist ein Kreditkunde, es kann auch ein Arbeiter und Konsument sein, und der einen Kredit wünscht. Damit finanziert etwa ein Betrieb neue Maschinen um mehr und besser zu produzieren, und demnächst daher den Kredit C0 plus Zinsen zurück zu zahlen.

Dabei ist immer zu beachten, dass die Bilanzen der Beteiligten mittelfristig ausgeglichen sein müssen. Für den Produzenten bedeutet das, dass er bis zum Fälligkeitstermin mehr und besser schafft, um den höheren Betrag C0+Zins zurück zahlen zu können. Bei den Banken bedeutet es, das Aktiva (Kredite etc.) und Passiva (Einlagen der Kunden, Eigenkapital etc.) ausgeglichen sein müssen.

Was passiert nun? Bank A gibt C einen Kredit C0. Dadurch ist seine Aktivaseite um C0 gewachsen, indem er einfach von seinem Haben (Passiva, Eigenkapital oder Einlage eines alten oder neuen Kunden) den Betrag C0 auf die Soll (Aktiva) Seite geschoben hat. Der Produzent oder Konsument C wiederum gibt dieses Geld aus, sei es zum Kauf von Investitionsgütern oder zum Konsum. Oder indem er es selbst auf eine Bank als höher verzinstes Anlagekapital legt. Wichtig dabei ist lediglich: Letztlich landet der ganze Betrag C0 auf irgendeinem Bankkonto, denn jeder neue Besitzer von Geld macht das so, von einer kleinen Cashreserve in der Hosentasche mal abgesehen.

Die Bank B nun (B können auch mehrere Banken oder sogar wieder selbst A sein), hat nun aber eine ebenfalls nicht mehr ausgeglichene Bilanz: Bei ihr steigt die Passivaseite um C0 an. Dafür muss sie jetzt auf der Aktivaseite neue Kunden für einen Kredit in dieser Höhe finden. Um beide Bilanzen wieder auszugleichen, können die Banken neue Kunden anwerben, oder alte Kredite einziehen, oder auch ein Interbanken-Geschäft machen. Bei letzterem legt im einfachsten Fall die Bank B das Geld C0 bei der Bank A als Einlage ab, dann ist sowohl bei A als auch B die Bilanz wieder ausgeglichen. Nach der vereinbarten Zeit zahlt dann C seinen Kredit zurück plus der vereinbarten Zinsen. Die Gesamtgeldmenge ist dann um diesen Zinsbetrag gewachsen, gedeckt durch die zusätzliche Produktion oder Arbeitsleistung des Produzenten bzw. Konsumenten.

Wichtig ist: Selbst wenn C seinen Kredit gar nicht zurück zahlt, wird volkswirtschaftlich gar kein Geld vernichtet! Im schlimmsten Fall muss das Geldsystem auf die Zinsen verzichten, mehr aber nicht. Dumm ist das nur für die Bank A, denn ihr Geld C0 ist nicht weg, sondern es hat einfach nur ein Anderer. In unserem Fall also Bank B. Und die sorgt sich selbstverständlich damit um neue Kreditkunden und Zinsen.



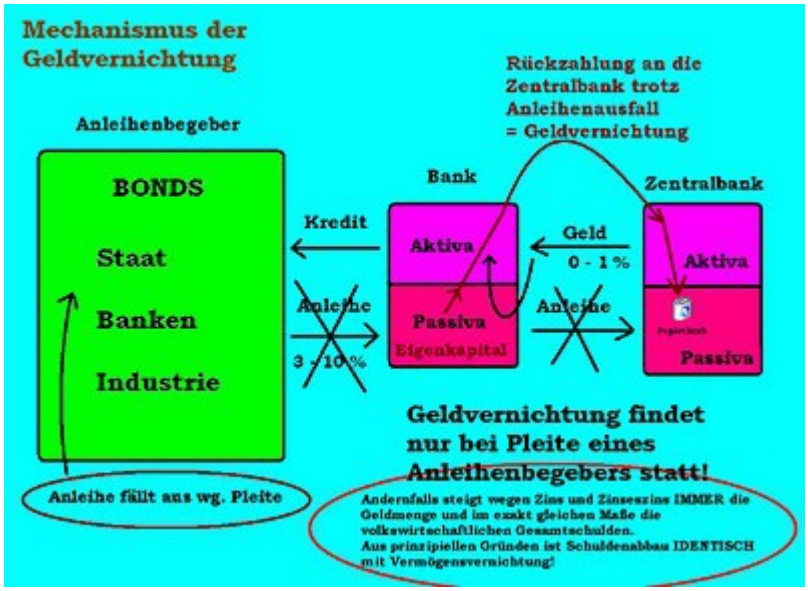
Etwas weniger bekannt, und finanztechnisch noch Wichtigere, ist der zweite Mechanismus der Gelderzeugung: Nämlich durch Anleihemission, auch unter dem Namen Bonds, und vieler Wortschöpfungen wie Schatzbreife etc. pp. bekannt. Im Falle von gesetzlich gesicherten Bonds, wie Pfandbriefen, nennt man sie auch „Covered Bonds". Die werden nun keineswegs nur von Staaten ausgegeben, auch Banken und Firmen der Industrie können das machen.

Eine Sonderrolle spielen hierbei die Banken: Denn egal wer die Dinger ausgibt, das Geschäft läuft immer über diese Geschäftsbanken und die verdient dabei immer mindestens kräftige Gebühren. Denn die Anleihe darf sie bei sich erstmal unter Aktiva, also dem Haben buchen. Denn als Geschäftsbank hat sie das Privileg, diese Anleihe eines Emittenten zur (ggf. staatlichen) Zentralbank zu tragen. Dort bekommt sie für diese Sicherheiten nun frisch gedrucktes Zentralbankgeld, mit dem die Bank nun umgehend den Emittenten mit einem frischen Kredit in dieser Höhe bedient.

Gedeckt ist das frische Geld durch das Schuldversprechen des Emittenten. Bei einer Firma der Industrie etwa durch das Versprechen noch mehr zu produzieren und zu verdienen, bei den Staaten dadurch, noch mehr Steuern aus Gewerbe und Konsum einzufordern, oder sich das Geld von den Rippen ab zu sparen. Letzteres passiert aus anderen Gründen so gut wie nie. Jedenfalls ist nachher sowohl die Geldmenge, als auch die Schulden und Vermögen in gleichem Maße gewachsen.

Ein besonderes Geschmäkle hat das in letzter Zeit durch die Zentralbankpolitik, voran getrieben durch die amerikanische FED, bekommen. Denn die Zentralbank leiht den Geschäftsbanken frisches Geld für lausige Zinsen, zur Zeit zwischen 0 und 1 Prozent. Anleihen bringen selbst aber so zwischen 3 und 10 %, je nach Lage. Da ist es natürlich ein lohnendes Geschäft möglichst viele solcher Anleihen zu handeln, denn die gewaltige Differenz darf sich der Investor, i.d.R. die Bank selbst, in die Tasche und Boni stecken. Zumal man als Bank sogar gleich selbst solche Anleihen auflegen darf.

So explodieren jetzt also die Schulden und Vermögen, um so mehr wie der Druckunterschied zwischen Anleiherendite und Zentralbankgeldzins beträgt. Wie bei jeder Dampfmaschine steigt damit die Drehzahl bis der Druck am Ventil so groß geworden ist, dass man es nicht mehr geschlossen bekommt. Dreht man nämlich die Geldmaschine zurück, hebt etwa die Leitzinsen an, dann steht den Staaten und dem BIP ganz schnell das Wasser bis zum Halse, da die Schulden Refinanzierung dann erst recht nicht mehr machbar ist.



Der einzige Ausweg aus dem Dilemma ist Schuldenvernichtung. Und zwar Vernichtung, und nicht nur einfach die weitere Umverteilung der Schulden. Denn dadurch sind sie niemals weg, sondern einfach nur in anderen Händen. So wie jetzt die Schulden Griechenlands in die BRD und auch nach Frankreich wandern werden, und in absehbarer Kürze die von Portugal und Spanien auch.

Wie kann man also Schulden beseitigen? Natürlich nur durch echte Vernichtung von Vermögen. Dazu die letzte Grafik. Schulden verschwinden nur, wenn ein Anleiheemittent tatsächlich nichts mehr zahlt, und auch keine anderer für ihn einspringt. Das funktioniert so, dass der Emittent seine Insolvenz erklärt und die Anleihe zum vereinbarten Termin nicht zurückzahlt. Dann muss nämlich die Bank, die diese Anleihe als Sicherheit bei der Zentralbank hinterlegt hat, der Zentralbank das Geld zurück zahlen. Und das muss sie dann aus ihren Passiva entweder ihren Kunden oder sich selbst aus dem Eigenkapital abzwacken.

Die Zentralbank schmeißt dass zurück fließende Geld einfach in den Papierkorb, das Geld, die Vermögen und die zugehörigen Schulden sind dann zum ersten mal tatsächlich verschwunden.

Nur passiert letzteres viel zu selten. Was vor allen Dingen daran liegt, dass sämtliche Regierungen von Merkel bis Obama eben alles Erdenkliche unternehmen, um genau das, auf Kosten des Steuerzahlers, zu verhindern. Denn da Schulden und Vermögen identisch sind, kann keinem wirklich Vermögendem oder Vermögensverwalter daran gelegen sein, das Schulden, egal ob privat oder staatlich, auch nur um einen Euro sinken. Im Gegenteil, nur Schuldenwachstum ermöglicht Vermögenswachstum. Und Letztere sind genau diejenigen, die in den politischen Beraterstäben von Berlin bis Washington sitzen. Dadurch wachsen die Schulden aber zwangsläufig ins Unermessliche, bis die Dampfmaschine endgültig explodiert. Was nicht mehr allzu lange dauern wird. Und wundern darf sich dabei, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, wirklich Niemand.

Kinder hören jeden Abend gerne immer wieder die gleichen Märchen, um danach beruhigt einschlafen zu können. Auch wenn sie genau wissen, dass sie nicht wirklich stimmen. Beim Bürger und Wähler, glaubt man zumindest, ist es genauso. Und vom Gegenteil bin auch ich noch nicht überzeugt worden. Achten wir also mal auf das Ergebnis am 9. Mai in NRW. Auch wenn der Wähler nur die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub hat, es sollte sich wenigstens zeigen, dass so Einige Bürger in der Nacht aufgeschreckt sind.

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, April 23, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL, Wahl2010

Reaktionen:

Montag, 29. März 2010

Dead Man Walking III: the elephant in the room that nobody sees

Dank eines Kommentars und Email von Hr. Wolfgang M. bin ich auf eine ökonomische Arbeit von Halil Güveniş aufmerksam gemacht worden. Halil Güveni ist ein deutschsprachiger Lyriker und Essayist, der aber Physik in Tübingen studierte.

Da der Autor in seiner ökonomischen Arbeit, die im folgenden analysiert wird, im wesentlichen zum gleichen Ergebnis kommt wie ich, sah ich es als notwendig an, genau zu analysieren, was er denn da gemacht hat. **Und das hat sich als sehr fruchtbar erwiesen, denn dabei offenbart sich des Ökonomen-Pudels Kern.**

Hr. Güveniş relevante Arbeit ist:"Zur Zusammenbruchskrise des Kapitalismus - Das Langzeitverhalten der Wirtschaftsentwicklung in BRD, Japan und USA – mit drei Excel-Dateien zu Zeitreihen und Diagrammen", und man kann sie unter dem angegebenen Link für kleines Geld kaufen. Ich zitiere hier nur das wesentliche theoretische Grundgerüst. Der wesentliche Teil der Arbeit, die statistische Untersuchung der Daten aus USA, Japan und BRD ist zur Lektüre nur zu empfehlen.

Seine Arbeit aus 2009 ist insofern hoch interessant, da er sich exakt an die in der Makroökonomie üblichen verbalen und mathematischen(!) Formulierungen hält und somit auch und gerade für Ökonomen leicht verständlich schreibt. **Er zeigt darin, dass man mit den üblichen mathematischen Annahmen der Volkswirte zu genau den Ergebnissen kommt, wie bei der differentialanalytischen Modellierung auch.** Und, da er sich ganz auf die Fachlichkeit der Ökonomen einlässt, macht er auch ganz exemplarisch die kleinen, aber bedeutsamen, mathematischen Ungenauigkeiten, die die ganze Malaise der Mainstream-Makroökonomie bedingen.

1. Fragestellung

In einer offenen Volkswirtschaft besteht zwischen Sparen und Investitionen die folgende Beziehung:

$$S = I^{br} - D - FS_A \,, \qquad (1.1)$$

wobei S das Sparen, I^{br} die Bruttoinvestitionen, D die Abschreibungen und FS_A den Finanzierungssaldo des Auslands symbolisieren.

Speziell für $FS_A = 0$ (d.h. für die nach außen hin abgeschlossene Weltwirtschaft) folgt aus (1.1), dass das Sparen vollständig von den Nettoinvestitionen

$$I^n = I^{br} - D = D\,(I^{br}/D - 1) \qquad (1.2)$$

absorbiert wird.

Dividieren wir (1.1) durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP), so erhalten wir:

$$S = D\,(I^{br}/D - 1) - FS_A \,. \qquad (1.3)$$

Für das Wirtschaftswachstum gilt:

$$W = BIP/BIP_0 - 1 \,, \qquad (1.4)$$

wobei BIP_0 das Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres ist.

Drücken wir das Wirtschaftswachstum in Abhängigkeit von D_0/D und D/D_0 aus, so folgt aus (1.4):

$$W = (D_0/D)\,(D/D_0) - 1 \,. \qquad (1.5)$$

Am Anfang seiner Arbeit stellt er kurz die üblichen Grundgleichungen (1.1 bis 1.5) der Makroökonomie vor, auf die er sich im Rest der Arbeit stützt.

Also da ist zunächst mal

(1.1) S = Ibr – D – FSA

Das sind das Sparen S, die Bruttoinvestitionen Ibr, der Abschreibungen D und der Außenhandelsbeitrag, das Finanzierungssaldo FSA.

Im Falle einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz gilt FSA=0. Und damit seine Gleichung

(1.2) In = Ibr – D = D(Ibr/D-1)

also die Nettoinvestition In ist gleich der Bruttoinvestition abzüglich der Abschreibung D. Er zeigt damit, dass in einer geschlossenen Volkswirtschaft das Sparen immer vollständig durch die Nettoinvestitionen absorbiert wird. Denn es gilt neben (1.1) eben auch das

Ibr = In + D

ist.

(1.3) bis (1.5) sind nur ein paar Umstellungen bzw. Trivialitäten, so (1.3) die Normierung von (1.2) auf das BIP und (1.4) die Definition des Wachstums W=BIP/BIP0-1 und (1.5) die Normierung von (1.4) auf das BIP.

Im folgenden wendet er diese Grundgleichungen der Ökonomie auf die empirisch bekannten zeitlichen Entwicklungen in den USA, Japan und Deutschland an. Das macht er, indem er jeweils angepasste Funktion des linearen Typs y=ax+b aus diesen ableitet und analysiert.

Ausgehend von den Gleichungen (1.1) (1.5) untersuchen wir im Folgenden das Langzeitverhalten der Wirtschaftsentwicklung in BRD, Japan und USA. Wir zeigen im zweiten Teil dieser Arbeit anhand volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, dass die Ersparnis-Investitions-Beziehung (1.3) und das Wirtschaftswachstum (1.5) einen nachweisbaren historischen Trend aufweisen. Anschließend machen wir auf der Grundlage der festgestellten Trends eine Zukunftsprognose.

2. Trendbestimmung

Wir haben Gleichung (1.1) für BRD, Japan und USA über einen sehr langen Zeitraum (1929-2007) ausgerechnet und das Ergebnis in den Tabellen BRD-Tab1, Japan-Tab1, USA-Tab1 dargestellt. Um von der Ersparnis-Investitions-Beziehung (1.1) zur Quotengleichung (1.3) zu gelangen, haben wir die entsprechenden Werte durch das Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Jahres dividiert und das Ergebnis ebenfalls in den Tabellen BRD-Tab1, Japan-Tab1, USA-Tab1 aufgeführt. Die Trendanalyse ist ausschließlich mit Hilfe der Quotengleichung (1.3) vorzunehmen, weil nur diese eine Aussage über Relativgrößen macht und damit eine Trendbestimmung zulässt.

2.1 Die Abschreibungsquote

Als Erstes bestimmen wir den Trend der Abschreibungsquote. Die in den Tabellen BRD-Tab1, Japan-Tab1, USA-Tab1 aufgeführten D-Werte weisen charakteristische konjunkturelle Schwankungen auf (BRD-Dia1, Japan-Dia1, USA-Dia1). Doch auf lange Sicht dominiert der Aufwärtstrend. Dieser gleichmäßige Anstieg legt es nahe, die D-Werte durch eine Trendgerade anzunähern (BRD-Dia1, Japan-Dia2, USA-Dia2). Die Gleichung der Trendgerade lautet

für BRD (1991-2007):

$$y = 0{,}0011\,x - 2{,}05 \,, \qquad (2.1)$$

Im Ergebnis kommt unterm Strich das gleiche raus, wie beim Dead Man Walking. Wie kann das sein?

Das sieht man sehr schnell. So betrachten wir im „dead man walking" ja genau eine ideale geschlossene Volkswirtschaft, also FSA=0. Das kann man in erster Näherung immer machen, sofern die Außenhandelsbilanz nicht allzu sehr aus dem Ruder gegangen ist (Für die globalisierte Weltwirtschaft als ganzes gilt natürlich immer FSA=0).

Also gilt aufgrund seiner Gleichungen (1.1) und (1.2):

In = Ibr – D = S.

Nun kommen wir zu den mathematischen Ungenauigkeiten (das ist aber keine Kritik an Hr. Güveniş, sondern alleine der Verwendung der in der Makroökonomie üblichen Vorgehensweise geschuldet!):

Erste Ungenauigkeit:

Zunächst müssten da eigentlich die Beträge stehen:

|In|=|Ibr|-|D|=|S|

Dann gilt ganz analog zu meinem Modell

|In|=|pn*A| = |S|=|ps*B + dA/dt|

Das ganze muss jetzt nur noch korrekt diskontiert werden, also gilt

dA/dt=ps*B+pn*A

Die Gleichung (1.4) besagt nichts anderes als

W=BIP/BIP0-1=(BIP-BIP0)/BIP0 = (dB/dt)/B

also die Definition des Begriffs Wachstum als die Steigerungsrate des BIPs B. Es gilt trivialerweise aus Bilanzgründen

dB/dt=-pn*A,

da nur Geld verzinst wird, BIP direkt aber nicht. Denn im Gegensatz zu Geld bekommen Autos oder Toaster keine Kinder, sprich Zinsen.

Schwupp, wir haben also exakt dieselben Regeln wie im Dead Man Walking vorliegen!

Zweite Ungenauigkeit:

Differential Gleichungen dB/dt=-pn*A bzw. dA/dt=ps*B+pn*A enthalten immer implizit die zeitlichen Abhängigkeiten der Funktionen. Differential Gleichungen sind das wesentliche Element der höheren Mathematik, erfordern aber einiges an mathematischem Verständnis zu ihrer Aufstellung und besonders zu ihrer analytischen Lösung. Das kann man bei Mathematikern und theoretischen Physikern immer voraussetzen, bei Ökonomen aber ehr selten.

Daher macht man gerne den zweiten Trick: Man verwendet empirische Näherungsfunktionen an die realen Funktionen der Statistiker. Hier einfach linear vom Typ y=ax+b **und bekommt dadurch die zeitlichen Abhängigkeiten, die in den Grundgleichungen (1.1) bis (1.5) gar nicht auftauchen, durch die Hintertür wieder herein.**

Das kann man machen, es ist eine übliche und gültige Methode. Sie ist auch verlässlich, insofern man sich der Grenzen der Methode bewusst ist und man bereit ist auf die analytische Qualität der höheren Mathematik zu verzichten.

Dritte Ungenauigkeit:

Die letzte Ungenauigkeit ist nun **der fundamentale Fehler der Mainstream-Ökonomie** der die ganzen Folgeprobleme verursacht. Schauen wir noch mal auf das Sparen

|S|=|ps*B + dA/dt|.

Ich habe da oben schon gleich den richtigen Ausdruck hingeschrieben. **Ökonomen aber schreiben hier implizit** (für sie gibt's ja nur die unbekannte Funktion S):

S = ps*B.

Im Klartext, ein bestimmter Anteil des BIP wird halt gespart. Fertig.

Das ist aber fundamental falsch! Tatsächlich zählen zum Sparen natürlich auch die erwirtschafteten Zinsen dafür, nämlich dA/dt. Das erscheint zunächst haarspalterisch und spitzfindig. Denn die Annahme, man könne die paar Prozentchen ruhigen Gewissens einfach unter das sowieso nicht so genau bekannte ps subsummieren, liegt natürlich sehr nahe.

Aber auch das ist mathematisch fundamental falsch! Am Anfang einer sich entwickelnden Volkswirtschaft kann man das ruhig machen, denn da ist der Term ps*B absolut führend. Am Ende der Entwicklung, bei ausgeuferten Aktiva/Passiva, ist aber der zweite Term dA/dt führend. Und der ist als Differential analytisch absolut entscheidend!

Beispiel: So war das Verhältnis von Aktiva/BIP in 1950 nur 0,4. Das heißt bei einer typischen Sparquote von Ps=10% und einer Verzinsung von 5% bringt der zweite Term nur 0,4*5%=2% hinzu. Das darf man ruhigen Gewissens schlabbern. Bei einem Aktiva/BIP Verhältnis von 3,25 (so im Oktober 2008) bringt der zweite Term aber 3,25*5%=16,25% Punkte hinzu und ist damit keinesfalls vernachlässigbar. Und wegen der zeitlichen Dynamik mathematisch auch keinesfalls subsummierbar!

Schlabbert man den wichtigen Term dA/dt aber, so ergibt sich ganz trivial aus den DGL's

dA/dt=0=ps*B+pn*A und dB/dt=-pn*A

die sattsam bekannte DGL

dB/dt=ps*B und A=A0=const.

Mit der gemeinhin, nicht nur Ökonomen, sondern auch jedem aufmerksamen Oberstufenschüler, bekannten Lösung

B=B0*exp(ps*t).

Also ein ewig wachsendes BIP mit einem konstanten, aber sonst nicht weiter interessierenden, Kapital A0 im Hintergrund. **So, wie man es gerne hätte, aber nicht ist.**

Es ist in der Tat genau dieser unscheinbare Fehler der Ökonomie S=ps*B und S=ps*B+dA/dt für „ungefähr" dasselbe zu halten. Es ist aber nicht dasselbe, und jeder der sich mit höherer Mathematik auskennt, wird dies auch sofort bemerken.

Wie treffend die Analyse, gerade auch die von Hr. Güveniş , ist, zeigt der Artikel „THE Most Important Chart of the CENTURY", dessen einleitender Text lautet: *„The latest U.S. Treasury Z1 Flow of Funds report was released on March 11, 2010, bringing the data current through the end of 2009. What follows is the most important chart of your lifetime. It relegates almost all modern economists and economic theory to the dustbin of history. Any economic theory, formula, or relationship that does not consider this non-linear relationship of DEBT and phase transition is destined to fail. It explains the "jobless" recoveries of the past and how each recent economic cycle produces higher money figures, yet lower employment. It explains why we are seeing debt driven events that circle the globe. It explains the psychological uneasiness that underpins this point in history, the elephant in the room that nobody sees or can describe.*".

Die vielleicht "wichtigste Graphik des Jahrhunderts" zeigt das Verhältnis zwischen BIP-Zuwachs und Kredit. So brachte in 1966 jeder frische Dollar der Aktiva in den USA noch einen BIP-Gewinn von rund 90 Cents, in 2002 waren es nur noch rund 30 Cents und in 2009 waren es –45 Cents. Yep, MINUS 45 CENTS! Das heisst, jeder zusätzlich Dollar erzeugte zuletzt einen Verlust von 45 Cents im BIP. Der Trend ist so unübersehbar wie das Rätsel, vor dem die Mainstream-Ökonomie steht. Nicht nötig zu erwähnen, dass diese mit immer noch mehr Geld versuchen, die Kurve wieder über Null zu bekommen. Dass das nicht funktionieren kann ist aus der differential analytischen Modellierung natürlich völlig klar. Denn der Renditedruck des zusätzlichen Dollars liegt über dem, was das BIP an Wachstum noch hergeben kann.

Mit der Serie „Dead Man Walking" hoffe ich besonders junge Ökonomen und Ökonomiestudenten anzusprechen. Denn leider darf die Mehrzahl der angehenden Ökonomen, wie man den diversen Studienordnungen entlehnen kann, zwar viel Statistik, aber kaum die zur Modellierung komplexer Systeme notwendigen mathematischen Verfahren lernen. Insbesondere im Bachelor-Studiengang ist das aus Zeitgründen auch gar nicht möglich. Modellierung ohne ausreichende Kenntnisse der Methode der Differentialgleichungen aber kann immer nur Stückwerk bleiben mit aus analytischer Sicht fragwürdigen Ergebnissen. Hier sind besonders auch Mathematiker oder Physiker, die als Zusatzfach Ökonomie wählen, gefordert. Diese sollten unbedingt ihre grundlegenden Mathematikkenntnisse ins Spiel bringen und sich nicht von noch so schönen Wortschöpfungen der Mainstream-Ökonomie von solider Forschung abhalten lassen.

Eingestellt von H. Genreith um Montag, März 29, 2010 3 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL

Reaktionen:

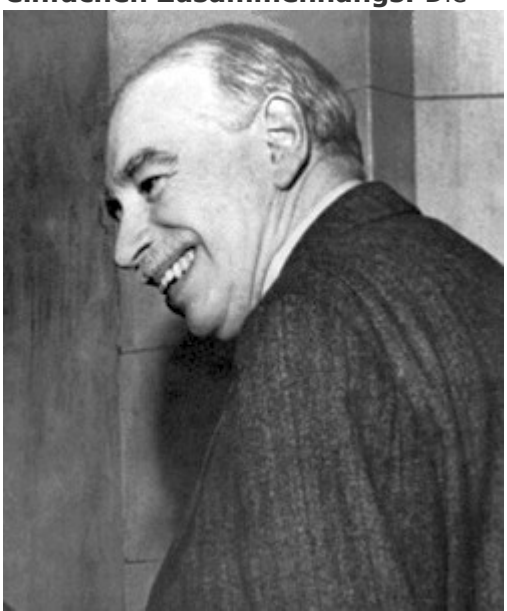
Freitag, 19. März 2010

Dead Man Walking II: Quantitätstheorie und freie Marktwirtschaft

Der folgende Text ist eine mathematische Erweiterung zu meinem Artikel panem et circenses: dead man walking vom 10. Juni 2009.

Wenn Ökonomen theoretisieren, so entstammen die Argumente größtenteils einer schon lange bekannten und ziemlich trivialen Gleichung M*V=x*P. Es ist die so genannte Quantitätsgleichung und die Theorie dazu die Quantitätstheorie. Die Wahl der Buchstaben spielt natürlich keine Rolle, hier sind M die verfügbare Geldmenge, V die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, x sind die Güter und P die Preise der Güter. Dieser einfache Zusammenhang war schon Gelehrten des 16. Jhd. aufgefallen und erwuchs zur Kerntheorie der Ökonomie unter Milton Friedman und dem von ihm entwickelten Monetarismus und bildet das Fundament der „Freien Marktwirtschaft". Sein Gegenpol ist bislang der Keynesianismus, der dagegen die Notwendigkeit von Staatseingriffen betont, also eine gelenkte Marktwirtschaft.

Diese beiden ökonomischen Varianten sind nach wie vor das Kernelement der meisten Ökonomen und Politikberater und ihrer beider mathematischer Kern sind im wesentlichen die Variationsmöglichkeiten des obigen einfachen Zusammenhangs. Die wissenschaftlichen Argumentationen will ich in diesem Artikel nicht weiter ausführen, im Prinzip macht man das immer so, dass man zwei Variablen als konstant annimmt und untersucht, wie sich eine der verbleibenden Variablen bei Veränderung der letzten verhält.



Daraus werden Monetaristische oder Keynesianistische Entscheidungshilfen für die Volkswirtschaft abgeleitet. Nur zum Beispiel gilt ja P=MV/x. Dann kann man schließen, das bei gleich bleibender Produktions- oder Transaktionsmenge x das Preisniveau P nur von der Menge des tatsächlich verfügbaren Geldes M*V abhängt. Deswegen bestimmen die Zentralbanken regelmäßig die

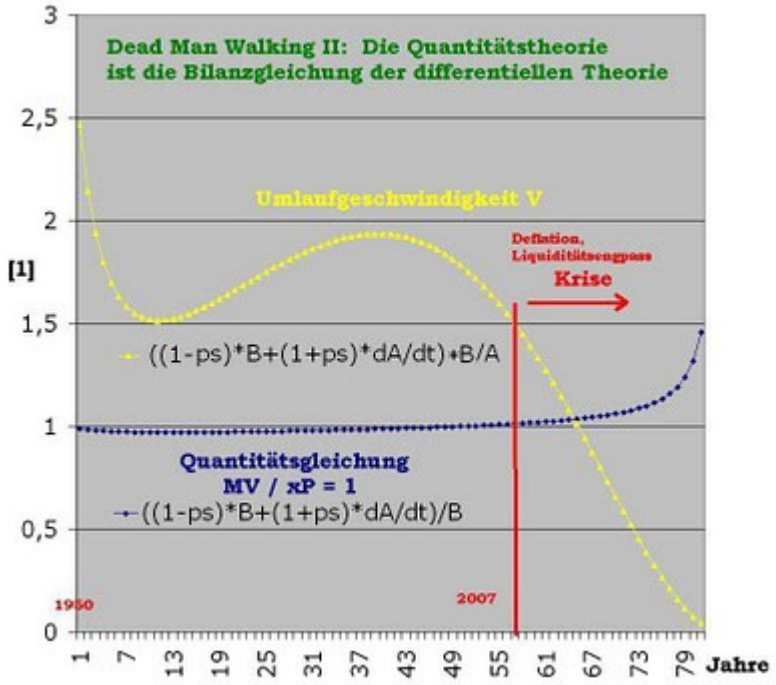
so genanntenGeldmengenaggregate um den Einfluss der Liquidität auf die Inflation zu überwachen.

In all diesen Theorien spielt die absolute Menge des Kapitals, also die kompletten Aktiva/Passiva des Bankenwesens praktisch keine Rolle, da im Prinzip nur Cash und schnell liquidierbares Kapital als Einflussgröße auf das unmittelbare Wirtschaftsgeschehen gilt. Die Gefahren eines gewaltigen Vermögensüberhangs und deren Renditedruck auf das BIP kommt daher in den Standardökonomien überhaupt nicht vor.

Ein weiteres Fundamentalproblem ist dabei auch, dass zweifelsfrei alle vier Variablen Funktion der Zeit sind M(t)*V(t)=x(t)*P(t). Wie der zeitliche Zusammenhang aber tatsächlich aussieht bleibt unbekannt. Monetaristische oder Keynesianistische Ideologien unterscheiden sich im Prinzip lediglich darin, dass die Monetaristen behaupten man lasse besser die Finger von diesen Funktionen und die Keynesianer behaupten, man müsse die Parametern besser durch staatliche Maßnahmen günstig manipulieren. Nun ist diese Gleichung eine typische Bilanzgleichung. In einer gültigen höheren Theorie muss sie demnach enthalten sein und die zeitliche Abhängigkeit der einzelnen Funktionen bestimmbar.

Umso interessanter ist es daher hier zu zeigen, dass genau diese Quantitätstheorie in der differentiellen Analyse intrinsisch enthalten ist. Das zu betrachten wir wieder dieses Modell und berechnen die verfügbare Geldmenge. Diese besteht nämlich einerseits aus dem im BIP umlaufenden Geld (1-ps)*B, d.h. die Menge an Geld die nicht gespart wird. Dazu kommt noch Gelder, die aus Sparvermögen konsumptiv abgezogen werden. Das sind im wesentlichen Gelder aus Verzinsung der Sparbeiträge, wenn man annimmt das die meisten Marktteilnehmer an der Erhaltung ihrer nominellen Vermögen interessiert sind. Also gilt M*V= (1-ps)*B+(1+ps)*dA/dt. Das Produkt x*P ist einfach das Bruttoinlandsprodukt B.

Wegen MV/xP=1 muss in unserem Modell also ((1-ps)*B+(1+ps)*dA/dt)/B = 1 gelten. Diese Werte im zeitlichen Verlaufen können wir nun einfach berechnen. Und so lassen sich dann auch die anderen Funktionen in ihrem zeitlichen Verlauf bestimmen, die der Standardökonomie bislang nur Rätselraten auferlegte, so etwa die so wichtige Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Die ist nämlich V=x*P/M, wobei unsere Gesamtaktiva A eine Obermenge darstellen, wovon die verfügbare Menge einen Anteil M=c*A darstellt, wobei hier in der ersten Näherung ein konstantes c angenommen wird. Damit ist die Umlaufgeschwindigkeit mit V = ((1-ps)*B+(1+ps)*dA/dt)*B/A zu bestimmen.



In der Graphik sehen wir dass die Quantitätsgleichung tatsächlich erfüllt ist, der Quotient bleibt über die gesamte Zeit tapfer beim Wert 1. Erst ganz spät in der Zeit der Krise geht er aus dem Leim (Inflation!), wie auch nicht anders zu erwarten ist. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dagegen ist Anfangs sehr hoch, stabilisiert sich dann aber in einem gesunden Korridor (der hier zwischen 1.5 und 2 liegt, was aus c=1 folgt). Erst ab dem Jahr 2007 nimmt die

Umlaufgeschwindigkeit stark ab und durchschlägt den Tiefstwert nach unten. In der Folge führt dies dann zu Liquiditätsengpässen, Kreditknappheit und Deflation.

Die BRD ist ein recht gutes Modellbeispiel, da sie mit dem Kriegsende 1945 und der Währungsreform 1948 praktisch von Null, sowohl bezüglich des BIP als auch der Vermögen, starten durfte. Sie verhält sich daher wirklich schön „planmässig".

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, März 19, 2010 2 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL

Reaktionen:

Donnerstag, 4. März 2010

Griechenland: Ein Sanierungsfall der keiner ist

Nach Hartz-IV-Bashing erleben wir zur Zeit das Attika-Bashing als neue Variante eines Problems, das keines ist. Jedenfalls nicht in der suggerierten Form. Natürlich muss sich Griechenland vorhalten lassen, jahrzehntelang mit geschönten Zahlen hantiert zu haben. Und Steuerflucht und Korruption in selten auffälliger Weise toleriert und sogar gefördert zu haben und ständig mehr Geld aus zu geben, als man einnimmt. Alles Symptome aber mit denen die Anderen, die jetzt mit dem Finger nach Athen zeigen, auch mehr oder weniger stark zu kämpfen haben.

Symptome der gleichen Krankheit des gleichen Virus, den alle westlichen Gesellschaften lange schon im Blut haben. Nur das schon immer Griechenland weniger Abwehrkräfte gegen diese Krankheit besaß. Schlimmer noch, es wurde zusätzlich, wissentlich der Immunschwäche, mit diesem Virus infiziert. Und zwar von Denjenigen die jetzt angesichts der saftigen Arztrechnung, die sie wegen der Zahlungsunfähigkeit des Patienten wohl oder übel übernehmen müssen, zu jammern beginnen.

Das Attika die Infektion mit dem Euro langfristig nicht überleben würde, war schon bei Einführung der Gemeinschaftswährung klar. Ebenso, dass die aus Athen vorgelegten Daten so nicht ganz stimmen konnten, aber so genau wollte man es auch gar nicht wissen. Hauptsache der Euro konnte durchgeboxt werden, ein gemeinsames Geld, das mangels gemeinsamer Wirtschaftspolitik zu einem gewaltigen Leistungsbilanzdefizit zwischen wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Regionen führen musste. Das es zuerst die immun geschwächten Südländer, allen voran Griechenland, dahin raffen würde ist nun wirklich keine Überraschung. Auch die Anderen Südländer sind bereits hoffnungslos krank, wenn auch die Symptome noch nicht offen ausgebrochen sind und die Patienten ans Bett fesselt. Es ist aber nur eine Frage der Zeit.

Gleichzeitig mit Einführung des Euros war man aber so schlau zu vereinbaren, dass man prinzipiell keine Arztrechnungen der Anderen Infizierten übernehmen würde, in der vagen Hoffnung das dann jeder schon fleißig für seine Gesundheit trainieren und abspecken würde. Mit dem starken Euro stellte man aber vor allen Dingen effektiv billige Kredite zur Verfügung, in vorher dort ungekannten Ausmaße. Es war so, als liefere man einem Alkoholiker ununterbrochen Wagenladungen voll der feinsten Drinks um ihn gleichzeitig zur Enthaltsamkeit und Askese aufzufordern. Um sich nun zu wundern, dass daraus nichts geworden ist und man den Patienten im Koma vorfindet. Und dass die Alkoholverkäufer, die deutschen Banken halten einen Löwenanteil der griechischen Staatsanleihen, seine Schnapsrechnungen nicht mehr bezahlt bekommen, weil der Patient arbeitunfähig geworden ist.

Der Patient, der sich an einen 1200 Promille und ständig steigenden Blutalkohol gewöhnt hat, soll sich nun selbst helfen, indem er weniger säuft und endlich damit beginnt, seine Alkoholrechnungen abzustottern. Oder wenigstens die Stundungszinsen dafür erarbeitet, oder, wir sind auch mit viel weniger zufrieden, zumindest die Zunahme seines Pegels von 127 Promille jährlich auf 85 Promille senkt. Damit die Schnapswirte wenigstens nicht den Glauben an einen ihrer besten Kunden verlieren. Andernfalls müssten Sie die Schnapspreise erhöhen, gerade auch für die anderen Kunden die schon etwas glasig drein schauen.

Schön wäre es, wenn der Patient mit der üblichen Schulmedizin zu heilen wäre. Das ist aber aus ganz fundamentalen Gründen nicht mehr möglich. Die gängige Schulmedizin sind nämlich die altbekannten betriebswirtschaftlichen Rezepte. Man redet von einem Sanierungsfall, die Griechen müssten nur reichlich sparen, um wieder auf die Beine zu kommen.

Für einen Betrieb ist das tatsächlich möglich, denn er kann Leute entlassen und mit besseren Maschinen und Konzepten seine Produktivität und Einnahmen erhöhen. Das Problem, nämlich einerseits die Arbeitslosen und andererseits das Mehr an Produkten, das nun von den Konkurrenzbetrieben nicht mehr verkauft werden kann, diese Probleme haben dann einfach die Anderen. Der Betrieb ist schließlich saniert. Bei der Volkswirtschaft ist das fundamental anders, da werden die Problem nur herumgereicht, aber nicht beseitigt.

Die Ursache dafür ist die bei positiver Verzinsung unvermeidbare Vermögensschere, der Zwang zur Verzinsung der exponentiell anwachsenden Vermögen ist irgendwann nicht mehr bedienbar. Spart der Staat nun um diese zu bedienen, so stärkt er genau die Ursache des Problems, entzieht der Wirtschaft aber Konsumkraft und damit den Antrieb. Die Folge ist noch mehr Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten bei abnehmenden Bruttoinlandsprodukt. Gleichzeitig steigen durch die Schuldenbedienung aber die Vermögen und damit die Zinsforderungen nur weiter an, und das schädliche BIP zu Bankenaktiva Verhältnis eskaliert weiter.

Am23. Januar 2009 im Blogbeitrag „Selbstmord aus Angst vor dem Tod" stellte ich schon mal fest: „**Das Verlangen nach einer praktikablen Lösung gleicht nun dem Ruf nach einem perpetuum mobile: Retten wir den Staat, dann crashen die Banken, retten wir die Banken, dann crasht der Staat.**".

Nun, wer es immer noch nicht glauben mag, der kann sich bei dem Finanzmathematiker Prof. Dr. Jürgen Kremer auf dem Rhein-Ahr-Campus in Remagen schlau machen. Kremer hat, als einer der ganz wenigen Ökonomen den Fundamentalzusammenhang auch schon erkannt und publiziert. Sein mathematisches Modell ist ein wenig detaillierter und im Prinzip eine numerische Integration äquivalent zu meinem differentialanalytischen Modell über mehrere verknüpfte Haushalte. Er hat ja auch mehr Zeit für so etwas, die Ergebnisse sind jedoch exakt dieselben.

Eine Entschuldung, sprich Sanierung, der Volkswirtschaften ist durch Sparen ganz prinzipiell nicht mehr möglich.

Das in die Köpfe abgehobener Politiker, überforderten Schul-Ökonomen und ahnungslosen Journalisten zu transportieren ist mehr als überfällig. Besonders schuld an dem Dilemma ist die klassische Ökonomie, die diese mathematisch eigentlich leicht einsehbaren Zusammenhänge nie richtig begriffen hat ([1],[2],[3],[4],[5],[6]Powerpoint Kremer,[7]Java Applet Kremer).

Nur bei unserer Mutter der Nation bin ich mir da noch nicht so sicher. Angela Merkel ist seit der Koalitionsbildung seltsam auf Tauchstation gegangen. Das liegt sicherlich zum größten Teil an Ihrer typischen Taktik, erstmal andere Koalitionspolitiker ins öffentliche Messer laufen zu lassen, um dann als überlegene Figur aus dem Hintergrund alles wieder in die beste Ordnung zu bringen. Sprich in die Richtung, die sich aufgrund des Medienechos als die politisch vernünftigste Lösung anbietet. Es sei Ihr gegönnt, solange sie damit gut fährt. Aber in den letzten Monaten hatte ich fast den Eindruck, dass Sie als Physikerin vielleicht doch zurück zu ihren Wurzeln und damit zu der unausweichlichen Erkenntnis gekommen ist, das Sie der Kapitän eines leck geschlagenen Seelenverkäufers mitten im Pazifik geworden ist. Da wäre es schon verständlich leicht melancholisch zu werden.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, März 04, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL

Reaktionen:

Freitag, 26. Februar 2010

VWL als gezipptes PDF

Mein Blog hat inzwischen eine etwas unübersichtliche Länge erreicht. Zu ihrer besseren Orientierung gibt es die **Google-Suchfunktion ganz oben** in der Blogleiste, wo sie beliebige Suchwörter eintragen können. Dann auch ganz rechts die Suchfunktionen **via Archiv zeitlich** und **via Labels nach Themen**. Die unter den Labels ausgeworfenen Beiträge werden allerdings antichronologisch ausgegeben.

Als weiteren Service habe ich nun die Beiträge zur Makroökonomie (Label VWL) in einem chronologischen PDF File gesammelt. Dieser wird nach weiteren Beiträgen aktualisiert und lässt sich ab sofort in der Version 1.0 mit Stand vom 23.02.2010 herunterladen. Der Zip-File ist knapp 10 MB groß. Darin ein PDF zum Lesen am Bildschirm oder PDA oder zum Ausdrucken.

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, Februar 26, 2010 1 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Sonstiges, VWL

Reaktionen:

Freitag, 12. Februar 2010

Mein Name ist Bond. Staats Bond.

Sie wissen was ein Schneeballsystem ist? Zitieren wir einfach dazu die Wikipedia:

„.....Als Schneeballsystem werden Geschäftsmodelle bezeichnet, die zum Funktionieren eine ständig wachsende Zahl Teilnehmer benötigen. Gewinne für Teilnehmer entstehen beinahe ausschließlich dadurch, dass neue Teilnehmer in den Systemen mitwirken und Geld investieren. In den meisten Ländern sind diese Systeme mittlerweile verboten.

Gut durchdachte Schneeballsysteme wachsen eher langsam und kollabieren an verbreitetem Erkenntnisgewinn bei den potenziellen Neukunden. Schneeballsysteme sind in der Regel leicht zu erkennen, so dass Neukunden gewarnt werden können. Es wird im Laufe der Zeit immer schwieriger, neue Mitglieder anzuwerben, die auf das System hereinfallen. Allmählich steigt der Anteil der Mitglieder, die ihre Investition nicht mehr amortisieren können. Das System kollabiert, wenn auch die zuvor erfolgreichen Mitglieder aufgeben.

In so genannten Pyramidensystemen werden Produkte von oben nach unten weitergereicht. A wirbt B, B muss bei A ein Produkt kaufen (dieses kostet B z. B. 50 Cent mehr als A), B kann dieses Produkt nun weiter verkaufen, oder wirbt C, der das Produkt ab sofort von B bezieht (50 Cent teurer) usw... Dies funktioniert nur bis zu einem bestimmten Preis, danach bricht das System für die untersten zusammen.

Die Möglichkeit zu einer Amortisation hängt von der bestehenden Marktsättigung ab, d. h. das Neumitglied riskiert, bei gesättigtem Markt an der Amortisation zu scheitern. Darin, dass ein Neumitglied den Sättigungsgrad des Marktes nicht beurteilen kann und damit letztlich bei der Bezahlung seiner Eintrittssumme mit dem Zufall spielt, liegt das „lotterieähnliche Element", das

dem Verbot von Schneeballsystemen zugrunde liegt.

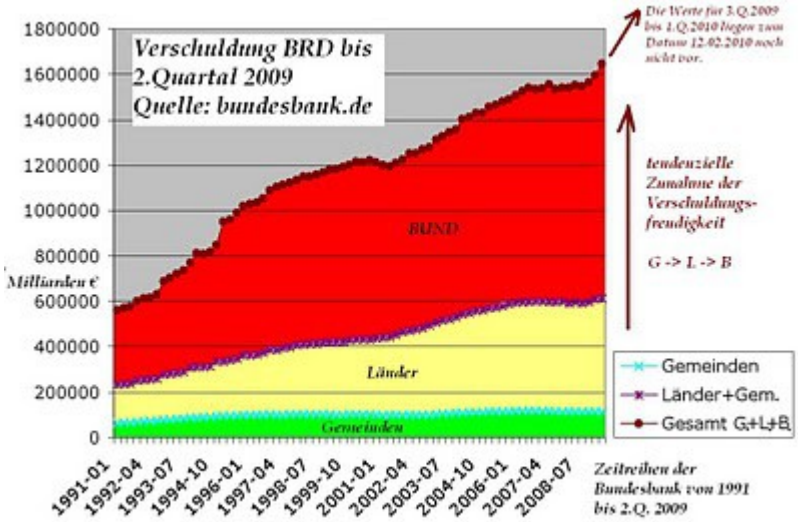
Im erheblichen Maße schädigend sind Systeme, über deren Charakter sich die Anleger nicht bewusst sind... Das System bricht zusammen, wenn sich eine größere Zahl der Anleger der Natur des Systems bewusst wird und versucht, ihr Geld zurück zu erhalten.

In Deutschland werden derartige Systeme von § 16 Abs. 2 UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) erfasst. Schon der „Versuch", ein Schneeballsystem ins Leben zu rufen, ist strafbar. Die Strafdrohung ist eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe. ...."

Soweit ein Ausschnitt aus der Wikipedia. Fällt Ihnen da etwas auf? Falls ja, so lesen Sie bitte weiter. Falls nein, dann kaufen Sie möglichst schnell z.B. griechische Staatsbonds bei einem Bankexperten ihrer Wahl. Angebote gibt's genug, und bei Leibe nicht nur aus Griechenland.

Nun, zur Erläuterung sollte man sich das staatliche Schneeballsystem ruhig einmal im Detail ansehen. Da wir Gott sei Dank noch eine Demokratie sind, lassen sich die wichtigsten Daten auch auf den offiziellen amtlichen Seiten im Internet finden. In China ist das nicht so, da muss schon mal rätseln, oder im Falle Griechenlands sind die Zahlen kräftig retuschiert worden. Bei uns pflegt man sie bislang nur ein wenig zu verstecken oder versucht sie möglichst nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Bis 2001 hatten wir übrigens ein Amt mit Namen Bundesschuldenverwaltung. Das war die der Sachlage entsprechende korrekte Bezeichnung. Seit dem 01. Januar 2002 führt dieses Amt nun aber die Bezeichnung Bundeswertpapierverwaltung. Voila, klingt doch schon viel besser, aus Schulden haben wir Wertpapier gemacht, dass ist doch schon mal was. Ein Blick auf die Zahlen der Bundesbank zur Verschuldung (1991 bis 2009) lässt den tieferen Grund erahnen. Die Schulden sind in den letzten Jahren solchermaßen explodiert, dass an eine Rückführung nicht mehr im Traume gedacht werden kann. Und dabei geht es uns im weltweiten Vergleich sogar noch gut. Gerade 2001 scheiterte der letzte Versuch unter Schröder (der kleine abnehmende Buckel in der Mitte der Grafik) ein ganz klein wenig davon zu tilgen.



Es sind die aktuellen Werte vom Tage, die leider nur bis zum 04/2009 reichen. Die Schuldenberechnungen hinken anderen statistischen Daten leider um ein Jahr hinterher. Aber die Neuverschuldungen aus 2009 und 2010, sowie die bereits aufgrund unrealistischen Wachstumsphantasien niedrig kalkulierten Bedarfe bis 2013 belaufen sich auf wenigstens 500 weitere Milliarden. Und damit bei bereits zugegebenen 2200 Mrd., nach heutigem Gelde, und damit schon bei 92% des aktuellen BIP's.

Aber das wird nicht reichen. Denn jetzt kommt das bankrotte Griechenland hinzu, was vor einem Jahr schon sicher war, und die nächsten Dominosteine vorher zu sagen ist so einfach, das es eigentlich keinen Spaß mehr macht.

An der Grafik sieht man aber auch noch etwas anderes: In der Reihenfolge Gemeinden – Länder – Bund nimmt der Hang zum Schulden machen zu. Während die Gemeinden allesamt schön sparsam sind, sind es die Länder schon weniger und beim Bund ist offensichtlich Hopfen und Malz

verloren. Man kann mutmaßen, je Bürger fremder der Verwaltungsapparat ist, desto verschwenderischer wird er. Während der Bürgermeister einer Kleinstadt noch mit den Leuten seines Bezirks abends in der Kneipe steht, tut das ein Landesfürst schon weniger, und der Regierungsminister in Berlin ist bereits völlig abgehoben im Kreise der Reichen und Mächtigen, wo ein paar Millionen nun mal Peanuts sind. Wenig verwundert dann, dasWesterwelle mit seinem Zitat *"...Dass eine verheiratete Kellnerin mit zwei Kindern im Durchschnitt 109 Euro weniger verdiene, als wenn sie Hartz IV beziehen würde, sei ungerecht..."* meint, das Hartz IV Armut überbezahlt wäre, anstatt den wirklichen Skandal anzuprangern, dass nämlich die Kellnerin viel zu wenig verdient. Und letzteres liegt halt an der allgemeinen Gewinnmaximierung im Sinne des „shareholder values", der zu immer höheren Transferleistungen von Unten nach Oben führt.

Und das schlägt in letzter Konsequenz auf die Kellnerin durch, denn es sind alleine die Arbeiter und Angestellten der Realwirtschaft die die Grundlage (das BIP) für die Schaffung und den Erhalt(!) aller Papierwerte sorgen. Wer da nach unten tritt und nach oben buckelt, der sägt den Ast ab auf dem Alle sitzen. Insbesondere finanzieren wir die fürstlichen Saläre, Dienstwagen, Flugbereitschaft und Botschaftsdinner für die Regierung in Berlin nicht wegen der Bürgernähe, sondern dafür das sie Demokratie und Volkswirtschaft erhalten. Wozu man vor allen Dingen erstmal letzteres begreifen sollte.

Nun gut, wie funktioniert das mit der Verschuldung? Ganz einfach, die Staaten geben Schuldscheine aus, Anleihen, Bonds, Obligationen, eine besonders schöne Wortschöpfung ist „Schatzbriefe" oder „Schatzanweisungen", und der gleichen versteht man darunter. Wer möchte nicht einen Schatz haben, und so werden diese Papiere am freien Markt verkauft. Zumal Staaten ja angeblich nicht Pleite gehen können und die Schätzchen als sicher gelten. Der Käufer hat die Wahl zwischen verschiedenen Laufzeiten, an deren Ende er sein Geld plus der aufgelaufenen Zinsen vom Staat zurück erhält.

Soweit so gut, soweit so schlecht. Denn der Staat, der regelmäßig deutlich weniger einnimmt als er ausgibt, hat das Geld natürlich nicht. Also muss er, um zahlungsfähig zu bleiben, jedes Mal wenn ein solcher „Schatz" zurück kommt, jemanden Anderen finden der ihm mehr(!) als einen Schatzbrief abkauft. Denn er muss ja nicht nur das alte Schätzchen sondern dazu noch die Zinsen berappen. Als wäre das nicht schon genug, steigt auch noch sein Kreditbedarf mit schöner Regelmäßigkeit, so dass es noch ein paar Schätze zusätzlich nötig macht, jedes Jahr versteht sich. Damit das nicht so hässlich klingt wie es ist, hat man diesen Vorgang neudeutsch Refinanzierung getauft. Nun gut, klingt immer noch nicht wirklich gut, aber einfach besser als Schneeballsystem.

Für den Bund führt die Deutsche Finanzagentur diese Papiere,auf deren Seite man sich die Listen runterladen kann. Nun geht das Spielchen aber noch weiter, denn wir sind ja kreative Schneemänner. Denn die Banken, die die meisten dieser Schätzchen erwerben, haben ja nun kein Geld mehr für Kredite zu vergeben oder einfacher nur zu zocken. Aber da naht sogleich großzügige Hilfe.

Woher? Aus dem selben Haus natürlich. Denn diese Papiere sind ja nun Schuldtitel, und dafür kann jedes Haus mit einer Bankzulassung bei den Zentralbanken für ein einziges lausiges Prozentchen, viel weniger als die Schätzchen bringen, sich Geld besorgen. Alleine das ist schon ein einträgliches Geschäft, ohne einen realen Handschlag an der Werkbank zu tätigen. Genau das haben die Banken nach der Lehmannpleite 2008 auch gemacht, sie haben die Flocken gleich wieder bei der Zentralbank eingelagert und lediglich die Zinsdifferenz kassiert, da zu dieser Zeit sowohl die Kreditvergabe als auch das Zocken zu riskant war.

Nach dem der Staat dann die Zockerschulden, großzügig wie immer und auf Kosten Dritter, übernommen hatte, gönnte man sich natürlich wieder die alte Zockerei. Denn die ist jetzt besonders attraktiv, indem man auf die erste Stufe der wundersamen Geldvermehrung noch eine zweite montiert: Man transportiert das leicht gewonnene Geld in ein Land mit fester Währung und höherer Verzinsung. Und nutzt damit noch den zusätzlichen Effekt, dass während der Anlagezeit dort der Wert der Währungen Dollar und Euro abnimmt, und man das bereits vermehrte Geld mit einem weiteren Gewinn zurück tauschen kann. Das bringt ohne eine Schraube gedreht zu haben 10 bis 20% im Jahr. Auch dafür gibt es eine schöne Finanzvokabel, carry trades, was irgendwie nach fahrenden Händlern klingt, aber auch nur ein Schneeball ist.

Den Geldsegen der Zentralbanken wird in Form von so genanntenTender auf den Markt geworfen, die bei der gleichen Agentur einzusehen sind, und es klingt auch wieder viel besser als Schneeballsystem.

Wäre nun Deutschland der einzige Player in diesem verrückten Spiel, es könnte noch 100 Jahre so weiter gehen. Aber natürlich spielen alle mit, und Griechenland ist nicht der erste oder letzte, aber der erste EURO wichtige Zocker der über die Klinge dieses Monopoly springen muss: Gehe nicht über LOS, gehe sofort ins Gefängnis, aber kassiere trotzdem kräftig von den anderen Mitspielern. Warum nun doch Letzteres? Damit die vielen Mitspieler, die wir für die nächsten Runden dringend brauchen, nicht die Lust zum Weitermachen verlieren. Denn das Spiel funktioniert nur so lange, als das in jeder neuen Runde noch mehr von den Anleihen weltweit aufgekauft werden, als im Jahr davor.

Und dieser Bedarf steigt nicht nur linear, sondern exponentiell an. Denn den ersten Mitspielern wird längst mulmig, so konnte Portugal seine Papiere vor einigen Tagen nicht verkaufen, weil die Investoren ob des Risikos mehr Zinsen für die Schätzchen haben wollten. Die kann Portugal aber nicht zahlen, aber es wird beim nächsten Versuch müssen. Sonst landen sie genau da, wo Griechenland faktisch schon ist, nämlich auf dem Buckel der Staaten wie Deutschland, die noch zahlungsfähig sind. Und so geht das jetzt weiter, bis die geforderten Zinsen auch in Deutschland ansteigen und die Bedienung der Schulden mehr und mehr unmöglich machen.

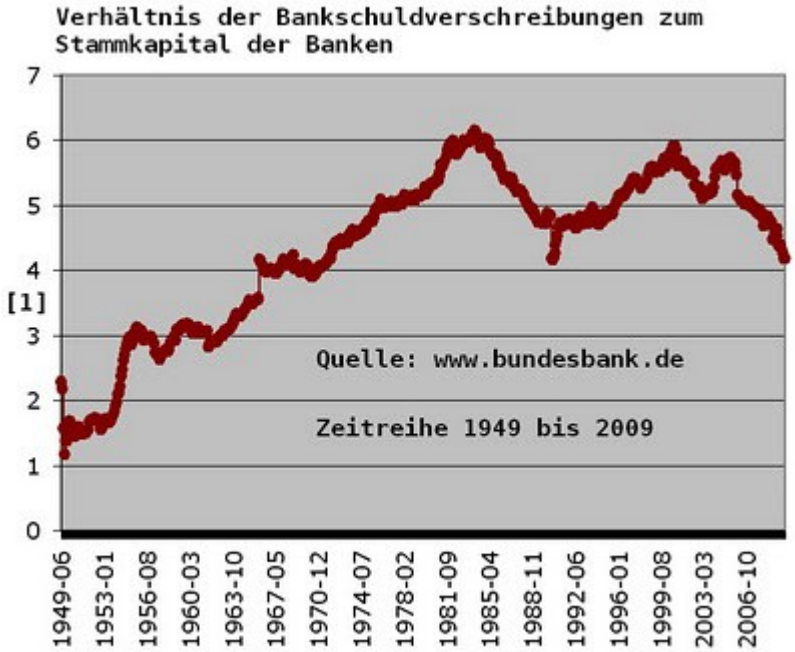
Lässt man zudem das Zentralbank Geld weiter so billig, dann steigen damit die Zinsdifferenzen zu den Anleihen noch kräftiger und das obige Karussel dreht sich noch schneller und schneller bis die Halteseile reißen. Zieht man die Zinsen für das Zentralbankgeld dagegen ordentlich an, dann bremst man das Karussel abrupt ab und die Staatsschulden sind erst recht nicht mehr bezahlbar, weil einerseits die Refinanzierungszinsen explodieren und die Wirtschaft, die zweitrangig von den Banken bedient wird, endgültig erlahmt.

Vielleicht noch mal kurz zu den Zahlen der Finanzagentur: Die Schulden des Bundes alleine beliefen sich zum 31.12.2009 auf 1.016.334.464.062,13 Euro. (Wenn ich den erwische der die 13 Cents verschleudert hat!) Ein schönes Schmankerl ist der Absatz: *„nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus der kapitalindexierung inflationsindexierter Bundeswertpapiere 1.368.542.226,36 EUR.*"Inflationsindexiert sind Anleihen dann, wenn die Anleger sich das Inflationsrisiko von der ausgebenden Stelle versichern lassen. Und die werden langsam misstrauisch und Einige haben in Erwartung dessen bereits indexiert. Anfang März 2006 hatte die Bundesrepublik Deutschland erstmals nach den Zeiten der Weimarer Republik wieder eine an die Preissteigerung gekoppelte Anleihe aufgelegt. Verzeihung, sie fragen wer die ausgebende Stelle ist? Sie natürlich, lieber Leser und Steuerzahler.

Nun sollten wir hier eigentlich eine Pause machen. Aber dass geht nicht. Denn diese Art der Geldvermehrung ohne auch nur ein greifbares Produkt herzustellen, dieses Spiel spielen nicht nur die Staaten. Auch Unternehmen und Banken können solche Anleihen ausgeben. Also Versprechen daraufhin, dass dem Geldgeber für dieses Papier nach Ablauf sein Geld plus Zinsen zurück gezahlt werden kann.

Bei Staaten glaubt der Anleger meist, dass diese nicht pleite gehen können. Bei Unternehmen oder Banken wird dies kein vernünftiger Mensch tun. Banken handeln daher mit Pfandbriefen. Pfandbriefe, auf gut ausländisch „covered bonds" haben die besondere Eigenschaft, dass deren Auszahlung gesetzlich garantiert wird. Geht die ausgebende Bank Pleite, so sind aus der Konkursmasse erstmal die Pfandbriefe zu bedienen, reicht das nicht aus, dann springt der Verband der ausgebenden Banken mit einem Fond ein. Erst danach wäre der Staat und Steuerzahler gefragt.

Und jetzt schauen wir noch mal bei der Bundesbank nach den Bankenpassiva. Da wird nämlich sowohl die Höhe der Stammkapitalien und die Summe aller Inhaberschuldverschreibungen aller deutschen Banken ausgewiesen. Und das Summe allen Stammkapitals verbuchte in der Spitze bei rund 380 Mrd. Euro und die Schuldverschreibungen darauf aber fast 1800 Mrd. Euro. Das Verhältnis betrug in der Spitze das 6-fache des Stammkapitals.



Und darin liegt der tiefere Grund, warum die Hypo-Real-Estate (HRE) durch den Bund gerettet werden musste. Denn die HRE hatte sich kurz vor ihrer Pleite die Depfa, die Deutsche Pfandbrief Bank hinzugekauft. Und diese hält einen Löwenanteil dieser Bonds. Wäre die HRE den Bach runter gegangen, und mit ihr die Depfa, dann wären mit einem Schlag ein Großteil dieser Pfandbriefe der Banken fällig geworden. Denn die kann man nicht einfach abschreiben. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen hätte der Bankenfonds, und da dieser bei weitem nicht ausreicht, die betroffenen Banken alle mit ihrem Eigenkapital haften müssen. Zu diesem Zeitpunkt reichten die aber nur für 20% Deckung aus und damit wäre schlagartig die gesamte deutsche Bankenlandschaft pleite gewesen. So war es dieses schlagkräftige Argument, das einer der Beteiligten mit *„..wenn sie die HRE jetzt nicht retten, wachen sie am Montag in der Apokalypse auf...“* auf den Punkt brachte, die damals Finanzminister Steinbrück zur Übernahme der HRE und aller ihrer Risiken zwang.

Nun sind wir also ziemlich kurz vor dem Ende der Fahnenstange. Wie sagt die Wikipedia

doch so schön: *„...Das System bricht zusammen, wenn sich eine größere Zahl der Anleger der Natur des Systems bewusst wird und versucht, ihr Geld zurück zu erhalten...*". Und das wird geschehen.

Warum kann es kein Wirtschaftwachstum geben, dass die Probleme wieder egalisiert? Ganz einfach, weil es zuviel Geld gibt, dass zudem in wenigen unproduktiven Händen konzentriert ist. Und weil die Schuldzinsen für diese Vermögen jedes noch denkbare Wirtschaftswachstum in den entwickelten westlichen Industriestaaten sofort auffrisst. Selbst wenn es gelänge für kurze Zeit ein effektives Wachstum zu erzeugen: Die Wirtschaft braucht Vertrauen, und keineswegs nur der Kapitalbesitzer darauf, dass sein Kapital plus Zinsen zurück kommt. Sondern auch das Vertrauen der Durchschnittsbürger. Nämlich dass sie für ihre Arbeit fair und ausreichend bezahlt werden, und das wenn sie sich mehr anstrengen, länger arbeiten, weniger Urlaub und Feiertage akzeptieren, am Ende dafür auch mehr herausbekommen. Das ist aber schon lange nicht mehr der Fall und es wird immer schlimmer.

Wer jetzt glaubt er könne zur weiteren Finanzierung des Schneeballsystems den Bürger ausquetschen bis nur noch Blut und kleine Knochen kommen, der wird erleben das er vergessen hat, wo all sein Wohlstand herkommt. Das ach so wertvolle Papier zerrinnt wie Sand zwischen den Fingern in dem Augenblick, wo der Bürger die Nase voll davon hat.

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, Februar 12, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL, Wahl2010

Reaktionen:

Donnerstag, 4. Februar 2010

Hundert Tage, oder Schlimmer geht Immer

Die 100 Tage Bilanz der neuen schwarz-gelben Koalitionsregierung sieht verheerend aus, wer sich von der Großen Koalition wenig beeindruckt zeigte sieht nun, schlimmer geht immer. War das voraussehbar? Natürlich, genauso wie die Griechenpleite. Aber das nur am Rande.

Besonders tragisch ist eher, dass man sich fragen muss, wieso eigentlich die Parteien in der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Lage und der Wahl ihrer Mittel immer so treffsicher daneben liegen. Bei der Beurteilung der Probleme des kleinen Mannes mag das noch einleuchtend sein, denn der typische MdB ist meilenweit von der aktuell prekären Situation des Durchschnittbürgers entfernt. Private Krankenversicherung, keine Rentenlasten und überdurchschnittliches Beamten- oder Abgeordnetensalär führen automatisch zu einer unvermeidbaren Abgehobenenvorstellung. Besonders hervorragend in dieser Stellung etwa MP Roland Koch, der seinen dreisten Spezies viel gönnt und die HartzIV-Unterschicht mit Arbeit frei machen möchte.

Sei es nun der blutjunge privat Versicherte als Gesundheitsminister, dem die Idee der Kopfprämien und die zukünftig durch die Einfrierung der Arbeitgeberanteile einseitig auf die Arbeiter und Angestellten verlagerte Gesundheitskosten sicherlich keine großen Kopfzerbrechen machen. Schlimmer geht immer, so dann noch die neueFamilienministerin, Baujahr 1977, Kind eines Beamten und einer selbstständigen Immobilienmaklerin. Schon von Berufsanfang an im Abgeordnetenkarussel, Jung, Kinderlos und mit einem ebenfalls beamteten Staatssekretär verlobt. Mehr die typischen Eigenschaften einer Yuppi-Verbindung und nicht wirklich die der zunehmend prekären Mittel- oder Unterschichtfamilie, um die sich ihr Ministerium drehen sollte. Selbst wenn sie sich ehrlich bemüht, sie kann die Probleme dort unten nicht wirklich verstehen.

Aber selbst da, wo man von solchen Leuten einiges an Kompetenz erwarten würde, nämlich im Regime des großen Geldes, glänzt man mit bedenklicher Unwissenheit. Die mächtigste, vorgeblich volkswirtschaftliche, Hypothese der man frönt ist dabei die so genannte„Pferdeäpfeltheorie": Demnach muss man den edlen Hengst vorne oben nur mit reichlich lecker Hafer füttern, damit hinten unten noch genug Pferdeäpfel für die kleinen Leute raus fallen.

Nur, hier liegt ein fundamentales Missverständnis vor, und mit dem stehen Politiker gar nicht so alleine da. Denn die Pferdeäpfeltheorie ist, wie viele andere solcher scheinbar auf der Hand liegenden Logiken, letztlich ein Element der Betriebswirtschaftslehre (Mikroökonomie, BWL) und nicht der eigentlichen Volkswirtschaftslehre (Makroökonomie, VWL). Der Unterschied besteht mathematisch darin, dass erstere (quasi-)offene, zweitere (quasi-)geschlossene Systeme betrachtet. Und das ist in der Tat ein fundamentaler Unterschied.

Ein praktischer Unterschied ist am Beispiel der Funktion von Geld zu sehen: Wenn ein Betrieb einen Zufluss von Geld verbucht, so ist das für den Betrieb natürlich erstmal ein Gewinn. Für die Volkswirtschaft aber keineswegs, denn da ist es erstmal nur eine Verschiebung eines Geldbetrages von einem zum anderen. Schlimmer noch bei der so genannten Geldschöpfung. Für einen Betrieb, wie etwa den Betrieben die für die Geldschöpfung zuständig sind, die privaten Banken, stellt so was erstmal einen Gewinn dar. Für die Volkswirtschaft dagegen einen Verlust, falls die Geldschöpfung nicht mit mindestens gleich großen Wertschöpfung aus dem BIP unterlegt ist. Und letzteres ist eben in besonders verheerendem Maße beim Investmentbanking der Fall, wo lediglich Derivate gegenseitig hochgejubelt werden.

Ein wenig verstehen kann man das Problem schon, denn am Anfang einer sich entwickelnden Gesellschaft der Wirtschaftswunderzeiten, wo exponentielle Zuwächse noch keine Magenschmerzen bereiten, ist der Unterschied zwischen BWL- und VWL-Ideen gar nicht so groß. Je mehr das System sich aber seinen Grenzen nähert, desto fundamentaler sind die Unterschiede und geradezu gegenläufigen Diskrepanzen gworden. Um bei der Pferdeäpfeltheorie zu bleiben: Inzwischen müssen die gigantisch gewachsenen Pferde ihre Äpfel zu dem leckeren Hafer noch selbst fressen um halbwegs satt zu werden, dahinten spürt man nur noch gewaltige Fürze. So sind die netto verfügbaren Einkommen des Durchschnittamerikaners seit den 1980er Jahren inflationsbereinigt gesunken, die des Deutschen seit den 1990er-Jahren auch.

Und da sind wir beim Informationsproblem der Politik, aber auch der Öffentlichkeit und einem ihrer wichtigsten Vertreter, dem Journalismus, angekommen. Denn Berater und Lobbyisten kommen mit weitem Vorsprung aus der betriebswirtschaftlichen Ecke. Kein Wunder daher, dass die aktuellen Probleme mit dem bekämpft werden, was sie ausgelöst hat: Neue Schulden, die immer auch wachsende Vermögen eines Anderen bedeuten. Das was für den Betrieb der Deutschen Bank gut ist, nämlich billiges Geld und unbehindertes Investmentbanking, ist für die Volkswirtschaft heute mittelfristig tödlich.

Das die in der Verantwortung stehenden Regierungen dies nicht begreifen wollen ist Angesichts der verheerenden Probleme der praktischen Umsetzung verständlich. Schlimmer dagegen ist das ebenso vollständige Versagen der Opposition. In den USA verständlicher, weil es dort gar keine echte Opposition gibt, denn die Unterschiede im faktischen Zweiparteiensystem zwischen Republikanern und Demokraten sind nicht mal so groß als zwischen Union und FDP.

Hier in Europa müssten aber erstmal die Oppositionen auf den Trichter kommen. Und die unangenehmen volkswirtschaftlichen Wahrheiten und ihre unumgänglich schmerzhaften Lösungen verbalisieren und einfordern. Und diese Lösung besteht eben nicht in der immer weiteren Umschichtung der Lasten der Schulden- und Vermögensblase auf die arbeitende Bevölkerung. Wie bei jeder, betriebswirtschaftlichen, Insolvenz hilft es nur die Schulden in Luft aufzulösen und die Gläubiger zu prellen. So ist es nun mal, für Dummheit, also die Investition in ein zum Scheitern verurteiltes Geschäftsmodell, muss der Investor irgendwann mal bluten. Es nutzt nicht dauerhaft, die Kapitalkosten auf die Kunden umzulegen.

Wer das nicht begreift und die Zwangskunden des Staates, die Bürger, für sowieso nicht mehr tilgbare Schulden bis auf die Knochen ausplündert, der verkauft die Demokratie an das Kapital. Politik muss agieren lernen, statt immer nur auf neue Katastrophen zu reagieren, und dann auch noch falsch.

"Der Grund für dieses verzweifelte Sichblindstellen liegt in einem Wirtschafts- und Finanzsystem, das inzwischen alle Merkmale einer veritablen Karzinombildung angenommen hat: Es muß ständig wachsen , um zu existieren. ....es hat keinen Zweck, an den erschreckenden Folgesymtomen herumzuflicken: Das ganze Wirtschaftssystem muß eben geändert werden. Aber das kann man nicht, oder man will es auch gar nicht. Ich bin überzeugt, daß die großen Wirtschaftsleute und die verantwortlichen Politiker aller Lager dieses Problem längst sehen - aber sie schweigen. Sie wagen nicht darüber

öffentlich zu sprechen. ....Also werden es, wie ich fürchte, die Ereignisse sein, die uns belehren."
(Michael Ende, Autor)

Schlimmer geht Immer. Die nächsten „Überraschungen" für unsere Experten und Politiker sind leider leicht vorhersagbar. Man kann nur hoffen dass Bürger und Opposition bald, sehr bald, aufwachen.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, Februar 04, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL

Reaktionen:

Donnerstag, 28. Januar 2010

Spar'nschmarr'n: Warum der Staat gar nicht mehr sparen kann

*"Wunsch und Wirklichkeit"*titulierte derSpiegel unlängst:*"Wirtschaftskrise und Schuldenrekord - zumindest Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat vor diesem Hintergrund längst alle finanzpolitischen Träumereien aufgegeben. Deshalb bereitet er die Bürger nicht auf Steuerentlast- ungen vor, sondern kündigt lieber umfangreiche Kürzungen ab dem kommenden Jahr an.....Im Koalitionsvertrag hatten Union und Liberale sich nach wochenlangem Ringen auf 24 Milliarden Euro Steuerentlastungen verständigt. Allerdings enthält der Vertrag einen Finanzierungsvorbehalt und den Hinweis auf die neue Schuldenbremse. Die Mehrheit der Deutschen lehnt wegen der Finanzprobleme jüngsten Umfragen zufolge Steuerentlastungen ab. ....."*

Das ein verschuldeter Staat erstmal Schulden abbauen sollte, statt neue zu machen, dass leuchtet auf den ersten Blick ein. So sehr, dass die Bürger sogar das von der FDP versprochene Steuergeschenk in Höhe von 24 Mrd. Euro mehrheitlich ablehnen und somit offensichtlich bereit sind, für dieses ehrende Ziel weitere Belastungen auf sich zu nehmen.

Nun allerdings, ist das Makroökonomisch gesehen aber wirklich sinnvoll? Was auf mikroökonomischer Ebene, für den privaten Haushalt oder einen mittelständischen Betrieb auf der Hand liegt, muss es keineswegs in der Gesamtschau der Volkswirtschaft sein. Dazu also wieder einmal der Blick auf die Zahlen, über die wir da reden müssen.

Zunächts einmal betragen die offiziellen Schulden von Bund, Länder und Gemeinden zur Zeit etwa 1700 Mrd. Euro. Bei den zur Zeit künstlich absurd niedrig gehaltenen Zinsen sind dafür pro Jahr "nur" gut 40 Mrd. Euro Zinsen zu entrichten. Dazu kommen aber noch einmal erheblich versteckte Schulden, wie etwa die Sondervermögen zur Bankenrettung hinzu, für die weitere Milliardenbeträge anfallen. Sollten die Zinsen in absehbarer Zeit auf realistische Werte steigen, was sie müssen um die Welt nicht in den sicheren Spekulationskollaps zu treiben, so steigen diese Zinsforderungen schnell auf Werte weit oberhalb der 100 Mrd. Euro/Jahr Grenze. Dann liegt allein der Zinsdienst über der 20% Marke des Haushalts, was von Ökonomen als die Schmerzgrenze angesehen wird, ab dem der Staatsbankrott kaum noch vermeidbar ist. Für neue deutsche Staatsanleihen werden zur Zeit 3,25% Zinsen fällig, was schon auf eine Zinslast von über 55 Mrd. zielt.

Aber bleiben wir erstmal bei den billigen alten Anleihen und gehen wir zudem von den viel zu niedrigen Zinssätzen und dem geschönten Schuldenstand aus. Dann müsste Schäuble und seine Kollegen in den Ländern und Gemeinden pro Jahr insgesamt mindestens 50 Mrd. Euro sparen, um überhaupt eine geringfügige Tilgung der Schulden zu erreichen. Spart er weniger, so wachsen die Schulden trotzdem durch Zins und Zinszins weiter ins Unermessliche. Die Rede ist zur Zeit aber eher von 10 Mrd. Euro pro Jahr, was keinen nennenswerten Effekt auf die steigenden Schuldenstände hat. Aber selbst bei 50 Mrd. Euro jährlich würde es Generationen dauern, den Schuldenstand wieder auf vernünftige Größenordnungen zu bringen, erst unsere Urenkel würden einen merklichen Effekt davon haben.

Um einen mittelfristig messbaren Effekt zu erreichen, müssten bei bald realistischen Zinsen um 5% und einer vernünftigen Tilgungsrate von ebenso 5% schon rund 170 Mrd. Euro jährlich, ohne die Sondervermögen zu berücksichtigen, gespart werden. Inklusive letzterer müssten es um den Dreh von 200 Mrd. Euro pro Jahr sein. Nur, selbst dass ist nicht nur graue Theorie, es ist absoluter Unfug, weil es nichts bringt. 200 Mrd. pro Jahr wäre nichts anderes als eine Bankrotterklärung und selbst 50 Mrd. erwürgt die öffentliche Hand.

Aber würgen wir einfach mal kräftig und sparen 50 Mrd. pro Jahr. Was wäre der

Effekt? Zunächst einmal weiß jeder Betriebswirt, dass man mindestens rund 50.000 Euro Umsatz jährlich braucht, um einen Arbeitsplatz zu ermöglichen, mit weniger rechnet sich das nicht. Nehmen wir auch mal das BIP, zur Zeit rund 2400 Mrd. Euro. Davon werden etwa 42 Millionen Arbeitsplätze, vom 1-Euro-Jobber bis zum Boni verwöhnten Bankmanager, finanziert. Nach Adam Riese also rund 57.000 Euro pro Jahr und Arbeitsplatz, was diese Erfahrungstatsache sofort wieder spiegelt. Der Staat wiederum ist der größte Deutsche Arbeitgeber, denn unsere Staatsquote beträgt rund 50%. Das bedeutet das die Hälfte des BIP irgendwie durch die Hände des öffentlichen Dienstes fließt. Das aber nur nebenbei.

Denn der Staat spart ja nirgendwo, er bildet so gut wie keine Rücklagen, sondern gibt alle seine Einnahmen an anderer Stelle wieder aus. Er schleust die kompletten Einnahmen wieder in den Wirtschaftskreislauf. Und schafft damit direkt oder indirekt pro Milliarde Staatsausgaben rund 1.000.000.000/50.000=20.000 Arbeitsplätze. Spart er 50 Mrd. jährlich, so werden diese Gelder dem Wirtschaftskreislauf entzogen und faktisch auf die Konten der Spekulanten transferiert. Denn von einer Steuerentlastung der Bürger in gleicher Höhe kann ja keine Rede sein, im Gegenteil deren Belastungen durch Steuern, Abgaben und Gebühren sowie sinkenden staatlichen Transferleistungen steigen stetig weiter oder müssen im günstigsten Fall wenigstens gleich bleiben.

Spart der Staat also 10 Mrd. respektive 50 Mrd. jährlich, so vernichtet er damit 200.000 respektive 1 Million Arbeitsplätze. An jedem Arbeitsplatz hängen aber typischerweise noch Frau und Kind, durchschnittlich sind dann 3 zusätzliche Mäuler durch staatliche Transferleistungen zu unterstützen, nicht nur durch Hartz IV, sondern auch durch Kassenbeiträge, Miethilfen, soziale Brennpunkte usw. Dass sind pro Nase wenigstens 1000 Euro im Monat, oder rund 36.000 Euro jährlich, sehr günstig gerechnet. Der Nettoeffekt reduziert sich damit auf lausige 28% Einsparungen, pro Milliarde Euro also nur 280 Millionen.

Der Staat muss also nominal drei bis viermal soviel sparen, wie er glaubt. Für ein bisschen Tilgung also mindestens 150 Mrd. jährlich und für eine mittelfristig merkliche Entlastung sogar 600 Mrd. Euro jährlich. Schon die erste Zahl ist natürlich der faktische Bankrott des Staatswesens. Die Schulden werden also weiter unaufhaltsam steigen, mit realistischen Sparansätzen kann man im günstigsten Falle die Zeit bis zum Kollaps etwas hinauszögern.

Die Konsequenz aber ist grausam einfach: Wie bei jedem überschuldeten Betrieb hilft eigentlich nur noch die geregelte Insolvenz, die Gläubiger müssen sich dann mit einem Bruchteil der Verbindlichkeiten zufrieden geben und der Laden startet unter neuem Namen und Führung von vorne. Im Falle von Staaten ist dies natürlich eine unparitätische Währungsreform.

Der Schuldendienst ist auch ein Grund dafür, dass die westlichen Staaten an der Droge des billigen Geldes festhalten. Denn erhöht man den zur Zeit noch absurd niedrigen Leitzins, so steigen nicht nur die Risiken der spekulationsbelasteten Banken exponentiell, sondern es explodiert auch der Zinsdienst der Staaten.

Oder der Staat macht jetzt eben das, was auch viele Betriebe machen, wenn ihnen das Wasser bis zum Halse steht: Irgendwie umschulden, alte Kredite durch neue ablösen, alte Zinsschulden mit neuen Krediten bezahlen, die werden damit zwar nicht geringer, aber laufen dafür noch ein bisschen länger. Zudem wird der jeweils nächste Auftrag mit dem Geld des letzten vorfinanziert und das geht so lange gut, bis irgendwann keine neuen Aufträge, hier also Staatsanleihen die von irgendeinem gezeichnet werden, eingehen. Das nennt man dann Konkursverschleppung. So ergeht es zur Zeit Griechenland, dass verzweifelt versucht seine faulen Anleihen etwa den Chinesen anzudrehen, weil die EU sie nach ihren Statuten nicht selbst ankaufen darf. Das böse Ende ist absehbar, die Welt bewegt sich auf Messers Schneide.

Was also ist zu tun? Es gibt grundsätzlich natürlich zwei Blickwinkel auf diese unlösbare Situation. Nämlich der Blickpunkt derjenigen, die ihre Einnahmen aus Kapitalverwertung ziehen, und den derjenigen, die ihre Einnahmen aus Arbeit in den Betrieben erhalten. Wem von den Beiden nützt das Sparen, das man in Deutschland noch kürzlich mit Hilfe einer grundgesetzlichen Schuldenbremse betoniert hat?

Demjenigen der seine Einnahmen fast ausschließlich aus Arbeit bezieht praktisch kaum, denn seine Belastungen steigen immer weiter und er bekommt immer weniger dafür raus. Dem Kapitalbesitzer dagegen nutzt es erheblich, denn seine Vermögen bleiben, zumindest vorläufig, stabil und steigen sogar weiter. Bezahlt der Staat seine Verpflichtungen dagegen mit reichlich Schulden und frisch gedrucktem Geld per Staatsanleihen, so leiden im wesentlichen die Kapitalgeber. Deren Vermögen, die immer Schulden eines Anderen sind, inflationieren mittelfristig, der Durchschnittsverdiener braucht aber erstmal nicht zur Kasse gebeten werden. Längerfristig gesehen werden aber Alle ihre Federn lassen müssen.

Die grundgesetzliche Schuldenbremse wird sich, falls man sie ernsthaft einhalten will, wenn überhaupt kann, sich erstmal gegen die wenden, die eigentlich geschützt werden sollten, nämlich den Durchschnittsbürger. Das sollte Einem auch der kurzfristige Erfolg der Konjunkturmaßnahmen aus 2009 klar machen. Dass wir bislang von Massenarbeitslosigkeit verschont blieben, und das Minus des BIP mit 5% noch vergleichsweise billig ausfiel, liegt nicht daran das der Staat gespart hätte. Es gelang nur, weil er sich massivst neu verschuldet hat. Um Zeit zu gewinnen müsste er eigentlich damit gründlich weitermachen. Wenn er ernsthaft spart, explodiert die Arbeitslosigkeit und die Demokratie kommt über die sozialen Kosten, besonders der sekundären via Armut, sozialer Brennpunkte, Kriminalität und Gewalt, und in der Folge erstarkenden radikaler Parteien, wieder in die gleiche Zwangslage wie in den 1920er Jahren.

Wer dagegen etwas unternehmen will, der muss klotzen und nicht kleckern. Die Finanzindustrie weiter mit Samthandschuhen anzufassen ist tödlich. Barack Obama ist letzte Woche in Vorlage gegangen, seine Chancen etwas effektives zu ändern sind jedoch denkbar gering. Denn mit dem Verlust der Senats-, und absehbar der Kongressmehrheit, sind ihm praktisch die Hände gebunden. Zumal die amerikanischen Bundesgerichte mit fünf republikanischen zu vier demokratischen Stimmen beschlossen haben, dass ab sofort Wirtschaftsunternehmen und Lobbyisten mit unbegrenzten Summen die amerikanischen Wahlkämpfe beeinflussen dürfen. *Einen massiver Angriff auf die Demokratie* kommentierte ein sichtlich geschockter President Obama das höchstrichterliche Urteil.

Rise and Fall of the Empire, jede zweite Generation erlebt große Geschichte. Die Veränderungen der nächsten Jahre werden auch unsere Urenkel noch mit Erstaunen in den Schulbüchern lesen.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, Januar 28, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL

Reaktionen:

Donnerstag, 14. Januar 2010

Die Fünfte Welle

Das Schreckgespenst der Hyperinflation ist in den Kolumnen der Ökonomen und Politiker noch kein Thema. Von Journalisten auf diese Möglichkeit angesprochen reagieren diese irgendwo auf der Skala zwischen belustigt und empört. Nur wenige Ökonomen scheinen an diese finale Lösung zu glauben, die Schönredner sind noch deutlich in der Überzahl.

Bei den Wenigen gibt es einerseits bekannte politische Wirrköpfe und ökonomische Untergangspropheten wie Lyndon LaRouche:„....Betrachtet man zunächst diesen..Aspekt dieser Krise, so besteht das einzige Gegenmittel für die USA in einer plötzlichen, drastischen Konkurssanierung ihres Finanzsystems.....Wenn der..vorgeschlagene notwendige Kurswechsel der US-Politik verhindert wird, wird die ganze

Welt in die größte Depression der..Geschichte stürzen. Es käme zu einer immer rascheren Verringerung der Weltbevölkerung auf ein Niveau..von mehr als 6,5 auf weniger als 2 Milliarden Menschen; es wäre der ungeheuerlichste Völkermord in der Geschichte. ....“; andererseits Inflation-light-Propheten der seriösen Fraktion, wie etwa Anfang 2009 der HWWI-Chef Thomas Straubhaar, der für eine zwar kräftige, aber moderate Inflationsphase plädiert:“... Er rechne „mit einer Geldentwertung zwischen fünf und zehn Prozent pro Jahr für die Zeit nach 2010“.“.

Allzu viel geben kann man aber darauf nicht, denn es steht unter dem Menetekel der erwiesenen Unfähigkeit eines Großteils der Ökonomen, wie man noch einmal dem lesenswerten Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Die Ökonomen in der Sinnkrise, Lisa Nienhaus und Christian Siedenbiedel; April 2009) entnehmen kann: „...Ein Frechdachs, wer nachzuschlagen wagt, was sie vor einem Jahr gesagt haben. Doch aufschlussreich ist es in jedem Fall. Anfang 2008 war die Welt nämlich noch in Ordnung. Die Ökonomen sprachen von einer Abkühlung im Jahr 2009. Ein Wachstum von 1,2 Prozent, 1,5 Prozent, 1,8 Prozent sei zu erwarten, hieß es damals, aber weiß Gott keine Rezession, nicht einmal Stagnation. Ach ja. Dann kam die Krise - und mit ihr wurde offenbar, wie sehr die professionellen Prognostiker in Deutschland daneben gelegen haben. Sie haben sich täuschen lassen, sind kollektiv der Illusion erlegen, die Finanzmärkte seien stabiler, als sie es tatsächlich waren. Sie haben die Kreditkrise erst nicht kommen sehen - und dann nicht geglaubt, dass sie sich zur Wirtschaftskrise auswachsen würde. Das Versagen betrifft nicht nur die Institute der Konjunkturforscher. Es betrifft alle Ökonomen. Jeder von ihnen betrachtet die Weltwirtschaft oder Teile von ihr mit einiger Aufmerksamkeit. Jeder hätte warnen können. Doch kaum einer hat erkannt, was kommen könnte. Und die wenigen, die etwas ahnten, haben nicht laut genug um Hilfe gerufen....“

Was aber, und, Wann kommt es? Wie in einem früheren Beitragbereits gezeigt, wäre schon aus rein technischer Sicht bei einem ungestörten Finanzsystem eine Hyperinflation etwa zwischen 2024 und 2030 zu erwarten Hinzu kommt aber noch eine leicht vergesseneZeitbombe. Denn der demographische Wandel und die Generation der Babyboomer schlagen genau in diese Periode hinein. Die aufgeschobenen Renten- und Pensionsverpflichtungen hauen nämlich ausgerechnet in dieser kritischen Phase noch zusätzlich in die Kerbe. Allein die Pensionsverpflichtungen für den öffentlichen Dienst sprengt dann das System endgültig aus allen Nähten. Schon in 2004 warnte der US-Top-Ökonom Laurence Kotlikoff: „....Demografische Alterung und Staatsschulden treiben Deutschland auf eine Situation zu, die „der deutschen Hyperinflation von 1923 ähneln wird“....“. Wer also etwa irgendwelche Sparverträge mit Fälligkeitsdatum von z.B. 2026 sein Eigen nennt, der sollte diese Verträge möglichst bald versilbern. Das Geld ist sonst mit Sicherheit verloren, selbst in Ihrer Stammkneipe um die Ecke ist es besser angelegt.

So lange dürfte es aber nicht dauern. Dazu zunächst noch ein Exkurs zum sogenannten Fiat-Money: Fiat-Money ist Kreditgeld, bei dem seitens des Emittenten keine Einlöseverpflichtung besteht und dessen Akzeptanz durch gesetzliche Vorschriften sichergestellt wird. Fiatgeld wird Geld, indem es von den gesetzgebenden Organen dazu erklärt wird. So sind sowohl der Euro als auch der Dollar reines Fiatgeld. In vielen politischen Systemen mit Fiatgeld kam es selbst noch in jüngster Vergangenheit zu Hyperinflation: In den 1920er Jahren in Deutschland, 1922 in der Sowjetunion, 1921–1923 in Österreich, 1921–1924 in Ungarn, 1921–1924 in Polen, 1943/44 in Griechenland, 1945/46 in Ungarn, 1949/1950 in der Volksrepublik China,1985 in Bolivien, 1988 in Nicaragua, 1989 in Polen, 1989/1990 in Brasilien, 1989/1990 in Argentinien, 1990 in Peru, in den frühen 1990ern im ehemaligen Jugoslawien, 1990–1994 in Zaire, 1992 in Russland, 1992–1994 in Georgien sowie 1994 und 1996/1997 in Angola, 2006 Zimbabwe usw. usf.. Die Reihe findet so schnell kein Ende.

NEUE BERLINER
ZEITUNG.
«DAS 12 UHR BLATT»
Der Dollar in Newyork = 1 Million Mark.

Fiat-Money des Einen ist immer durch die Schulden eines Anderen gedeckt. Ob der die tatsächlich je zurück zahlen kann, dass spielt erstmal keine Rolle. So können Staaten praktisch beliebig viele Schuldverbriefungen herausgeben, solange sie nur in der Lage sind, wenigstens die Zinsen dafür zu decken und geneigte Abnehmer dafür zu finden. Im schlimmsten Fall wie zuletzt die eigenen Notenbanken. Zu dieser Art der Notenpresse schrieb die Hypovereinsbank am 13.3.09 in einem Dossier die Gefahr abschwächend: „...Allerdings ist der Griff zur Notenpresse nicht eine zwangsläufige Folge der Krise. Hierfür gibt es vor allem drei Gründe:
1. Die Mehrzahl der Staaten verfügt über ein gut ausgebautes Steuersystem. Die Versuchung, Geld zu drucken, ist damit geringer als etwa in den Anfangsjahren der Weimarer

Republik.
2. Die Zentralbanken weltweit sind unabhängiger als in der Vergangenheit. Ein Aufkauf von Staatsanleihen durch die Geldpolitik ist in der Mehrzahl der Länder per Gesetz verboten. Selbst die Federal Reserve hat es in den letzten Wochen mehrfach abgelehnt, öffentliche Papiere aufzukaufen und dafür Geld auszugeben.
3. Das rasante Ansteigen der amerikanischen Geldbasis lässt sich nicht automatisch mit Inflation in der Zukunft gleichsetzen. Die Geschäftsbanken in den USA schöpfen keine Kredite und pumpen es nicht in den Wirtschaftskreislauf, sondern stopfen die Löcher in ihrer Bilanz...."

Nun, alle diese drei Rettungsanker sind aber in der Zwischenzeit längst gelichtet: (1) Das „gut ausgebaute Steuersystem" stößt schnell an seine Grenzen, denn die Bereitschaft mehr Steuern und Abgaben zu bezahlen ist, insbesondere bei den vergleichsweise steuerfeindlichen US-Bürgern, nicht unbegrenzt durchsetzbar. Die staatstreuen Deutschen machen da nur vorläufig eine Ausnahme, wie eine aktuelle Umfrage zeigt. Das wird sich vermutlich ändern, sobald dem Bürger klar wird, dass wir da nicht über Kleckersbeträge wie 20 Euro im Monat reden. (2) Die angebliche Unabhängigkeit der Zentralbanken hat nichts genützt. Lächerliche sechs Tage nach obigen Hypovereinsbank-Dossier begann die FED mit genau diesen Aufkauf öffentlicher Papiere. Die Briten und Europäer folgten etwas später. (3) Wenig später war es mit dem Löcher stopfen in der Bilanz vorbei. Selbstverständlich pumpen die Banken das billige Zentralbankgeld in die Aktien-, Rohstoff-, Derivaten- und CarryTrade-Märkte und haben alle Indizes, wenige Monate nach dem Dossier, aufgeblasen wie einen Stratosphärenballon.

So schreibt Thorsten Polleit, Honorar-Professor an der Frankfurter Schule für Finanzmanagement: „...Der Niedergang der Fiat Money produzierenden Länder ist unübersehbar geworden. Sie können sich nur über Wasser halten, indem ihre Zentralbanken immer mehr Basisgeld produzieren und für die Schulden privater Banken bürgen. Die Fed beispielsweise vergrößerte ihre Einlagen, Banknoten und Münzen von 870,9 Milliarden US-Dollar im August 2008 auf 1.734,3 Milliarden US-$ im Januar 2009. Die Extra-Reserven stiegen von 1,9 Milliarden US-$ auf 789,2 Milliarden US-$. Die Extra-Reserven erlauben der Bankwirtschaft...die Geldausgabe zu erhöhen. Die Geldbasis expandiert, indem die Zentralbank faule Kredite von Privatbanken übernimmt, um die Kreditvergabe dieser Banken zu vergrößern. Dieser Prozess gewinnt an Fahrt: Am 18. März 2009 kündigte der Exekutivausschuss der FED an, dass noch einmal 1.550 Milliarden US-$ an Sicherheiten gekauft würden. Das FOMC erwägt außerdem das Basisgeld zu vermehren um Privathaushalten und Kleinunternehmen mehr Kredit zu gewähren. Die FED produziert Inflation - und diese Tatsache steht in scharfem Kontrast zu dem, was die etablierten Ökonomen sagen, dass nämlich die Geldvermehrung nur die Liquidität im Interbankenverkehr verbessert, den Geldwert in den Händen der Verbraucher, Firmen und der Regierung nicht beeinflusst wird. ....". Und da sind sie, die Schönwetterökonomen, die kein Problem mit der wundersamen Geldvermehrung haben. Wenn diese wirklich nur die Liquidität im Finanzsystem befördern würde, dann frage ich mich, warum wir überhaupt die ganzen Jahre gearbeitet und Steuern gezahlt haben, anstatt einfach die „Liquidität" zu erhöhen.

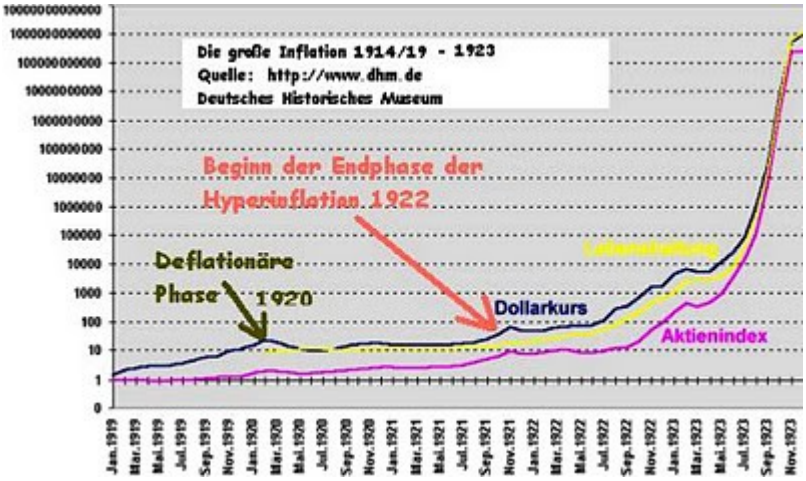
Und weiter. „..Das wachsende Geldvolumen treibt die Preise nach oben, seien es Verbraucher- oder Vermögenspreise. Durch die wachsende Geldmenge wird ein Pseudoboom herbeigeführt, der zu Fehlinvestitionen führt. Solange Kredit- und Geldzufuhr nicht nachlassen, wird letzteres nicht offenbar. Wenn sich das Geldwachstum ganz plötzlich verlangsamt, werden die Erwartungen der Investoren enttäuscht und finanzierte Projekte, die in einer Welt mit immer mehr verfügbarem Geld und steigenden Preisen wirtschaftlich gewesen wären, gehen Pleite. Eine Politik, die den künstlichen Boom aufrecht erhält, erfordert noch höhere Zuwächse an Geld. Ludwig von Mises sah, dass dies zu einem Desaster führen würde: Es gibt kein Mittel um den endgültigen Kollaps zu verhindern, der durch eine Kreditexpansion herbeigeführt wurde. Die Alternative besteht lediglich darin, ob die Krise eher kommt, weil man freiwillig auf eine weitere Kreditexpansion verzichtet oder später als finale und totale Katastrophe des damit verbundenen Währungssystems....".

Der große Ökonom Mises wusste, wovon er sprach. Er durchlebte die Zeit der großen Inflation von 1914-1923 in Europa. Damals wie heute kam die Hyperinflation im Schlepptau der Umwandlung steigender Staatsschulden in Geld für Sozialausgaben, Subventionen und Reparationszahlungen: „...Mises war sich der letzten Konsequenzen klar, ...Ab einem gewissen Punkt würde dies zum Bankrott in einer immensen Größenordnung führen, verursacht durch eine Kreditkontraktion und Geldmangel (Deflation)..."

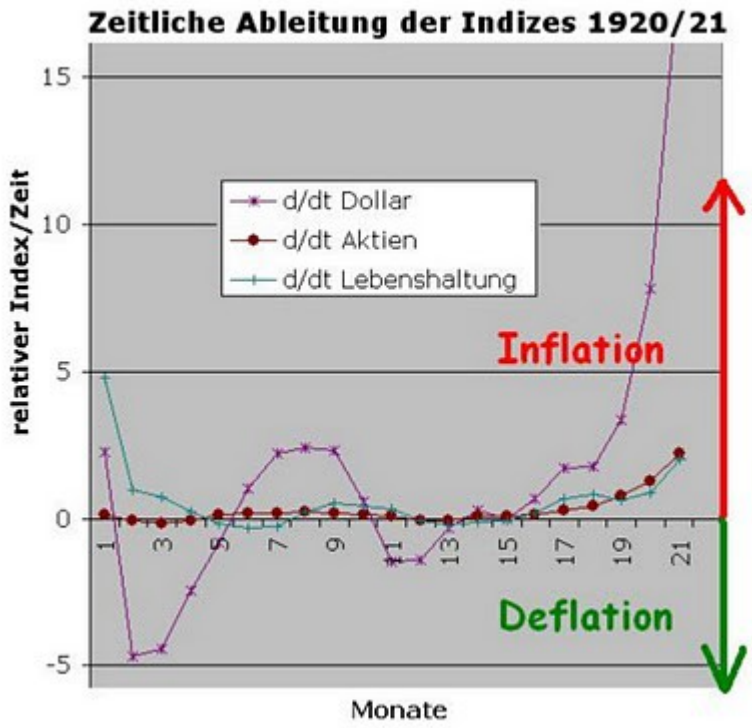
Kreditkontraktion und Deflation? Genau, das ist das aktuell drückende Szenario. Wie es weiter

geht, hängt bekanntlich auch von der Psychologie der Marktteilnehmer, also auch von Ihnen lieber Leser, ab: „...Wenn die öffentliche Meinung erst einmal davon überzeugt ist, dass das Wachstum der Geldmenge weitergeht und nie aufhören wird und dass konsequenterweise die Preise aller Waren und Dienstleistungen immer weiter steigen werden, dann wird jedermann eifrig soviel kaufen, wie er kann und seine Barreserven klein halten. Denn unter diesen Umständen steigen die Kosten für den Unterhalt von Barreserven, durch die progressiven Kaufkraftverluste. Das Opfer, das für das Halten von sonst vorteilhaften Bargeldreserven gebracht wurde, wurde unverhältnismäßig groß. Dieses Phänomen nannte man während der großen Inflation in den Zwanzigern, die Flucht in die Sachwerte oder Katastrophenhausse....".

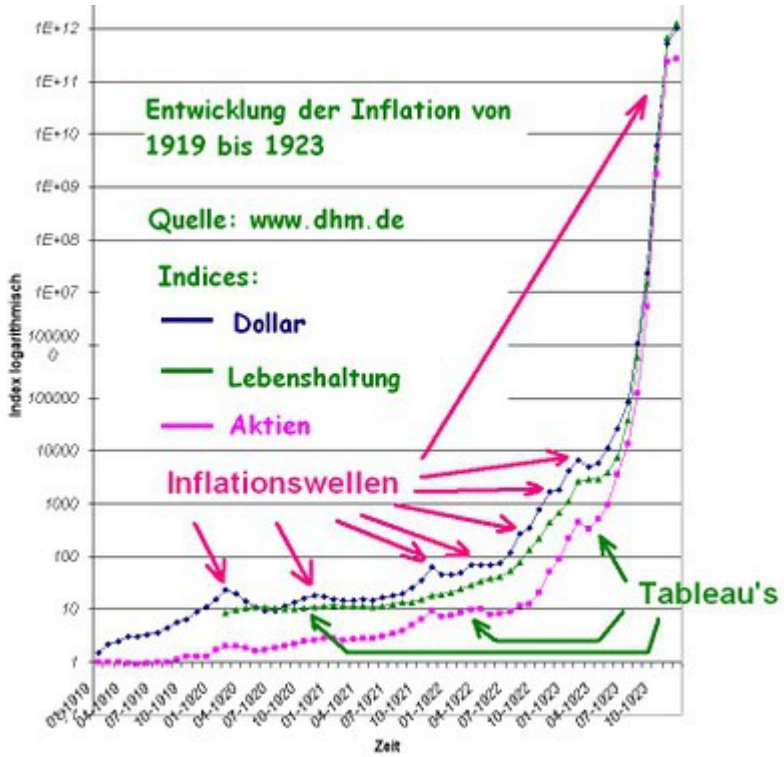
Eine in diesem Zusammenhang lesenswerte Analyse der Ursachen ist der Artikel von Ellen Brown: „Erinnerungen an die Hyperinflation in Weimar-Deutschland: Brauchen wir jetzt wieder Schubkarren? Eine neue Betrachtung der Hyperinflation in der Weimarer Republik.".Denn es war nicht einfach die staatliche Verschuldung, die die verheerende Hyperinflation endgültig in Fahrt brachte: „..Das wirkliche Problem besteht in einem erschreckenden Berg von außerbilanzlichen Krediten und Derivatausfällen in Höhe von 20 Billionen Dollar. Man denke intensiv darüber nach, was in der Weimarer Republik passiert ist, denn jeden Tag sieht es hier danach aus, als würde sich diese Entwicklung in Ursache und Wirkung wiederholen …Lit.: Jim Sinclair, »Fed Actions a Bandaid on a Gaping Economic Wound« reprinted in Go for Gold, 18. September 2007. …"Nun, wie aus dem Studium des treffenden Artikels folgt, damals wie heute lag das wirkliche Problem erst in der Rolle der Derivatenhändler, die auf eine fallende Reichsmark setzten und mit ihren Carry-Trades, damals genauso wie heute, den Schlammassel erst möglich machten.



Schauen wir also auf die Statistik der 1923er-Inflation. Die folgenden Zahlenreihen kommen vom Deutschen Historischen Museum. Die Inflation begann bereits 1914, als zur Finanzierung des Weltenbrandes Kriegsanleihen des Staates aufgesetzt wurden. In den Nachkriegsjahren ab 1919 begannen, verschärft durch die enormen Reparationsforderungen der Gewinnermächte, diese ihre Wirkung zu entfalten. Erstaunlich bei der Betrachtung der Graphik ist aber, dass dies trotzdem noch lange gut ging, bzw. nur einen moderaten Verlauf der Steigerung der Lebenshaltungskosten (gelbe Linie) provoziert. Selbst in der Hochphase der Inflation war das so, es setzte zwischenzeitlich sogar eine fast 2-jährige Deflationsphase ein. Den tieferen Grund dafür mag man u.a. dem obigen Artikel von Brown entnehmen.

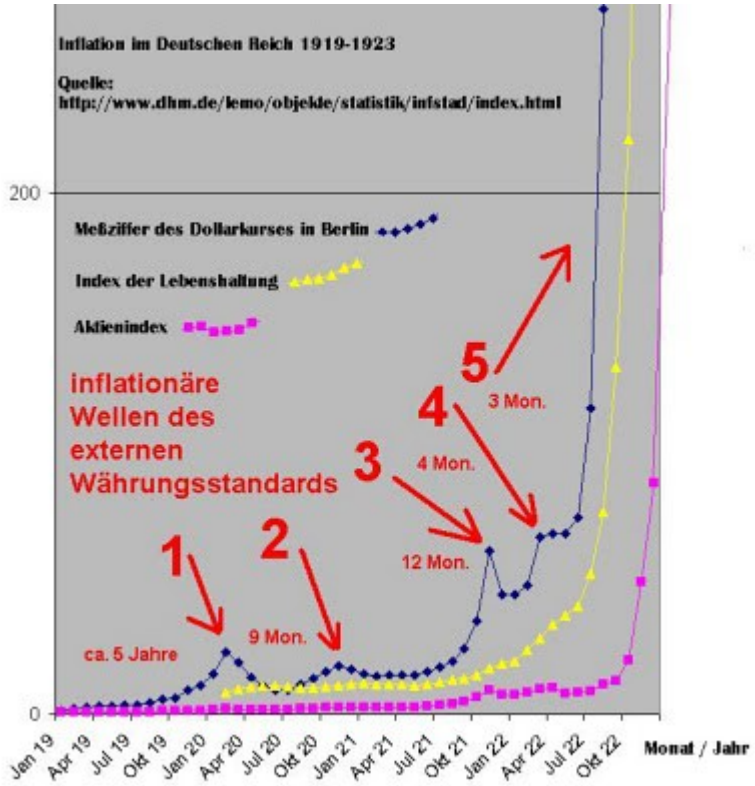


Wie wenig von einer Hyperinflation in den Jahren 1920 und 1921 zu spüren war, zeigt die Detailgraphik auf: Es sind die Daten für den deflationären Kern der Hyperinflation, nämlich die Steigerungsraten der Indizes (d/dt). Obwohl die Katastrophe unmittelbar bevorstand, war in diesen zwei Jahren davon nichts zu ahnen: Die Preise in den zentralen Jahren blieben stabil oder fielen sogar. Dann aber ging es rasant los, bereits im November 1923, gerade zwei Jahre später, war dann alles restlos über den Jordan. Man hatte garnicht mehr genug Nullen um die Preise noch zu definieren, ab 1924, knapp 10 Jahre nach Beginn des Dramas, gab es die Währungsreform. Schon Monate vorher, nur ein Jahr nach der trügerischen Ruhe, konnte man seine Brötchen mit Milliardenbeträgen pro Schrippe bezahlen: »Das war entsetzlich. Entsetzlich! Und es kam urplötzlich. Niemand war darauf vorbereitet. Die Regale in den Läden waren leer. Man konnte mit seinem Papiergeld nichts kaufen."



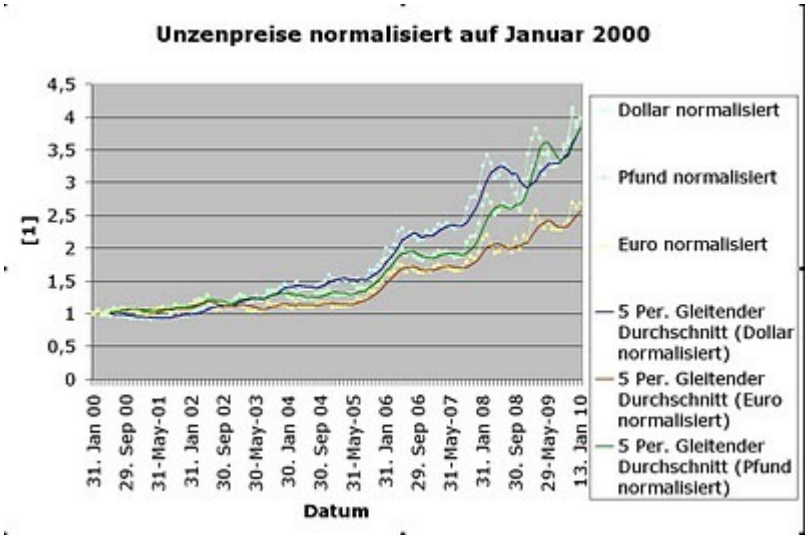
Betrachten wir noch einmal die Daten der 20er Jahre in besserer Auflösung. Man sieht, dass eine

Hyperinflation nicht in einem durch läuft, sondern dass sich diese wellenartig entwickelt und zwischendurch an verschiedenen Preisfronten wieder mal kurzzeitig (auf den grün bepfeilten Tableaus) zum Halten kommt. Auf obigem Bild erkennen wir besonders am externen Währungsstandard (Dollar gegen Reichsmark) etwa acht Wellen, deren Höhe zu-, und deren zeitliche Länge immer weiter abnimmt. Ab der fünften Wellen folgen alle 3 Monate weitere exponentielle Anstiege bis zum finalen Exitus. Wie man sieht, es kann erstaunlich schnell gehen, auch wenn man sich angesichts einer ruhigen Preisfront beruhigt fühlt. Die Indizes der Darstellung sind Dollar, Aktienpreise, Lebenshaltungskosten. Der Dollar war damals im Vergleich zur Reichsmark stabil und taugt daher als ein Referenzindex. Das ist heute allerdings völlig anders: Alle großen Weltwährungen, Dollar und Euro, aber auch Yen und Franken hängen mit im Strudel. Als unabhängigen Referenzstandard kann man daher heute nur etwa den Goldpreis nehmen.

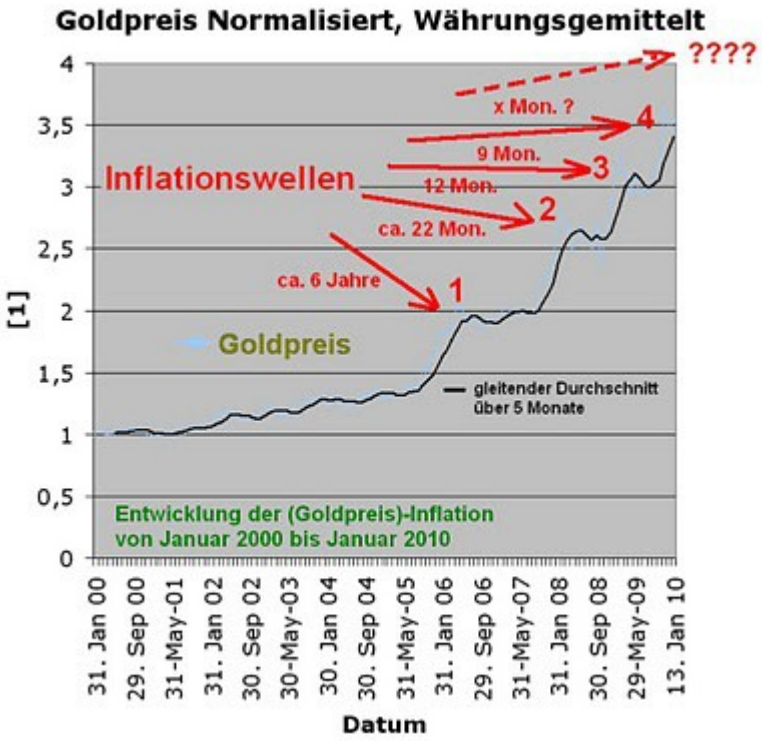


Nun seit 2009 befinden wir uns genau in einer solchen Deflationsphase, wo die Preise ungewöhnlich stabil und sogar fallend sind. Wir müssen daher diese Phase etwas näher unter die Lupe nehmen, denn ein ähnliches Szenario wie in den 1920er-Jahren dürfen wir heute wieder erwarten. Zunächst wieder der Kernbereich der 23er-Hyperinflation. Wir sehen das sich während der noch ruhigen Phase der Dollar in mehreren Wellen aufbäumte, obgleich die Lebenshaltungskosten und auch die Aktienpreise weitgehend stabil blieben. Erst die dritte Dollarhausse brachte das Karussel in Schwung, Lebenshaltung und Vermögenspreise (Aktien) folgten auf dem Fuß. Die sechste bis achte Welle ist schon außerhalb dieser linearen Graphik, denn die Preissteigerungen überstiegen jedes denkbare Maß und lässt sich nur auf einer logarithmischen Skala, wie in obigen Graphiken, darstellen. Die zeitliche Länge der Wellen betrug dabei etwa (1w) 5 Jahre (2w) 9 Monate, (3w) 12 Mon. (4w) 4 Mon. (5w bis 8w) 3 Monate.

Mangels eines geeigneten Währungsstandards müssen wir heute aber den Goldpreis unter Beobachtung nehmen. Die letzten Graphiken sind die Notierungen der Londoner Goldbörse vom Januar 2000 bis zum Januar 2010. An dieser maßgeblichen Edelmetallbörse wird täglich zweimal der Goldpreis festgelegt. Seit 2000 hat sich der Preis pro Unze fast vervierfacht. Das etwas unterschiedliche Verhalten von Dollar, Pfund und Euro Notierung resultiert aus den schwankenden Wechselkursen.



Um diese und auch die kurzfristigen statistischen Schwankungen auszublenden normalisieren wir den Wert zunächst auf Basis des Januar 2000 und wenden ein gleitendes Mittel über 5 Monate an. Jetzt sind die Wellen der Notierungen besser zu erkennen. Wir sehen das sich Dollar, Pfund und Euro früher immer gleich bewegt haben, aber seit 2008 ist dies nicht mehr der Fall, da sich alle drei Währungen in leicht unterschiedlichen Turbulenzen befinden. Daher bilden wir in der nächsten Graphik den Mittelwert aller drei normalisierten Währungen, um diese Turbulenzen heraus zu filtern.



Jetzt erst sind die typischen inflationären Wellen des externen Währungsstandards zu erkennen. Sie sind (1w) 6 Jahre, (2w) 22 Monate, (3w) 12 Mon., (4w) 9 Monate und wir befinden uns nun offensichtlich am Anfang der 5.ten Welle.

Ist das etwa schon die fünfte und tödliche Welle, die der 1923-Hyperinfaltion voraus ging? Nun, es ist nicht unmöglich, jedenfalls muss man die Goldnotierungen im Auge behalten. Man muss berücksichtigen, dass einerseits der betroffene Wirtschaftsraum größer als 1920 und mit China eine große Senke vorhanden ist, aber andererseits natürlich auch vielmehr Schrottpapiere und schnellere computerunterstützte Derivatehändler unterwegs sind. Zudem bekämpfen die Notenbanken mit ihrer Liquiditätsflut zwar nicht die Ursachen, aber immerhin die Symptome, was bekanntlich auch oft lebensverlängernde Wirkungen hat. So darf man die absehbare Katastrophe diesmal etwas später erwarten, vielleicht hält das System eine, zwei oder auch drei Wellen mehr aus. Falls nicht, könnte die Inflation frühestens bereits Mitte 2010 starten, falls doch, kaum viel später als etwa in 2013. Die eigentliche Hyperinflation und fällige Währungsreform wäre danach etwa "um den Dreh" zwischen 2012/13 und 2016/17 anzunehmen.

Naja, nichts ist an der Prognose so schwierig wie die Vorhersage.... Das Problem des Durchschnittsparers ist natürlich rechtzeitig zu erkennen, wann er aus seinen Papierassets aussteigen soll. Wenn es nämlich erstmal losgeht, sind die brauchbaren Pfründe längst weg und nichts mehr zu holen: the early bird get's the worm. Das Deutsche Historische Museum schreibt zum Abschluss seiner Darstellung: „...Zu den Verlierern der Inflation zählten vor allem diejenigen, die über keine "Sachwerte" verfügten und deren Ersparnisse von Stunde zu Stunde an Wert einbüßten. Demgegenüber profitierten Großindustrielle von der Geldentwertung: Vor allem Hugo Stinnes nutzte die Inflation, um sich über Kredite ein Wirtschaftsimperium zusammenzukaufen."

Nun, das sagt schon das Wesentliche. Was könnten die politisch Verantwortlichen in dieser Situation nun tun, um das Absehbare abzuwenden? Ein drastischer und wirksamer Schritt wäre die sofortige Unterbindung des weltweiten Investmentbanking und die Vernichtung der riesigen und unsinnigen Derivate-Assets. Dies würde erstmal das Feuer im Ofen löschen, aber die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schrittes ist praktisch Null. Denn viel zu stark ist das Investmentbanking nicht nur mit den klassischen Geschäftsbanken, sondern auch mit der Gesellschaft und der Politik verwoben. Und man muss sich fragen, ob es überhaupt sinnvoll wäre. Denn in der Praxis sind höchstens halbherzige Schritte in diese Richtung möglich und zu erwarten, und diese würden das Leiden der Volkswirtschaften letzendlich nur mehr oder weniger deutlich verlängern. Möglich aber wären solche Schritte. Oder doch lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende?

Wir werden sehen was die Politik des Jahres 2010 noch so bringt.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, Januar 14, 2010 1 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, Futurologie, VWL

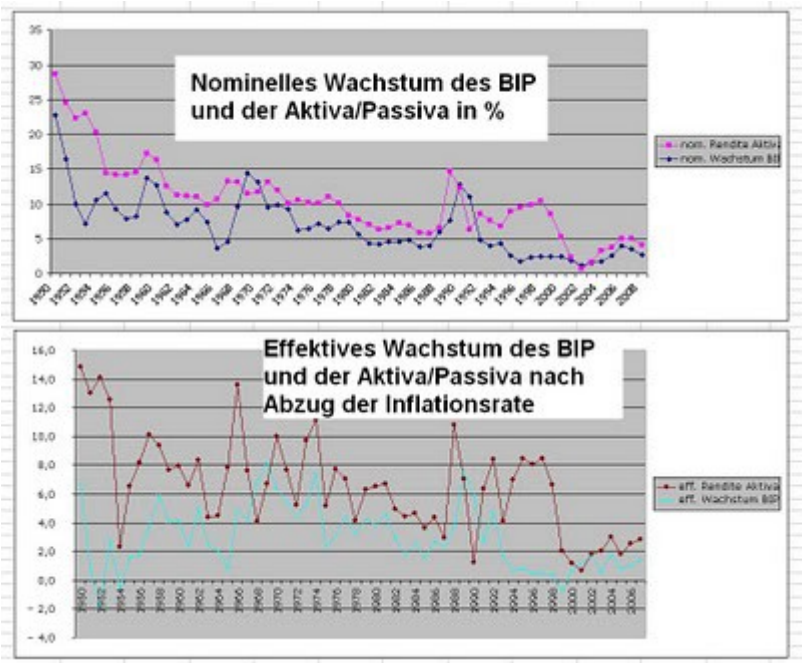
Reaktionen:

Mittwoch, 13. Januar 2010

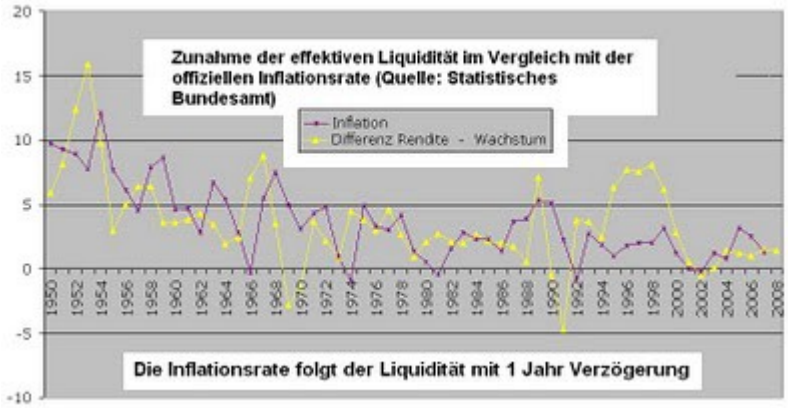
Liquidität und Inflation

Die Standardbehauptung der Staatsbanker, die derzeit das Weltfinanzsystem mit billigem Geld überfluten, ist, dass die rasant zunehmende Liquidität keinen besonderen Einfluss auf zukünftige Inflationsraten habe, sondern lediglich die Geldverfügbarkeit (Liquidität) des Finanzsystems fördern würden. Des weiteren wird behauptet, dass man die überschüssige Liquidität später wieder abschöpfen könnte.

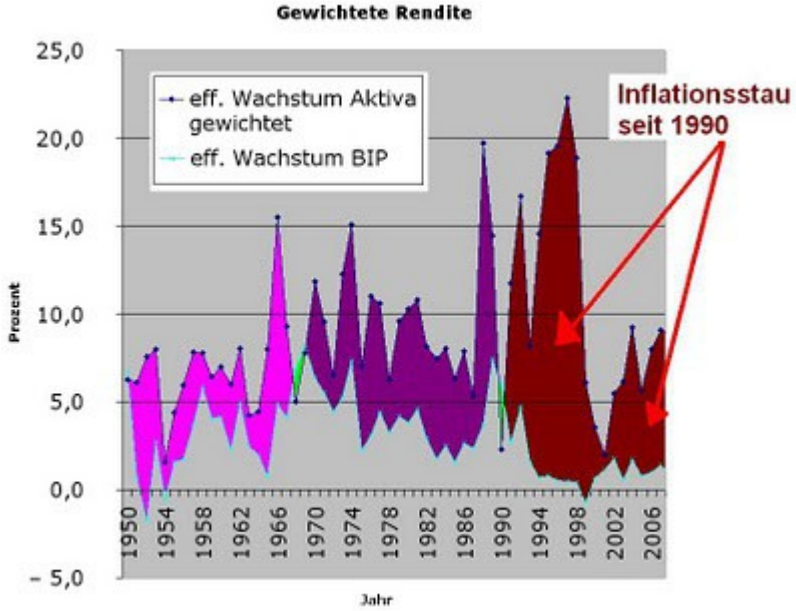
In einem gewissen Sinne ist dies gar nicht so verkehrt. Denn die riesigen Vermögen die auf den Bankkonten vor sich hin dümpeln, und daher gar nicht in den Konsum und auch kaum in Investitionen gehen, sollten mangels tatsächlich ausgeübter Kaufkraft keinen negativen Effekt auf die Inflationsraten haben. Die Aktiva/Passiva der Banken an und für sich haben keinen Einfluß, es sind lediglich die Renditen die sich negativ auf das BIP auswirken. Denn diese müssen letztendlich, sei es direkt oder indirekt, aus dem aktuellen BIP gedeckt werden. Solange das Verhältnis Renditen zu Wachstum (BIP) einigermaßen ausgeglichen ist, ist auch das o.k. Problematisch wird es erst, wenn die absoluten Renditeforderungen an das BIP dessen Wachstum übersteigen. Vor der DotCom-Krise betrugen diese Renditeforderungen bis zum 12-fachen des Wachstums der Realwirtschaft.



So sind es zunächst mal auch nur diese Renditen, die die Inflation befeuern. Dazu schauen wir uns wieder die Daten der Bundesbank (Aktiva/Passiva) und des Statistischen Bundesamt (BIP) seit 1950 an. Die erste Doppel-Graphik zeigt das nominelle Wachstum der Aktiva und das des Bruttoinlandsproduktes (BIP), die untere Teilgraphik ist das effektive Wachstum nach Abzug der offiziellen Inflationsrate. Wir sehen dabei drei Dinge: 1.) Das effektive prozentuale Wachstum der Vermögen übertrifft jederzeit das Wachstum des BIP, von zwei geringfügigen Ausnahmen abgesehen: Einmal Ende der 1960er Jahre und einmal Ende der 1980er Jahre. 2.) Das Wachstum des BIP folgt dem Wachstum der Aktiva in geringem Abstand. Das ist kein Wunder, denn das Wachstum der Renditen korreliert auch mit Kreditvergaben an die Realwirtschaft, die sich spätestens im Folgejahr mit entsprechenden Zuwächsen bedankt. 3.) Der positive Abstand der Renditen vom BIP-Wachstum war Anfangs des Wirtschaftswunders enorm, bis zu 16%-Punkte, und nahm später tendenziell immer weiter ab.



Die nächste Graphik zeigt nun den Zusammenhang zwischen der Differenz aus Vermögenswachstum und BIP-Wachstum zur offiziellen Inflationsrate. Wie man überdeutlich sieht, folgt die Inflationsrate dieser Differenz auf dem Fuße mit etwa einem Jahr Abstand. Denn die Differenz der Renditen korreliert letztendlich mit dem durch das BIP nicht gedeckten Anteil der Renditen, die nur durch Inflationierung gedeckt werden können. Diese Graphik hat allerdings noch einen Mangel: Der Liquiditätszuwachs ist nicht einfach von der prozentuallen Änderung, sondern vor allem vom zunehmenden Volumen der Vermögen betroffen.



Daher multiplizieren wir das effektive prozentuale Aktiva-Wachstum mit dem zugehörigen Aktiva/BIP-Verhältnis und erhalten die nächste Graphik. Im Vergleich mit der absoluten Wachstumraten erkennt man den Inflationsstau, der sich besonders in jüngster Vergangenheit aufgebaut hat.

Anhand dieser Daten lässt sich also belegen, dass der Liquiditätszuwachs tatsächlich die Inflation befeuert, wenn auch zunächst „nur" über die Renditen. Für diese sind aber vorwiegend die Investmentbanker verantwortlich, denn mit normalen Kreditgeschäft ist für die Banken kaum noch ein Blumentopf zu gewinnen.Investmentbanking, dass ist heute vor allem das so genannte Eigengeschäft unter den Banken. Dabei werden zwischen den Banken Derivate, also aus Krediten abgeleitete Produkte, gehandelt, statt das die Bank klassisch nur als Makler zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer auftritt.

Desweiteren erkennen wir in der ersten Graphik interessante Effekte. So nahm die Spreizung zwischen Gewinnen aus Vermögen und Gewinnen aus Produktion von 1950 bis 1969 immer weiter ab, um am Ende sogar negativ zu werden. Das klassische Bankgeschäft des Kreditvermittlers hatte sich regelrecht totgelaufen. Das dann 1971 die anteilige Goldbindung aufgehoben und eine reine Schuldenbindung eingeführt wurde, ermöglichte dann eine neue Runde der Gewinnmitnahmen. Diese beiden Jahresdaten korrelieren ganz bestimmt nicht zufällig,

sondern der Druck der Banker auf die Politik musste genau in diese Richtung zielen, um das eigene Geschäft wieder flott zu machen. Trotzdem vermindert sich die Spreizung bald wieder zu Null und wurde 1990 sogar wieder negativ.

Ergo brauchte man die nächste Stufe, nämlich die Zunahme des Investmentbankings und die Erlaubnis, auch den Eigenhandel unter den normalen Geschäftsbanken durchzuführen. Schon seit dem Ende der 1980er Jahre war eine zunehmende Übernahme von Investmentbanken durch Universalbanken zu beobachten. So wurde 1999 der Glass-Steagall Act von 1933, der nach der Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre eingeführt wurde, aufgehoben und erlaubte nun auch offiziell den Banken ihr eigenes Spielcasino zu betreiben. Daraufhin explodierte das Geschäft schlagartig und mündete schnell in die DotCom-Krise. Kaum hatte man sich 2003 davon erholt, wurde die nächste Sau durchs Dorf getrieben, diesmal die unseeligen Subprime-Derivate. Der Crash folgte spätestens Ende 2008. Diesmal konnten die Banker aber die Verluste nicht mehr selbst auffangen, da sie ihre relativ zum Gesamtvolumen immer dünner gewordene Eigenkapitalbasis deutlich überstrapazierten. Der Staat hat es gerichtet und das klebt nun dem Steuerbürger wie Blei an den Füßen; und die nächste Sau jagt schon längst wieder durch die Gassen. Auch die wird bald krepieren, das mit kostenlosen Liquiditätsspritzen gemästete Nutztier heißt jetzt vor allem CarryTrades.

Es ist in der Tat das Investmentbanking, dass das wesentliche Problem darstellt. Denn es lässt sich zeigen, dass das klassische Bankgeschäft bei gesättigten Volkswirtschaften uninteressant wird, weil die Zinsen für normale Kredite wegen des zunehmenden Überangebots an Geld langsam gegen Null laufen. Aber dazu mehr in einem späteren Artikel.

Und das Überangebot wird über kurz oder lang in Sachwerte fließen, und die Inflation dann erst richtig befeuern. Denn die überschießende Liquidität kann, etwa von der FED, gar nicht wie behauptet effektiv vom Markt genommen werden. Dafür müsste man nämlich einerseits die Zinsen wieder merklich anheben, was aber die CarryTrades der letzten Monate erdrutschartig in Bewegung setzt. Zweitens müsste man die Staatsanleihen, die man in letzter Zeit massenweise zur Geldvermehrung zurück gekauft hat, wieder an Interessenten bei den Bankern und Anlegern abstoßen. Die werden aber vermutlich den Teufel tun.

Und die Vertrauenskrise in die Wertbeständigkeit der Bankkonten nimmt langsam Fahrt auf, wie das Manager-Magazin schreibt: „..."Die Inflationserwartung an den Märkten nimmt sowohl für die USA als auch für den europäischen Raum seit Monaten zu", sagt Stefan Freytag, Vorstand der Wilhelm von Finck AG. "Im Januar 2009 spiegelte sich in der Bewertung der inflationsgeschützten Bundesanleihe mit fünf Jahren Laufzeit noch ein Erwartungswert von durchschnittlich 0,4 Prozent Geldentwertung pro Laufzeitjahr. Im Juli vergangenen Jahres waren es schon 0,85 Prozent." Inzwischen, so der Vermögensverwalter, ist der Wert auf 1,45 Prozent angestiegen. Tendenz: weiter steigend... Noch nie in der Geschichte wurden ähnliche "Abermilliardenbeträge" in das Weltfinanzsystem gepumpt wie in den vergangenen Monaten. Es sei daher denkbar, "dass am Ende - insbesondere, wenn die derzeit eifrig diskutierten Exitstrategien der Notenbanken auf sich warten lassen - doch noch inflationäre Tendenzen aufkommen...."

Das Ende allen Unglücks wird schließlich durch eine so genannte Kaufhausse ausgelöst, die dann entsteht, wenn die Marktbeteiligten ihren Anlagen nicht mehr vertrauen und diese gegen Sachwerte aller Art eintauschen möchten. Selbst nur ein Bruchteil der Passiva=Vermögen überfordert dann aber die Volkswirtschaft komplett, so wie 1923 schon einmal praktiziert.

Eingestellt von H. Genreith um Mittwoch, Januar 13, 2010 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL

Reaktionen:

Samstag, 31. Oktober 2009

Weimar 2.0, der Koalitionsvertrag: Finanzkrise, gibt's die überhaupt?

So, die Wahl 2009 ist gelaufen. Die SPD wurde vor allem durch Nichtwähler (ca. minus 2 Mio.) brutalst möglich ab gestraft. Warum ist im Nachhinein eigentlich klar, denn im Gegensatz zum Kanzlerwahlverein CDU hatte die SPD immer einen klassischen Vertretungsanspruch für die Unterprivilegierten der Gesellschaft. Der wurde in der Nachkohlzeit aber gründlich aufgegeben bei dem Versuch, die bessere CDU zu werden. Aber warum sollte man eine mäßige Kopie wählen, statt gleich das Original? Ähnliches gilt aber auch für die sogenannten Bürgerlichen Parteien CDU/CSU/FDP: Unter Merkel hat sich hier ein typisch sozialdemokratisches Profil entwickelt, so dass die beiden klassischen Lager kaum noch unterscheidbar wurden.

Eigentlich ebenfalls kein Wunder, bedenkt man dass mit den Kanzleramts Schaltstellen Angela Merkel (Kanzlerin) oder etwa Lothar de Maizière (Bundesminister für besondere Aufgaben 1990), immerhin und aller Politik-Rhetorik zum Trotz, ausgerechnet bei der CDU ehemalige Führungskräfte der DDR an die Spitze gelangten. So war Lothar de Maizière immerhin der letzte DDR-Ministerpräsident und IM der Staatssicherheit. Angela Merkel dagegen war FDJ-Sekretärin und als Kulturfunktionärin der Vermittlung des Marxismus-Leninismus verpflichtet. Und nie war Sie am DDR-Widerstand in irgendeiner Form beteiligt. In einem Interview soll sie auf die Frage, was sie während der Montagsdemos gemacht habe, dazu einmal sinngemäß geantwortet haben: ...ich stand am Fernseher und habe die Faust in der Tasche geballt... Fragt sich nur noch, warum die Faust geballt war. Der niedersächsische CDU-Kommunalpolitiker Hinrich Rohbohm musste vor kurzem noch sein Amt räumen, weil er solche Tatsachen nocheinmal auf den Tisch brachte, und an Merkel als *"DDR FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda"*erinnerte.

Allerdings schaden solche Dinge der CDU weit weniger als ähnliche gelagerte Fälle bei SPD oder gar der Linken. Denn Opportunismus ist ein Grundprinzip der CDU seit Adenauer, der Alt-Nazis reihenweise in die Partei hinein ließ, etwa Hans Globke. Man kann diesen politischen Opportunismus beklagen, aber er ist nur dem Realitätssinn geschuldet: Man kann nach einem Regimewechsel, sei es nun im Irak, in Afghanistan oder eben auch in Deutschland, die Mitläufer, Anhänger und auch Funktionäre der alten Regime nicht dauerhaft aus grenzen sondern muss sie assimilieren.

So finden wir aktuell unter den Wählern und Funktionsträgern der Unionsparteien und der FDP numerisch sicherlich mehr Anhänger des SED-Regimes als in der Linken. Verlogen ist nur, dass man es der kleinen Linkspartei ständig aufs Butterbrot schmiert, während es in den eigenen Reihen geduldet und vehement unter den Tisch gekehrt wird. Der Sinn dahinter ist schlicht und ergreifend: Hauptsache und Grundprinzip ist, dass man eine "bürgerliche" Meinungs-Mehrheit zusammen bringt um den Kanzler aus den eigenen Reihen stellen zu können. Und das hat natürlich wieder einmal geklappt.

So deuten die Wähleruntersuchungen auch daraufhin, dass die typische Wählerklientel der Parteien regelrecht die Lager getauscht haben. Während das typische Bildungsbürgertum heute SPD, Grüne und Linke wählt, ist die typische SPD Klientel allesamt bei der Union und FDP eingetrudelt. Nun, man kann es gut finden oder darüber lamentieren, aber es ist offensichtlich eine der Auflösungserscheinungen der Demokratie, wie wir sie seit den Wirtschaftswunderjahren zu lieben gelernt hatten.

Kommen wir daher zum aktuellen Koalitionsvertrag: *"Wir stellen den Mut zur Zukunft der Verzagtheit entgegen. Wir wollen unserem Land eine neue Richtung geben. Freiheit zur Verantwortung ist der Kompass dieser Koalition der Mitte...."* heißt es ganz am Anfang in der Präambel. Befreit von der Schönwetterrhetorik der Politik bedeutet dies Im Klartext der Realität: "Mit dem Mut der Verzweiflung müssen wir unserem Land eine neue Richtung geben, der Bürger wird in Zukunft seinen Problemen weit gehend selbst überlassen.....". Naja, soviel Mut zur Wahrheit war im Vorfeld kaum zu erwarten.

Der Sachteil beginnt dann mit den Worten: *"Unsere wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale*

Marktwirtschaft. Sie greift weit über ökonomische Ziele hinaus, ist ein unverzichtbarer Teil einer freiheitlichen offenen Gesellschaft. Wir achten, schützen und verteidigen die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit aller Kraft....". Was so wahr ist und hoffnungsvoll stimmt, wird aber letztlich im selben Vertrag völlig konterkarriert. Ich will nicht auf jedes Detail des 132-seitigen Vertrages eingehen, daraus lassen sich spielend ein dutzend Beiträge machen. Dass er nicht so ernst genommen wird, wie er da steht, haben kurz nach Unterschrift aber schon genügend Neu-Koalitionäre betont. So dürften die Bürgerentlastungspläne maximal bis ziemlich kurz nach der NRW-Wahl am 9. Mai 2010 halten. Danach haben sie ihre Pflicht erledigt und es geht an die viel grausamere Kür.

Selten wohl hat man in der BRD einen Realität ferneren Koalitionsvertrag gesehen. So machte Angela Merkel auch nach Abschluss ein Gesicht wie sieben Tage Regenwetter, wurde von 9 Abgeordneten der eigenen Fraktion nicht gewählt und vergaß beim Schwur zur neuerlichen Vereidigung sogar die Hand zu heben. Egal, wird ja eh nix werden, sollte man meinen. Neben dem Feuerwerk der leeren und unfinanzierbaren Versprechen fallen mir zwei Punkte des Vertrages insbesondere ins Auge: Erstens die Rente. Seite 84 heisst es: *"...Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge..."*. Es zeigt, wie viele andere Punkte auch, dass man die Krise noch lange nicht verstanden hat. Denn eine kapitalgedeckte Altersversorgung in der jetzigen Zeit belastet das BIP nur mit dem Renditedruck zusätzlicher und erheblicher Vermögen bei Banken und Versicherungen. Es beschleunigt lediglich den Kollaps. Zu zweitens weiter im Fortfolgenden.

Nicht verleugnen will ich, dass auch durchaus ein paar positive Beiträge zu finden sind, so etwa die von der FDP eingebrachten Veränderungen in Internet und Datenschutz (Seiten 100 ff.) oder eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik (Seite 74) als Reaktion des im Bildungssystems längst überspannten Bogens der Mädchen- und Frauenförderung.

Finanzkrise, gibt es die überhaupt? Somit kommen wir zum zweiten und wichtigsten Punkt. Vielmehr ist allerdings festzustellen, dass dieser Punkt, nicht verbal aber sachlich, vollständig fehlt. Denn während man den Bürgern (wird aber bald zurück genommen) und Unternehmen und Banken (wird natürlich nicht zurück genommen) Erleichterungen in Fülle verpricht, wird über die Finanzierung wenig der Worte verloren. Angeblich soll bald ein neues Wirtschaftswunder die alten und neuen Schulden tilgen, in Wahrheit ist es natürlich der deutsche Mittelstand.

Kein Wort, keine Idee, auch nur Ansatzweise aber, wie denn Diejenigen, die den Schlamassel angerichtet haben, die Alleine durch die jetzt aufgenommenen und in den nächsten Jahren noch notwendigen Milliarden und Billionenschulden profitierten, für deren Vermögensrettung wir in Zukunft an allem knappsen müssen, wie Diese steuerlich an der Begleichung ein wenig beteiligt, geschweige denn zur Kasse gebeten werden sollen! Und dass steht natürlich in krassem Widerspruch zur Einleitung und Kernaussage des Koalitionsvertrages *"....Unsere wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale Marktwirtschaft. ..."*, tata tata tata, hihi, haha, hohoho.....gerade zu live-politisches Cabaret als verfrühte Karnevalseinlage.

Aber ganz im Ernst, gibt es, ja kann es, überhaupt eine "Finanzkrise" geben? Zur Beantwortung dieser Frage sollten wir der Sache noch einmal, ganz von Anfang, auf den Grund gehen. Finanzen, ergo Geld, was ist das überhaupt? Nun im Grunde genommen erst einmal ein paar kleine Metallplättchen oder Papierzettelchen mit einer Zahl darauf, Wert praktisch Null. In

modernen Zeiten sogar einfach nur der Eintrag einer mehr oder weniger großen Zahl in der Datenbank eines Finanzinstitutes, also lediglich eine winzige magnetisierte Fläche auf einer Festplatte. Und damit noch nicht einmal geeignet zum Tapezieren oder als Unterlegscheibe und nach Ausschalten des Stromes auch ohne irgendeinen unmittelbaren Wert.

Der tatsächliche Wert von Geld ist das dahinter stehende Garantieversprechen, ein Gutschein also. Der ausgebende Staat verspricht dem Besitzer der Finanzen Gegenleistungen, früher in Edelmetall, heute schlicht in Leistungen aus dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wer Geld hat, der darf sich also, in Höhe des aufgedruckten oder verbürgten Garantieversprechens, aus Waren und Dienstleistungen des BIP bedienen. Geld dient lediglich der Verteilung des Erlöses aus der Arbeit der gesamten Gesellschaft des ausgebenden Staates. Die Summe der Finanzen und der prozentuale (aber nicht der absolute!!) Anteil des Einzelnen an dieser Summe, sind also nichts anderes als der Verteilungsschlüssel des Wohlstands in der betroffenen Gesellschaft.

Das es eine Verteilungskrise und keine Finanzkrise ist, sieht man eben auch daran, dass in 2008 nun keine Fabrik sich weigerte zu produzieren, keine Arbeitnehmer sich weigerten zu schaffen, und auch kein Konsument nicht mehr bereit gewesen wäre zu konsumieren. Nur die Banken waren nicht mehr bereit Kredite zu vergeben, weil sie wegen des Renditemangels die notwendigerweise immer wackeligeren Assets teilweise abschreiben mussten. Die Verteilungsrelation stimmt halt nicht mehr und daran haben die staatlichen Stützungsaktionen grundsätzlich nichts verändert.

Eine technische Bemerkung vielleicht an dieser Stelle: Die Aktiva/Passiva/Vermögen sind eine Bestandsgröße, gemessen etwa in Euro. Das BIP ist eine Stromgröße, gemessen etwa in Euro/Jahr. Für das Verhältnis bzgl. des Deckungsversprechens ist diese also mit dem durchschnittlichen Zeitraum (Einheit: Jahre) der Abschreibung bereits in der Vergangenheit erbrachten und noch nicht abgeschriebenen BIP zu multiplizieren. Der durchschnittliche Abschreibungszeitraum der Wirtschaftsgüter ist stark schwankend, er beträgt für Dienstleistungen und schnell verderbenden Waren wie Lebensmittel praktisch Null, für sonstige Wirtschaftsgüter meist 4 oder 5 Jahre, für Immobilien aber auch schon mal 30 Jahre. Im Durchschnitt unserer Dienstleistungsgesellschaft können wir von 2 bis 3 Jahren ausgehen, so dass das BIP mit diesem Faktor zu einer gleich lautenden Bestandsgröße der Einheit Euro wird.

Daher kommt auch der Fakt, dass eine Volkswirtschaft instabil wird, sobald die Vermögensschere (Aktiva zu BIP Verhältnis) auf das 2 bis 3 fache des aktuellen BIP angewachsen ist. Denn dann ist die Deckung des Geldes nicht mehr gewährleistet. Die "Finanzkrise" entsteht aber zunächst dadurch, dass erstmal die Zinslast aus den Renditeansprüchen auf das BIP zu übermächtig wird. Die nächste Runde entsteht dann, wenn man wirklich versucht diesen Finanzüberhang in Sachwerte zu tauschen, denn dann kollabiert das System notwendiger Weise endgültig. Das steht uns noch bevor.

Der Kardinalfehler der Ökonomie, Politik und auch des Bürgers besteht nun genau in dem oben angedeuteten Missverständnis, Geld als absoluten anstatt als relativen Wert zu sehen. Denn durch das exponentiell zunehmende Auseinanderklaffen der Vermögensschere nimmt der tatsächliche Anteil des nichtvermögenden Schaffenden am Erfolg aus dem BIP zu den Vermögenden Finanziers relativ immer weiter ab. Was dann entsteht ist das, was wir jetzt haben: Eine Verteilungskrise, was das einzig richtige Wort für diese Spätphase der "Finanzkrise" ist.

Und damit kommen wir zur Lebenslüge der Demokratie und speziell der "sozialen Marktwirtschaft": So wenig wie es im real existierenden Sozialismus Ungleichheit geben konnte, so wenig kann es in der sozialen Marktwirtschaft eine Verteilungskrise geben. Deswegen werden wir aus Regierungsmund diese korrekte Bezeichnung nicht so schnell zu hören bekommen, während man trotzdem fleißig das Geld der Schaffenden auf die Konten der Finanzinstitute transferiert. Der Staat verkommt damit sehr bald zum Inkassounternehmen Merkelmann.

Zum Schluss eine Bemerkung zum Personalkarussel: Natürlich war dieses wieder einmal mehr dem Parteienproporz der Koalitionäre denn der fachlichen Kompetenz geschuldet. Auch deshalb verlor Merkel ein Teil ihrer Fraktion bei der Wahl zur Kanzlerin: denn sie hatte vergessen den Osten der Republik mit einem Ministerposten zu versehen. Eine Personalie war aber nicht

schlecht: Die überraschende Berufung von Wolfgang Schäuble auf den Schleudersitz des Finanzministers.

Zwar ist Schäuble auch kein ausgewiesener Finanzspezialist, wenn man von der unrühmlichen Verwicklung in den CDU-Spendenskandal der Kohlzeit absieht, als er mal eben eine 100.000 Moppen Spende in seinem Schreibtisch „vergessen" hatte. Jedoch ist er ein Mensch, der sich nicht so leicht von Koalitionären, zweifelhaften Programmen oder schrägen Finanzjongleuren und Bankern dumm schwätzen lässt. Schon kurz nach seiner Berufung stellte er klar, dass die Geschenkorgien überhaupt nicht bezahlbar sind. Seitdem fallen Politiker der Union reihenweise um. Aus dem Hause Schäuble wird die Mutter der Nation vielleicht noch einige unerwartete Querschüsse erleben müssen.

Also schaunmermal, für Spannung ist gesorgt.

Eingestellt von H. Genreith um Samstag, Oktober 31, 2009 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL, Wahl2009, Weimar2.0

Reaktionen:

Freitag, 4. September 2009

The Imperium strikes back: Warum die Krise gerade erst begonnen hat

Die Börse hat in den letzten Monaten rund 50% zugelegt, an der Wall Street träumt man von der 10.000er Marke, und Renditeziele von wenigstens 25% sind für den Deutsche Bank Chef Ackermann auch schon wieder im Fokus. An schmackhaften Boni labt man sich nach wie vor, ob 15 Millionen für 6 Monate erfolglose Sanierungsbemühungen oder von Bonus in Halteprämie umgetaufte Millionenstützen für arbeitswillige Investmentbanker, alles bleibt beim Alten.

Warum auch nicht, denn einmal abgesehen von schamloser Selbstbedienung, machen Sie natürlich genau dass, wofür sie da sind: Vermögen zu vermehren. Kaum vorzuwerfen also, dass sie ihren Job machen. Nur, wer soll dass alles bezahlen? Politik und Ökonomie drücken sich um eine klare Antwort. Der Wahlkampf ist, trotz oder gerade wegen der aufziehenden Götterdämmerung, so flach wie nie. Ob mit Busenplakaten oder einfach nur „Die Kanzlerin kommt".

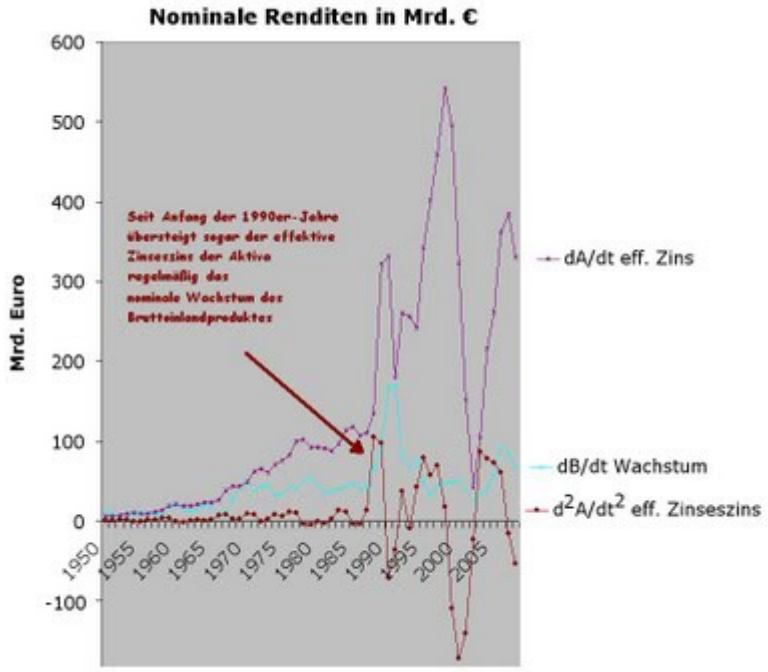
Was auf den ersten Blick recht menschelnd klingt und hier in Bonn plakatiert ist, heißt jedoch lediglich das die Kanzlerin auf dem Marktplatz spricht. Und das ist auch schon das ganze Programm, und man will und wird die Wahl damit bestreiten. Und gewinnen, versteht sich. Über die Wahrheit breitet man gepflegtes Schweigen: Union und FDP versprechen Wolkenkuckucksheime alla Steuer- und Abgabenerleichterung für Alle, seitens SPD, Grüne und Linke wagt man das bittere Ende dagegen anzudeuten, was wahltaktisch in der Vergangenheit noch immer ins Auge gegangen ist.

Dem Wähler schwant das da was faul, ja megafaul ist, nur was, das wird ihm auch vom genauso flachen Bildschirm vorenthalten: „Darauf angesprochen, ob man die Verursacher der Wirtschaftsmisere stärker zur Kasse bitten müsse, antwortete er mit der Frage: „Muss der Finanzmarktsektor nach der Krise nicht sehr viel stärker zur Finanzierung beitragen als wir uns dies jemals ausgedacht haben?" Das klang dramatisch. Da hätte man gerne genauer gewusst, was Steinbrück vorschwebt. Doch leider: „Wir können das jetzt nicht vertiefen", meinte der Moderator – und brachte das Problem der Sendung final auf den Punkt."

Nun die Krise ist nicht vorbei, sie fängt gerade erst an. Denn es handelt sich in der Tat um eine echte Systemkrise und nicht um ein Börsengewitter. Letztere ist sowieso schon wieder ganz unruhig, denn auch dem härtesten Zocker schwant Böses angesichts der Tatsache, das Börsengewinnen von 50% auch beim besten Willen und Optimismus keine entsprechenden Zuwächse in der Realwirtschaft gegenüber stehen. Es handelt sich offensichtlich um reine Börsenonanie und so zittern die Kurse vor sich hin und der Goldpreis nagt wieder an der 1000 $ Marke.

Warum es eine Systemkrise ist, dazu muss man des Börsianer liebstes Kind, die Renditen, aus Makroökonomischer Sicht näher betrachten. Erste Graphik (durch Anklicken zu vergrößern) zeigt uns das bekannte Bild. Die Entwicklung der Aktiva/Passiva (Aktiva sind die aktiven Posten, d.h. Kredite, Derivate etc. pp. und Passiva die in gleicher Höhe entgegen stehenden Einlagen, ergo Vermögen. Die Aktiva/Passivabilanz ist dabei immer ausgeglichen) im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es handelt sich um die jeweils nominalen Werte und sind den offiziellen Statistiken der BRD entnommen für die Jahre von 1950 bis 2008.

Nun die Aktiva entsprechen den Vermögen, und die erste Ableitung nach der Zeit (Jahresbasis) dA/dt entsprechen den Zinsen, die zweite Ableitung d2A/dt2 dem Zinseszins. Für die exakten Werte der Zinsen müsste man zwar noch den Zu- und Abfluss von Kapital nach und aus dem Ausland berücksichtigen, aber diese Bilanz ist einigermaßen ausgeglichen und beeinträchtigt das Bild im Grundsatz nicht weiter. Die Vermögensschere zwischen BIP und Aktiva ist überdeutlich. Aber was bedeutet sie für das Wirtschaftsleben? Die Bedeutung liegt in der Zinskurve unten rechts, denn die wird ab Mitte der 80er-Jahre zu einer bedeutenden Belastung für das BIP.

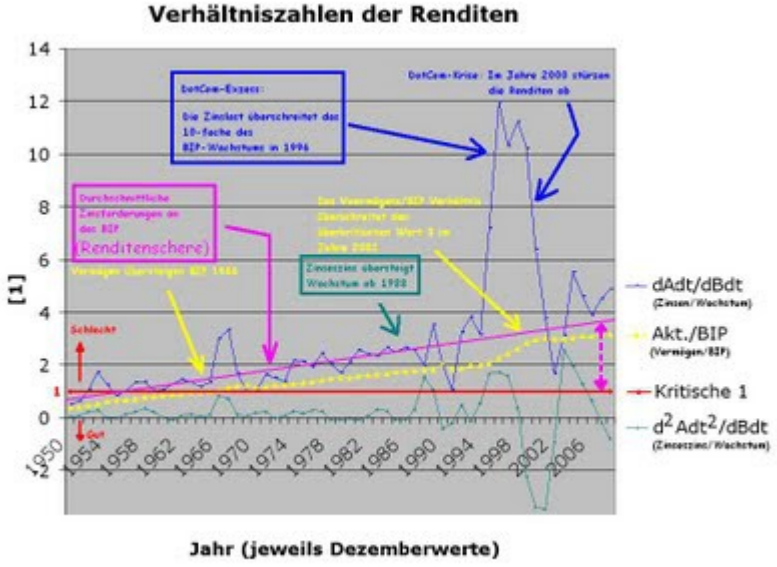


Deutlich wird das, wenn wir uns den Gewinn, d.h. die Verzinsung, der Aktiva im Vergleich zum Gewinn des BIPs, das ist das Wirtschaftswachstum, anschauen. Die mittlere blaue Kurve ist das tatsächliche Wachstum des BIP (also die erste Ableitung dB/dt), die obere Kurve die Zinsen

(dA/dt) und die untere Kurve die Zinseszinsen (d2A/dt2), jeweils in Milliarden nominaler Euros. Wir sehen: Bis Anfang der 70er Jahre lagen Gewinn aus Aktiva und Gewinn aus BIP nahe beieinander. Das ist gut so, denn dann sind die Vermögensgewinne aus BIP gedeckt und außerdem ist gewährleistet, dass sich Investitionen in Realwirtschaft für Kapitalbesitzer tatsächlich lohnen. Spätestens seit den 80er Jahren geht die Schere aber auseinander, die Zugewinne aus Aktiva liegen bereits oberhalb der Zugewinne aus BIP.

Das ist zunächst auch nicht tragisch, zwar ist eine direkte Deckung durch BIP nicht mehr gegeben, aber so lange die Aktiva nicht in Geld und Konsum verwandelt werden, nahezu bedeutungslos. Hauptsache bleibt, dass das BIP lediglich die Renditen hergibt, der Kapitalbesitzer somit zufrieden gestellt ist. Allerdings beginnt nun des Dramas dritter Akt: Aufgrund der Gewinnschere nimmt das Interesse zu, mit Geld Geld zu verdienen, statt mit den anstrengenden und weniger gewinnträchtigen Investitionen in die Realwirtschaft. Derivate und dergleichen nehmen entsprechend zu, die Gewinne aus Aktiva spreizen sich weiter vom Wachstum ab.

Der vierte Akt beginnt dann Ende der 80er Jahre: Nun beginnt sogar der notwendige Zinseszins regelmäßig das Wachstum zu überschreiten, das System wird nun instabil. Denn diese sind Ausdruck der angesammelten Altlasten, im Gegensatz zu kurzfristig rentablen Krediten an die Realwirtschaften sind sie Beleg für nicht zurückgezahlte, auch inzwischen nicht mehr rückzahlbare, Schulden. Und zwar öffentlicher wie privater, es macht keinen grundsätzlichen Unterschied. Die Zinskurve beginnt nun zu explodieren, die folgenden drei Riesenzacken sind DDR-Übernahme, DotCom-Krise und Subprimekrise, ein Ende nicht absehbar.



Zu guter Letzt damit noch einmal die Verhältniszahlen Vermögen/BIP, Zinsen/Wachstum, Zinseszins/Wachstum in der zeitlichen Entwicklung von 1950 bis 2008. Die 1-Linie bedeutet das alle Verhältniszahlen oberhalb prinzipiell ungünstig, die darunter günstig für das BIP-Wachstum sind. Das deutsche Wirtschaftswunder endet 1966, als auch das Aktiva/BIP-Verhältnis die rote Linie überschreitet. Der direkt folgende Zinsbuckel ist Ausdruck der Rezession1966/1967, die der damaligen CDU-Regierung den Kragen kostete und die erste Große Koalition unter Kiesinger(CDU) und Brandt(SPD) hervorbrachte. Die Zinsforderungen der Aktiva an das BIP forderten danach entsprechend auch oberhalb des Wachstums ihren Platz. Dramatisch wird es dann 1988, als bereits die Zinsezinsen das Wachstum überforderten. Mit der Gier im DotCom-Wahnsinn übersteigen die Aktivaforderungen in 1996 dann das Wachstum um mehr als das 10-fache, ein Unding das nicht gut enden konnte, der rapide Absturz folgte in 2000, um in der Subprimekrise wieder auf das fast 6-fache anzusteigen. Das System ist mittelfristig unhaltbar geworden.

Die violette Ausgleichsgerade zeigt uns des Pudels Kern, die Systemkrise, an: Die Renditenschere liegt in der Größenordnung des Aktiva/BIP-Verhältnisses und beträgt inzwischen knapp das 4-fache des Wachstums. Niemand braucht sich also zu wundern, dass in den Jahren nach der DotCom-Krise zwar die Gewinne um 61% zulegten, die Einkommen der Bürger aber nur um 4%.

Nach Abzug der Abgabenerhöhungen und/oder der Leistungseinschränkungen seitens des Staates und der Sozialkassen, blieb dem Durchschnittsbürger also weniger als Nichts. Mit dem gewaltigen BIP-Einbruch in 2009 einerseits (in den Graphiken noch gar nicht enthalten) und den andererseits dagegen staatlich massiv gestützten Vermögen, verschärft sich diese Situation nun noch dramatisch.

In der kommenden Legislaturperiode werden dem Bürger Rechnungen präsentiert werden, das Zähneknirschen wird groß sein. Und das eigentliche Imperium, das die Finanzimperien nährt, wird zurück schlagen. Die letzten Finanzkrisen, die in Wirklichkeit Renditekrisen waren, sind schon Folgen des technischen Zurückschlagens des BIP. Demnächst kommt die menschliche Rückwirkung wenn der deutsche Mittelstand feststellen muss, dass den Milliarden und Billionen die staatlicherseits in 2009 bewegt wurden, und noch viele werden folgen, tatsächlich massive Forderungen und Nachteile an Ihn gegenüber stehen. Der Verteilungskampf zwischen Schaffenden und Vermögenden wird dann an Schärfe deutlich zunehmen.

Regierung und Ökonomen, insbesondere die zukünftigen Koalitionäre der FDP, sehen naiver Weise in einem „selbst tragender und nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung" die Lösung des Problems. Demnach soll dieser dem Bürger Vollbeschäftigung, erneuten Wohlstandszuwachs und dem Staat die Begleichung, ja sogar die Tilgung, seiner Schulden ermöglichen. So glaubt man etwa sogar Steuersenkungen rechtfertigen zu können.

Nicht dergleichen wird geschehen. Zwar ist immer ein kurzfristiges Strohfeuer möglich, sei es durch Abwrackprämien zum Preise weiterer Verschuldung. Ein mittelfristiger, gar langfristiger, Ausweg ist es nicht. Denn selbst wenn die Vermögensbesitzer nur mit der, oft als lächerlich empfundenen, 5% Verzinsung ihrer Aktiva zufrieden wären, man benötigt inzwischen ein Wirtschaftswachstum von fast 20% um zu gewährleisten, dass für den Durchschnittsbürger unter dem Strich tatsächlich etwas übrig bleibt. Der Versuch ist so zum Scheitern verurteilt wie wenn man versuchte die Titanic mit der Kaffeetasse zu lenzen.

Der einzige Ausweg aus der Systemkrise ist, man muss es so deutlich sagen, auch wenn es brutal, gemein, unaussprechlich und absolut Gotteslästerlich klingt:

Die in den letzten Jahrzehnten angesammelten Vermögen müssen weg!

Und das möglichst schnell. Denn verloren sind sie sowieso, sei es nun kontrolliert durch eine unparitätische Währungsreform oder chaotisch durch eine Inflation von wenigstens 500%. Je länger es dauert, so verheerender werden jedoch die nicht mehr rückgängig zu machenden Auswirkung der Aufkäufe von Industrien, Patenten, Immobilien und sonstiger Sachwerte, durch nicht nur der internationalen Staatsfonds, sein. Denn wenn die erst das inflationäre Papier in solche Werte verwandelt haben, dann hilft uns weder Reform noch Chaos weiter. Dann ist der Laden ausverkauft und der Bürger muss sehen wo er bleibt, wenn nicht nur Mercedes und Porsche in China produzieren.

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt. So heißt es, aber leider hat man am oberen und entscheidenden Ende der Gesellschaft noch kaum die Erste Stufe davon erreicht. Und man darf bezweifeln, ob überhaupt der Wille besteht, es zu begreifen.

Wenn nun, nach dem postwahltaktischen Ballyhoo, die neue Egalwelche-Koalition die Bühne betritt, werden wir spätestens Anfang 2010 mit dem altbekannten „Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt, Wir müssen nun den Gürtel enger schnallen" konfrontiert werden. Die Wahrheit aber ist, nicht Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern Die da Oben haben über unsere Verhältnisse gelebt. Und auch nicht wirklich "Wir" sondern nur Wir da Unten, sollen und werden den Gürtel enger schnallen müssen.

Das dies tatsächlich eine Systemkrise ist, kann man sich auch anders leicht klar machen: Als in 2008 alles ins Wanken kam, waren es nicht plötzlich die Konsumenten, die nicht mehr bereit gewesen wären mehr zu konsumieren, waren es auch nicht die Industrien, die nicht mehr bereit gewesen wären mehr zu produzieren. Es waren die Finanzinstitute die, angesichts mangelnder Renditen und gestiegener Risiken und wegen der eigentlich notwendiger Vermögensabschreibungen, nicht mehr bereit waren weitere Kredite zu vergeben. Die Krise resultiert nicht aus Unvermögen des BIP sondern aus der ungesunden Verteilung der Ansprüche auf das BIP, ergo Vermögen.

Deswegen werden die kommenden Jahre spannend wie nie, denn es geht nicht mehr darum, die Kuh vom Eis zu kriegen, sondern darum die heilige Kuh zu schlachten. Und natürlich, ob es gelingt diesmal einen demokratischen Metzger dafür zu finden.

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, September 04, 2009 4 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL, Wahl2009

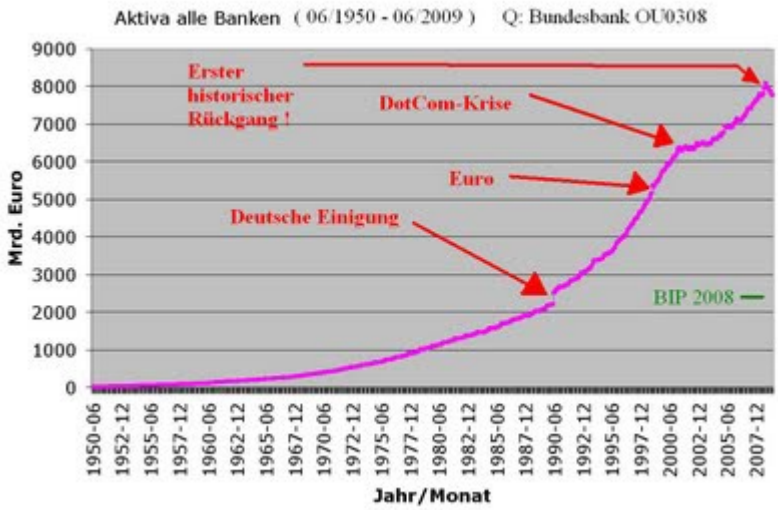
Reaktionen:

Mittwoch, 19. August 2009

Berliner-Bären-Bude: Die Abwracker

Der Bundestagswahlkampf dümpelt so vor sich hin. Richtig Feuer geben mag zur Zeit noch Keiner, das scheinbar dringendste Problem der Republik scheinen die Dienstfahrten der Ulla Schmidt zu sein. Finanz-, Wirtschafts-, Verschuldungs-, Systemkrise? Welche Krise? Lieber nicht dran rühren, ist die Devise. Im Gegenteil, kaum meldet das Statistische Bundesamt eine kleine Quartalserholung für das BIP, schon rufen Ökonomen und Politiker bereits das Ende allen Unbills aus, orakeln bereits den kommenden Aufschwung, Abbau der Schulden, Steuersenkungen und profitable Arbeit für Alle herbei. Weiter so, es war nur eine kleine Delle, und die haben wir in Berlin prächtig gemanagt.

Zudem haben die Börsen in den letzten Wochen ordentlich zugelegt, auf den ersten Blick scheint es also wieder aufwärts zu gehen. Aber tut es das wirklich und nachhaltig? Die 0,3% Quartalserholung ist schließlich nicht viel mehr als eine unsichere statistische Schwankung, zudem mit der Abwrackprämie sündhaft teuer erkauft. Und die Börse ist nun mal nicht die Wirtschaft, auch wenn das allzu oft mit einander gleichgesetzt wird: Sie ist lediglich ein Spekulationsbarometer, welches die kurzfristigen Erwartungshaltungen der beteiligten Finanzjongleure wieder spiegelt. Und die sind kein geringeres Orakel.



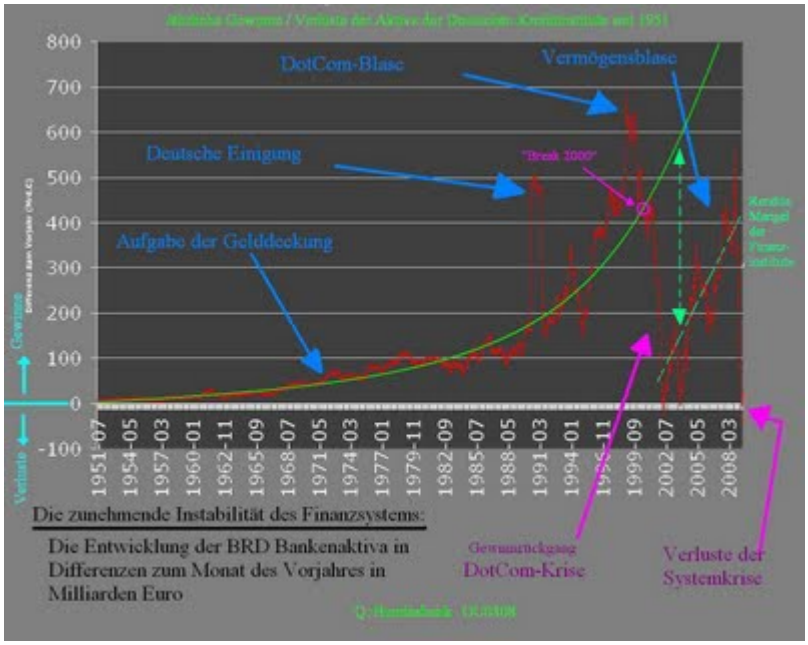
Schauen wir also mal genau auf diese Finanzen, deren gesamtwirtschaftliche Summe von der Bundesbank (Zeitreihe OU0308; alle Graphiken können durch Anklicken vergrößert werden) regelmäßig ausgewiesen wird. Die erste Graphik zeigt die Entwicklung der Gesamtaktiva/Passiva der deutschen Kreditinstitute seit 1950. Wir sehen den bekannten exponentiellen Anstieg der Vermögen, der letztlich aus der natürlichen Zinseszinsproblematik entsteht, welcher zum ersten mal um das Jahr 2000 einen Knick bekommt. Die DotCom-Krise lässt die Zunahme stagnieren, um nach kurzer Zeit wiederum exponentielle Fahrt aufzunehmen. Endlich, in 2008, passierte

etwas historisch einmaliges: Die Aktiva/Passiva nehmen tatsächlich ab, wenn auch nur marginal. Es ist jedoch der Hinweis auf eine grundlegende Änderung: Erstmals seit der Währungsreform 1948 müssen tatsächlich, in der Gesamtbilanz, erkennbar Vermögen abgeschrieben werden.

Die zweite Graphik zeigt uns daher den rechten Ausschnitt nur der letzten 5 Jahre. Im Oktober 2008 wurde der historische Höchststand mit 8093 Mrd. Euro, gegenüber einem BIP von 2490 Mrd. Euro in 2008, erreicht. Das Aktiva/BIP-Verhältnis erreichte das ungesunde Verhältnis von A/B = 3,25. Seit dem musste einiges abgeschrieben werden. Eigentlich weit mehr, aber die Politik tat alles nur mögliche, um genau dieses gerade zu verhindern. Dafür wurden dem Steuerzahler gigantische Schulden und Risiken aufgeladen. So wurden bislang gerade einmal die Aktiva von 8093 auf 7772 Mrd. Euro (6/2009) reduziert, also um etwa 4%. Viel zu wenig um den Verlust im BIP von 7,1% gegenüber dem Jahresvorquartal auszugleichen, das A/B-Verhältnis hat sich weiter verschlechtert, aber satt und genug um die Finanzwirtschaft in hellste Aufregung zu versetzen.

Deutlicher wird das Problem, wenn man statt der absoluten Zahlen die Gewinne/Verluste der gesamten Finanzwirtschaft auf Monatsbasis der Differenzen zwischen den Jahren betrachtet, also etwa die Differenz zwischen dem Februar 2006 und Februar 2005 usw. Auch hier wieder das Bild der letzten 5 Jahre. So wurden die notwendigen Ergebnisse (mind. 5% von ca. 8000 € sind 400 Mrd. €) nach der DotCom-Krise erst wieder ab etwa 2007 erreicht um nach den Übertreibungen der Subprime-Weiterverbriefungen (+560 Mrd.€) Ende 2008 zu kollabieren. Dank der freundlichen Umschuldung auf die Staatsfinanzen konnte ein echter Absturz der Großvermögen verhindert werden, wenn auch nicht ganz, in 05/2009 musste ein echter Verlust von –39 Mrd. € hingenommen werden, der sich in 6/2009 durch eine neuerliche Jahreszunahme von 27 Mrd.€

schon wieder abmildert, Steuerbürger sei Dank.



So richtig prickelnd wird es erst, wenn wir wieder die historische Gesamtschau heranziehen. In der vierten Graphik daher die gleiche Gewinn/Verlust-Rechnung der Aktiva/Passiva seit 1951 bis heute 6/2009. Für die Mathematikinteressierten vorab eine Erläuterung: Da die Aktiva/Passiva nach einem Exponentialgesetz wachsen A=a*exp(b*t), ist deren Ableitung natürlich ebenfalls eine Exponentialfunktion, nämlich dA/dt=a*b*exp(b*t). Nichts anders als die erste Ableitung nach der Zeit ist wiederum genau die hier dargestellte Gewinn/Verlustrechnung. Rot eingetragen sehen wir nun die tatsächlichen Gewinne der Gesamtaktiva/Passiva nach den Zahlen der Bundesbank, Grün eingezeichnet die aufgrund einer gesunden Verzinsung (knapp 5%) tatsächlich notwendigen Renditen. Zunächst funktioniert dies auch prächtig, auch nachdem 1971 die letzte Deckung des Geldes durch Sachwerte wie Gold aufgegeben wurde. Allerdings beginnt die Kurve nun unruhiger zu werden, denn aufgrund der reinen Schuldendeckung neigt das Finanzsystem eher zum Zocken und Übertreiben.

Deutlich wird dies etwa bei der Wiedervereinigung. Dabei wurde der deutsche Währungsraum schlagartig vergrößert und für die DDR-Mark unrealistische Gegenwerte ausgezahlt. Diese Subvention landet wie immer zunächst mal auf den Konten der Begünstigten und erzeugt den gewaltigen Peak um 1990. In den Folgejahren bis etwa 1994 sehen wir die Investitionsblase DDR, das ist der kleinere Peak direkt hinterher. Das die blühenden Landschaften nicht unmittelbar aus dieser Gigainvestition entstanden, sondern blasenartig gleich wieder zusammen brach, ist auch darauf zurück zu führen, dass für die Erzeugung von Geld es eben völlig ausreichend ist, Schulden zu schaffen. Und einem möglichst unbeteiligten Dritten, etwa dem Steuer- und Abgabenzahler, zu zuschanzen. Eine tatsächliche Schaffung von Produkten und Werten war nämlich nicht notwendig, das Errichten von subventionsfinanzierten Bauruinen ist dagegen völlig ausreichend, und, einfacher und vor allen Dingen schneller zu bewerkstelligen.

Als nächstes kommt dann die Übertreibung der DotCom-Krise, als man durch den Verkauf von windigen Aktien selbst unterfinanzierte Garagenklitschen der IT-Industrie zu Milliardenunternehmen hochjubelte. Der Crash folgte auf dem Fuße und damit aber auch eine Zeitenwende: Konnte man zuletzt noch mit der DotCom-Übertreibung die eigentlich notwendigen(!) Renditen eintreiben, so rutschte man nun in die Zone ab, in der die notwendige Verzinsung der Kapitalien aus dem BIP technisch gar nicht mehr möglich ist.

Trotzdem versucht die Finanzindustrie nunmehr das, wofür sie ja auch da ist: Die Renditen ihrer gigantischen Aktiva/Passiva wieder an die Steigung der grünen Exponentialfunktion heranzuführen. Das kann aber nicht mehr auf Dauer funktionieren, denn das BIP ist seit dem „Break 2000", als das Aktiva/BIP-Verhältnis etwa den Wert 3 überschritt, gar nicht mehr in der Lage das über 60 Jahre angesammelte Kapital mit den notwendigen Verzinsungen zu bedienen. Deswegen suchte man sich ein neues Verkaufsmodell für sein überflüssiges Kapital, so den Verkauf von Krediten an Leute, die sich diesen eigentlich gar nicht leisten konnten, und schließlich sogar die Weiterverbriefung von Paketen dieser sowieso fast

wertlosen Kredite zu Spekulationspreisen an Möchtegernegroß-Banken. Der nächste, noch größere Crash erfolgte dann 2008.

Und wenn jetzt die Wirtschaft, dank gewaltiger Kostenübernahme der Steuerbürger, tatsächlich etwas Fuß fasst, dann ist der nächste Crash nicht weit. Denn man kann es als Gier bezeichnen, aber in Wirklichkeit ist es die Notwendigkeit eines aus den Fugen geratenen Systems: Die Finanzinstitute unternehmen nun erst recht jeden nur möglichen Winkelzug um weiter ihre notwendigen Renditen aus dem, nun erstmals kleiner gewordenen, BIP heraus zu prügeln. Sie können gar nicht anders, denn ihre Kunden verlangen das mit größter Vehemenz. Eine Abkehr vom Szenario der letzten Jahre ist daher reine Illusion, ein großer, dicker, Berlinerbär auf unserer Nase eben.

Aber auch die Berliner-Bären-Binder haben selbst einen solchen Bären auf die Nase gebunden bekommen: Zwar läge der einzige Ausweg aus dem Dilemma in weltweit massiven Abschreibungen; so etwa müssten sich in Deutschland die Vermögen im Verhältnis zum BIP mindestens halbieren, um einen annehmbaren Effekt zu erzielen. Die westlichen Demokratien unternehmen aber gerade das Gegenteil, sie tun alles um solche Abschreibungen zu verhindern. Und das zum Preis einer totalen Verschuldung und mittelfristig resultierenden Handlungsunfähigkeit des Staates, es grenzt an Selbstmord oder Hochverrat, je nach dem, wie man es sehen möchte.

Man kann unseren Parlamentariern zwar einiges unterstellen, aber das sie das eine oder andere davon wirklich wollen, eigentlich nicht. Warum aber handeln sie trotzdem so unvernünftig? Die Antwort liegt in der Funktion der Ökonomen begründet und deren Einstellung in Bezug zum Kapital, das wiederum die Entscheidungen von Bankern und Politikern entscheidend beeinflusst. Denn die Möglichkeit einernegativen Rückkopplung von zuviel Kapital auf die Wirtschaft wird von allen Standardlehren der Ökonomie faktisch negiert. Die Logik dahinter ist (a) in einer Kredit getriebenen Wirtschaft, und das ist bei uns der Fall, fördert reichlich Kapital das Wachstum. (b) Wenn Kapital am Markt zu wenig verfügbar ist, dann muss man ggf. auch aus dem Ausland oder sogar Staatlicherseits, nur reichlich Kapital hinein locken bzw. pumpen, (c) und, falls zuviel Kapital da ist, schadet das prinzipiell auch nichts, denn wer keinen Kredit haben möchte, braucht ja auch keinen zu nehmen. Im Gegenteil, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend, sollten dann sogar die Kreditzinsen sinken, was die Wirtschaft nur zusätzlich beflügelt. (d) Inflations- oder Deflationsgefahren kann man mit geeigneter Zinspolitik jederzeit entgegen steuern.

Nun, so sehr das in Zeiten ausgeglichener Aktiva/BIP-Verhältnissen wahr ist, so falsch ist es in Zeiten ausufernder Vermögen. Vor allen Dingen ist c) dem Grunde nach falsch. Denn die Verwalter der Vermögen, also die Finanzinstitutionen, leben davon , diese ihnen anvertrauten Vermögen zu vermehren. Und zwar jedes Jahr, und selbst die durchschnittliche Rendite von 5% ist den Vermögensbesitzen viel zu wenig. Die Erwartungshaltungen liegen durchweg im zweistelligen Bereich. Aufgrund der Zinseszinsschere zwischen BIP und Aktiva (Kredite und andere Finanzprodukte; und diesen in gleiche Höhe entgegen stehenden Passiva(Vermögen)), geht diese Rechnung nach 60 Jahren eben nicht mehr auf. Es entsteht ein ungleicher Kampf der Interessengruppen, auf der einen Seite der Großvermögen und auf der anderen Seite die Durchschnittsbürger und Kleinsparer. Kein Vermögensbesitzer wird je auf seine Renditen verzichten wollen, nur weil aus der Arbeit der Arbeiter und Angestellten nicht mehr genügend herausgezogen werden kann. Dann greift man eben zu anderen Methoden, so zum Beispiel etwa Hedgefonds, deren Geschäft im Prinzip daraus besteht, wackelige Firmen zu kaufen, gewinnbringend zu zerschlagen und die gegenüber stehenden sozialen Kosten dem Steuerzahler aufs Auge zu drücken.

Die nächsten Zacken, die nächsten Blasen in letzter Graphik stehen uns also bevor, und die Abstände werden kleiner und die Auswirkungen immer dramatischer werden. Solange bis die Zusammenhänge endlich einmal begriffen werden. Im Kampf der Interessengruppen werden sich die Demokraten entscheiden müssen, auf welcher Seite sie stehen möchten: Auf der Seite des Kapitals oder auf der Seite des Durchschnittbürgers; ob sie die Demokratie erneuern oder abwracken wollen.

Eine Demokratie ist ohne Fairness, ohne Transparenz, und ohne allgemeinen Wohlstand zum Scheitern verurteilt. Insbesondere wenn sie dem Bürger nicht erklären kann, warum sie hunderte und tausende Milliarden zur Sicherung riesiger Vermögen ausgibt, aber gleichzeitig dem Bürger Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht, Leistungen aller Art zurück fährt und nicht mal 1000

Euro für die Renovierung eines Kindergartens entbehren kann. Wenn sie sich nicht rechtzeitig für die richtige Seite entscheidet, läuft sie Gefahr unter zu gehen. Die nächste Legislaturperiode stellt genau diese Anforderungen an die unglücklichen Gewinner des herbstlichen Machtkampfs in der Berliner-Bären-Bude.

Eingestellt von H. Genreith um Mittwoch, August 19, 2009 2 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, Geschichte, VWL, Wahl2009

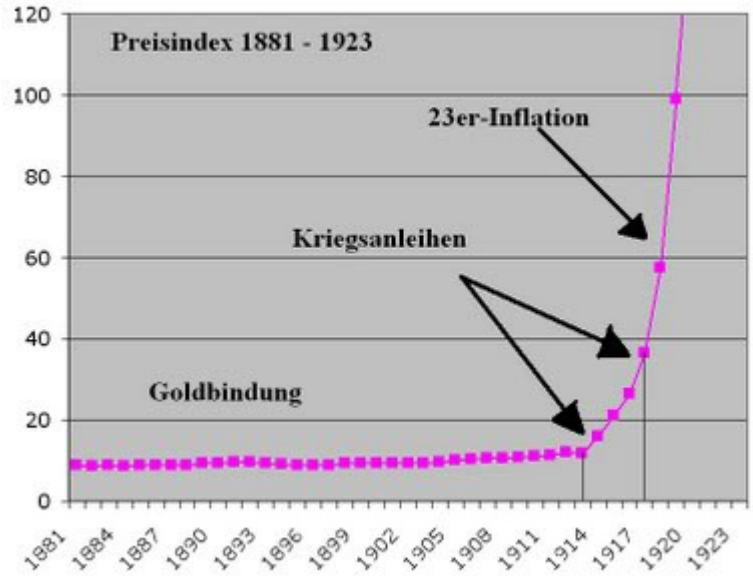
Reaktionen:

Donnerstag, 30. Juli 2009

Inflation im Gänsemarsch

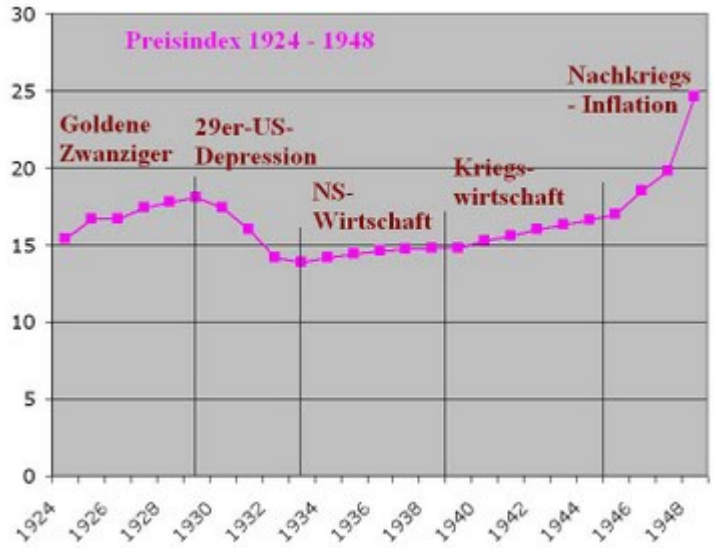
Im letzten Jahrhundert verloren die Deutschen Bürger zweimal durch eine Inflation ihre Ersparnisse, und zwar in der 1923er und der 1948er Währungsreform. Aus Politik- und Finanzkreisen lautet zur Zeit das Credo, dass dies nicht wieder vorkommen wird. Angeblich, weil die Situation heute mit damals nicht zu vergleichen wäre.

Die Realitäten sehen jedoch weit düsterer aus. Und so vergleichen wir doch einfach mal die Zahlen der letzen Jahre seit 1881. Dazu nutze ich den Preisindex (Quelle) für Deutschland seit der deutschen Kaiserzeit, jeweils bezogen auf das relative Jahr 1881.



Schauen wir also erstmal auf die gute alte Zeit. Damals galt noch der direkte Goldstandard, entsprechend waren die Inflationsraten praktisch Null, das Geld so stabil wie nie mehr später. Erst mit dem Ersten Weltkrieg änderte sich die Situation. Wegen der enormen Kriegslasten gab der Staat Staatsschuldverschreibungen (Kriegsanleihen) in großer Menge aus, der Goldstandard war damit passe. In Folge der Verschuldung stiegen die Preise deutlich an, da BIP und Geldmenge nicht mehr in Einklang standen.

Ganz heftig wurde es in der Nachkriegszeit: Das BIP lag am Boden und wurde zusätzlich mit gewaltigen Reparationszahlungen an die Kriegsgegner ausgewrungen. Dadurch entwickelte sich die Hyperinflation Anfang der Zwanziger Jahre. Zunächst mit kräftigen Zuwachsraten, zum Schluss explosionsartig innerhalb weniger Monate auf groteske Höhen. Der Index für das Jahr 1923 betrug zuletzt sagenhafte 42.956.894.182, also knapp 43 Milliarden. Die Kurve des obigen Diagramms würde bei normaler Bildschirmgröße also gut 20.000 km oberhalb ihres Rechners enden. Trotzdem hielt die Erste Republik den unhaltbaren Zustand bis zum absurden Ende im Oktober 1923 durch. Dann wurde neues Geld, die Rentenmark, ausgegeben.



Es folgten damit die „Goldenen Zwanziger". Das Verhältnis BIP zu Aktiva/Passiva war wieder im Lot, wirtschaften lohnte erneut, die Weimarer Republik fasste langsam Fuß. Der Vorkriegsgoldstandard war nun durch einen Teilgoldstandard ersetzt, d.h. das Geld musste wenigstens zu einem bestimmten Prozentsatz in Gold hinterlegt sein. Ein Goldstandard hat allerdings einen unangenehmen Haken, denn da die Geldmenge, und damit auch das BIP, nicht unbegrenzt wachsen kann, wird das Wirtschaftswachstum ausgebremst.

Im Prinzip hätte jetzt alles gut werden können, wenn die 1929er Krise aus den USA nicht, bereits 6 Jahre später, der jungen Demokratie den zweiten, und tödlichen, Schlag versetzt hätte. Denn nach dem Krieg hatten besonders Amerikanische Investoren in die aufblühende Industrie Deutschlands investiert. Mit der Finanzkrise in den USA mussten diese nun viel Geld abschreiben, und zogen deshalb, um wieder liquide zu werden, die eigentlich guten Kredite und Investments in Deutschland wieder ab. Die Folge war die große Depression auch jetzt in Deutschland.

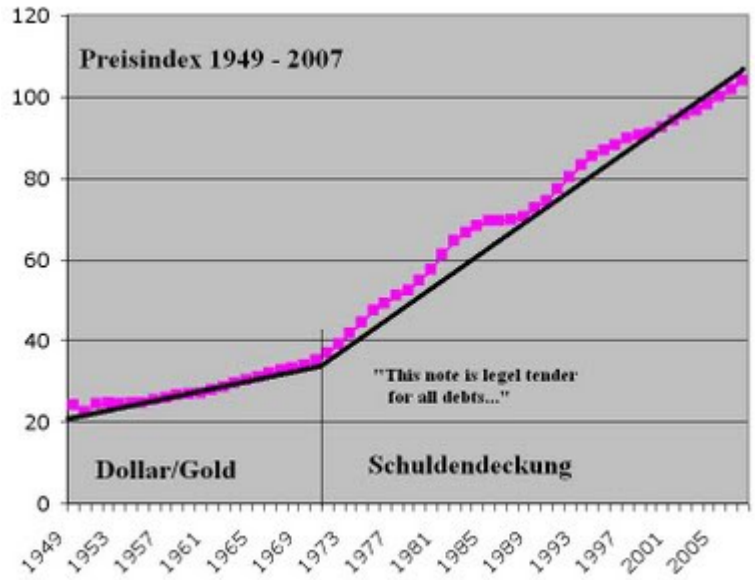
Ein gescheiterter Kunstmaler und Weltkriegsveteran aus Österreich, der schon die Wirren der 23er-Inflation für einen Putschversuch (8. November 1923) nutzte, wusste die neuerlich desolate Situation am besten den hilf- und ratlosen Demokraten in die Schuhe zu schieben. Deren Freunde aus derIndustie- und Finanzwelt managten dann in 1933, zusammen mit dem überforderten Reichspräsidenten Hindenburg, die Kanzlerschaft von Adolf Hitler, und sägten der Demokratie den letzten verbliebenen Ast ab.

Wirtschaftlich ging die Rechnung aber zunächst tatsächlich auf.Einerseits startete Hitler mit seinen umfangreichen Bau- und Aufrüstungsprogrammen eine galoppierende schuldenfinanzierte Konjunktur, andererseits vergrößerte er aber auch den deutschen Wirtschaftsraum in entsprechendem Maße: Ab 1938 nahm das Reichsgebiet durch Annexion und Krieg erheblich zu. Die Preisentwicklung blieb entsprechend im Rahmen, die Kriegsanleihen, so zynisch wie es klingen mag, zahlten sich aus. Das änderte sich erst spät, denn erst ab 1944 traten erhebliche Gebietsverluste auf, die im totalen Kollaps von 1945 endeten.

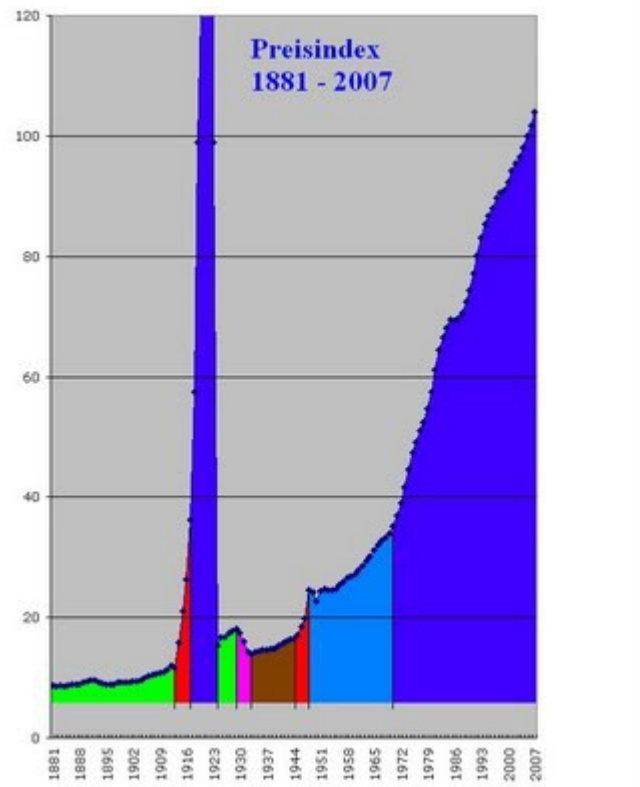
Ab diesem Zeitpunkt gab es wieder, wie nach dem ersten Weltkrieg, keinen vernünftigen Zusammenhang mehr zwischen BIP und Aktiva/Passiva. Die Inflation der Reichsmark begann zu galoppieren. Man hatte allerdings aus 1923 gelernt, und ließ die absehbare Misere nicht bis ins groteske Weiterlaufen, sondern machte bereits 1948 die sowieso fällige Währungsreform mit der Einführung der DM. Eine Lehre, die heute längst wieder vergessen ist.

Andere Länder, insbesondere die Kolonial- und Weltmacht Großbritannien, hatten dagegen nicht das Glück einer solchen Reform. Deren Bürger blieben die Kriegsschulden, vor allem gegenüber den USA, erhalten. Die Briten verloren ihr Reich, die USA dagegen strotzten von nun an vor wirtschaftlicher und militärischer Kraft. Britannien blieb dagegen bis heute der Arme Mann Westeuropas, in den 70er Jahren war selbst der Lebensstandard in der DDR höher, als im

ehemaligen Weltreich, in dem nie die Sonne unterging. Erst die Umstellung auf die, just katastrophal endende, Finanzmarktwirtschaft, verschaffte den Briten neuen Wohlstand. Deren Schuldenübernahme bringt die Briten nun erneut in die Bredouille.



Ab 1949 galt dann zunächst eine Mischung aus Dollar(Schulden) und Golddeckung. Die Preisentwicklung war moderat, aber deutlich erkennbar. Um die Wirtschaft von den letzten Fesseln zu befreien, wurde nun ein historisch ganz neues Experiment unternommen: In 1971 wurde auch der Teilgoldstandard vollständig aufgegeben, von nun an war das Geld nur noch durch Schuldtitel, egal aus welcher Quelle, gedeckt. Kreditinstitute erhielten ab nun Geld für jedweden Schuldtitel, egal ob er durch irgendwelche realen Werte gedeckt ist oder nicht. Das gleiche gilt von da an für die Staaten: Geld wird durch Herausgabe von Staatsanleihen geschaffen. Entsprechend sprunghaft war die Zunahme des Anstiegs der Teuerungsraten.



Die wirtschaftshistorische Gesamtschau ergibt sich nun, wenn man das Bild einmal im Zusammenhang betrachtet: Mit der Aufgabe des Deckungszwangs, und der Erzeugung von Geld durch Schulden, machen wir seit dem Zweiten Weltkrieg genau dass, was auch in den Kriegszeiten 1914-1918 und 1939-1945 gang und gäbe war. Geld wird durch Anleihen aller Art

erzeugt, und die Wirtschaft muss nun in vergleichbaren Masse wachsen, nicht unbedingt durch Raub und Eroberungen wie im Zweiten Weltkrieg, sondern meist durch Expansion des Konsums um jeden Preis, um nicht endlich in die Hyperinflation abzugleiten.

Natürlich weiß jeder Wissenschaftler, dass so etwas nicht ewig gut gehen kann. Irgendwann sind die Grenzen des Wachstums erreicht, und dann muss das System kollabieren, sei es schroff durch Hyperinflation oder sachter durch eine vorsorgliche Währungsreform. Wie die Graphik erkennen lässt, haben wir einen guten Teil der 23er Inflation bereits im Gänsemarsch hinter uns gebracht, so langsam jedoch, dass das Gefühl für die Gefahr der Schuldenwirtschaft völlig verloren gegangen ist.

Man darf sich nicht durch kurzfristige Erholungen täuschen lassen, so etwa Haussen an den Börsen oder deflationären Tendenzen an der Preisfront. Das sind lediglich Symptome eines kritischen Prozesses, die tatsächliche Situation nähert sich dagegen weiter mit großen Schritten dem explosiven Teil der Geschichte.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, Juli 30, 2009 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, Geschichte, VWL

Reaktionen:

Mittwoch, 10. Juni 2009

panem et circenses V: Dead Man walking

Kaum etwas interessiert zur Zeit mehr, als eine verlässliche Zukunftsprognose bezüglich der Frage, wie es weiter geht mit den westlichen Demokratien. Zusammenbruch in Armut, Hunger, Krieg und Revolution oder aber in Kürze ein neuer Aufschwung mit neuem Wohlstand in ungeahnten Höhen bis zum Abwinken? Für jede Zwischenstufe findet sich ein akademisch geweihter Guru zum eigenen Miss- oder Gefallen. Nur, was soll man, was kann man glauben? In wie weit Wirtschaftsweise mit ihren Prognosen richtig oder falsch liegen, zeigt ein Blick in die jüngste Vergangenheit: Keiner der maßgeblichen Institute und Weisen sah die Krise voraus, im Gegenteil, nach deren Prognosen noch von 2007 müssten wir jetzt alle in Saus und Braus leben, anstatt einen Konzern nach dem anderen beerdigen zu müssen.

Auch die aktuelle Nachrichtenlage scheint verworren, einerseits gehen reihenweise Konzerne pleite und tausende Familien in die Arbeitslosigkeit, andererseits feiert die Börse rauschende Feste.*„Firmen leiden, Finanzmärkte feiern: Während die aktuelle Geschäftslage düster ist, Jobs gestrichen werden und Unternehmen wie Arcandor pleite gehen, zieht der Finanzmarkt bereits wieder an. Der Dax stürmt über die Marke von 5100 Zählern und nähert sich einem neuen Jahreshoch. Einige Börsianer wetten bereits auf einen neuen "Ausbruch".*" mahnt heute der Focus. Nun ja, wer im Moment den Stress hat, ist eigentlich klar, aber wie sieht das denn nächstes Jahr aus? So genannte Zukunftsforscher orakeln, neben dem ständigen Erblicken der Talsohle, über phantastische Wohlstandsausblicke in naher Zeit: *„Die globale Rezession gilt als historischer Einschnitt, sensationell und außergewöhnlich - alles falsch, behaupten jetzt Trendforscher in einer Studie über die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Ihr überraschendes Fazit: Die Krise ist kaum mehr als ein reinigendes Gewitter.*" schreibt dagegen derSpiegel am gleichen Tage." *….Alles übertrieben, meinen jedoch Trendforscher in einer aktuellen Analyse: "Die Krise ist weder sensationell noch historisch außergewöhnlich", so das Ergebnis einer Studie des Zukunftsinstituts. Wie im persönlichen Leben von Zeit zu Zeit Krisen auftreten müssen, damit Menschen sich weiterentwickeln, gebe es auch im Finanz-System Sollbruchstellen, wie etwa die Immobilienkrise, heißt es da. Finanzblasen seien so alt wie das Geldsystem selbst - regelmäßig würde in der realen Wirtschaft ein Sprung in eine höhere Ebene stattfinden.*". So so, den Geschichtsunterricht müssen die Autoren irgendwie verschlafen haben. Deren Analyse ist erfrischender Weise dann auch nicht mit lästiger Mathematik belastet, denn auch dieses Fach

scheint den Autoren nicht gelegen zu haben: *„Wie der genau aussehen könnte, das analysieren die Autoren Matthias Horx, Oliver Dziemba und Eike Wenzel anhand einer Matrix von acht wirtschaftlich und gesellschaftlich wichtigen Bereichen. ....Die Ergebnisse der Studie überraschen in der allgemeinen Krisenstimmung - denn sie sind fast ausnahmslos positiv: Nach den Thesen der Trendforscher sieht es in der Wirtschaftsordnung der Zukunft gut aus für Arbeitnehmer und Unternehmer.*". Die geniale Matrix ist entsprechend schlüssig und zwingend.

Nun, Spaß bei Seite, wie kann man ein realistisches Modell zur Zukunftsprognose rechnen? Ich hatte das Problem vor Jahren schon einmal überschlägig kalkuliert, nachdem ich bei der DotCom-Blase 2001-2003 meine ersten Aktieninvestments von 1999 im naiven Vertrauen auf ewig steigende Kurse in den Sand gesetzt hatte. Schon diese Überschlagsrechnung, die an den realen Daten der Bundesbank zu rechtfertigen ist (siehe: Die Mutter aller Blasen) konnte mich von den mittelfristigen Vorteilen eines Festgeldsparbuchs überzeugen und sorgten dafür, das meine ersten Aktieninvestments auch meine letzten blieben.

Für ein prognoserelevantes Modell muss man natürlich zur differentialanalytischen Betrachtung eines Systems greifen, was eine erprobte Methode in den Naturwissenschaften, insbesondere der Physik, ist und im Allgemeinen verlässliche Daten liefert. Das hier im ff. beschriebene Modell ist an den realen Zahlen der statistischen Bundesämter angeglichen. Ich werde es in den tieferen Details bei einem der nächsten Updates meiner Homepage beschreiben und auch ein Programm/Excelsheet zum Ausprobieren für Jedermann einstellen. Solche Modelle bestehen i.a. aus mehreren gekoppelten Differentialgleichungen (DGL), man beginnt es i.d.R. mit den einfachst möglichen, d.h. wichtigsten systemrelevanten Funktionen und Parametern. Man kann solche Modelle dann beliebig verfeinern, bis die Realität befriedigend approximiert ist. Geschlossene analytische Lösungen sind danach selten möglich, i.d.R. müssen die DGL-Systeme numerisch integriert werden, was bei den Leistungen heutiger Rechner jedoch kein Problem darstellt. Hier geht es im wesentlichen um die zeitliche Entwicklung von BIP und Aktiva der Banken. Zu meinem Erstaunen sagt das Modell schon im einfachsten Ansatz die Entwicklung der realen Zahlen mit großer Präzision voraus. Den Grund dafür will ich hier schon vorweg nehmen, da er auf der Hand liegt: Die gesamte Wertschöpfungskette ist nämlich rein Kredit getrieben, und deswegen spielen im langfristigen Mittel alle anderen Einflüsse nur eine untergeordnete Rolle.

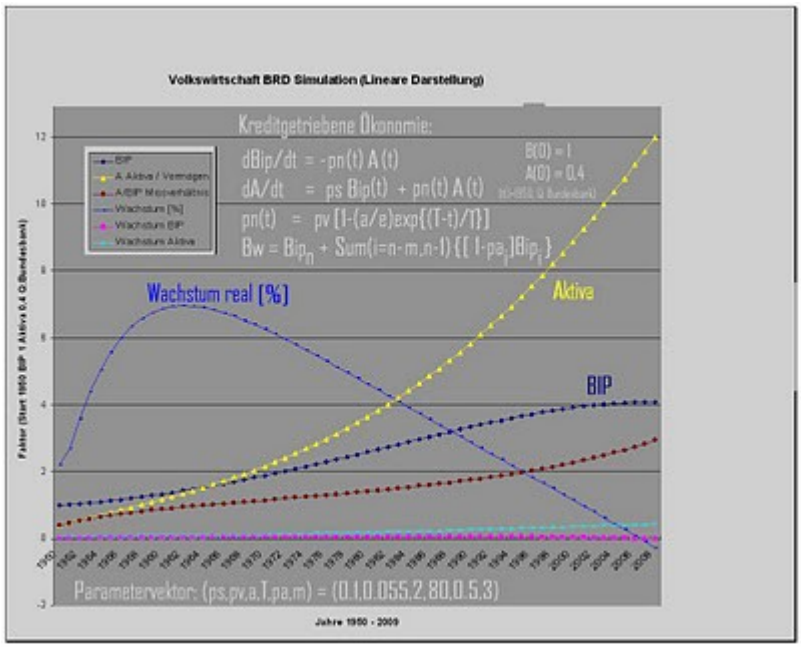
Nun zur groben Modellbeschreibung (die detaillierte wird später auf meiner Homepage nachgeliefert), hier das gekoppelte DGL-System für BIP und Aktiva/Passiva der Banken:

dBip(t)/dt = -pn(t)*A(t) ; Bip(0)=1
dA(t)/dt = ps*Bip(t) + pn(t)*A(t) ; A(0) = 0,4

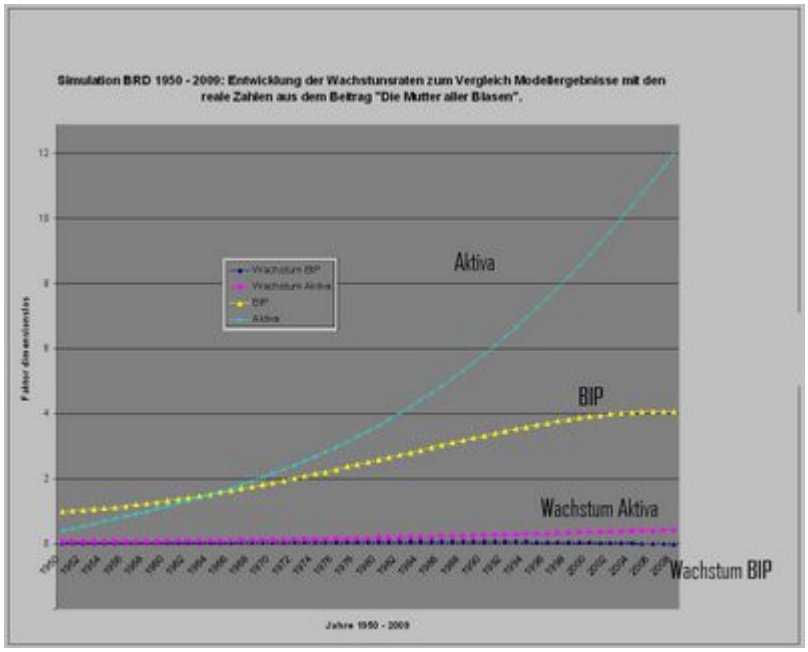
d.h. die Änderung des BIPs resultiert aus Investitionen (-pn A) und die Änderung der Aktiva/Passiva A der Banken aus der Sparquote ps und der Nettoverzinsung der Passiva. Die Nettoverzinsung ist nun des Pudels Kern, man muss sie simulieren, ich setze an:

pn(t)= pv – pr(t) := pv – pv*a*exp(-(t-T)/T)/e

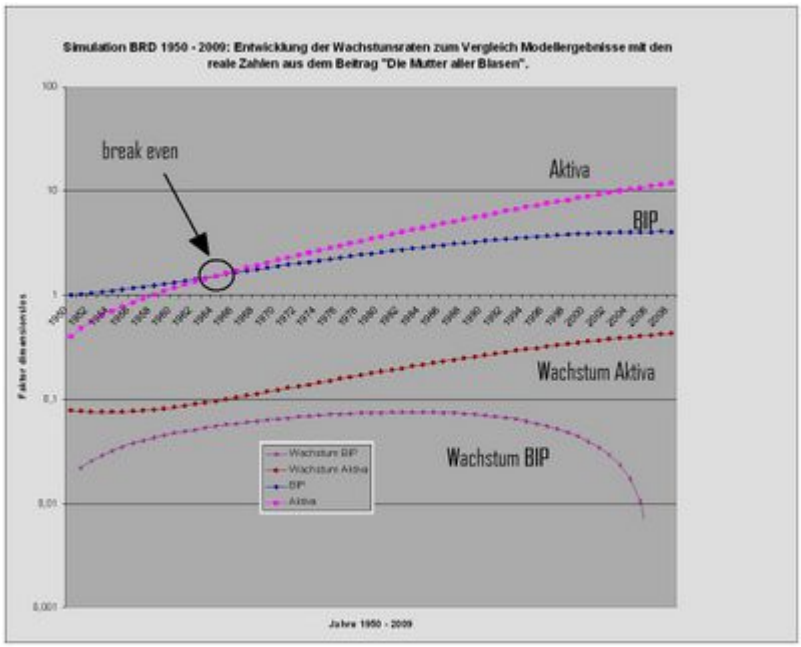
Die Bedeutung ist folgende: Die langfristig durchschnittliche Verzinsung der Aktiva sei pv. Um diesen Prozentsatz wachsen jährlich die Passiva/Aktiva, allerdings abzüglich der Re-Investition in das BIP pr. D.h. am Anfang der brachliegenden Wirtschaft (1950) investiert man sein Geld in Firmen, um am Wachstum per Kreditvergabe zu profitieren. Mit der Halbwertszeit T nimmt dieser Anteil jedoch ab, denn erstens fragt die Wirtschaft mit der zunehmenden Sättigung nicht mehr (relativ) soviel Kredite nach, und zweitens nimmt mit wachsenden Vermögen tendenziell das Interesse daran zu, mit Geld Geld zu machen (Derivate etc. pp.), was irgendwann eben einfacher und profitabler erscheint, als an der Werkbank im weltweiten Konkurrenzkampf noch eine Mark zu verdienen. Die Funktion simuliert also sowohl wirtschaftliche Notwendigkeit in Verbindung mit „Gier", bzw. besser gesagt, der Tatsache das der Profit aus Kapitalanlagen, nach gegebener Sättigung, eben nicht mehr nur mit der Kreditvergabe an die Wirtschaft zu erzielen ist. Des Weiteren wird noch eine Wertefunktion Bw berechnet, d.h. die Summe der angesammelten Werte, die sich aus dem aktuellen BIP plus der noch nicht abgeschriebenen Werte ergibt. Diese Funktion ist nicht direkt gekoppelt und dient lediglich der Abschätzung der verfügbaren Werte gegen die verfügbaren Gelder, so dass man theoretische Kaufkraft und Inflationsraten abschätzen kann. Dazu braucht man noch die Parameter pa und m.



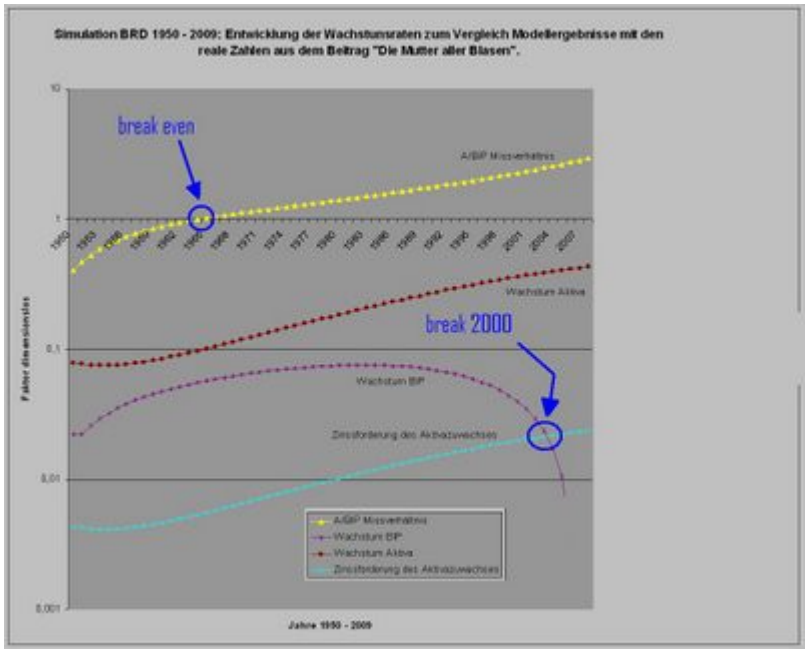
Die Startwerte der Numerischen Integration entnimmt man den offiziellen Daten der statistischen Bundesämter, so war das Verhältnis von BIP/Aktiva im Jahr 1950 1 zu 0,4. Es wird hier mit dimensionslosen Zahlen gerechnet, da die Umrechnung in eine Währung (DM, Euro, Dollar etc. pp.) nichts zur Sache tut. Man beachte das lediglich bei dem Vergleich mit den realen Zahlen („Die Mutter aller Blasen" (MaB)), die dagegen in i.d.R. in Euro angegeben sind. Zudem muss man beim Vergleich mit den amtlichen Zahlen auch noch auf den Unterschied zwischen nominalen und relativen Zahlen (nach Kettenindex der Inflation) berechnete Daten achten. Im Modell kann das durch die Wertefunktion berechnet werden, hier im Folgenden wichtig für den Vergleich zwischen tatsächlichen und theoretischen Inflationsraten. Die Graphiken in diesem Beitrag lassen sich wie üblich durch Anklicken vergrößern.



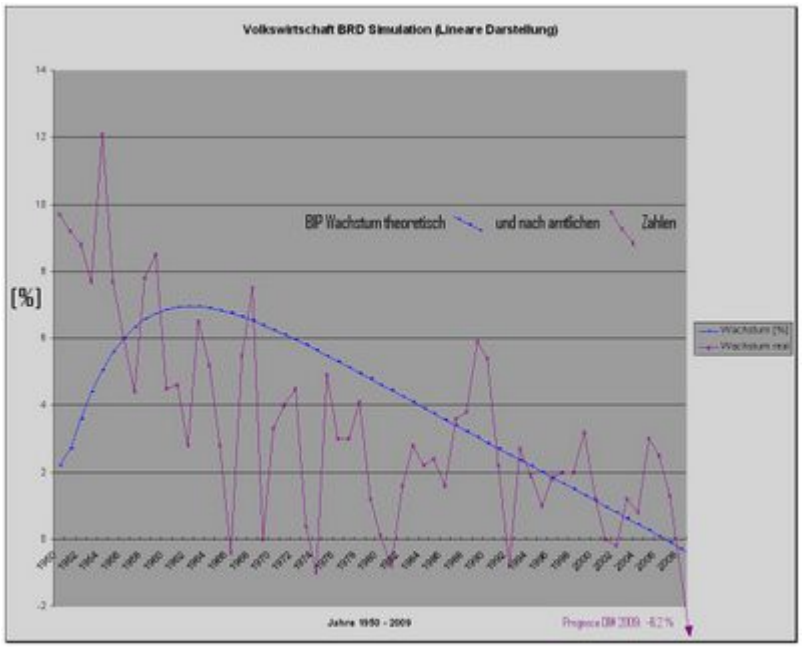
Nun also zu den Ergebnissen. Zunächst die Darstellung aus MaB mit der realen Entwicklung von BIP und Aktiva und deren Zuwächse von 1950 bis 2009: Wir sehen den gleichen Verlauf, 1965 etwa wird das BIP/Aktiva Verhältnis 1:1 und 2008 von mehr als 1:3 erreicht.



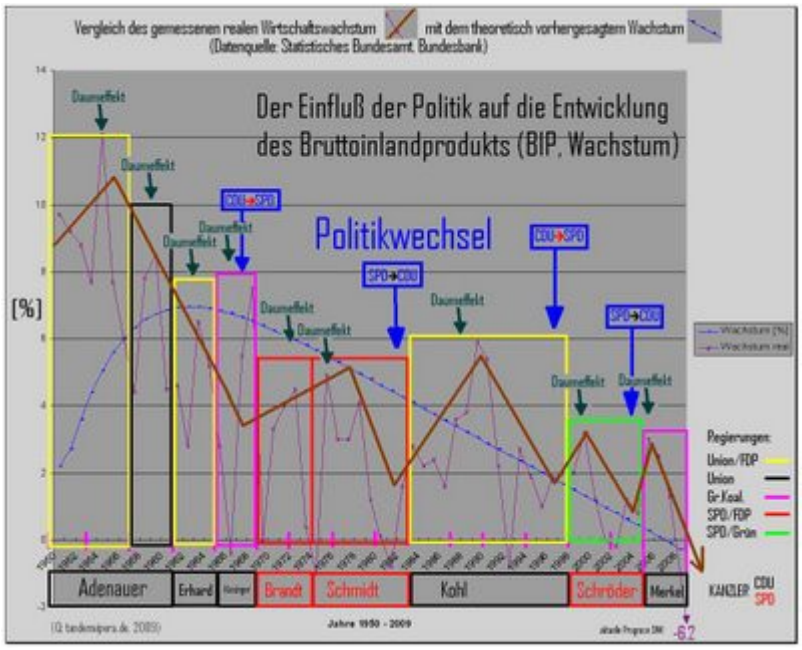
Das gleiche Bild in logarithmischer Darstellung als Vergleich zum Bild der realen Werte in MaB.



Ebenso im Vergleich zu den realen Zahlen aus MaB mit den Werten für das Aktiva/BIP-Verhältnis, Wachstum der Aktiva gegen die Zinsforderungen aus dem jährlichen Aktivazuwachs. Die wichtigen Breaks „break even" und „break 2000" werden korrekt wiedergegeben. Das Modell simuliert die realen Verläufe, trotz seiner Einfachheit, auffallend exakt. Zudem ist es stabil gegen moderate Änderungen des Parametervektors P=(ps,pv,a,T,pa,m), der hier mit (0.1,0.055,2,80,0.5,3) gesetzt wurde, und somit ein gutes Zeichen für die Zuverlässigkeit des Prognosemodells ergibt.



Aber das Modell gibt natürlich noch mehr her, als das, was wir sowieso schon wissen. Dazu betrachten wir zunächst mal die bereinigten Wachstumsraten des theoretischen Modells mit den tatsächlich amtlich festgestellten Zahlen. Wie wir schon früher gesehen haben, tendieren die tatsächlichen Werte, mit alternierenden Schwankungen langsam gegen Null. In der Tat liegen sie mal unter, mal über den theoretischen Werte, im statistisch langfristigen Mittel sind die Werte aber tatsächlich gleich. Nun, was ist die Ursache für diese Schwankungen? Auf den ersten Blick sieht man schon, dass die Wellenlänge dieser Schwankungen um den Dreh von Legislaturperioden liegt. Zufall? Wohl kaum.

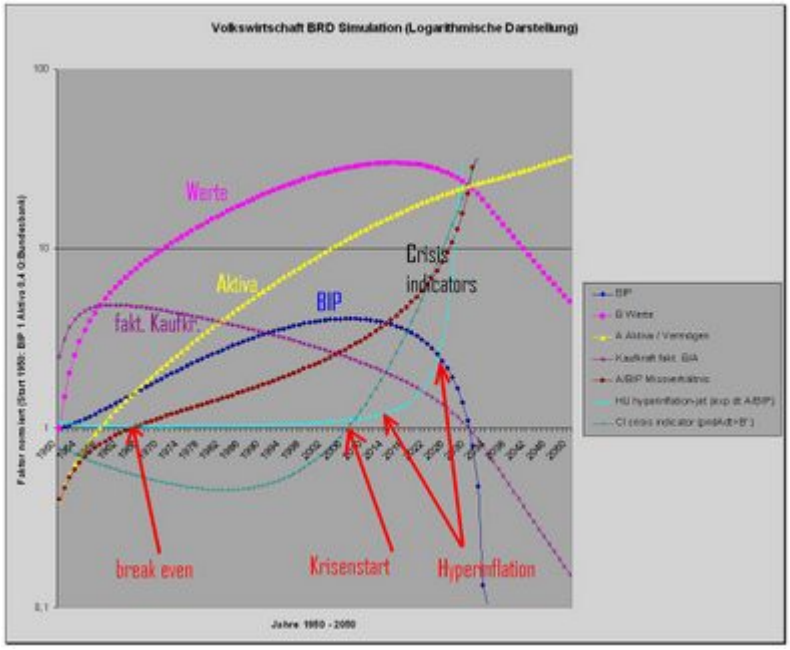


Dazu überlagern wir jetzt einfach mal die Daten der Bundestagswahlen seit 1949 mit den BIP Daten. Die Übereinstimmung ist verblüffend. Das Aufschwünge und Abschwünge der Wirtschaft mit Politik- und Kanzlerwechsel zusammenhängen, ist sicherlich jedem Politikinteressierten schon einmal aufgefallen, aber es ist schon dramatischer: Jeder neue Kanzler bringt einen Auf- und(!) Abschwung mit sich. Es ist wie beim Trainerwechsel in der Bundesliga: Der neue Trainer beflügelt die Mannschaft und schafft mit teuren Neueinkäufen einen, i.d.R. vorübergehenden, Aufschwung. Das rächt sich aber nach kurzer Zeit dann, wenn sich die Mannschaft wieder im alten Schlendrian einfindet und die Kosten für die Neuanschaffungen auf dem Budget lasten, der Abschwung folgt auf dem Fuße. So etwa wie beim 1. FC Köln mit seinen Auf- und Abstiegen, daher nenne ich diesen Effekt, nach dem fast-Bundestrainer, den „Daumeffekt".

In der Politik ist es offensichtlich genauso: Ein neuer Kanzler bringt nicht nur neue

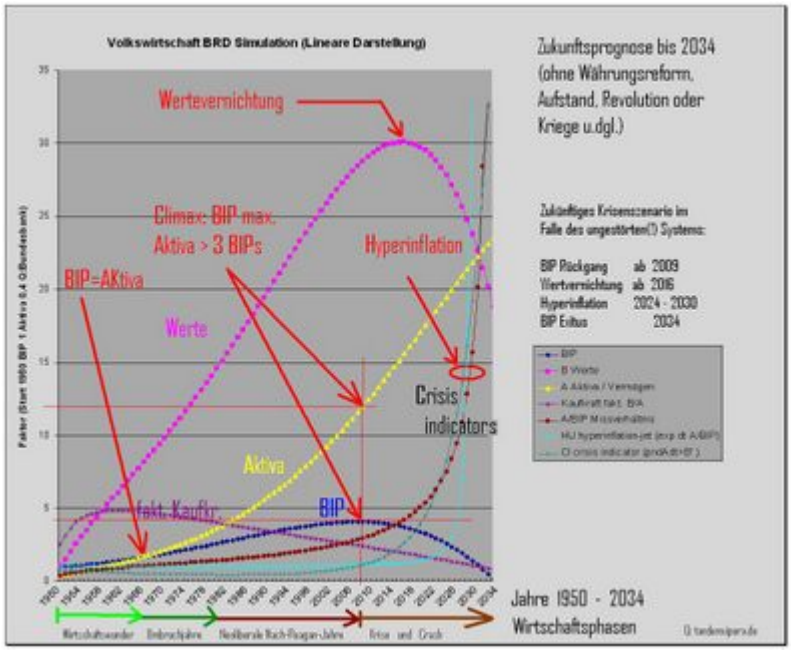
Motivation, sondern auch teure Wahlgeschenke mit. Das treibt die Konjunktur zu einem Hoch an, die kreditfinanzierten Lasten rächen sich aber relativ schnell in einem Abschwung. Der Kanzlerwechsel folgt über den ergrimmten Wähler auf dem Fuße, und damit neue Wahlgeschenke (Subventionen, Steuergeschenke, Konjunkturprogramme etc.pp.) und Motivation. Langfristig führt dies aber zu Nichts, außer dass das Wachstum um seinen theoretischen Mittelwert hin- und her pendelt. Und natürlich zu einer nie rückführbaren Staatsverschuldung, die allerdings auch nur ein Teil der Bankenaktiva darstellt, und sich in der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von privaten Schulden kaum unterscheidet. Da in unserer Ökonomie jedem Vermögen (Passiva) eine Schuld (Aktiva) anderswo gegenüber steht, ist der langfristige Einfluss der Politik auf die Entwicklung des BIPs praktisch bedeutungslos. Politik ist lediglich für die kurzfristigen Schwankungen von Bedeutung, wobei jeder Aufschwung mit einem gleichartigen Abschwung erkauft wird, im Mittel tut sich nichts. Auch von Bedeutung für den Bürger ist natürlich, ob der Gewinn aus dem BIP etwas mehr nach oben oder nach unten verteilt wird, für die Entwicklung des BIPs in der Gesamtheit ist sie aber vernachlässigbar.

Die meisten Ökonomen, Politiker sowieso, neigen dazu, die Situation der letzten Jahre einfach linear in die Zukunft zu extrapolieren. Das ist aber mehr als gewagt. Am Beginn der relativ krisenfreien Entwicklung kein unberechtigtes Verfahren, aber jetzt, nach Platzen der Vermögensblase? Mehr als fraglich.



Nun kommen wir zur nächsten Anwendung des Modells: Der Prognose der Zukunft. Denn ein differentialanalytisches Modell kann ohne weiteres in die nähere Zukunft weiter laufen. Zunächst einmal in logarithmischer Darstellung. Neben den Abhängigen BIP und Aktiva Funktionen sind hier auch die weiteren unabhängigen Modellfunktionen wiedergegeben. So die Wertefunktion, die theoretische Kaufkraft, aber auch drei abgeleitete Krisenindikatoren: (1) Das Aktiva/BIP-Verhältnis, dieses wird ab etwa 3 kritisch, und zwar weil (2) dann der Zinsdruck allein(!) des jährlichen Zuwachses der Aktiva gegen das BIP größer als das noch mögliche absolute Wachstum des BIP wird (pn*dAdt > dBip/dt). Diesen Indikator nenne ich crisis indicator und er berechnet sich zu exp(10*pn(t)*dA/dt). Wird dieser Indikator größer als 1, dann kann der abhängig beschäftigte Bürger im Durchschnitt nicht mehr vom Zugewinn aus Arbeit profitieren. Die Vermögen saugen den Zugewinn über den Renditedruck vollständig und mehr ab, der Arbeiter und Angestellte hat trotz umfänglicher Zugeständnissen immer weniger Netto im Beutel.

Der letzte Indikator ist (3) der hyperinflationjet HIJ, er berechnet sich zu exp(d(A/Bip)/dt), also die Exponentialfunktion der Steigung des Aktiva zu BIP-Verhältnisses. Denn wenn dieses rapide zunimmt, kommt die Hyperinflation. Das kann man auch an den Zahlen der 1922/23er Inflation ablesen, die ich demnächst auch hier noch einmal analysieren möchte. Man sieht aber sofort: Das BIP nimmt in Zukunft weiter ab, eine lineare Extrapolation verbietet sich also. Im Jahre 2034 würde es, bei ungestörter Entwicklung, Null sein.



So kommen wir zur letzten Graphik, der Darstellung des kompletten Lebenslaufs des BRD Bip von 1950 bis 2034 in linearer Darstellung. Wie wir sehen, stagniert nun das BIP bis etwa 2013 um dann schnell gegen Null zu fallen. Nennenswerte Steigerungen sind nicht mehr zu erwarten, bestenfalls politikfinanzierte Miniaufschwünge, die direkt wieder von entsprechenden Abschwüngen bestraft werden. Ab etwa 2016 würde es dann auch zur echten Wertvernichtung von Volksvermögen kommen, da die Abschreibungen durch frisches BIP nicht mehr aufgefangen werden können. Spätestens in der Zeit 2024 bis 2030 ist eine Hyperinflation zu erwarten, 2034 wäre die BRD ein Armenhaus.

Solange wird es aber nicht dauern. Denn es ist fraglich, wie lange sich die Masse der Bevölkerung den rapide zunehmenden Abtransport des BIP auf die Konten der Vermögensverwaltungen gefallen lassen wird. Ganz abgesehen davon, wenn der Dollar schon früher schlapp macht, und Europa mit in die Tiefe reißt. Und es kann noch viel schlimmer kommen: Neben den anstehenden kreditfinanzierten Wahlgeschenken, die einen kurzfristigen Schub versprechen, gibt es ein historisch unschlagbares kurzfristiges Konjunkturprogramm: Krieg. Denn mit der Verschlimmerung der Situation in den nächsten Jahren steigt nicht nur der Stress der Beteiligten, auch die Versuchung in Kanonen zu investieren nimmt dann rasant zu. Denn Krieg ist ökonomisch nichts anderes als Konsum in unübertreffbarem Ausmaß. Es rettet eine Volkswirtschaft über die typischen 6 Jahre, die etwa der zweite Weltkrieg dauerte.

Nun, das Fazit besteht aus einer guten und einer schlechten Nachricht. Die schlechte ist: Es kann so nicht weiter gehen, Es wird so nicht weiter gehen und Sie, die Politiker, können gar nichts dafür. Die gute Nachricht ist: Es ist egal wen oder was Sie dieses Jahr wählen, es macht mittel- und langfristig keinen Unterschied. "Dead Man Walking" ist der US-amerikanische Ausdruck, wenn ein zum Tode Verurteilter aus seiner Zelle zum Hinrichtungsraum geführt wird. Natürlich hofft der Delinquent auf ein Wunder, eine Begnadigung in letzter Minute. Auch wenn vorher noch mal eine königliche Henkersmahlzeit aufgefahren wird, es ist nur ein Aufschub. Es hilft nichts, der letzte Augenblick rückt unaufhaltsam näher.

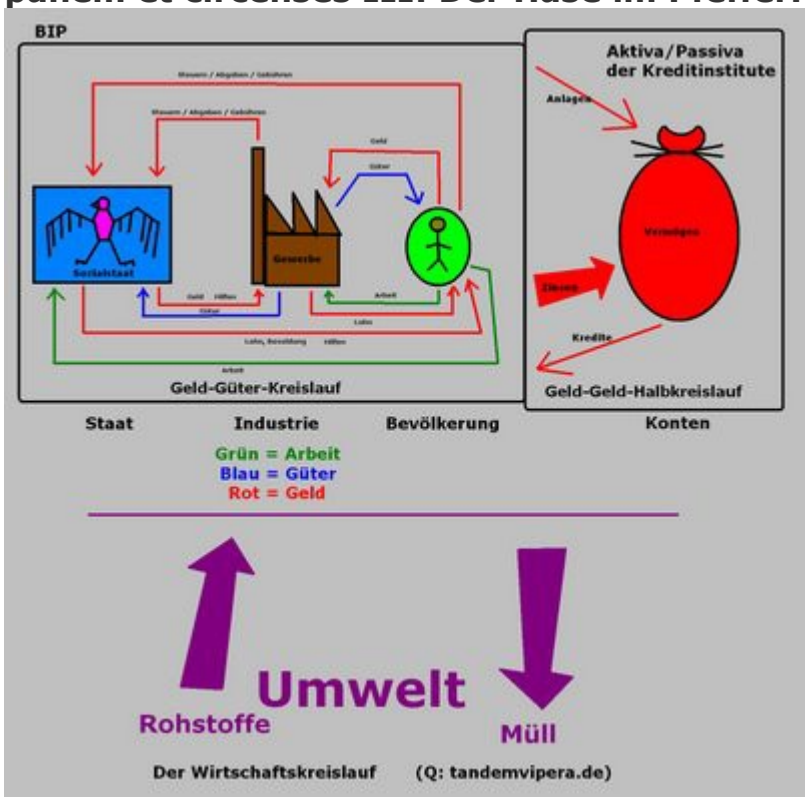
Eingestellt von H. Genreith um Mittwoch, Juni 10, 2009 10 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, Futurologie, VWL, Wahl2009, Wissenschaft

Reaktionen:

Dienstag, 26. Mai 2009

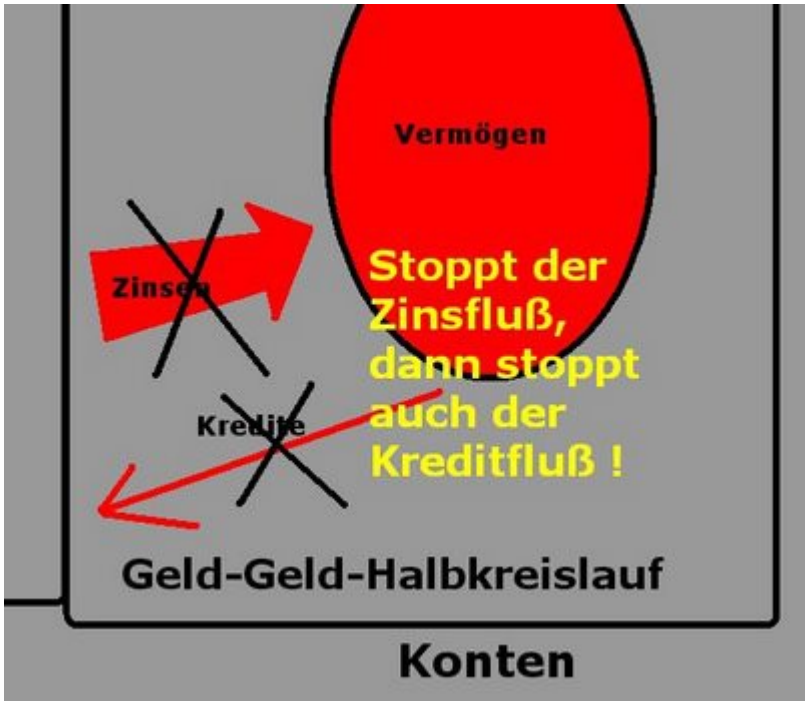
panem et circenses III: Der Hase im Pfeffer.



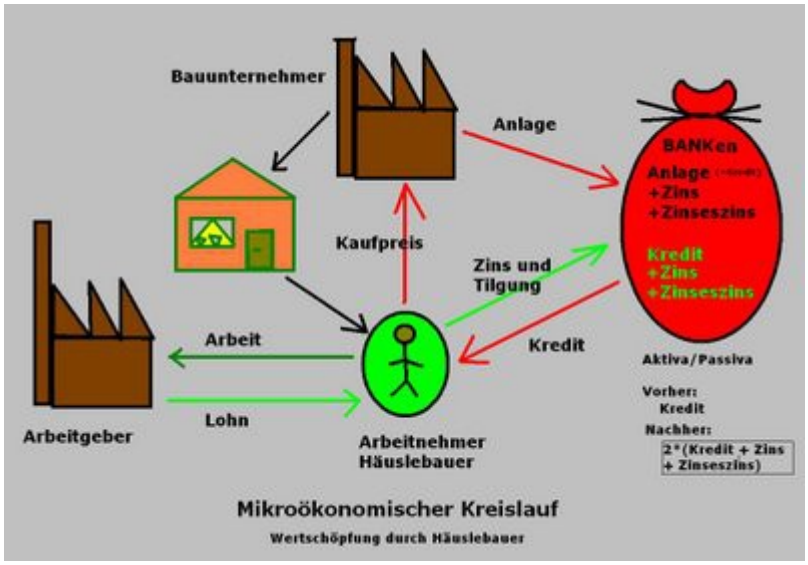
Die Graphik (Hinweis: Vergrössern durch Anklicken) zeigt den Wirtschaftskreislauf in den wesentlichen Details. Im Zentrum des BIPs stehen die Wirtschaftsteilnehmer, der Staat, die Gewerbe und die Bevölkerung. Zum Gewerbe zählen alle Unternehmen, öffentliche und private, und natürlich auch die Banken, die ja auch ihren Anteil am BIP haben. Dieser Anteil ist in der Statistik des BIPs drin und beträgt in den USA immerhin 8% des BIP. Der rote Sack sind die Konten der Banken, es sind die in der Statistik der Bundesbank verzeichneten Aktiva und Passiva. Die Aktiva sind dabei die Kredite und Papiere, die Passiva die Einlagen, ergo Vermögen, die in gleicher Höhe entgegen stehen. Die Wirtschaftteilnehmer stellen ihre Handelsware in den Kreislauf ein: Das ist etwa Arbeit gegen Lohn, Geld gegen Güter, Steuern und Abgaben an den Staat, der damit wiederum Güter, Dienstleistungen und Arbeitslohn, auch seiner eigenen Angestellten und Beamten, aber auch Hilfen (Subventionen, Renten etc. pp.) an die Wirtschaftsteilnehmer zurück ausschüttet.

Dieses System funktioniert allgemein ganz gut, es hat aber zwei kleine, und leider bedeutende, Schönheitsfehler. Erstens: Während das BIP ein geschlossener Geld-Güter-Kreislauf ist (Güter=Waren und Dienstleistungen), haben die Aktiva/Passiva einen stetigen Zulauf, nämlich die Renditen als Zins und Zinseszins. Der rote Sack ist daher ein Geld-Geld-Halbkreislauf. Der zweite Schönheitsfehler ist: Geld ist einfach nicht tot zu kriegen. Wenn es ausgegeben wird, ist es nicht weg, sondern lediglich in anderen Händen. Und damit über kurz oder lang wieder bei irgendeinem Kreditinstitut auf dem Anlagekonto. Ganz anders beim BIP: Arbeit, Waren und Dienstleistungen haben einen mehr oder weniger kurzen Abschreibungszeitraum, dann sind sie weg.

Der Effekt ist kurz- und mittelfristig vernachlässigbar, langfristig aber verheerend: Passiva, also Vermögen, sammeln sich aufgrund ihrer Haltbarkeit plus des Zinseszinseffektes exponentiell an. Ab einem gewissen Zeitpunkt überschreitet ihr Wachstum jedes noch denkbare Wachstum des BIPs. Dadurch geht einerseits die Deckung der Gelder verloren, und viel schlimmer, weil unmittelbar wirksam, werden die Zinsansprüche dieser Vermögen gegen das BIP erdrückend. Schließlich fressen nämlich diese Zinsansprüche jeden noch möglichen Zugewinn aus dem BIP, und mehr, sofort auf. Der Arbeitnehmer merkt das daran, dass er trotz explodierender Gewinne der Industrie immer weniger netto im Geldbeutel hat.



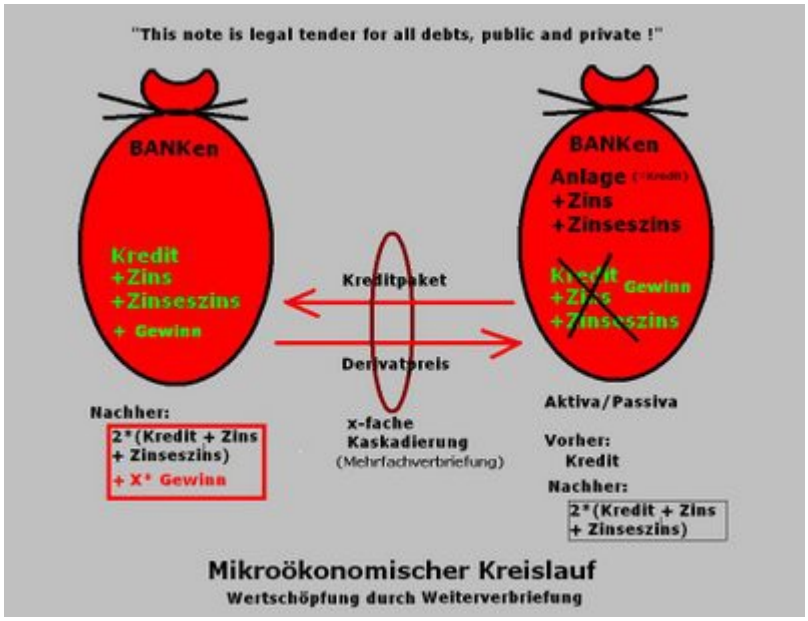
Die Finanzkrise wird nun meist als Kreditklemme missverstanden. Tatsächlich hat der Kreditfluss gestockt, doch die Ursache dafür liegt schlicht darin, dass das BIP die geforderten Renditen nicht mehr hergeben kann (Bild2): Stockt der Zinsfluss (womit i.d.R. auch ein möglicher Verlust von Vermögen einhergeht), dann stockt selbstverständlich auch der Kreditfluss. Denn wenn man für sein Geld nichts mehr bekommt, dann gibt man es auch nicht her.



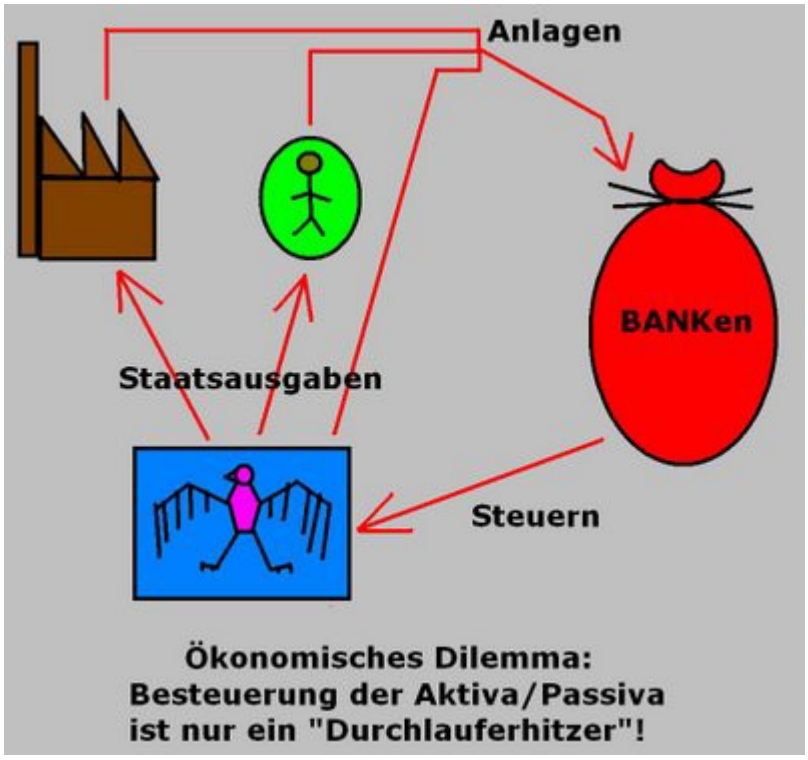
Nun, was kann man da tun? Dazu betrachten wir erstmal ein wenig die Mikroökonomie. Bild 3 zeigt den üblichen Weg der Wertschöpfung, am Beispiel eines Häuslebauers, es trifft aber genauso auf alle anderen Konsumenten zu. Aber der US-Häuslebauer spielte ja letztes Jahr eine zentrale Rolle. Nun, der gute Mann braucht dazu einen Kredit, den er sich von der Beispiel-Bank holt. Die Beispielbank hat vorher ein Konto mit dem Wert „Kredit", der irgendwo aus einem gedeckten Geschäft stammt. Den verleiht er nun gegen Zinsen versteht sich. Der Häuslebauer gibt das einem Bauunternehmer der ihm dafür eine nette Hütte hinsetzt. Den Kredit zahlt er dann aus dem Lohn, der er für seine Arbeit von seinem Arbeitgeber bekommt, ab. Nun, der Bauunternehmer, genau wie jeder(!) andere Wirtschaftsteilnehmer, trägt das Geld das er bekommen hat natürlich nicht in der Brieftasche herum, sondern legt es wieder auf ein Konto, wo er Zinsen dafür bekommt. Dasselbe trifft natürlich auf alle seine Lieferanten und Arbeiter zu, die das alle genauso machen (bis auf eine marginale Bargeldreserve, die jeder so mit sich rumträgt).

Nach einiger Zeit liegt also auf den Konten verschiedener Beispiel-Banken insgesamt 2*Kredit+2*Zinsen, die makroökonomische Gesamtgeldsumme hat sich also mehr als

verdoppelt. Das ist auch völlig o.k., denn es liegen ja jetzt auch doppelt soviel Werte vor, nämlich weil das neue Haus hinzugekommen ist. Lediglich die Zinsen sind noch ungedeckt, aber das lässt sich durch ein stetiges Wirtschaftswachstum in mindestens gleicher Höhe ausgleichen. Ein bisschen mehr, weil auch der Wertverlust der Güter ausgeglichen werden muss, was bei Konsumgütern wie Autos oder Stereoanlagen natürlich noch weit deutlicher ausfällt.



Nun kommt aber eine Besonderheit (Bild 4) hinzu: In unserem modernen Finanzsystem ist Geld nicht mehr direkt durch Güter gedeckt, sondern durch Schulden! Das steht in aller Deutlichkeit auf dem Dollarschein. „This note is legal tender for all debts, public and private", also dieser Geldschein ist legales Tauschmittel für alle öffentlichen und privaten Schulden. Früher stand da etwa „..der Einlöser erhält für diesem Schein Gold im Werte von...". Das ist tatsächlich auch in Deutschland so, eine Bank erhält von der Bundesbank Geld, wenn Sie nur einen Schuldtitel in der entsprechenden Höhe vorweisen kann. Woher die Schuld im Einzelfalle konkret herrührt, spielt dabei keine Rolle. Diese Lücke im System lässt sich für Wertschöpfung aus dem Nichts ausnutzen, ein zusätzlicher Geldbläh-Effekt, neben der sowieso systemimmanenten Zinseszinsproblematik: Man kann nun im Beispiel solche Häuslebauer und sonstige Kredite in Derivatpakete packen, und gegen Höchstgebot weiterverkaufen. Der Verkäufer steckt einen Gewinn ein, und der Käufer wird das Paket weiter versilbern. Jedenfalls solange sich noch ein Spekulant findet, der noch was drauflegt, so wie unsere fleißigen Landesbanken es getan haben. So bläht man die ungedeckten Kapitalien beliebig weiter auf bis, naja, bis die ersten Hütchenspieler aus dem Schneeballsystem aussteigen. Das ist letztes Jahr passiert.



In der Summe der Effekte hatten wir Ende 2008 also etwa ein BIP von 2490 Mrd. Euro gegen Bankenaktiva/passiva von 8090 Mrd. Euro zu verdauen. Der Abschreibungsbedarf ungedeckter und unverkäuflicher Papiere ist mangels weitere Hütchenspieler nun gigantisch. Abseits der Frage, ob die Hütchenspieler nun einfach, wie es sich gehören würde, den Verlust realisieren, oder ob sie dem BIP-Steuerzahler aufgebrummt werden, stellt sich die Frage: Kann eine steuerlicher Zugriff auf die Vermögen die Kuh vom Eis bringen? Nun sie ahnen es schon, auch das bringt nichts (Bild 5): Denn die Steuern werden ja gleich wieder in den Kreislauf eingespeist, und landen wieder auf irgendeinem verzinsten Konto. Wie gesagt, das Geld ist ja nicht weg, es ist nur in anderen Händen! Dieser scheinbare Ausweg hat also auch nur die Funktion eines Durchlauferhitzers.

Bleibt zu Guter letzt noch die so beliebte Bad-Bank. Kann die das Problem lösen? Jein, muss man sagen. Keinesfalls löst sie das Problem, wenn die Papiere auch nur annähernd zum ehemaligen Nennwert von 2008 angekauft werden. Es wäre reiner Selbstmord für den Staatshaushalt und für die Demokratie. Aber: Man kann den Giftmüll in Verwahrung nehmen, und deren Zinsdruck gegen das BIP erstmal aussetzen. Die Taktik wäre dann, nach einer gewissen Schamfrist, den ganzen Müll für wertlos zu erklären. Der amerikanische Fachausdruck dafür ist lustigerweise "Haircut". Denn das ist der einzig mögliche Weg, es müssen Aktiva/Passiva definitiv vernichtet werden, um den gewaltigen Druck auf das BIP wegzunehmen.

Allerdings darf man dabei nicht knausern: Denn ein paar hundert Mrd. Euro tun da praktisch nichts zur Sache, man muss Billionen vernichten. An der Entwicklung der Aktiva von 1950-2008 der BRD kann man das gut ablesen: Die Vernichtung von 2000 Mrd. Euro würden uns etwa 7 Jahre, 4000 Mrd. rund 12, und die Vernichtung von 6000 Mrd. Euro rund 20 Jahre Luft verschaffen.

Nun kann man einwenden, naja, wir sind ja nicht allein auf der Welt, wir müssen ja auch die Wechselwirkung mit den anderen Ökonomien berücksichtigen, und da könnte ja noch einiges zu machen, und zu retten, sein. Yep, nur leider, dass Ding haben wir bereits gedreht: Globalisierung. Diese Entwicklung, gerade voran getrieben von den USA, kam genau aus der Ecke, dass das in den USA schon viel weiter fortgeschrittene Missverhältnis zwischen BIP/Aktiva dringend weitere Reservoirs benötigte, um seine gewaltigen ungedeckten Vermögenswerte zu parken. Denn wenn andere Volkswirtschaften diese Aktiva absorbieren, dann kann man die Spirale noch weiter drehen, weit über das Verhältnis 1:3 hinaus. Tja, und da haben wir das Problem: Alle anderen Reservoirs sind inzwischen nämlich bereits vollgelaufen bis Oberkante Unterlippe. Diese Rettung auf Kosten externer Volkswirtschaften können wir abschreiben, das ist vorbei.
Besonders China kämpft jetzt mit dem Salat, weil es mit 2000 Mrd. Dollar gesegnet ist, wofür es keine Gegenwerte mehr gibt. Chinas Bürger haben ihren sauer verdienten Wohlstand der letzten Jahre in wertlosen grünen Papierscheinchen versenkt.

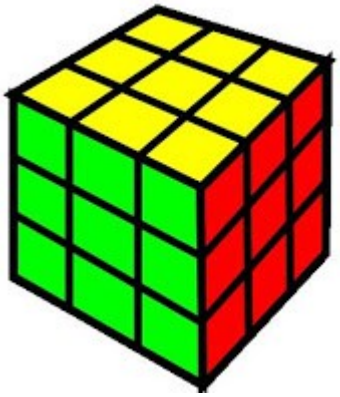
Ein Berg Papier, der uns jetzt entgegenschwappt, schreibt derFocus: „Schon zweimal brachte eine Inflation die Deutschen um ihre Ersparnisse. Noch sinken die Preise, aber: Die Geldentwertung kommt!". Da die westlichen Regierungen sich nicht in der Lage sehen, die Aktiva kontrolliert zurück zu führen, wird es wieder eine Inflation bringen.

Eingestellt von H. Genreith um Dienstag, Mai 26, 2009 4 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL

Reaktionen:

panem et circenses I: Wer bezahlt den Staat?



Wenn wir in diesem Jahr mehr als einmal zur Urne gerufen werde, dann sollte man vielleicht wissen, was unsere Parteien so vor haben. Dazu gibt es schließlich Wahlprogramme. Dank Internet sollten die eigentlich leicht zu finden sein. Ich habe gestern einmal nachgeforscht, das Ergebnis ist nicht wirklich beruhigend. Vielleicht liegt es daran dass man, nicht zu Unrecht, davon ausgeht, dass sie sowieso niemand lesen möchte. Zudem scheint man sich noch völlig im Unklaren über die tatsächliche Situation zu sein, die Programme lesen sich wie Wunschlisten an den Weihnachtsmann: Friede, Freude und Lebkuchen für alle inklusive.

Durchweg und ohne Ausnahme scheinen konkrete Zahlen der natürliche Feind der Politik zu sein, keine der Parteien verschleudert Energie und Zeit mit Mathematik. Obwohl der Staat jährlich Millionen für seine statistischen Bundes- und Landesämter ausgibt, wo doch die ernüchternden Zahlen leicht zu eruieren wären. Denn diese unangenehmen Ziffern lassen keinen Spielraum für Wolkenkuckucksheime.

Holen wir die Hausaufgaben also nach, und schauen mal beimStatistischen Bundesamt: Wer zahlt also welche Steuern? Die größten Brocken sind die Mehrwertssteuer, direkt gefolgt von der fast gleich ergiebigen Lohnsteuer. Alles andere folgt weit abgeschlagen auf den Rängen. Für das aktuelle gesamtwirtschaftliche Problem ist es wenig erheblich, welche Einkommensgruppen dafür gerade stehen, sondern erst einmal die Frage, was kommt aus den rund 2400 Mrd. BIP, und was aus den rund 8000 Mrd. Vermögen?

Das Ergebnis ist wenig überraschend: 97,2 % steuert das BIP, lächerliche 2,8 % (rund 15 Mrd. Euro) die Vermögen bzw. Vermögensgewinne und Erbschaften bei. Rechnet man noch dazu, das Steuern noch lange nicht alles in der Finanzierung des Sozialstaates sind, es kommen nämlich

noch die Kranken- und Pflegeversicherungen (gesetzlich und privat) und auch die Renten- und Pensionenbeiträge usw. mit jeweils weiteren rund 500 Mrd., dann ist der tatsächliche Anteil der Vermögen an den Kosten des Sozialstaates rund 1%. Selbst wenn wir nur die jährlichen Zinsgewinne (ca. 600-800 Mrd.), die letztlich alle aus dem BIP kommen, heranziehen, dann liegt deren tatsächliche Versteuerung bei rund 2%. Ein lächerlicher Betrag, denn die angeblichen 25% der Abgeltungssteuer, die sowieso viel zu niedrig gegen die aktuell maximal 42% für Lohnabgaben sind, werden in der Praxis nicht mal im Entferntesten erreicht. Der Grund ist weniger Steuerflucht und Steuerhinterziehung, sondern schlicht der Umstand, dass die meisten Gewinne aus Finanzprodukten ganz legal steuerfrei sind.

Nichts desto trotz verdanken wir es der fleißigen Lobbyarbeit der Finanzjongleure, dass nicht mal bei den einschlägigen Parteien eine ernsthafte Diskussion über die auch nur halbwegs gleichberechtigte Finanzierung des Staates von der Vermögensseite her aufkommt. Denn bedenken wir noch, dass die exponentiell angestiegenen Vermögenswerte bereits rund das 3,5 fache des BIP erreicht haben, so liegt deren relativer Anteil an der Finanzierung unseres Staates bei absolut vernachlässigbaren 0,3%. Gleichwohl ziehen sie mit ihren Zinsforderungen, erfolgsbedingt, rund 800 Mrd. Euro auf direktem oder indirekten Wege aus dem Bruttoinlandsprodukt ab, also rund 30% des Zugewinns der Realwirtschaft.

Statt auf Vermögen fokussiert sich die Diskussion auf die Besteuerung hoher Einkommen, als wenn dass das Problem lösen würde. Denn diese Einkommen gehören genauso wie die Mindereinkommen zum BIP, und zahlen sogar den Löwenanteil der Einkommenssteuer: „...Bei der Einkommensteuer sind das derzeit rund 180 Milliarden Euro jährlich. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) trägt das oberste eine Prozent der Steuerpflichtigen – zweifellos wirkliche Spitzenverdiener – mehr als 20 Prozent zum Steueraufkommen bei. Von den oberen fünf Prozent der Steuerpflichtigen stammen laut Bundesfinanzministerium (BMF) 40 Prozent der Einkommensteuern. Und die Gering- und Durchschnittsverdiener? Von den unteren 50 Prozent der Steuerpflichtigen kommen lediglich 6,2 Prozent, von den unteren 20 Prozent gar nur 0,3 Prozent des Steueraufkommens..."schreibt dazu der Focus.

Aber es sind nicht nur die Steuern: „..Denn die OECD-Zahlen fassen Steuern und Sozialabgaben – etwa für Renten- und Krankenversicherung – zusammen. .....Den Spitzenwert erreichen Singles mit einem Einkommen von 63 000 Euro jährlich: Ihre Abzüge liegen bei satten 53,7 Prozent. Ab dann sinkt die Belastung wieder leicht: Für Alleinstehende mit einem Jahresbrutto von 110 000 Euro liegt sie laut OECD bei 50 Prozent..." Es handelt sich hier um den so genannten Mittelstandsbauch, die gut verdienende bürgerliche Mitte ist der Zahlmeister der Nation.

Da ist nun wirklich nicht mehr viel zu holen. Man kann zwar noch das eine oder andere Prozentchen herauskitzeln, aber es löst das eigentliche Problem, den Zinsdruck der Aktiva, in keiner Weise.„...Und die riesigen Steuerausfälle, auf die sich die Bundesrepublik laut Arbeitskreis Steuerschätzung [minus 316 Mrd. Euro] einstellen muss? ... Müssen da nicht die Wohlhabenden im Lande stärker zur Kasse gebeten werden? ... Wer das Rezept gegen die finanzielle Schieflage im Schröpfen der Reichen sieht, hat auf Sand gebaut. Schon die Schätzungen vor Einführung der heute geltenden Reichensteuer gingen von Mehreinnahmen von maximal 1,3 Milliarden Euro aus. ..." Zudem haben alle Parteien ein mehr oder weniger buntes Geschenkpaket geschnürt, das solche Einnahmen mehr als auffrisst.

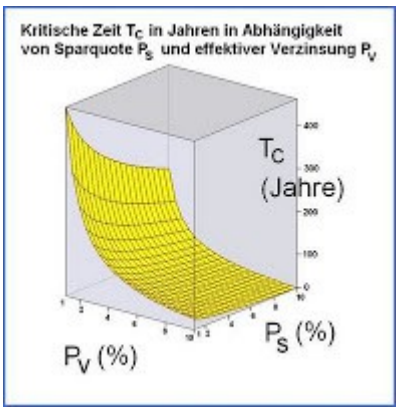
Eingestellt von H. Genreith um Dienstag, Mai 26, 2009 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: VWL, Wahl2009

Reaktionen:

Donnerstag, 16. April 2009

Krieg und Frieden der Währungen



Der Welt droht ein Krieg der Währungen, schreibt gestern die Zeitung Die Welt. „Immer mehr Staaten setzen im Kampf um Wettbewerbsvorteile auf die Abwertung ihres Geldes – auf Kosten der Nachbarn. Ein Blick in die Geschichte zeigt: Wer die billigste

Währung hat, kommt besser durch eine Krise und als erster aus ihr heraus.... Weltweit ist die Währungsschlacht eröffnet. .... Mit Devisenmarktinterventionen, billionenschweren Anleihekäufen oder ultrabilligem Geld starten Notenbanken einen Feldzug für die heimische Konjunktur.....Wer im internationalen Vergleich die billigste Währung hat, kommt besser durch eine Wirtschaftskrise und auch als erster aus ihr heraus. .....So sollen gezielt Schweizer Franken verkauft und dafür fremde Valuten erworben werden. Einen ähnlichen Schritt brachte jüngst der Vizechef der Schwedischen Riksbank Lars E.O. Svensson ins Spiel. „Eine Abwertung wäre die beste aller möglichen unkonventionellen Maßnahmen."

Insbesondere der Dollar ist im Visier: „„Faktisch wirft die Fed die Notenpresse zur Finanzierung des Staatshaushalts an", sagt Christian Apelt, Devisenstratege der Helaba in Frankfurt. Die avisierten Transaktionen würden die amerikanische Geldmenge erhöhen. „Nach monetären Wechselkurstheorien führt solch eine Expansion zu einer Währungsabwertung", sagt Apelt. Geldmengenausweitungen würden in der Regel ein Überschießen des Wechselkurses nach sich ziehen, warnt er. Der Dollar könnte also stärker abwerten als es theoretisch gerechtfertigt erscheint."

Weltweit jedoch hilft dies allein nicht weiter: „...Schließlich funktioniert das Ganze weltweit wie ein Nullsummenspiel. Die wirtschaftlichen Abwertungsgewinne des einen Landes sind die ökonomischen Verluste des anderen. Schon einmal – nämlich in den dreißiger Jahren – entwickelte sich aus dieser Gemengelage ein Währungskrieg, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Währungssystem von Bretton Woods beendet wurde."

Volkswirte tun sich schwer in der Analyse der aktuellen Verhältnisse und der Prognose der mittelfristigen Zukunft.Selten sind die Vorhersagen der tonangebenden Wirtschaftweisen korrekt, wenn überhaupt mehr kurzfristig. Nur wenige Außenseiter sahen die aktuelle Krise vorher und auch jetzt wird alle paar Wochen schon wieder die Talsohle erblickt und ein schnelles Ende des Dilemmas verkündet. Wenn sich die Börse ein paar Tage beruhigt oder wenigstens eine Verlangsamung des Abstiegs zu beobachten ist, so wird dies gleich mit dem bevorstehenden Ende der Krise und einem neuen, unbegrenzten und allgemeinen, Wohlstandssteigerungsausblick gleich gesetzt.

Die Ursache für dieses seltsam anmutende Verhalten ist in den Standardlehren der Makroökonomie zu suchen. Denn diese behandeln die Ökonomie als quasi offenes System ohne für das Ganze wesentliche Grenzen. Insbesondere die unangefochtene Wahrnehmung des Kapitals als etwas grundlegend Gutes ist hier ursächlich. Zwar werden öffentliche Schulden und ihre Problematik grundsätzlich verstanden und gegeißelt, die privaten Vermögen und damit verbunden Aktiva werden aber weitestgehend außen vor gelassen.

Die Logik dahinter ist: Wenn keine Kredite nachgefragt werden, dann braucht sie ja auch keiner zu nehmen. Und das Kapital kann ja dann woanders hinziehen, wo noch eine Nachfrage besteht. Nun, das stimmt, solange das System keine wesentlichen Grenzen hat. Sind diese jedoch erstmal gefährlich nahe, dann sind die resultierenden Randeffekte weit wichtiger. Denn erstens gibt es dann keine geeignete Wirtschaftsregion mehr, wo man noch hinziehen könnte, und zweitens wird dem Kunden BIP die Kredite und Derivate praktisch aufgezwungen.

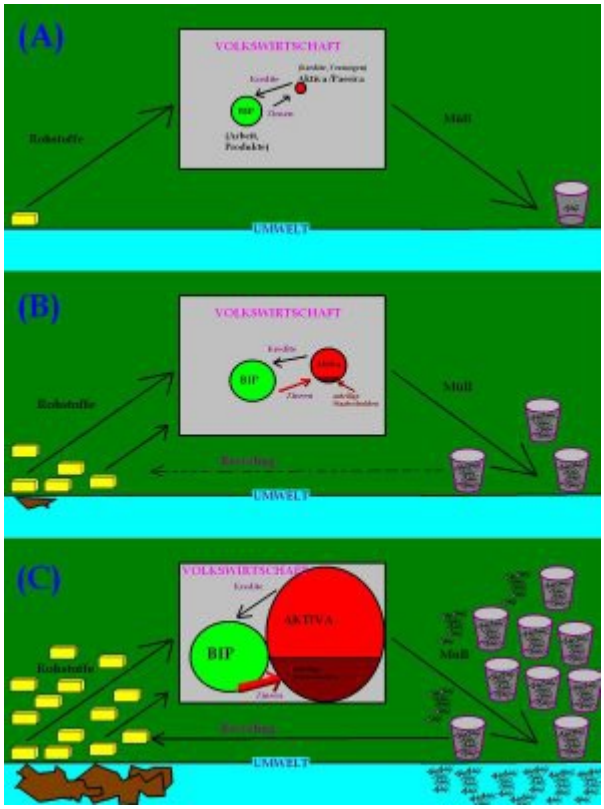
Werden nämlich nicht mehr genug klassische Kredite von den Wirtschaftenden nachgefragt, dann bildet man eben Konstrukte, wie etwa Hedgefonds, um auf Renditen aus dem BIP zu zugreifen. Oder man schwatz Leuten Kredite auf, die diese eigentlich gar nicht bedienen können, dass ist die Ursache der letzten Subblase der amerikanischen Immobilienkrise. Und noch viele andere krumme Methoden, die ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen möchte. Allen gemeinsam ist jedenfalls, dass man auch ohne Investition in reale Wirtschaft Anteile aus dem BIP herausziehen kann. Und man es natürlich auch macht, solange es nicht massiv verboten und verfolgt wird.

Und als wenn das nicht schon schlimm genug wäre, der ganzen Problematik liegt noch eine ganz grundsätzliche Tendenz zur überproportionalen Vermögensakkumulation zu Grunde, die von der Schulökonomie überhaupt nicht wahr genommen wird: Die Vermögenskonservierungseigenschaft und Zinseszinsmethodik besonders der Kapitalwirtschaft, durch die jedes Bruttoinlandsprodukt nach absehbarer Zeit ins Hintertreffen geraten muss. Die seit dem Politikwechsel der Reagan-Präsidentschaft zunehmend entfesselte Gier der Finanzeliten hat diese Entwicklung lediglich unangenehm beschleunigt.

Schauen wir uns dazu die folgenden Schaubilder an: In ersterem (Szenarien A bis C) ist die

Entwicklung einer Volkswirtschaft, am Beispiel der BRD, zu sehen. Eine Volkswirtschaft ist im Prinzip ein Prozessor, an einem Ende kommen Rohstoffe hinein, am anderen Ende Müll (Emissionen aller Art) heraus. Darin wird Wohlstand geschaffen, im günstigsten Falle für alle Beteiligten gleichermaßen. Die Welt als ganzes ist dabei sicher ein geschlossenes System, denn es findet kein wirtschaftlicher Austausch mit dem Weltall statt, von winzigen Marginalien einmal abgesehen.

Einzelne Volkswirtschaften dagegen sind nie ganz abgeschlossen, sondern Wechselwirken mit anderen Ökonomien. In Zeiten der Nationalstaatlichkeit ist dieser Austausch jedoch so begrenzt, das man sie als quasi-geschlossene Systeme betrachten kann. Einen gegebenen Ausenhandelsüber- oder unterschuss kann man unter Input (Rohstoffe) oder Output (Müll) subsummieren. Der wesentliche Grund für die Globalisierung der letzten Jahrzehnte war die Tatsache, dass die quasi-geschlossenen Volkswirtschaften, insbesondere das darin aufgestaute Kapital, längst die Grenzen des Systems erreicht hatten und zu sprengen drohten. Mit der Globalisierung gewann man daher Raum, und damit Zeit, für weitere Entwicklungen. Inzwischen aber gilt das obige Schaubild für die Weltwirtschaft insgesamt, im Grundsatz, genauso. Wobei die rote Aktivablase weltweit und andernorts noch weit schlimmer aussieht, als in der properen BRD.



(Alle Bilder in diesem Blog können durch anklicken in Vollauflösung gesehen werden.)

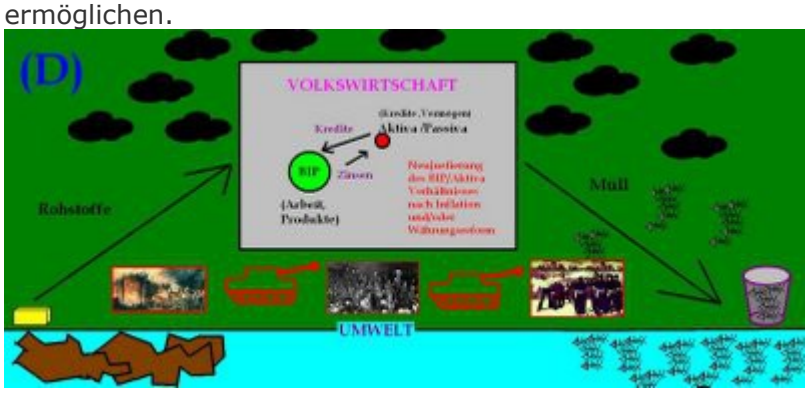
Szenario A entspricht etwa den Verhältnissen der 1950er-Jahre, nachdem die Währungsreform von 1948 die Wohlstandsuhr auf Null gestellt hatte. Durch diese Umstellung waren sowohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP, aus Arbeit und Produkten) als auch die Banken-Aktiva (Vermögen sind Banken-Passiva, Kredite und dergleichen Banken-Aktiva) recht klein in absoluten Werten. Insbesondere lag das BIP/Aktiva-Verhältnis bei nur 1:0,4. Eine Volkswirtschaft benötigt Rohstoffe aller Art um damit Produkte (Waren und Dienstleistungen) zu schaffen, die die Bedürfnisse und den Wohlstand der Bevölkerung befriedigen und mehren. Die dafür benötigte Arbeit wird mit Geld entlohnt, welches damit gleichzeitig den berechtigten Anteil an den erarbeiteten Produkten (BIP) regelt.

Szenario B entspricht etwa den Verhältnissen der Wirtschaftswunderjahre der 1960er und auch noch der 1970er Jahre. Das BIP hatte kräftig zugelegt und natürlich auch die Aktiva und Vermögen. Allerdings war das BIP/Aktiva-Verhältnis erst Mitte bis Ende der 60er auf etwa Parität 1:1 gestiegen. Das ist durchaus noch ein unproblematisches Verhältnis, denn die in der Volkswirtschaft vorhandenen Werte übersteigen das aktuelle BIP um die noch nicht abgeschriebenen BIP-Werte der Vergangenheit. Gleichzeitig nahm natürlich der Bedarf an Rohstoffen zu. Die Löcher in der Umwelt wurden größer und der Output an Müll genauso. Diese Belastung wurde zunehmend auch so empfunden und das Recycling von Rohstoffen wurde

zunehmend nötig. Neue politisch relevante Strömungen wie die Grünen entstanden. Die Staatsverschuldung, die in den 50er-Jahren praktisch irrelevant war, steigt nun erstmals auf eine Größe, die politische Bedenken bei der jeweiligen Opposition auslösen.

Szenario C entspricht etwa den Verhältnissen ab dem Jahre 2000 (die Bilder entsprechen den realen Größenverhältnissen). Trotz aller Bemühungen hat die Umweltbelastung ungekannte Dimensionen erreicht. Die Polkappen schmelzen ab, es wird zu nehmend wärmer. Obwohl von der Mehrheit der Wissenschaftler als anthropogen erkannt, wird der Zusammenhang von wirtschaftstreuen Gutachtern weiterhin vehement geleugnet.

Diese mehr als bedenkliche Situation wird nun aber von einer weit bürgernäheren Entwicklung ins politische Abseits gedrängt: Die relativ zum BIP überproportional explodierten Aktiva, und der ebenso aufgeblähte Anteil der Staatsschulden daran, würgen die Entwicklung des BIP ab. Zuerst müssen, trotz der ins wahnwitzige steigenden Gewinne und Boni der Unternehmen, die Arbeitnehmer mit Lohnzugeständnissen, Steuer- und Abgabenerhöhungen bei sinkenden staatlichen Leistungen, und letztlich mit Realeinkommensverlusten kämpfen. Schließlich kommt Ende 2008, trotz der unglaublichen Geldmengen auf den Banken, die Kreditvergabe zum Erliegen. Natürlich nicht wegen zu wenig Kapital, sondern wegen fehlender Renditen. Denn das BIP, jetzt auch weltweit, ist nicht mehr in der Lage den Kapitalien den weiteren Zuwachs zu ermöglichen.



Szenario D: Ab 2009 beginnen die maßgebenden Volkswirtschaften mit finanzpolitischen Aktionen, um den Kreditfluss, und damit das jahrzehntelang kreditgesteuerte BIP, wieder in Gang zu setzen. Ursachen und Wirkungen werden durch kreditwirtschaftsnahe hohe Berater verzerrt dargestellt und damit den Politikern Problemlösung vorgeschlagen, deren Ziel allein der Erhalt der irrwitzigen Vermögen zu Lasten der Mehrheit der für das BIP Schaffenden, einschließlich der Unternehmen der Realwirtschaft, ist.

Das kann aber auf Dauer nicht gut gehen, und, es ist auch in der Geschichte der Menschheit noch nie gut gegangen. Denn eine solche Entwicklung der Volkswirtschaften kommt in schöner Naturgesetzlichkeit immer wieder vor und endet auch immer wieder tragisch für die betroffenen Gemeinwesen.

Die Lösung des weltweiten Währungsproblem liegt nun halt einmal alleine in der Neujustierung eines gesunden BIP/Aktiva-Verhältnisses. Sei es nun durch eine unkontrollierte Inflation oder durch eine kontrollierte unparitätische Währungsreform. Dieses jedoch ohne Krieg und Revolution hinzubiegen, das ist das aktuelle und nahezu unlösbare Problem der Politik. Denn dazu müssten diese erst einmal realisieren, wo das Problem liegt und wie man es beheben kann. Und dann noch müssten sie die Kraft aufbringen, diese unpopulären Maßnahmen statt gegen die Interessen der Wirtschaftenden gegen die Interessen der Besitzer der größten Vermögen durchzusetzen.

Ansonsten werden sich die dunklen Wolken über unseren westlichen Demokratien weiter zu ziehen.

Traurigerweise ist es gerade in Demokratien für die Regierenden praktisch unmöglich, das notwendige betonharte Rückgrat aufzubringen. Denn die Wahlen in Landes- und Bundesparlamenten, die im Jahrestakt einschlagen, machen selbst das Durchsetzen moderater Reformen gegen wesentliche Lobbyverbände zum regelmäßig aussichtslosen Spießrutenlaufen, mit garantiertem Karriereknick für den Verantwortlichen. Deswegen hält sich mein Glauben an ein moderates Ende des Dilemmas in engen Grenzen. Die nächsten Jahre werden also in einem weiterhin riskanten Umfeld verlaufen: Zwischen zeitweiligen Miniaufschwüngen wird die

Gesamtsituation bestenfalls auf miserablen Niveau stabilisieren, wahrscheinlich jedoch blüht uns jetzt noch Ungeahntes.

Um noch einmal auf die in den Hintergrund gedrängte Klimakatastrophe zu kommen: Diese hängt natürlich ursächlich mit der Finanzkrise zusammen. Denn alle Volkswirtschaften produzieren Wohlstand aus der Umwelt und geben Emissionen aller Art dafür ab. Innerhalb der Ökonomien ist es zwar strittig, wer im Einzelfall für Kosten aufkommen, und wer den Gewinn kassieren soll. Der Letzte der zahlt, ist aber immer die Umwelt. Zwar lassen verbesserte Umwelttechniken auf weniger Umweltbelastung pro Wohlstandseinheit hoffen, aber am Grundsatz ändert das nichts.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, April 16, 2009 2 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Futurologie, VWL, Wissenschaft

Reaktionen:

Mittwoch, 8. April 2009

Futurologie V: Das gefährliche Spiel mit der Inflation

Mit der angekündigten gigantischen Geldschwemme der letzten Wochen haben die Industriestaaten die Saat für eine ebenso große Inflation gelegt. Zwar wird von den Promotoren dieser Schwemme behauptet, man könne das Geld dem Markt genauso schnell wieder entziehen, wie man es nun zur Verfügung stellte. Das dürfte aber in der praktischen Umsetzung nicht funktionieren.

Warum? Zunächst einmal ist eine Inflation ein scheinbar praktisch geeignetes Mittel, sich der überbordenden Schulden zu entledigen. Naiv gerechnet sieht das etwa so aus: Nimmt man die Zahlen von Ende 2008, also BIP knapp 2500 Mrd. Euro, Aktiva rund 8000 Mrd. Euro, ein Verhältnis von 1:3,2 also. (Zur Erinnerung: In den Wirtschaftswunderzeiten betrug dieses Verhältnis 1950 1:0,4 ; 1970 1:1,1 und erst in den 1990er Jahren wurden ungesunde Verhältnissevon mehr als 1:2 erreicht.) Lässt man nun kurzfristig eine Inflation von gut 300% zu, so würde man Preise, Löhne, Mieten auf das Vierfache aufblähen, also rund 10000 Mrd. Euro, bei wenig veränderten Aktiva von 8000 Mrd. Euro. Damit hätte man wieder ein gesundes BIP/Aktiva-Verhältnis von etwa 1:0,8. Gleiches ließe sich mit einer echten Währungsreform erreichen, mit einem Tauschverhältnis von 1:1 für Preise, Löhne, Mieten und 1:4 für Vermögen: 2400 Mrd. Neu-Euro stünden dann 2000 Mrd. Neu-Euro Aktiva gegenüber, ein Verhältnis von 1:0,83.

Soweit, so gut, der Unterschied liegt aber in der Zeitschiene. Denn eine Inflation ist ein langwieriger, quälender Prozess der selten reibungslos erfolgt. Zum Szenario: Mit der Immobilienkrise ist die ungedeckt aufgetürmte Vermögensblase ins Wanken gekommen. Traumrenditen von 25% und mehr verwandelten sich in Megaverluste und der Geldfluss stoppte. Eine korrekte Liquidierung und Marktbilanzierung würde hunderte von Kreditinstituten und Versicherungen in den Konkurs stürzen. Um die daraus folgenden Verwerfungen der Volkswirtschaft zu verhindern, pumpen nun die Staaten und Notenbanken ersatzweise Billionensummen ins System und blasen damit die ungedeckte Geldschwemme noch weiter auf.

Trotzdem knickt die Realwirtschaft und damit das BIP nun kräftig ein. Damit sinken Steuer- und Abgabeneinnahmen des Staates, während seine Ausgaben, sie es Arbeitslosenhilfe, Renten- und Krankenkassenzuschüsse etc., drastisch ansteigen. Um dem entgegen zu wirken, werden wiederum große Geldmengen, so genannte Konjunkturprogramme wie die Abwrackprämie, schuldenfinanziert oder per Notenpresse in die Realwirtschaft gepumpt. Das ungesunde BIP/Aktiva-Verhältnis wird dadurch auch nicht besser, sondern schlechter.

Nun beginnt sich das Karussell zu drehen: Die ungeheuren Gelder die benötigt werden, lassen sich prinzipiell nur aus drei Quellen schöpfen: Aus neuen Schulden bei den gerade unterstützten Banken, aus Steuern aus dem leidenden BIP, oder direkt aus der Notenpresse. Alle drei Schienen werden nun befahren.

Zunächst führt dies erstaunlicherweise nicht zur Inflation, sondern sogar zu Deflation, zum Gegenteil also. Denn in den letzten Boomjahren hat die Realwirtschaft mit der Geldschwemme gewaltige Überkapazitäten angehäuft. Um die vollen Lager zu räumen, muss sie an die sparsamer gewordenen Kunden diese Produkte nun verbilligt abstoßen. Die Preise fallen und damit aber auch die Gewinne. Weitere Entlassungen sind nötig, und die Preisklemme der Industrie steigt und damit auch die Steuerklemme des Staates. Die Produktion geht in der Folge so lange zurück, bis wieder ein günstiges Verhältnis zur Nachfrage hergestellt ist.

Sollte nun doch, dank der neuerlichen künstlichen Geldschwemme, die Nachfrage wieder ansteigen und die Industrie wieder Tritt fassen, so müssten die Staatsbanken sofort wieder die Geldmenge reduzieren. Das aber, wo bei Zweifel angebracht sind wie sie das überhaupt bewerkstelligen sollten, würde den frisch angesprungenen Wirtschaftsmotor gleich wieder ins Stottern bringen. Also wird man nichts dergleichen tun.

Dann aber beginnt die Inflation zu greifen. Und damit steigen nicht nur Preise, sondern auch die Zinsen. Die aufgeblasenen Staatsschulden werden dann nur bezahlbar, in dem man die Steuern und Abgaben drastisch erhöht, bei gleichzeitig sinkendem Dienstleistungsangebot des Staates an den Bürger, oder eben in dem man wiederum die Notenpresse anwirft. Da ersteres schon jetzt noch kaum geht, wird man letzteres machen. Dann aber setzt man als letzte Stufe eine Hyperinflation in Gang, die die Währungen dann endgültig ruiniert. Und damit nicht nur die großen und kleinen Vermögen, sondern auch das BIP zum Erliegen bringt.

Und dieser absehbare Weg ist brutal, denn es ist das große Staatsversagen, das der Demokratie leicht den Hals brechen kann. Denn ein versagender Staat ist wehrlos, nicht nur gegen seine eigenen Bürger die zu Recht jeden Respekt verlieren und auf die Barrikaden steigen, sondern auch gegenüber äußeren Bedrohungen. Denn Militärmacht ist immer auch Wirtschaftsmacht. Und wenn den gewaltigen Trägerflotten der USA erstmal der Sprit ausgeht, dann wird sich auch das Machtgefüge der Welt von heute mächtig verschieben.

Nicht nur die Klein-Häuschen des Bürgers stehen auf dem Spiel, nein auch die ganze *pax americana*, die in den letzten 64 Jahren, zumindest für die erste Welt, einen relativen Frieden und Wohlstand garantiert hat. Denn ein ruiniertes Amerika kann an den vielen Brennpunkten der Erde nicht mehr für Ordnung oder Durchsetzung westlichen Demokratieverständnisses sorgen. Die Machtbalance wird sich ordentlich verschieben, sehr wahrscheinlich nach China und Asien.

Wer aber tritt dann noch für das unabhängige Existenzrecht von Taiwan, Israel oder Australien ein? Wenn China dann nicht aus eigenem Interesse solche Gemeinwesen schützt, dann darf man sich leicht ausdenken, was dort geschehen kann. Denn es sind quasi westliche Enklaven in asiatischen Gebieten, deren Existenzberechtigungen durch China nicht selbstverständlich anerkannt werden. Für Taiwan steht das außer Frage, hier wird der asiatische Drache wahrscheinlich schon in absehbarer Zeit die Weltmachtfrage klären. Bei den weiteren Kandidaten darf man zittern, ob in Zukunft noch die nötige Waffenhilfe zur Verfügung steht.

Diese absehbaren Entwicklungen könnte man durch einen scharfen Schnitt jetzt unterbinden. Eine echte Währungs- und Vermögensreform der beiden Weltwährungen Dollar und Euro, denn nur diese würde den schleichenden Wirtschafts- und Machtverlust der ersten Welt eindämmen können. Dieser Schritt würde allerdings einen wahren Über-Obama erfordern, der in der Lage wäre sich erfolgreich mit der Hochfinanz dieser Welt anzulegen, und das auch noch zu überleben. Ein Messias der sich zur Not auch kreuzigen ließe.

Denn dieser Schritt beinhaltet auch ein gewaltiges Krisenpotential mit schwer absehbaren Folgen, aber immerhin würde er den sowieso eintretenden Schaden auf eine verhältnismäßig kurze, und noch demokratisch kontrollierbare, Zeit reduzieren. Zudem wäre der Neu-Dollar oder Neu-Euro die neue Weltwährung, auf die sich alle sofort stürzen würden. Wer zuerst

kommt, malt zuerst. Wer wird es sein? Europa, USA oder etwa China, mit einer eigenen frei konvertierbaren Währung? Vermutlich letzterer, denn so ein Messias, wie ihn die westliche Welt jetzt bräuchte, ist nicht in Sicht. So wird man also Geld drucken bis es uns allen bis zum Halse steht.

Übrigens, der nächste Mann, der auf dem Mond steht, wird mit der chinesischen Flagge wedeln.

Eingestellt von H. Genreith um Mittwoch, April 08, 2009 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, Futurologie, VWL

Reaktionen:

Freitag, 3. April 2009

Systemkrise vierter Akt: Der Zug der Lemminge

Der G-20 Gipfel hat die lange erwartete Geldschwemme ausgedehnt. Die letzten Hemmungen fallen und die Börsen reagieren begeistert. So legt der DOW in den letzten Tagen von rund 6500 auf fast 8000 Punkte zu. Denn die Erwartungshaltung ist, das die neuerliche Geldschwemme nun wieder ordentliche Renditen auf Anlageprodukte ermöglicht. Zumindest kurzfristig. Entsprechend wird das einzige langfristig werthaltige Finanzprodukt, Gold, abgestossen und auch der IWF und Nationalstaaten versilbern größere Bestände. Aber bis zum nächsten Katzenjammer ist es nicht so weit, und dann ziehen die Preise wieder an.

Nun, worauf hat man sich auf dem G-20 Gipfel geeinigt? Auf größere Finanzkontrollen, dank des Drucks durch Merkel und Sarkozy und gegen die Absichten der Briten und Amerikaner. Dazu ein weiteres gigantisches Stützungspaket im Werte von 1100 Milliarden Dollar, wovon die BRD einen wesentlichen Anteil tragen muss. Nun haben diese G-20 Vereinbarungen keine Gesetzeskraft, wenn gleich sie doch eine faktisch starke Verpflichtung ergeben. Bei den Finanzkontrollen wird sich aber weit weniger tun, als notwendig.

Im Manager-Magazin von heute kann man nachlesen, wie wenig ernst man dies meint: ".... Die für Bilanzierungsstandards zuständige US-Organisation FASB hat die Regeln für die Bewertung etwa von faulen Wertpapieren am Donnerstag entscheidend gelockert. Besonders die Finanzbranche begrüßte die Aufweichung und erwartet nun unter dem Strich weniger Verluste. Kritiker warnen dagegen massiv vor weniger Transparenz.....Die bisherigen Regeln verlangten eine Bewertung der Investments zum gegenwärtigen Marktpreis ("mark-to-market-Regel"). Da es etwa für giftige Kreditpapiere in der Krise praktisch keine Käufer mehr gibt und der Preis damit gegen null geht, mussten Banken und Unternehmen drastische Abschreibungen vornehmen. Nun sollen sie bei der Bewertung neben dem Marktpreis auch eigene Modelle anwenden dürfen.....Analysten erwarten nun bereits für die in den nächsten Wochen vorliegenden Zahlen zum ersten Quartal deutlich bessere Zahlen der Banken als bislang erwartet....Die für Europa verantwortliche Rechnungslegungsorganisation IASB werde in den nächsten Wochen zusammenkommen und weitere Lockerungen beschließen, hieß es in Branchenkreisen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück machte in London beim Treffen der G20-Staaten deutlich, die prozyklische Wirkung der Bilanzierungsregeln solle abgeschafft werden....."

Im Klartext also: Einerseits erhalten die Finanzjongleure eine riesige steuerfinanzierte Geldschwemme und andererseits die Erlaubnis ihre verheerenden Bilanzen "mit eigenen Modellen" schön zu rechnen. Und natürlich die nächsten faulen Derivatkonstrukte gleich mit solch schönen eigenen Modellen zur Bilanzklitterung zu versehen, und damit offiziell die Erlaubnis zur Insolvenzverschleppung erhalten haben.

Normale Gewerbetreibende können dafür in den Knast gehen und kriegen existentielle

Schadenersatzklagen an den Hals. Zuletzt etwa medienwirksam das Boulevard Lieblingspaar Franjo und Verona Pooth. Banker dürfen das jetzt mit höchster Genehmigung um die "prozyklische Wirkung der Bilanzierungsregeln" zu vermeiden. Im Klartext: Wenn jemand Pleite ist, braucht er das nicht mehr zu sagen, damit ihm die Unbedarften weiter ihre Scheine rüber rücken. Aus krimineller Insolvenzverschleppung wurde also eine legale Abschaffung von prozyklischer Wirkung der Bilanzierungsregeln gezaubert. Ein guter Kandidat für das Unwort des Jahres 2009. Zweifellos wird dieses Jahr aber noch unzählige solche Verbalakrobatiken hervorbringen.

Man lässt es also wieder laufen wie gehabt und heizt mit frischen Scheinen sogar noch an. Wie im berühmten Zug der Lemminge wandert man also Hand in Hand auf die Klippe zu, um sich dort früher oder später in den Tod zu stürzen. Während sich die Wall Street mächtig über den Durst freut, geht es in den USA zu wie in einem Entwicklungsland: So schreibt die Welt heute: Jeder zehnte Amerikaner braucht Lebensmittelhilfe "Die Wirtschaftskrise in den USA führt immer mehr Menschen an den Rand des Existenzminimums. So ist inzwischen zehn Prozent der Amerikaner auf staatliche Lebensmittelmarken angewiesen. Das ist eine Rekordzahl von 32,2 Millionen Bedürftigen." Lebensmittelmarken kenne ich zuletzt noch aus dem jüngsten Zusammenbruch des Ostblocks, als in Polen solche Marken (1981-1989) ausgegeben wurden. Da wurde der makabre Witz erzählt: "Kennen Sie schon den polnischen Hamburger? Nein? Also: Brotmarke, Fleischmarke, Brotmarke.". Die USA stehen somit an einer Wendemarke, wie Polen vor 30 Jahren.

Verblüffenderweise sind es aber gerade Vermögen, die arm machen. Denn jedem Vermögen (Bankenpassiva) stehen Schulden (Bankenaktiva) gegenüber. Und letztere wollen immer verzinst werden, und das geht endlich nur aus dem Bruttoinlandsprodukt.

Die Kreditklemme resultiert nicht aus dem Fehlen von Geld, sondern aus dem Fehlen von Renditen!

Denn wegen des exponentiellen Wachstum von Vermögen/Schulden ist das BIP/Aktiva-Verhältnis in Deutschland auf fast 1:3,5 und in USA auf mehr als 1:5 angewachsen. Deren Renditedruck auf das BIP ist damit bei weitem zu hoch. Es spielt auch kaum eine Rolle, ob es sich um öffentliche oder private Vermögen/Schulden handelt, der Unterschied besteht nur darin, wer das Renditeinkasso übernimmt: Der Staat oder die Banker, jedenfalls immer beim Schaffenden. Auch hier will niemand Klartext reden, deswegen tue ich es hier:

Die einzige Möglichkeit aus der Krise heraus zukommen, ist daher die massive Vernichtung von Vermögen!

Denn nur dann kommt man wieder zu einem stressfreien Verhältnis zwischen BIP und Aktiva, also deutlich unter 1:2. Dies würde bedeuten, dass man von den 8000 Mrd. Euro Aktiva in Deutschland rund 4000 Mrd. kontrolliert abschreiben würde. Alternativ könnte man theoretisch auch das BIP relativ zu den Aktiva verdoppeln. Das geht aber schon lange nicht mehr, die Wachstumsraten des BIP hinken nämlich dem Aktivawachstum prinzipiell weit hinterher.

Die Handlungsanweisung an die politisch Verantwortlichen ist eindeutig: Das BIP/Aktiva-Verhältnis muss wieder deutlich verjüngt werden! Das lässt sich kontrolliert machen, wenn man das Problem beim Namen nennt: Die gewaltig angehäuften Großvermögen müssen wenigstens um den Faktor 2 reduziert werden, besser mehr. Andernfalls werden die Bürger auf Dauer vom Gewinn der Wirtschaft abgekoppelt und verlieren jedes Vertrauen in die Führung. Eine massive Vermögensreform ist natürlich der *casus belli* für die einflussreichste Oberschicht der Gesellschaft. Aber die Folgen werden keinen Vergleich aushalten mit dem was geschieht, wenn

die Bürger dem demokratischen Staat in Scharen davonlaufen. Was dem Ostblock geschah, droht sehr bald auch dem demokratischen Kapitalismus! Bedenken Sie: Die in den letzten Jahren angehäuften Vermögen sind mittelfristig sowieso verloren, ganz egal wie man es macht. Lässt man aber die Dinge laufen, dann werden sie sich selbst bereinigen. Dann aber ohne jede demokratische Ordnung! Das ist die Lehre aus den Zwanziger Jahren, nicht das Fehlen wahnwitziger Konjunktur- und Stützungsprogramme.

Das Treffen Papens mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder am 4. Januar 1933 in Köln gilt als die „Geburtsstunde des Dritten Reiches" . Unter der Vermittlung des Bankiers Kurt Freiherr von Schröder einigten sich hier Franz von Papen und Adolf Hitler auf die Reichskanzlerschaft Hitlers. In der berühmten eidesstattlichen Erklärung Schröders im Nürnberger I.G.-Farben-Prozess von 1947 heißt es zu diesem Treffen:
„Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. November 1932 einen ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, dass die Nationalsozialisten - einmal an der Macht - eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden."

Die Chance sich solchen Entwicklungen entgegen zu stemmen besteht jetzt! Und nicht morgen oder übermorgen, weil man just vor unbequemen Wahrheiten zurück schreckt. Von 1929 bis 1933, dass waren gerade einmal 4 Jahre. Sollen wir 2013 wieder vor einem vergleichbaren Problem stehen? Oh Herr, lass der Politik Hirn wachsen!

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, April 03, 2009 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, Geschichte, VWL

Reaktionen:

Freitag, 20. Februar 2009

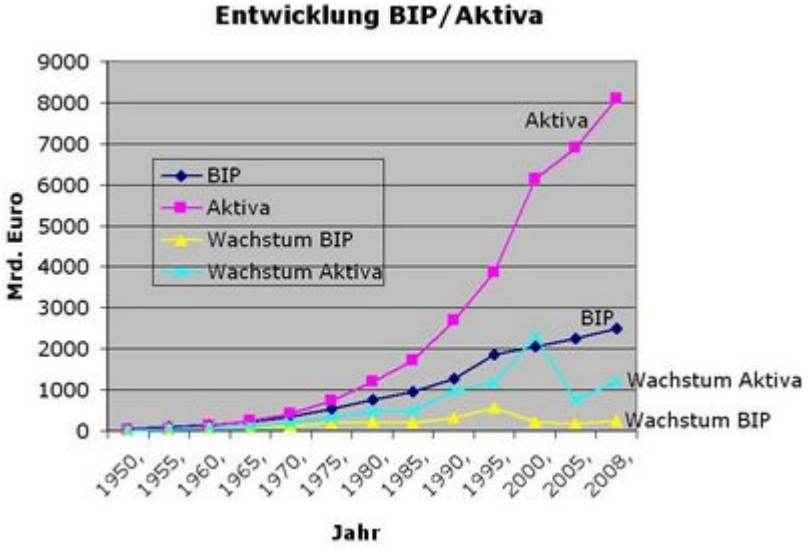
Die Mutter aller Blasen: Warum diese Krise keine normale Blase ist.

Vor gut einer Woche sah ich bei Kerner ein Interview mit den beiden Wirtschaftsprofessoren Rürup und Homburg. Beide vertraten recht gegensätzliche Ansichten zur Bewältigung der momentanen Krise.
Rürup, immerhin einflussreicher Berater der Bundesregierung, vertrat die bekannte Ansicht: Es sei eine außergewöhnliche Krise und der Staat müsse jetzt sehr viel Geld in die Hand nehmen und die Banken um fast jeden Preis zu stützen. Homburg dagegen meinte, es gebe eigentlich gar keine Krise, jedenfalls keine außergewöhnliche. Genau wie bei anderen Blasen solle man die Beteiligten pleite gehen lassen, um dann mit einem bereinigten Markt wieder gut wirtschaften zu können.

Nun, Homburg steht mit seiner Meinung leider auf recht verlorenem Posten. So werden jetzt,

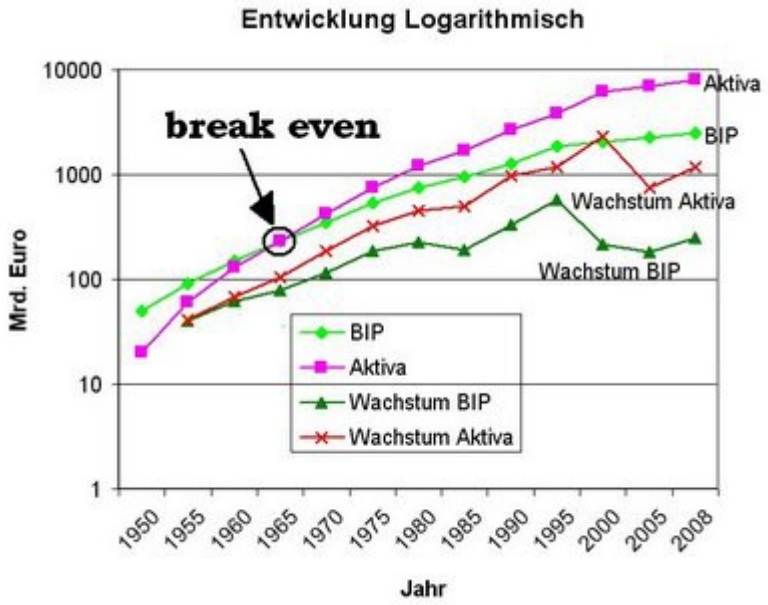
nicht zuletzt Dank beratender Wirtschaftsweiser wie etwa Rürup, die Staatsschulden in immer brisantere Rekordstände getrieben und gleichzeitig die Bankenaktiva hochgehalten. Das BIP kümmerts derweil wenig, wir stürzen trotzdem weiter ab. Gleichzeitig kommt der Euro mächtig unter Druck, und die Übernahme einer Euro-Land Pleite durch die BRD droht auch schon im Hintergrund. Andererseits schien aber auch Homburg nicht ganz den Kern des Problems gesehen zu haben: Denn er vermittelte mir den Eindruck, man könne diese Blase genauso aussitzen wie all die anderen Bläschen und Blasen der letzten Jahre.

Das dieses aber jetzt sicher nicht mehr der Fall ist, dass möchte ich an den folgenden Grafiken veranschaulichen. Zunächts einmal die tatsächlichen Zahlen der statistischen Bundesämter zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Banken Aktiva (Kredite/Derivate) und Passiva(Vermögen) gleicher Höhe.



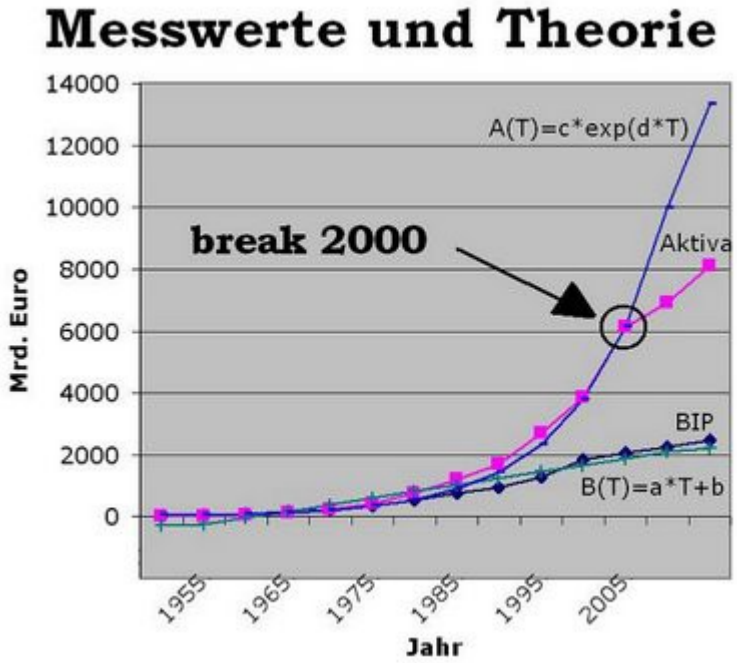
Die Grafik zeigt die Entwicklung von 1950 bis Oktober 2008. Die obere rote Linie sind die Bankenaktiva/passiva, die untere dunkelblaue Linie das BIP. Alle Werte sind in 5-Jahresschritten geplottet, letztere 2005-2008 ist ein 3-Jahreschritt. (Das glättet die Kurven etwas und bei den Wachstumsraten führt dies zu den Summenwerten der Jahresschritte statt der Werte eines einzelnen Jahres. Inhaltlich hat es keine Bedeutung.) Die hellblaue Linie ist das Wachstum der Aktiva und die gelbe Linie ganz unten das Wachstum des BIP im jeweils gleichen Zeitraum.

Wir sehen sofort: Die Entwicklung von BIP und Aktiva laufen etwa seit den 1970er Jahren rasant auseinander. Auch ist die Wachstumsrate des BIP weit geringer als die der Aktiva.

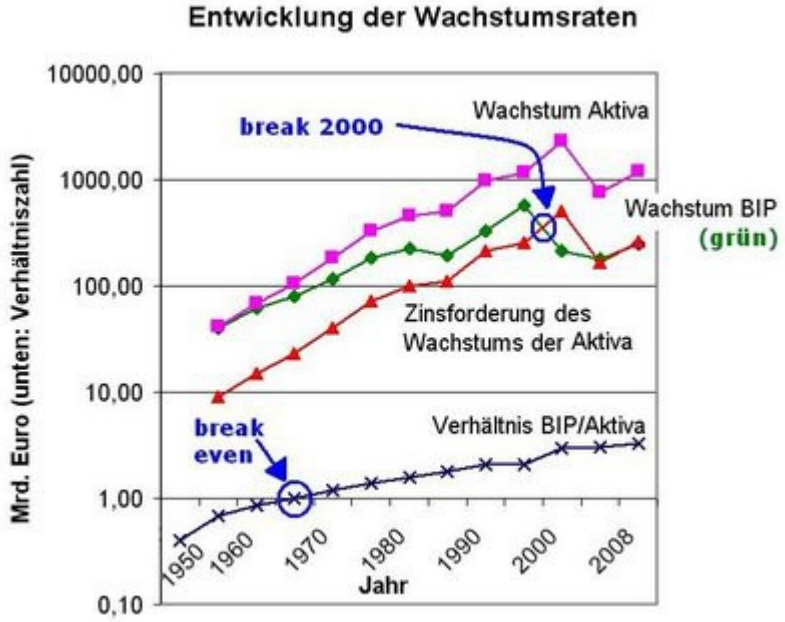


Im zweiten Bild sehen wir den gleichen Plot, jetzt aber in logarithmischer Darstellung, Das hat den Vorteil, dass man die Entwicklung über einen weiten Zeitraum hinweg deutlicher erkennen

kann. Wie wir sehen, war das Wachstum der Aktiva schon seit den 1950er Jahren höher als das BIP-Wachstum. Allerdings war lange Zeit das jährliche BIP größer als die Summe der Aktiva! Erst ab etwa 1965 begannen letztere das jährliche BIP mehr und mehr zu überholen („Break Even"). Heute (Bezug 10/2008) betragen die hinter den Aktiva stehenden Vermögen etwa das 3,3 fache des BIP. Das bedeutet, damit könnte man theoretisch das ganze jährliche BIP und sämtliche noch nicht abgeschriebenen Werte vergangener BIPs, also praktisch die ganze BRD, aufkaufen.



Was man auch sieht, ist dass sich die Aktiva etwa wie eine Exponentialfunktion entwickeln, während das BIP langfristig nur etwa linear anwächst. In obiger Grafik werden daher BIP und Aktiva mit angepassten Idealfunktionen verglichen. Besonders auffällig: Die tatsächlichen Aktiva haben ab etwa dem Jahr 2000 einen deutlichen Einbruch („Break 2000"). Zwar wachsen sie immer noch weit stärker als das BIP, bleiben aber hinter der exponentiellen Erwartung, die nach dem normalen Zinseszinsgesetz zu erwarten wäre, zurück.



Das zeigt sich auch bei der genaueren Betrachtung der Wachstumsraten. In obiger Grafik sehen wir ganz oben das nominelle Wachstum der Aktiva (hellrot in Mrd. Euro) und das nominelle Wachstum des BIP (grün in Mrd. Euro). Interessant ist der Vergleich mit den jeweils neuen Zinsforderungen, die sich allein aus den Steigerungsbeträgen der Aktiva ergeben. Diese Erreichen nämlich um das Jahr 2000 („Break 2000") herum die gleiche Größenordnung wie das vollständige Wachstum des BIP. Hierbei wurde eine jährliche Zins von nur 7,5 % für diese Mischung aus Krediten aller Art und Derivaten angesetzt.

Was dies bedeutet ist simpel: Etwa ab der Jahrtausendgrenze übersteigen allein die Zinsforderungen aus dem Zuwachs(!) der Aktiva den gesamten noch möglichen Zuwachs aus BIP. Was dies für den Durchschnittsbürger bedeutet, hat man in den fetten Aufschwungsjahren nach 2000 gut sehen können: Der Aufschwung kam nicht mehr beim Arbeiter und Angestellten an. Und das trotz aller Verzichte und Rücknahme von Sozialleistungen. Denn ab dem Break 2000 streiten sich Vermögen und Schaffende um den Zuwachs aus dem BIP. Da die Banken aber definitiv am längeren Hebel sitzen, kam der Aufschwung nicht mehr unten an, weil er über Finanztricks aller Art abgeschöpft wurde.

Mathematisch sieht man den Effekt auch daran, dass sich die Aktiva früher praktisch unabhängig vom BIP extrem nach oben entwickelten. Seit dem Break 2000 ist die Entwicklung aber ganz deutlich aneinander gekoppelt, denn Aktiva/Passiva zanken sich mit den Schaffenden um den erwirtschafteten BIP-Zuwachs.

Letzte Grafik zeigt die allgemeine Belastung des BIP (grün) durch Zinsforderungen aus Vermögen (blau) gegen das BIP. Diese stiegen prozentual (rote Linie) von nur 4 % in 1950, auf etwa 10% in 1965 und auf zuletzt rund 33 % (bei Annahme einer durchschnittlichen Zinserwartung von 10% aus Krediten und Derivaten) in 2008 an. Dies bedeutet, dass inzwischen von jedem verdienten Euro über Steuern, Abgaben, Krediten, Derivatkosten (z.B. Massenentlassungen zur Steigerung des Aktienwertes, An- und Verkauf und Zerschlagung von Firmen etc.pp.) mehr als 30 Cent auf die Konten der Vermögenden transferiert werden.

Nun, das historisch immer wiederkehrende Problem ist, das Vermögen/Kredite bei BIP/Aktiva-Verhältnissen nicht wesentlich größer als 1 bis 2 durchaus gutes bewirken. Steigt das Verhältnis aber weiter an, was es wegen der Zinseszinsentwicklung immer tut, so erreicht man sehr bald eine Größenordnung, die das BIP zunehmend erdrückt. Der Ausweg aus diesem Szenario ist schwer zu bewältigen. Denn einzig eine grundlegende Währungs- und Vermögensreform kann das BIP/Aktiva-Verhältnis wieder auf eine vernünftige Basis zurückstellen. Alles andere läuft längerfristig entweder auf die Einrichtung eines Dauerelends und/oder auf einen Staatsbankrott zu.

Wenige Ökonomen haben das bislang ausreichend realisiert, so etwa der Ökonom Henrik Müller heute im Managermagazin. Seine vier Varianten kommen mir recht bekannt vor.

Eingestellt von H. Genreith um Freitag, Februar 20, 2009 2 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL, Wissenschaft

Reaktionen:

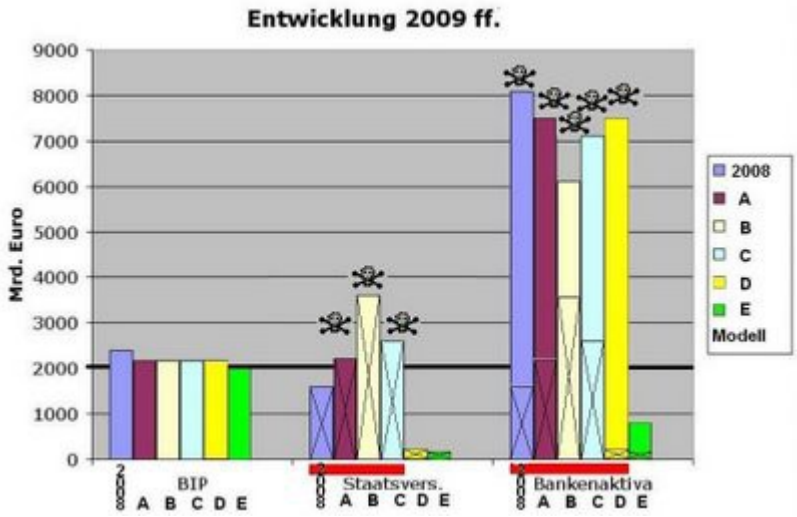
Dienstag, 10. Februar 2009

Futurologie I: Wat Nu?

Im Nachhinein über Fehlentwicklungen zu meckern, ist eine Sache, sie korrekt vorher zu sagen eine andere. Von denen, die es schon immer wussten, zitiert der Focus heute Hr. Shiller und gestern Hr. Roubini. Das Blasen immer irgend wann platzen, haben beide richtig erkannt, was fehlt ist aber die langfristige und nachhaltige Lösung des Problems.

Aber hängen wir uns mal aus dem Fenster, und prognostizieren die Entwicklung der nächsten

Zeit. Wie bei jeder Prognose ist die größte Schwierigkeit der Vorhersage die Zeitschiene, denn es spielen zu viele Faktoren mit, zu denen natürlich auch die Psychologie der beteiligten Akteure eine gewichtige Rolle spielt. Die folgende Grafik ist daher auch mit 2009 ff. für fortfolgende Jahre betitelt.



Die Ist-Situation war Ende 2008, gerundet, etwa: BIP 2400 Mrd., Staatsverschuldung 1600 Mrd., Bankenaktiva/passiva 8100 Mrd. Euro. Die Staatsverschuldung ist natürlich ein Teil dieser Aktiva. Für die weitere Entwicklung seien einige Modelle angeführt:

Modell A, Talsohle bald erreicht: In den letzten Monaten sind hunderte von Mrd. Euro in der BRD auf die Schiene gesetzt worden, 550 Mrd. für das Bankenrettungspaket, 93 Mrd hat alleine schon die Hypo Real Estate gefressen, ungefähr 20 Mrd. für WestLB und Bayerische Landesbank, über 50 Mrd. das Konjunkturpaket, steigende Arbeitslosigkeit und damit Sozialausgaben etc. pp. Gleichzeitig wird geschrien, dass dies alles viel zu wenig sei, es ist mit Sicherheit nur der Anfang. Aber selbst wenn wir annehmen, dass nichts weiteres notwendig wäre, so steigt die Staatsverschuldung dieses Jahr um 600 Mrd. Euro auf tatsächlich 2200 Mrd. Gleichzeitig sinkt das BIP um schätzungsweise 10% auf 2160 Mrd. Euro. Das ist auch dann so, wenn man das Bankenrettungspaket schönfärberich als Sondervermögen in der Bilanz versteckt. Ganz richtig, wenn der Staat Schulden übernimmt, nennt er das Vermögen.

Modell B, Bankenrettung: Man entscheidet sich für eine Rettung der Banken. Vorsichtige Schätzungen des Finanzministeriums gehen von 1000 Mrd. fauler Derivate aus, es ist aber viel mehr. So etwa bei der Hypo, wo alleine schon 400 Mrd. lauern. Mit 2000 Mrd. dürfte die Fahnenstange immer noch nicht zu Ende sein, denn mit jedem Tag der Krise werden die faulen Anlagen mehr. Rechnen wir also 2000 Mrd., wobei es ziemlich egal ist, wie man die versteckt, sei es als direkte Zahlungen, Bad Banks, Garantien, Versicherungen etc. pp. Dann steigt die Staatsschuld auf exorbitante 3600 Mrd. an, während die Bankenaktiva erhalten bleiben.

Modell C, Firmenrettung: Man lässt die Banken komplett hängen, und stützt statt dessen die Konjunktur durch massive Kredite und Subventionen. In einem geschlossenen Wirtschaftsraum ist der Unterschied nicht wirklich groß, dafür benötigt man fast genauso viel Geld, dass man sich wieder bei den Banken leihen muss. Nehmen wir trotzdem nur 1000 Mrd. dafür an, begleitet von einem moderaten Rückgang der Bankenaktiva für nicht mehr haltbare Derivate. Die Staatsschuld steigt auf 2600 Mrd. Euro an.

Modell D, Geld drucken: Ende 2008 schuldete der Staat den Vermögen (Bankenpassiva) 1600 Mrd. Euro. Die Anzahl der faulen Kredite der Banken (Aktiva) ist in der gleichen Größenordnung. Wenn die Banken jetzt also genauso viel Geld von uns Steuerzahlern haben wollen, so könnten wir die einfach gegen die Schulden austauschen. Dafür kauften wir einfach die ganzen Staatsobligationen mit frisch gedrucktem Geld zurück. Danach wäre der Staat praktisch schuldenfrei, und die Banken hätten frisches Geld zum arbeiten und könnten die faulen Kredite ablösen. Die Staatsschulden sinken dabei auf einen Restbetrag von 200 Mrd. Euro. Die Bankenaktiva sinken moderat.

Modell E, Währungsreform: Der schnellste, aber unbeliebteste, Weg aus der Krise ist eine echte Währungsreform. Etwa wie 1948. Das alte Geld wird für ungültig erklärt, neues Geld, etwa die

gute alte D-Mark, wird ausgegeben. Und zwar in ungleichen Verhältnissen, nämlich etwa Löhne, Gehälter, Mieten 1:1 und Aktiva(Kredite)/Passiva(Vermögen) im Verhältnis 1:10. Ein einfache Ummünzung reicht natürlich nicht, denn dann werden die alten Verhältnisse lediglich neu zementiert. Nehmen wir dabei ein kräftiges Sinken des BIP auf 2000 Mrd. Euro an, so wären aber die Staatsschulden danach mit 160 Mrd. und die Bankenaktiva/passiva mit etwa 800 Mrd Euro wieder im grünen Bereich, etwa auf dem Niveau der Wirtschaftswunderjahre. Erst danach sind diese nämlich wieder unterhalb der neuralgischen Grenze des BIP, der die Deckung übernimmt (fette Linie).

Tatsächlich macht man weltweit zur Zeit einen Mischmasch aus diesen Möglichkeiten, vor allen der Modelle A bis D. Diese haben aber alle den Nachteil, dass sie das Grundproblem der erdrückenden Bankenaktiva nicht beseitigen. Denn private Schulden sind genauso schädlich, wie staatliche Schulden. Das wird immer verkannt. Der Unterschied besteht nur im Vollstrecker der daraus resultierenden Zinsschuld: Während die Verzinsung der Staatsschulden über den Staat sofort vom kleinen Mann eingezogen und auf die Konten der Finanziers transferiert werden, besorgen das bei den privaten Vermögen die Finanzjongleure. Der Zinsbedarf der 8000 Mrd. Bankenaktiva beträgt nämlich 5 – 10 % und somit durchschnittlich etwa 600 Mrd. Euro die jährlich auf verschiedenen Wegen dem BIP entzogen werden müssen. Mit einfacher Kreditwirtschaft geht dies aber schon lange nicht mehr, denn soviel Geld wie da rumliegt braucht kein Mensch, jedenfalls nicht zum arbeiten.

Also entwickelte man immer neue Derivate, von denen die klassische Aktie die scheinbar harmloseste Variante ist. Da kitzelte man die Verzinsung zum Teil mit Massenentlassungen heraus, um den Kurswert zu steigern und die gegenüberstehenden Kosten via Sozialabgaben dem Steuerzahler zu überlassen. Ganz zu schweigen von den Schrottderivaten, die jetzt das Problem darstellen sollen. Sie sind aber nur die absurdeste Variante eines viel größeren Grundproblems.

Eingestellt von H. Genreith um Dienstag, Februar 10, 2009 6 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, Futurologie, VWL

Reaktionen:

Donnerstag, 29. Januar 2009

Nigthmare: Banken Aktiva und Passiva, ein Albtraum.

Banken weisen ihre Bilanzen in Aktiva und Passiva aus. Unter Aktiva versteht man im Wesentlichen die vergebenen Kredite, und unter Passiva die dem in gleicher Höhe entgegen stehenden Einlagen, ergo Vermögen. Hinter jedem Kredit steht also ein Vermögen, und hinter jedem Vermögen eine Zinsforderung an das Bruttoinlandsprodukt. Denn dafür erhalten die Banken dieses Geld, um es zu noch mehr Geld zu machen.

Da Geld einzig durch BIP gedeckt ist, kann Gegenwert und Zins nur aus der Arbeit der Schaffenden entnommen werden. Schlimm, genug, aber hinzu kommt, das Vermögen nicht verfallen sondern stetig wachsen und auch vererbt werden. BIP dagegen verfällt recht schnell, etwa frische Lebensmittel und Dienstleistungen sofort, Elektronik ist nach drei Jahren abgeschrieben, wenige Produkte sind werthaltiger. Zudem ist das BIP inzwischen gesättigt und wächst nur noch marginal.

Dieser exponentielle Effekt der Vermögensanhäufung ist für eine junge Volkswirtschaft nicht sonderlich tragisch, denn da wächst die Volkswirtschaft rapide und schneller als diese Aktiva/Passiva. Nach einer kritischen Zeit aber ändert sich dies. Diese Zeit ist erreicht.

So wächst das BIP in den letzen Jahren nur noch zwischen 20 und 60 Mrd Euro und seit kurzem sinkt es sogar. Dagegen wuchsen die Aktiva/Passiva jahrlich um 500 bis 600 Mrd. Euro. Allein die Zinsforderung der jährlichen Aktivazunahme, bei 5 -10% die sich der Vermögensbesitzer wünscht, fressen damit jedes noch mögliche BIP-Wachstum sofort wieder auf. Damit ist just die Kapitalspirale an ihr natürliches Ende gelangt! (Das ist wie bei der alkoholischen Gärung: Sobald der Alkoholpegel im Rebensaft so hoch angestiegen ist, dass die dafür zuständigen Hefen und Bakterien sterben, kommt die Gärung zum Erliegen.)

Die Konsequenz ist: Will man die Wirtschaft wieder auf Trab bekommen, muss man die

Aktiva/Passiva, genauer das Verhaltnis von Aktiva/Passiva zu BIP wieder nach unten korrigieren! **Die Regierungen der USA, und weniger schlimm Deutschland, machen aber genau das Gegenteil: Denn alle Notprogramme, seien es direkte Bad Banks, Subventionen und sonstige Stützungen zielen auf den Erhalt der hinter dem Problem stehenden Vermögen!**

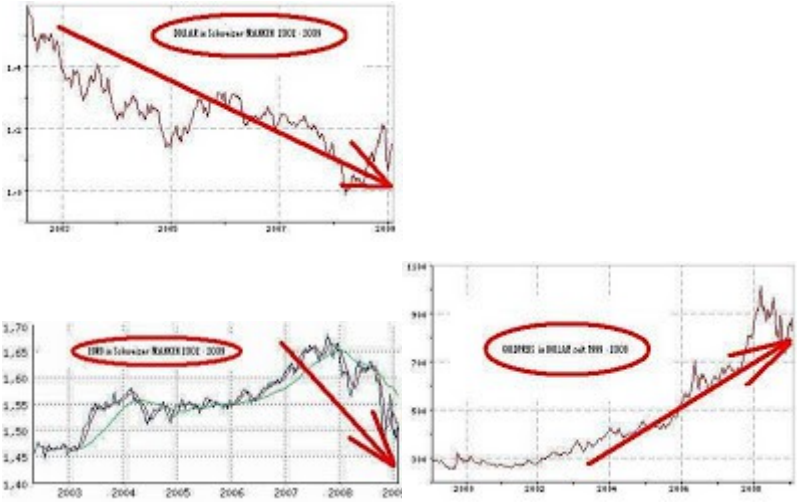
Da diese Staaten aber eigentlich schon pleite sind, können Sie diese Massnahmen nur über gewaltige Kredite finanzieren, die genau die Ursache, die Aktiva der Banken, noch weiter aufblähen. Und das in Zeiten sinkenden BIP, was die Verschärfung des Aktiva/BIP-Verhältnis noch weiter nach oben treibt. Ganz zu schweigen von der sowie so schon astronomischen Staatsverschuldung, die bei Übernahme der Krisenkosten schnell von z.Z. 65% auf weit über 100% des BIP ansteigen wird. Das ist eine finanzpolitische Todesspirale, die in diesen ersten Wochen des Jahres 2009 in Gang gesetzt wird.

Helfen kann aber nur ein radikaler Finanzschnitt, bei dem die Aktiva/Passiva massiv gegenüber dem BIP Federn lassen müssen. Andernfalls wird eine Währungsreform in absehbarer Zeit unabdingbar.

Aber es kommt noch dicker: Zwar steht Deutschland im Vergleich der westlichen Länder noch ganz gut da, aber die finanzpolitischen Möglichkeiten sind durch EU und EURO arge Grenzen gesetzt. Ist ein solcher Finanzschnitt schon im eigenen Land kaum durchzusetzen, in der EU der vielen Stimmen völlig unwahrscheinlich. Also wird man erstmal weiter wursteln, um mit Schulden finanzierten Strohfeuern alla Abwrackprämie bis über die etlichen Wahltermine in 2009 zu kommen.

Aber das kann nicht sehr lange gut gehen. Mit Island hat das erste europäische Land pleite gemacht. Dieses Land hat mit nur 320.000 Einwohner aber keine große Bedeutung und kann durch den IWF noch leicht alimentiert werden. Das wird aber ganz anders sein, wenn das erste EU-Land bzw. EURO-Land in den Konkurs schlittert: Vom hochverschuldeten Griechenland mit 11 Mio. Einwohnern über etliche Kandidaten wie Italien bis zu Spanien mit 46 Mio. Einwohner. Wenn nur einer stolpert müssten die anderen EU-Länder, Allen voran natürlich das reiche Deutschland, die Kosten dafür stemmen! Der EURO wäre dann nicht mehr zu halten, das Ende wäre perfekt.

So wetten die Börsen seit einiger Zeit bereits auf das Ende des EURO, ablesen lässt sich das allerdings nicht am Kurs gegen den Dollar, denn der ist genauso schwindsüchtig. Wie es den Währungen geht, zeigen unabhängige Standards, etwa Dollar oder Euro gegen den noch recht unbetroffenen Schweizer Franken.



($ gegen CHF 2002-2009, € gegen CHF 2002-2009, GOLD in $ 1999-2009)

Wie man sieht ist der Dollar schon lange, der Euro seit neuem schwindsüchtig. Der Goldpreis tut sein übriges: Seit dem Ende der letzten DotCom-Blase steigt er unermüdlich, ein sicheres Zeichen dafür, dass die Börse längst erkannt hat, wohin der Zug fährt.

Lediglich über die Ankunftszeit lässt sich noch streiten.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, Januar 29, 2009 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL

Reaktionen:

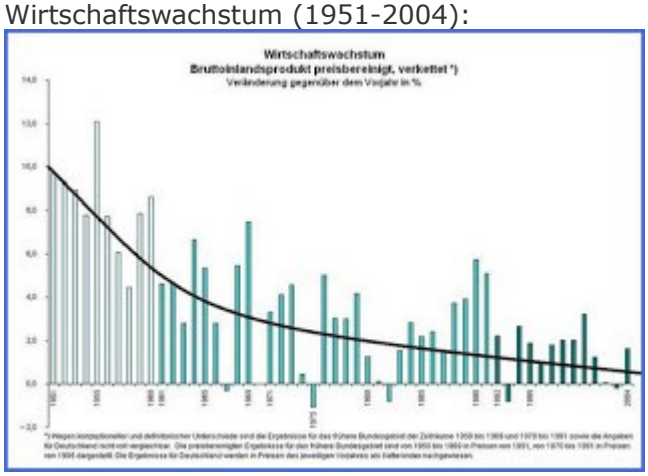
Und ewig grüßt die Talsohle

Zum erneuten Male wird die Talsohle begrüßt. Angeblich, wieder einmal, ist sie jetzt endlich in Sicht. "Die deutsche Wirtschaft könnte sich bereits im Sommer stabilisieren," zitiert Die Zeit den Ökonom Michael Hüther. Na Gott sei dank, das sind ja keine fünf Monate mehr, und ich habe schon gedacht wir hätten ein Problem. So einfach ist das also.

Im gleichen Artikel wird der angebliche Grund, die US-Immobilienblase, als Verursacher ausgemacht. "Wo ist das ganze Geld geblieben?" ist dieser Abschnitt tituliert. Nun, leider ist es ja nicht weg, es wird lediglich hin- und her geschoben. Wäre es wirklich weg, so hätten wir, als Steuerzahler, gar kein nennenswertes Problem. Das Problem hätten dann andere, die vielleicht den einen oder anderen Privatjet veräußern müssten, um ihre Bilanzen wieder in Ordnung zu bringen.

Es wird, auch unter einem Teil der Ökonomen, immer noch nicht realisiert, dass wir nicht nur eine Finanzkrise, sondern eine echte Systemkrise haben. Die Immobilienblase ist nur ein Symptom, aber bei Leibe nicht die tiefere Ursache: nämlich die exponentiell angewachsenen Bankenaktiva, die das viel zu kleine BIP längst weit hinter sich gelassen haben.

Schauen wir uns dazu einmal die tatsächliche Lage und deren Entwicklung seit der Nachkriegszeit an. Zunächst einmal die Entwicklung des Zuwachs des Bruttoinlandprodukts, ergo Wirtschaftswachstum (1951-2004):



Das stagniert längst im langfristigen Mittel, die Steigerungsraten nähern sich alternierend der Nulllinie. Lediglich kleinere Auf- und Abschwünge führen zu Abweichungen vom langfristigen Trend, die uns jeweils als Erfolg oder Misserfolg der jeweiligen Regierung verkauft werden. In Wirklichkeit liegt längst eine Sättigung vor.

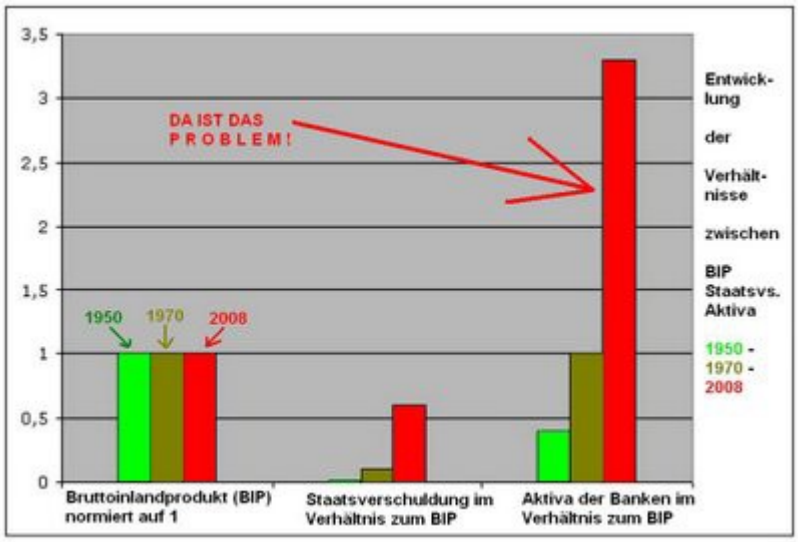
Und nun zur Staatsverschuldung (1960-2006):

Diese nimmt dagegen stetig zu, fast schon exponentiell. Von einem relevanten Schuldenabbau darf man träumen, er ist aber de facto völlig unrealistisch. Schon eine Eindämmung der Neuverschuldung wäre ein Erfolg, aber selbst das hat sich immer nur als eine fata morgana erwiesen.

Und nun die eigentliche Crux, die Aktiva der gesamten deutschen Kreditwirtschaft (1950 bis August 2008):

Diese wächst tatsächlich nach einem exponentiellen Gesetz. Die Graphik endet im August bei 7800 Mrd., im Oktober 2008 erreichte sie bereits unglaubliche 8093 Mrd. Euro, im November 2008 sank sie zum ersten mal geringfügig auf 8045 Mrd. Euro (Stand letzte Daten der Bundesbank).

Das Problem wird ganz deutlich, wenn man die Entwicklung auf das jeweilige BIP normiert (1950 grün, 1970 gelb, 2008 rot) darstellt:



Es sind diese Verhältniszahlen, die die dahinter steckende Systemkrise beschreiben: War 1950 die Welt noch in Ordnung, und selbst in 1970 war sie es noch, so ist sie Ende 2008 völlig aus den Fugen geraten. Die unglaublich fahrlässige Finanzpolitik Georg Bushs hat diese gravierende Schieflage deutlich beschleunigt, aber Sie ist keineswegs die alleinige Ursache. Die Ursache ist prinzipieller Natur und wiederholt sich regelmäßig mit der Alterung einer Gesellschaft.

Die kaum zu stemmende Problemlösung besteht nun darin, diese Verhältniszahlen wieder auf die Uhr von 1950, oder wenigstens von 1970, zurückzustellen. Die wichtigste Verhältniszahl Aktiva/BIP war in 1970 nur 0,4 und ist in 2008 auf 3,3 geklettert. Nur wenn man das zurück gedreht bekommt, haben wir eine langfristige Chance.

Denn Geld ist nichts anderes als Gutscheine auf BIP. Allein das BIP übernimmt nach Abkehr vom Goldstandard die Deckung. Und diese Deckung nimmt immer rapider ab. Im Klartext: Diese Luftmilliarden müssen weitgehend ersatzlos gestrichen werden. Alles andere ist bestenfalls Zeitgewinn bis zur fälligen Währungsreform.

Eingestellt von H. Genreith um Donnerstag, Januar 29, 2009 0 KommentareLinks zu diesem Post

Labels: Finanzkrise, VWL, Wahl2009

Reaktionen:

http://www.genreith.de/html/die_krise.html : **Wirtschaftskrisen**

Nach 60 Jahren relativer Stabilität in der BRD haben wir uns daran gewöhnt, das es scheinbar immer mit einem, mehr oder weniger grossen, Wirtschaftswachstum aufwärts ginge.

Aber jedes Wachstum hat sein Ende und auch volkswirtschaftliche Krisen sind nicht unbedingt eine Seltenheit. Ganz im Gegenteil. Wenn alle grossen (Wirtschafts-)Gesellschaften der Geschichte eins gemeinsam haben, dann ist es ihr Untergang nach historisch begrenzten Zeiträumen.

Warum halten selbst wirtschaftlich hervorragend florierende Gemeinschaften nicht ewig? Das römische Reich etwa ging unter, obwohl es auch zum letzten Zeitpunkt noch soviel reicher, technisch hoch entwickelter und gebildeter war als jede konkurrierende Gesellschaft in ihrer Nachbarschaft. Genauso verlor sich jedes andere Imperium, egal welcher Nation, irgendwann in der Geschichte.

Ist dies Zufall oder doch Resultat einer Systematik in einem allgemeinen Alterungsprozess von Gesellschafts- bzw. Wirtschaftssystemen?

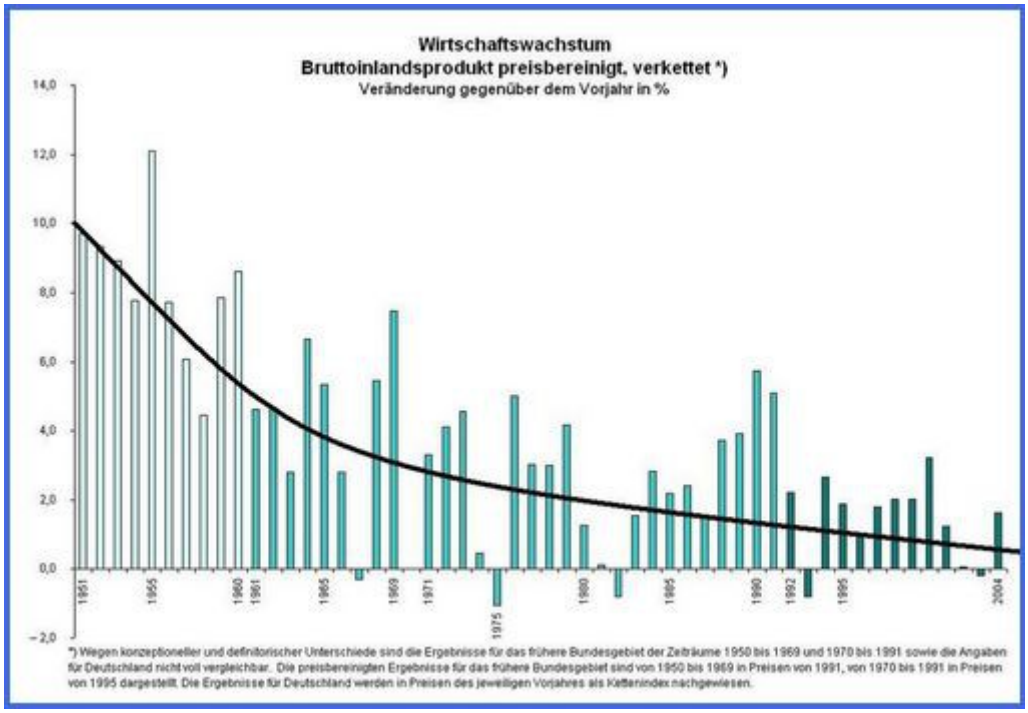


Abb. 1: Bereinigtes Wachstums des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in der BRD von 1950 bis 2004: Im langfristigen Trend geht das Wachstum gegen Null. Daran ändern auch kurzfristige Konjunkturzyklen, die nicht ganz zufällig im Rhythmus von vier- bis fünfjährigen Legislaturperioden auftreten, im Grundsatz nichts. Der Effekt ist, dass das reale BIP gegen einen Grenzwert stagniert. Zuletzt betrug das BIP nominal rund 2400 Mrd. Euro.

Ewige wiederkehrende Finanzkrisen?

Dazu sei folgendes stark vereinfachtes Modell einer geschlossenen Geldwirtschaft betrachtet:

Eine Volkswirtschaft habe die Wirtschaftsleistung W_0 zu einer gegebenen Startzeit. Dazu wird eine entsprechende Geldmenge G_0 ausgeliefert. G_0 ist etwas größer als W_0, damit alle Wirtschaftsgüter mit umlaufenden Geld U_0 bezahlt werden können, sowie zur allgemeinen Rücklagenbildung ein Vermögen V_0angesammelt werden kann:

$$G_0 = W_0 + V_0 = U_0 + V_0$$

Mit dem Wachstum der Wirtschaft wächst diese Geldmenge an:

$$G(t) = U(t) + V(t)$$
$$= G_0(1-p_s)(1+p_i)^T(1+p_w)^T + G_0 p_s(1+p_i)^T(1+p_w)^T(1+p_v)^T$$

Hierbei wird berücksichtigt, dass gemäß dem Wirtschaftswachstum im Laufe der Zeit mehr Geld gedruckt werden kann, nämlich entsprechend dem Wachstum der Wirtschaftsleistung p_w. Weiterhin wird berücksichtigt, dass häufig zuviel Geld in Umlauf kommt, so dass eine Inflationsrate p_i in Ansatz gebracht wird. Gespart (Private und Unternehmen) wird mit einer Quote von p_s, wobei diese Vermögen zusätzlich noch eine effektive Verzinsung beanspruchen in Höhe von p_v.

Der Zeitfaktor $T=t/t_e$ ist die Anzahl der Zeittakte t_e. Im allgemeinen mit $t_e=1\ Jahr$ ist T die Anzahl der Jahre, auf deren Basis wir rechnen. Die Frage ist nun: Nach welcher kritischen Zeit $T=:T_c$ übersteigen die angehäuften Vermögen die Menge der zur Verfügung stehenden und insgesamt noch handelbaren Wirtschaftsgüter?

$$G_0(1-p_s)(1+p_i)^T(1+p_w)^T < G_0 p_s(1+p_i)^T(1+p_w)^T(1+p_v)^T$$

Der relative Anteil des Vermögens an den zur Verfügung stehenden Werten ergibt sich durch Division des Anteils der Vermögen(Bankenpassiva) durch die Gesamtwertemenge unserer Gleichung *G(t)* (*):

$$V_{rel.} = \frac{p_s(1+p_v)^T}{1-p_s+p_s(1+p_v)^T}$$

Der dimensionslose Wert V_{rel} ist die "Bedeutungszahl" der Vermögen (so bald diese Zahl 50% überschreitet, übernehmen die Vermögen von der Realwirtschaft das Zepter). Man sieht daran, dass für den relativen Vermögensanteil V_{rel} an der Wertemenge nur die Sparquote und deren Verzinsung maßgeblich ist. Der relative Vermögensanteil wächst in seinen zeitlichen Anteilen exponentiell, d.h. hier dass für lange Zeiten T der relative Anteil der Vermögen (bei positiven Zins- und Sparquoten) schließlich gegen *1 (=100%)* geht. Diese Tendenz ist alleine von Sparquote und Zinssatz abhängig. Obige Ungleichung lässt sich nun nach der kritischen Zeit T_c auflösen, nämlich durch ausdividieren der gemeinsamen Faktoren und anschließender Logarithmusbildung:

$$\Rightarrow$$
$$1-p_s = p_s(1+p_v)^{T_c}$$
$$\Leftrightarrow$$
$$T_c = \frac{\ln(\frac{1}{p_s}-1)}{\ln(1+p_v)}$$

T_c ist die kritische Zeit, zu der die Vermögen den gleichen Anteil an der Wertemenge erreichen, wie das im realen Wirtschaftskreislauf umlaufende Geld und geldwerte Dinge. Die gesamte numerische Geldmenge hat an und für sich keine Bedeutung, denn sie verteilt sich einfach auf die zum Kauf zur Verfügung stehenden Wirtschaftsgüter. Der tatsächliche Wert des Geldes ist durch seinen Anspruch auf handelbare Güter und Dienstleistungen, in Verbindung mit dem aus der Geldmenge resultierenden Verteilungsschlüssel, gegeben.

Da der *ln(1)=0* ist, sieht man auch dass die kritsche Zeit T_c für $p_s=0$ und/oder $p_v=0$ gegen unendlich geht, also eine stabile Wirtschaft verspricht. Umgekehrt: Je mehr Geld, sie es von Privatleuten oder auch Unternehmen, auf die hohe Kante gelegt wird und je mehr dessen effektive Verzinsung ist, desto kürzer ist die Zeit T_c, bis dass diese Vermögen eine kritische Größe überschreiten.

Typische Werte für die Sparquote bzw. Verzinsung sind in der BRD etwa $p_s=10$ % und $p_v=5\%$, damit ergibt sich als kritische Zeit:

$$T_c = \ln(1/0{,}1-1)/\ln(1+0{,}05) = 45$$

In diesem Beispiel sind die Vermögen also nach 45 Jahren auf die gleiche Größenordnung angewachsen, wie es dem Wert der im ganzen zur Verfügung stehenden Wirtschaftsgüter entspricht. Für merklich geringere Werte der Sparquote, etwa $p_s=7\%$ und Zinssatz $p_v=3\%$ ergibt sich als kritische Zeit bereits ein deutlich günstigerer Wert:

$$T_c = \ln(1/0{,}07-1)/\ln(1+0{,}03) = 87{,}5$$

also immerhin schon 87,5 Jahre.

Ab einem solchen kritischen Zeitpunkt aber nimmt der relative Anteil der Vermögen rasant und exponentiell zu. Zwar wachsen numerisch gesehen sowohl *W=U* als auch die Vermögen *V*, jedoch geht ab dann der volkswirtschaftliche Gewinn überwiegend an die Vermögen, da diese ihre deutlich schneller wachsenden Zinsansprüche nur aus dem Bruttoinlandsprodukt bedienen können.

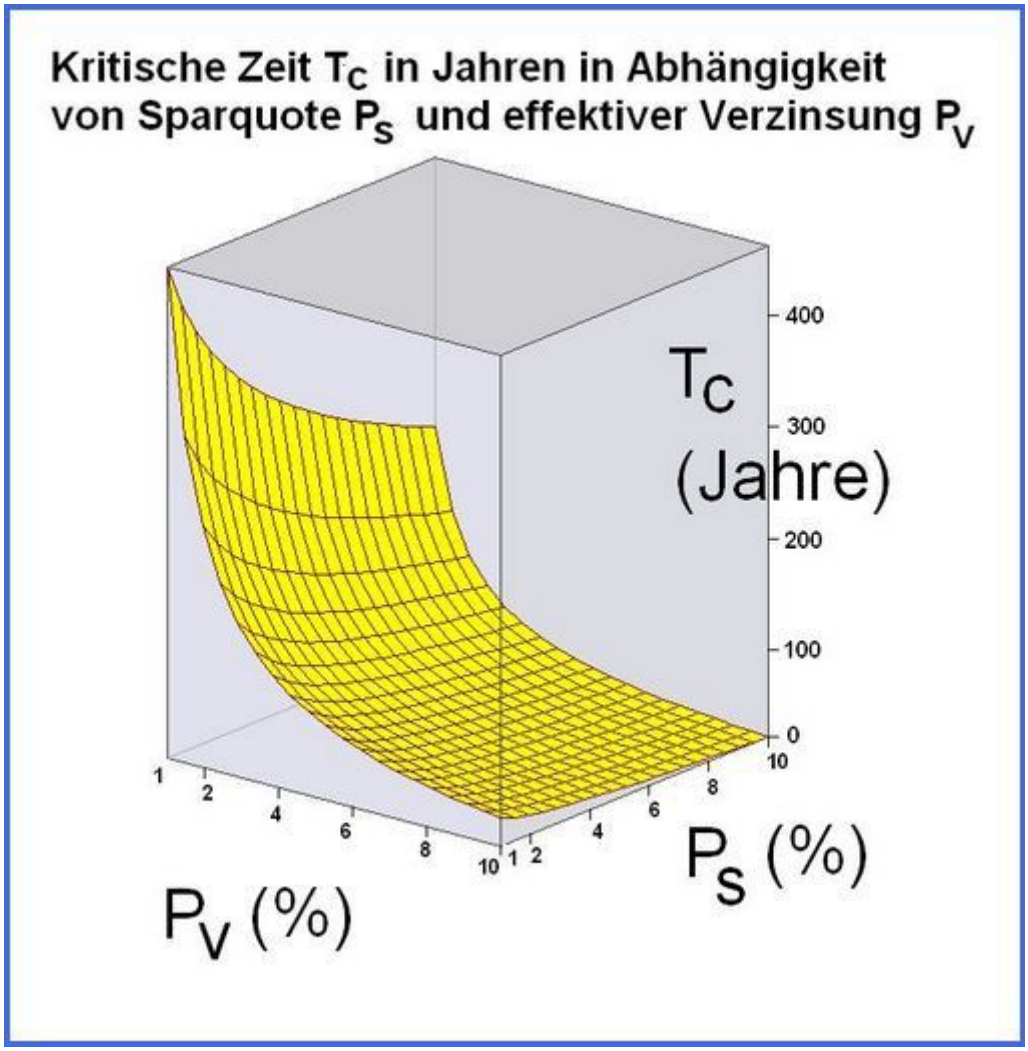
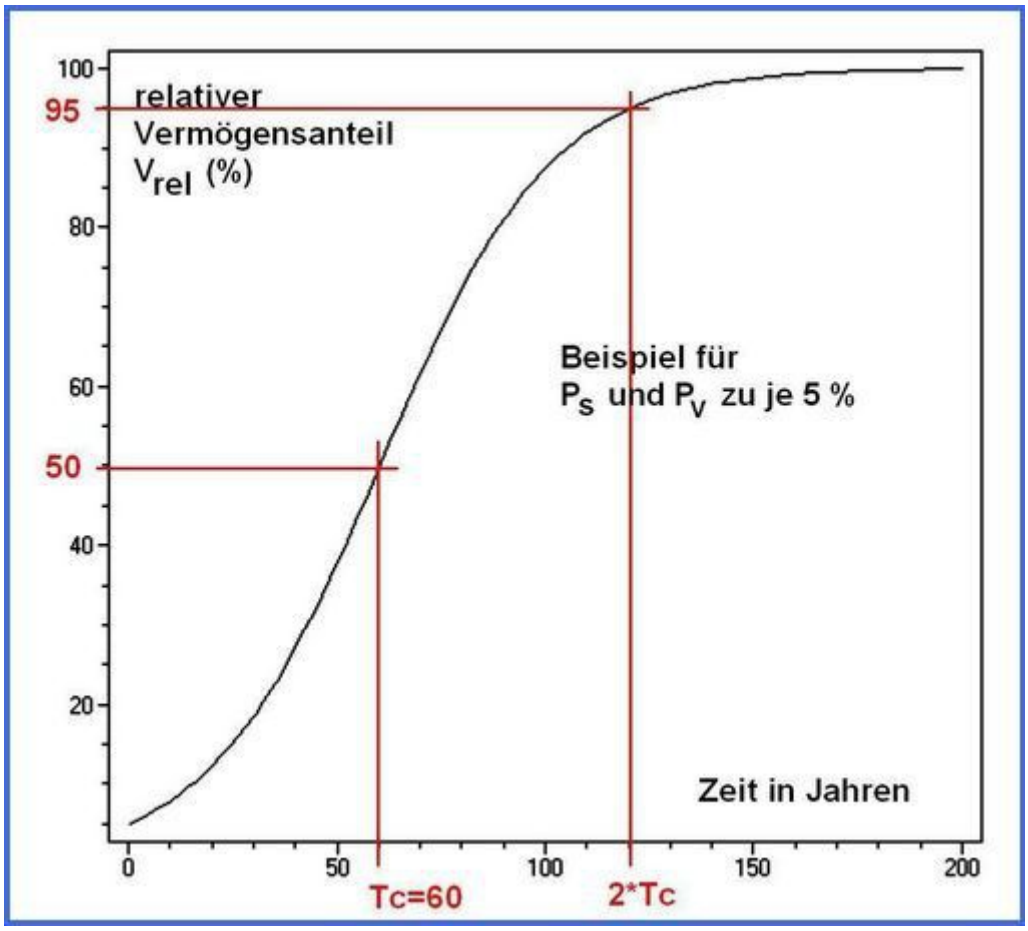


Abb. 2: Die kritische Zeit einer Geldwirtschaft hängt stark von der effektiven Verzinsung (Pv) der Vermögen ab: Mit jedem Prozentpunkt sinkt sie rapide ab. Etwas weniger stark ist dagegen der Einfluss der Sparquote (Ps). Bei je nur 1 % für Pv und Ps ist die kritische Zeit mehr als 400 Jahre, bei Erhöhung der Verzinsung auf 10 % nur noch wenige Jahrzehnte. Eine

Erhöhung nur der Sparquote auf 10 % verringert diese Zeitspanne nicht wesentlich, sie betrüge dann immer noch fast 300 Jahre. Bei moderaten Pv und Ps (je 5%) liegt die kritische Zeit bei 60 Jahren.



Nach der kritischen Zeit T_c erreichen die Vermögen den gleichen Wert wie die Menge der verfügbaren Wirtschaftsgüter, nach zwei kritischen Zeiten ungehemmten Wachstums überwiegen sie bei weitem.

(Als Faustformel gilt übrigens:

Da p_v und p_s jeweils etwa *0,05<<1* sind, kann man *$ln(1+p_v)$* mit p_v nähern und obige Formel auf ungefähr

$$T_c = 3/p_v$$

reduzieren. D.h. bei langjährig durchschnittlich 5% Verzinsung darf man mit einer kritischen Zeit von etwa

***3/0,05 = 60 Jahren* rechnen.)**

Beispiel BRD

Im Jahre 1950 betrugen die Aktiva der deutschen Kreditinstitute rund *40 %* des Bruttoinlandsproduktes. Im Jahre 1970 waren es schon *106 %* des BIP, Ende des Jahres 2007 waren es schon etwa *350 %*. In Zahlen ausgedrückt: einem BIP von rund 2400 Mrd. Euro stehen Einlagen bei der Kreditwirtschaft von inzwischen gut 7800 Mrd. Euro gegenüber. Während das BIP inzwischen ein jährliches Wachstum von durchschnittlich kaum mehr als 1% hinlegt, werden von den Kreditinstituten mit Geld und Derivaten zwischen 5 und 10 % Zinsgewinn erzielt.

Der Effekt ist gravierend: Während das BIP sich jährlich um kaum mehr als 40 Mrd. Euro Zugewinn genehmigt, legten die Zinsgewinne der Kreditindustrie zuletzt etwa das zehn bis zwanzigfache vor. Diese Gewinne können aber nur aus dem BIP gezogen werden. Das bedeutet das inzwischen rund 25% der allgemeinen Wirtschaftsleitung als Zinsgewinne für die

Geldwirtschaft dienen müssen. Dies funktioniert nicht nur mit direkter Verzinsung von Krediten sondern insbesondere durch Aktien und Derivate auf zuweilen subtile Art. So etwa in dem Aktienkurse durch Massenentlassungen in die Höhe getrieben werden. Der Gewinn wird dann praktisch steuerfrei eingestrichen und die gewaltigen sozialen Kosten auf die abhängig Beschäftigten verteilt. Denn diese müssen für den Löwenanteil der Abgaben- und Steuern aufkommen.

Solche Schneeballsysteme funktionieren nicht ewig. Würde diese Entwicklung im Tempo des Jahres 2007 fortgesetzt werden, so müsste man in 2030 an die 50 % des BIP als Zinsgewinne an die Vermögenswirtschaft abtreten und in 2050 bräuchte Niemand mehr zur Arbeit zu gehen, da ihm sein ganzes Einkommen gleich wieder genommen werden müsste. In allen anderen hoch entwickelten Ländern, insbesondere in den USA, sieht es nicht besser aus. Einzig die USA verfügen mit dem Dollar als Weltwährung aber auch über eine wahre Wunderwaffe: Sie können damit Ihre Probleme ins Ausland exportieren, solange dort diese US-BIP-Gutscheine gerne angenommen werden.

Abb. 3: Entwicklung der Aktiva der Gesamtheit der Deutschen Kreditinstitute von 1950 bis 2008. Der Anstieg ist exponentiell und endet vorläufig beim astronomischen Wert von 7800 Mrd. Euro im August 2008. Der kleine Stagnationsbuckel am rechten Ende resultiert übrigens aus der Börsenkrise von 2001 bis 2003. (Datenquelle: Deutsche Bundesbank)

Die Geldspirale

Geld hat eine Zwitterfunktion: Seine Hauptfunktion besteht in der Möglichkeit des reibungslosen Handelns mit Waren und Dienstleistungen. Eigentlich eine Nebenfunktion ist jedoch die Fähigkeit zur Wertaufbewahrung, d.h. erwirtschaftete Überschüsse können in Form von Geld angesammelt werden. Damit einher geht die Möglichkeit, mit dieser Geldansammlung selbst zu handeln (Kreditwirtschaft). Solange diese Nebenfunktion nicht überwiegt stellt dies auch keine Schwäche dar.

Das Problem ist aber, das nach einigen Tc die Vermögen das Bruttoinlandsprodukt bei weitem übersteigen. Mit den 7800 Mrd. Euro etwa ließe sich die komplette Wirtschaftsleistung von mehr als drei Jahren kaufen. Das bedeutet bei den üblichen Abschreibungszeiten das damit praktisch die komplette BRD mit Mann und Maus zu haben wäre. Die BRD hat also nach rund 60 Jahren die kritische Zeit T_c bereits erreicht.

Auch ohne viel Mathematik ist die Ursache dafür leicht nachvollziehbar: Während sich das alljährliche geschaffene BIP schnell verbraucht wird (etwa Dienstleistungen sofort, Lebensmittel in wenigen Tagen, Wirtschaftsgüter meist nach 5 Jahren Abschreibungszeit), sammeln sich Vermögen dagegen an. Sie wachsen unaufhaltsam und exponentiell durch Zins und Zinseszins weiter und werden auch noch vererbt. Diese langfristige Akkumulation ist praktisch nicht aufzuhalten.

Vertrauen und Crash

Der Effekt ist dann schließlich der, dass das Geld auf den Banken bleiben muss. Wird es abgezogen um damit tatsächlich etwas zu kaufen, bricht die Geldwirtschaft zusammen, denn es gibt definitiv nicht mehr genug BIP für den nötigen Gegenwert zu garantieren.

Solange die Kapitalbesitzer, und dazu zählt insbesondere in der BRD auch der so genannte kleine Mann in erheblichem Umfang, der Geldwirtschaft vertrauen und damit daran glauben das ihr Geld auf der Bank gut aufgehoben und verzinst ist, funktioniert diese Geldspirale. Klappt aber die Verzinsung nicht mehr, so wie mit der durch die US-Immobilienblase 2008 ausgelöst, dann schwindet dieses Vertrauen rapide. Um dem drohenden Wertverlust der Einlagen zu entgehen, kommen zunehmend die Menschen auf die Idee, ihr Geld in Werte zu verwandeln.

Das kann dann aber nicht gut gehen: Versuchte man nur einen wesentlichen Teil davon flüssig zu machen, die Banken müssten sehr schnell ihre Schalter schließen. Die zur Zeit (Oktober 2008) gehandelte Garantiesumme von mehr als 500 Mrd. Euro für die staatliche Einlagensicherung ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. So bald zu viele Marktteilnehmer nervös werden, beginnt eine unaufhaltsame Lawine zu rollen.

Rise and Fall of the Empires: Was kann man tun?

Selbst wenn die momentane Krise noch einmal beigelegt werden kann, so ändert sich am grundlegenden Problem nichts: Dem oben angeführten Missverhältnis V_{rel} (*) von Vermögen zum BIP! Denn dieses wird in den immer häufiger werdenden Krisen nicht genügend abgebaut. Das Missverhältnis verschlimmert sich mit der Zeit noch weiter: Der Explosion der Vermögen geht eine solche der Armut einher, denn die Zinsgewinne lassen sich nur von der Masse der Wirtschaftenden abzwacken.

Die einzige Chance bestünde darin, das Verhältnis V_{rel} wieder auf eine vernünftige Größe zu reduzieren. Das geht aber nur durch massive Vernichtung von Vermögen, so etwa durch eine Währungsreform. Da der Staat dazu politisch selten in der Lage ist, richtet sich das System schließlich selber: Es crasht früher oder später, wenn nicht jetzt, dann sicher in einigen Jahren. Der gewaltige soziale Sprengstoff der damit einher geht lässt aber schlimmes befürchten. So führte die Wirtschaftskrise von 1929 in die Machtübernahme der Faschisten von 1933.

Und auch eine Blick tief zurück in die Geschichte zeigt vergleichbares: Imperien gehen regelmäßig an der unheilvollen Vermögensaggregation in den Händen Weniger zu Grunde: Das römische Reich etwa endete, als für den freien Bürger nichts mehr blieb, während die Oberschicht in unglaublichem Luxus schwelgte. Das Reich gehörte irgendwann nur noch wenigen Familien; den Sklaven ging es schließlich besser als dem so genannten freien Mann auf dem Lande. Als um das Jahr 400 alle Dämme brachen war Rom immer noch das reichste und höchstentwickelte Land weit und breit, seinen Feinden kulturell haushoch überlegen. Aber es hatte kein Volk mehr, das noch bereit bzw. noch in der Lage gewesen wäre, es zu verteidigen.